

Stenographischer Bericht

77. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 7. Juni 2005

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gödl, Abg. Zierler.

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP, betreffend Mülldeponie Frohnleiten.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kasic.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Redner: Abg. Kröpfl, Abg. Kasic (5107).

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Gemeindeaufsicht und die Abfalldeponie Frohnleiten.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Altlastensanierungsbeitrag und Abfalldeponie Frohnleiten.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Breithuber.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Seitinger.

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Breithuber, Abg. Mag. Drexler, Abg. Lafer, Abg. Rieser, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Kröpfl.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2276/1, betreffend die Kenntnisnahme der Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus, technisch-naturwissenschaftlicher Bereich.

Berichterstatterin: Abg. Graf.

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Landesrat DDr. Schöpfer.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2253/1, der Abgeordneten Wiedner und Dietrich, betreffend Umsetzung der Gebäudeeffizienz-Richtlinie.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2251/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau des Bahnhofs Bruck an der Mur.

Berichterstatter: Abg. Schrittwieser (5051).

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 8.

Beschlussfassung (5059).

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2134/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Kreisl, betreffend Realisierung der zweiten Hälfte der Umfahrungsstraße B 23 in der Stadt Mürzzuschlag.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 8.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2243/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry, Kreisl, Rieser, Bacher, Riebenbauer, Tasch und Köberl, betreffend Sanierung der Landesstraßen in der gesamten Obersteiermark.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 8.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2271/1, betreffend die Errichtung einer Park-and-ride-Anlage in Graz-Liebenau, Sternäckerweg/EKZ Murpark entsprechend der Vereinbarung vom 3. Juli 2002 zwischen Land Steiermark und Stadt Graz über die Verwendung von MÖST-Mitteln.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 8.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2277/1, betreffend die Errichtung einer Park-and-ride-Anlage am Bahnhof Bruck an der Mur entsprechend der genehmigten Regierungssitzung vom 20. September 2004 zwischen Land Steiermark, den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadtgemeinde Bruck an der Mur über die Verwendung von MÖST-Mitteln.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 8: Abg. Kreisl, Abg. Majcen, Abg. Schrittwieser, Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Abg. Hagenauer, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Rieser, Abg. Riebenbauer, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Böhmer.
Beschlussfassung).
9. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 2300/1, Beilage Nr. 261, betreffend Landes-Lustbarkeitsgesetz, zum Antrag, Einl.-Zahl 2189/1, der Abgeordneten Kasic, Wiedner und Mag. Koller, betreffend Änderung des Veranstaltungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1253/3, zum Beschluss Nr. 997 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Beutl, Dr. Reinprecht, Graf, Lechner-Sonnek, Böhmer, Hamedl und Dr. Rauch, betreffend Umsetzung und Strategie des Gender Mainstreaming im Land Steiermark.
Berichterstatter: Präsidentin Beutl.
Rednerinnen: Abg. Mag. Koller, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2264/1, betreffend den Förderungskatalog 2004.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Böhmer, Abg. Majcen, Abg. Gross, Abg. Mag. Drexler, Abg. Graf.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2270/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2005 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2005).
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 13.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2275/1, betreffend Bericht zur Neuregelung des Finanzausgleichs, Stabilitätspakts und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Periode 2005 bis 2008.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13: Abg. Hammerl, Abg. Prattes, Abg. Böhmer, Abg. Straßberger, Abg. Gennaro, Abg. Wiedner, Landesrat DDr. Schöpfer, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2298/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Weiz.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 15.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2299/1, betreffend Prüfung des Einkaufes und des Aufwandes für Röntgenkontrastmittel und Röntgenfilme in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15: Abg. Ferstl, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Lackner, Abg. Hagenauer, Abg. Dr. Forenbacher, Landesrat Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1913/1, der Abgeordneten Graf, Zierler und Dietrich, betreffend Entfall des Mitversichertenanteiles bei früh geborenen Zwillings- und Mehrlingsgeburten.
Berichterstatterin: Abg. Graf).
Redner: Abg. Graf, Abg. List.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2274/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2005 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatter: Abg. Majcen).
Beschlussfassung.

-
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2248/1, der Abgeordneten Petinger, Dirnberger, Kröpfl, Gennaro und Detlef Gruber, betreffend eine Wirtschaftsoffensive für die Weststeiermark.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Abg. Petinger, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1389/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Fußball gegen Rassismus und gegen die Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2024/2, zum Beschluss Nr. 1571 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Kaufmann, betreffend Maßnahmen gegen Paratuberkulose.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2136/1, der Abgeordneten Ing. Ober, Beutl und Gangl, betreffend künstliche Lichtquellen – ein unterschätztes Naturschutzproblem.
Berichterstatter: Abg. Ing. Ober.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1547/1, der Abgeordneten Dietrich, Ferstl, Graf, Lafer, List, Wiedner und Zierler, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Polizeistrafgesetzes, und den Antrag, Einl.-Zahl 2058/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend die Aufnahme von Regelungen über das Halten gefährlicher Tiere in das zukünftige Landes-Sicherheitsgesetz.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Lafer, Abg. Dietrich, Abg. Hamedl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Drexler, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2189/1, der Abgeordneten Kasic, Wiedner und Mag. Koller, betreffend Änderung des Veranstaltungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2242/1, der Abgeordneten Purr, Kröpfl, Koller und Dirnberger, betreffend Landesausstellung 2008 „Steirische Ölspur – Gesundheit und Genuss“.
Berichterstatter: Abg. Dr. Rauch.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2272/1, betreffend den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2273/1, betreffend den Bericht der Gleichbehandlungskommission gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Rednerin zu den Tagesordnungspunkten 25 und 26: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2263/1, betreffend Amtsgebäudekonzept neu – An(Rück)mietung und Generalsanierung Bründlgebäude/Krottendorfer Straße 149 für Zwecke der Landesverwaltungsakademie mit Gesamtkosten laut Önorm B 1801-1 von brutto rund 1,5 Millionen Euro; Fassung des Grundsatzbeschlusses zur An(Rück)mietung des Objektes von der LandesimmobiliengesmbH. (LIG) mit Jahresmietkosten von 92.972,40 Euro inklusive Umsatzsteuer und Auftragsvergabe zur Projektumsetzung an den Gebäudeeigentümer LIG sowie Finanzierung über eine Zuschlagsmiete ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 mit Jahreskosten von 81.052,89 Euro inklusive Umsatzsteuer auf eine Laufzeit von 25 Jahren.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.

28. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2229/1, über mehrere Gebarungsprüfungen, Kostenfaktor im Schulwesen und Messe Center Graz (Reihe Steiermark 2005/3).
Berichterstatte: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Detlef Gruber, Abg. Böhmer, Abg. Majcen, Abg. Graf, Abg. Dr. Kröpfl, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 77. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Herr Landtagsabgeordneter Gödl und Frau Landtagsabgeordnete Zierler.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich begrüße die Damen und Herren der Frauenbewegung der Bezirksgruppe Leoben unter der Leitung von Frau Silvia Frehsner. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Der Abgeordnete Walter Hafner, geboren am 20. Oktober 1923, ist am 28. Mai 2005 nach langer, schwerer Krankheit im 82. Lebensjahr verstorben.

Walter Hafner wurde schon in sehr frühen Jahren vom Schicksal hart geprüft. Bereits im Alter von sieben Jahren verlor Walter Hafner seine Mutter. In jungen Jahren musste er in der väterlichen Schmiedewerkstatt mitarbeiten.

Während des Zweiten Weltkrieges war Walter Hafner bei der Marine eingerückt. Bei Kriegsende geriet er in Gefangenschaft.

Walter Hafner machte die Ausbildung zum Bilanzbuchhalter, er heiratete seine Gattin Gisela, die ihm einen Sohn schenkte.

Walter Hafner war von 1953 bis 1957 Abgeordneter in unserem Haus, wobei er sich insbesondere für die Agenden der Volksbildung stark machte. Walter Hafner übte auch Funktionen im Fürsorge- und Landeskultur-Ausschuss aus.

Hohes Haus!

Im Namen des Steiermärkischen Landtages sowie im eigenen Namen danke ich Herrn Walter Hafner für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Gemäß Paragraph 5 Absatz 2 in Verbindung mit Paragraph 4 Unvereinbarkeitsgesetz 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform in seiner Sitzung am 31. Mai 2005 die Anzeige, Unv. 33/1, des Herrn Landesrates DDr. Gerald Schöpfer, betreffend eine leitende Tätigkeit in der Wirtschaft (Mitglied des Aufsichtsrates des „ICS – Internationalisierungszentrum Steiermark“) beraten und genehmigend beschlossen hat.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei schriftliche Anfragen und zwei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 2300/1, Beilage Nr. 261, der Abgeordneten Kasic, Wiedner und Mag. Koller, betreffend Landes-Lustbarkeitsabgabengesetz zum Antrag, Einl.-Zahl 2189/1, auf, welcher als Punkt neun auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraph 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieses Selbstständigen Antrages unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde am Montag, dem 6. Juni 2005 um 8.13 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, betreffend „Mülldeponie Frohnleiten“.

Weiters wurde am Montag, den 6. Juni 2005 um 14.52 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend „Gemeindeaufsicht und die Abfalldéponie Frohnleiten“, eingebracht.

Am Montag, den 6. Juni 2005 um 17.40 Uhr wurde eine weitere Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat Johann Seitinger, betreffend „Altlastensanierungsbeitrag und die Abfalldéponie Frohnleiten“, eingebracht.

Die Dringlichen Anfragen sowie die Anträge auf Abhaltung einer Wechselrede haben die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Nach Begründung und Beantwortung der Dringlichen Anfragen in der Reihenfolge des Einbringens findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT eine gemeinsame Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2276/1, betreffend die Kenntnisnahme der Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus, technisch-naturwissenschaftlicher Bereich.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (10.09 Uhr:) Ich darf berichten über die Einl.-Zahl 2276/1, betreffend Kenntnisnahme der Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus, technisch-naturwissenschaftlicher Bereich.

Mit Regierungssitzungsbeschluss vom 2. Dezember 2002 hat die Steiermärkische Landesregierung die Erarbeitung einer Forschungsstrategie durch die JOANNEUM RESEARCH Forschungsges.m.b.H. unter Einbindung aller relevanten Institutionen, der Wirtschaft und stakeholdern des Landes beauftragt. Das Projekt wird von einer mit dem für Forschung zuständigen politischen Referenten abgestimmten Steuerungsgruppe begleitet werden.

Mit Regierungsbeschluss wurde die Forschungsstrategie 2005 plus, technisch-naturwissenschaftlicher Bereich von der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Forschungsstrategie Steiermark 2005 plus, technisch-naturwissenschaftlicher Bereich wird zur Kenntnis genommen. (10.10 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Ich habe dazu die Wortmeldung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schöggel. Bitte, Sie sind am Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (10.10 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Ich glaube, mit dem vorliegenden Papier ist uns ein wichtiger Schritt gelungen. Sie wissen, Forschung und heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass wir natürlich in einem kleinen Land nicht alle forschungsrelevanten Themen, die notwendig zur Bearbeitung anstehen würden, bewältigen können. Daher gilt es, mögliche Ressourcen, mögliche Mittel sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht sehr, sehr konzentriert und fokussiert auf die wichtigsten und erfolgversprechendsten Zukunftsthemen zu lenken.

Das ist die Absicht und das erklärte Ziel dieses Projektes, das uns die nächsten Jahre als Leitlinie im Bereich der Innovation und Forschung in diesem Land begleiten wird. Die Schwerpunkte, die in dieser Arbeit erarbeitet und erkannt wurden, sind natürlich im Bereich der Werkstoffe, aber besonders erfolgreich im Bereich der nanostrukturierten Materialien zu suchen, aber natürlich stehen auch die Humantechnologie, die Biotechnologie und die Mobilität im Vordergrund.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Ihrer Kenntnisnahme dieser Leitlinie für die nächsten Jahre, was die Innovationskraft, die Erneuerungskraft dieses Landes betrifft, einen guten Weg und einen erfolgreichen Weg gehen werden. Ich danke bereits jetzt für die Kenntnisnahme.

Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 10.12 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Landesrat DDr. Schöpfer.

Landesrat DDr. Schöpfer (10.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Ich möchte dem Kollegen Schöggel beipflichten. Ich glaube, dass Forschung und Entwicklung die wichtigsten Triebkräfte für eine gute Zukunftsentwicklung der Steiermark sind. Ich darf sagen, die Forschungsstrategie ist mit dem technologiepolitischen Konzept abgestimmt. Da gibt es keine Widersprüche, da sind wir uns sehr einig.

Wir sind in der Forschung tatsächlich sehr weit vorne. Wir haben in der Steiermark fünf Cluster, in denen die Forschung und Entwicklung neuer Produkte eine zentrale Rolle spielen. Wir haben in der Steiermark 15 Kompetenzzentren – weit mehr als alle anderen Bundesländer –, in denen Forschung im Mittelpunkt steht. Wir haben 25 Impulszentren, die auch, sozusagen, Forschungsergebnisse umsetzen und wir werden diese Zahl der Impulszentren heuer noch auf 30 erhöhen.

Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Das sieht man auch daran, dass ungefähr jedes dritte High-techprodukt, das Österreich verlässt oder das in Österreich produziert wird, einen Bezug zur Steiermark hat, dass wir in der Forschungsarbeit vorne sind. Wir dürfen mit einigem Stolz sagen – und ich weiß, dass Positivmeldungen für die Medien meist sehr uninteressant sind –, aber wir dürfen es dennoch mit Stolz festhalten, dass die Forschungsquote in der Steiermark weit über dem europäischen und weit über dem österreichischen Durchschnitt liegt und bereits bei etwa 2,7 Prozent angelangt ist. Das heißt also, wir sind hier weit voraus.

Wir werden noch versuchen, diese Innovationsspitze zu verbreitern. Wir müssen versuchen, dass auch Klein- und Mittelbetriebe, und das passiert ja durch das Mittelstandspaket, an Forschungsergebnisse herangebracht werden.

Noch einmal zusammenfassend: Wir sind hier auf einem guten Weg und sind weit über dem österreichischen Durchschnitt. Ich glaube, es sind gute Weichen für eine Zukunft der Steiermark gelegt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um Ihr Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2253/1, der Abgeordneten Wiedner und Dietrich, betreffend Umsetzung der Gebäudeeffizienz-Richtlinie.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.15 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, Mitglieder der Steirischen Landesregierung, liebe Kollegen!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Wiedner und Dietrich, betreffend Umsetzung der Gebäudeeffizienz-Richtlinie, Einl.-Zahl 2253/1.

Es sind im Antrag die Ziele angeführt, die Verwendung einheitlicher Methoden für die Berechnung aller für den Energiebedarf eines Gebäudes relevanten Parameter und ich ersuche um Annahme. (10.15 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und habe zu diesem Tagesordnungspunkt derzeit keine Wortmeldung. Meine Damen und Herren, wenn das so ist, schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um Ihr Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 8. Hier ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln und dann darüber getrennt abzustimmen.

Wenn Sie meinem Vorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2251/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau des Bahnhofes Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (10.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bericht über den Antrag der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau des Bahnhofes Bruck an der Mur.

Wie viele weitere für die Steiermark wichtige Infrastrukturprojekte scheint auch der bereits mehrfach im Rahmen der Bahnhofsoffensive zugesagte Ausbau des Bahnhofes Bruck an der Mur unter der schwarz-blauen Koalition zur unendlichen Geschichte zu werden.

Die Auflistung, welche Versäumnisse es hier gibt, sind im Antrag nachzulesen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, das Projekt der Bahnhofsoffensive in Bruck an der Mur so voranzutreiben, dass spätestens 2006, mit der Eröffnung der Landesausstellung, in Bruck an der Mur ein adäquater Bahnhof zur Verfügung steht.

Ich bitte um Annahme. (10.17 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zum Bericht Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2134/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Kreisl, betreffend Realisierung der zweiten Hälfte der Umfahrungsstraße B 23 in der Stadt Mürzzuschlag.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (10.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, hoch verehrte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich bringe den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry und Kreisl, betreffend Realisierung der zweiten Hälfte der Umfahrungsstraße B 23 in der Stadt Mürzzuschlag.

Im Zuge der Landesausstellung 1991 wurde in der Stadt Mürzzuschlag die L 118 verlegt und neu gestaltet, jedoch nur bis zur Einmündung in die B 23 Mariazeller Straße, wo ein Kreisverkehr errichtet wurde. Die zweite Hälfte der Umfahrung der Stadt Mürzzuschlag ist bis heute nicht realisiert, obwohl eine fertige Planung schon mehr als 15 Jahre aufliegt.

Der Verkehrsweg B 23 Mariazeller Straße führt noch immer durch einen Gutteil der Stadthälfte Mürzzuschlag. Diese Verkehrssituation ist in diesem Stadtteil unerträglich und entspricht keiner modernen Verkehrsplanung – Engstellen beim Hauptplatz, Kreuzungsbereich Gasthof Lendl, Ausfahrten bei Landeskrankenhaus und Rotem Kreuz.

Die Verlegung der B 23 laut vorhandener Planung ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme in der Bezirkshauptstadt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die zweite Hälfte der Umfahrung der Stadt Mürzzuschlag – B 23 umgehend in das Straßenbauprogramm des Landes aufzunehmen und zu realisieren.

Ich bitte um Annahme. (10.19 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2243/1, der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry, Kreisl, Rieser, Bacher, Riebenbauer, Tasch und Köberl, betreffend Sanierung der Landesstraßen in der gesamten Obersteiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (10.20 Uhr): Ich bringe den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Dipl.-Ing. Wöhry, Kreisl, Rieser, Bacher, Riebenbauer, Tasch und Köberl, betreffend Sanierung der Landesstraßen in der gesamten Obersteiermark.

Auf Grund der Witterungsverhältnisse im Winter 2004/2005 – starker Frost, Tauwechsel und ergiebige Schneemengen – befinden sich die Landesstraßen und ehemaligen Bundesstraßen in der Obersteiermark in einem noch nie da gewesenen desolaten Zustand.

Die verantwortlichen Behörden sehen sich daher gezwungen, aus Sicherheitsgründen viele wichtige Landesverkehrswege mit Geschwindigkeitsbeschränkungen zu versehen.

Für diese notwendigen Geschwindigkeitsbeschränkungen haben die Straßenbenutzer keinerlei Verständnis, da ohnedies die Treibstoffkosten, das Pendlerproblem und viele andere Faktoren große Belastungen für die Verkehrsteilnehmer darstellen.

Es ist daher erforderlich, entsprechende Prioritätenreihungen und ressorteigene interne Umschichtungen im Straßen- und Verkehrsbudget im Ausmaß von zumindest 10 Millionen Euro vorzunehmen, um diese Sanierungen ehestmöglich in Angriff nehmen zu können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Prioritätenreihungen und ressorteigene Umschichtungen im Straßen- und Verkehrsbudget in der Höhe von zumindest 10 Millionen Euro dafür zu sorgen, dass die durch den extremen Winter in der Obersteiermark schwer in Mitleidenschaft gezogenen Landesstraßen noch im Jahr 2005 saniert werden können.

Ich bitte um Annahme. (10.21 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2271/1, betreffend die Errichtung einer Park-and-ride-Anlage in Graz-Liebenau, Sternäckerweg/EKZ Murpark entsprechend der Vereinbarung vom 3. Juli 2002 zwischen Land Steiermark und Stadt Graz über die Verwendung von MÖST-Mitteln.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.21 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Kollegen!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 2271/1. Es geht um eine Park-and-ride-Anlage in Graz-Liebenau, Sternäckerweg/EKZ Murpark und über die Verwendung von MOEST-Mitteln.

Die Park-and-ride-Anlage soll im Zusammenhang mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 bis zum EKZ Murpark erfolgen.

Der geschätzte Kostenaufwand beträgt 3,7 Millionen Euro, wobei das Land Steiermark mit 1,817.000 Euro als Zahler zur Verfügung stellt.

Ich ersuche um Annahme dieses Geschäftsstückes. (10.22 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2277/1, betreffend die Errichtung einer Park-and-ride-Anlage am Bahnhof Bruck an der Mur entsprechend der genehmigten Regierungssitzung vom 20. September 2004 zwischen Land Steiermark, den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadtgemeinde Bruck an der Mur über die Verwendung von MÖST-Mitteln.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kollegen!

Ich berichte hier zur nächsten Park-and-ride-Anlage, die in dem Fall beim Bahnhof in Bruck an der Mur errichtet werden soll. Es geht auch hier um die Verwendung von MOEST-Mitteln. Die Park-and-ride-Anlage sollte für 288 Pkws errichtet werden mit einem Gesamtkostenaufwand von 2,5 Millionen Euro. Das Land Steiermark wird sich mit 35 Prozent daran beteiligen und 100.000 Euro extra, das ergibt gesamt maximal eine Million Euro.

Ich ersuche auch in dem Fall um Annahme. (10.23 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Bevor ich zu den Wortmeldungen komme, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Schule Graz unter der Leitung von Herrn Dipl.-Pädagogen Robert Kugler und Frau Dipl.-Pädagogin Barbara Kasakoff. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kreisl das Wort.

Abg. Kreisl (10.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Jeder Abgeordnete kennt seine Region selbst am besten und es gibt unzählige Beispiele in der Obersteiermark, wo sich die Landesstraßen in einem noch nie da gewesenen desolaten Zustand befinden. Aus diesem Grund sieht sich auch die Behörde gezwungen, viele wichtige Verkehrswege mit Geschwindigkeitsbeschränkungen zu versehen. Wir wissen, dass die Verkehrspolitik immer schwierig war und wird auch immer schwierig sein. Aber aus Gründen der Sicherheit ist es einfach erforderlich, dass die durch den extremen Winter in der Obersteiermark schwer in Mitleidenschaft gezogenen Landesstraßen noch in diesem Jahr saniert werden. Es wäre einfach unverantwortlich, wenn für diese desolaten Straßenstücke keine Sofortmaßnahmen ergriffen werden.

Ich bitte daher, unserem Antrag zuzustimmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.25 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Majcen bitte.

Abg. Majcen (10.25 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur einen Entschließungsantrag einbringen, weil wir natürlich festgestellt haben, dass die Situation, die in der Obersteiermark sehr schlimm ist, auch bei uns in der Ost-, Süd- und Weststeiermark eine ähnliche ist. Ganz offen gesagt. Auch bei uns sind viele Straßen von den letzten Wintern arg in Mitleidenschaft gezogen und ich bringe daher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages ein der Abgeordneten Majcen, Riebenbauer, Beutl, Erwin Gruber, Ing. Ober, Kasic, Gangl, Mag. Koller, Tschernko, Purr und Dirnberger, betreffend Landesstraßensanierung, zum Tagesordnungspunkt 6.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die für die Sanierung von Landesstraßen in der Obersteiermark, welche durch die extremen Witterungsverhältnisse des letzten Winters stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, diese umzuschichtenden Mittel sinngemäß auch in der übrigen Steiermark nach einem Prioritätenkatalog einzusetzen.

Ich bitte auch diese Überlegungen mit einzubeziehen, damit wir nicht nur in der Obersteiermark, sondern auch in der Ost-, Süd- und Weststeiermark alles reparieren können und schön herstellen können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schrittwieser bitte.

Abg. Schrittwieser (10.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl hat gesagt, beim Radweg Thörl ist alles in Ordnung. Es stimmt, die Gemeinde zahlt ja auch sehr viel dazu. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ist ja finanzkräftig!“) Das geht an die Grenzen der Belastbarkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zum Ausbau des Bahnhofes Bruck einige Bemerkungen hier machen, weil es nämlich nach den Zusagen der schwarz-blauen Bundesregierung geht und auch der Verantwortlichen im Lande, dann müsste der Bahnhof Bruck bereits fertig sein, aber spätestens zu Beginn der Landesausstellung 2006 „Gesundheit“ in Bruck an der Mur. Die Realität ist leider eine andere und man kann sich leider auf Zusagen, die eine schwarz-blaue Bundesregierung macht, nicht mehr verlassen. Daher haben wir auch diesen Antrag, meine Damen und Herren, eingebracht. Ich möchte ganz kurz die Geschichte erzählen. Die Debatte über den Bahnhof Bruck an der Mur ist ja schon eine sehr lange, im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 128/3, vom 25. September 2001 wird in einem Antrag von SPÖ-Abgeordneten, betreffend die steirische Bahnhofsoffensive, berichtet. Hört einmal, was dort berichtet wird und was Tatsache ist. Österreichweit wollen die ÖBB insgesamt 8 Milliarden in die einzelnen Bahnprojekte investieren. Darin sind sowohl Bundes- als auch Eigenmittel der ÖBB enthalten. In der Steiermark gibt es laut Übertragungsverordnungen des Bundes die Bahnhofsoffensive an folgenden Standorten. Fest steht, dass in Graz ausgebaut wird, auch in Leoben wird zügig gebaut. Aber unter anderem wurde bereits die Planung und Ausführung des Bahnhofes Bruck übertragen, aber in der Umsetzung hapert es, weil einfach die Bundesregierung und auch in dem Fall die Landesregierung sagt, wir haben kein Geld für das und daher machen wir das nicht.

Alle steirischen Projekte der Bahnhofsoffensive sind seitens des Bundes bereits zur Durchführung, also zum Bau, übertragen, meine Damen und Herren.

2001 wurde das den Abgeordneten hier im Haus schon erzählt und wir haben damals sehr positiv reagiert. Nur, jetzt haben wir 2005 und es hat sich überhaupt nichts verändert. Es war im Generalverkehrsplan, der ohnedies die Steiermark gewaltig benachteiligt hat, was aber von euch immer – von ÖVP und FPÖ – bestritten wurde. Jetzt müsst ihr nachvollziehen, dass die SPÖ wieder einmal Recht gehabt hat, dass die Bundesregierung nichts für unser Bundesland tut.

Damals war der Bahnhof Bruck schon drinnen. Wenn ich jetzt den Rahmenplan anschau, wo die Projekte von 2005 bis 2010 drinnen sind, kommt der Bahnhof Bruck auch nicht vor.

Jetzt frage ich mich, meine Damen und Herren, hat man damals den Leuten einen Schmah erzählt? Hat man nie vorgehabt überhaupt auszubauen? Oder ist es wieder einmal so weit, dass der ÖVP und FPÖ – jetzt gibt es auch das BZÖ – die Obersteiermark das nicht wert ist?

Meine Damen und Herren, der ehemalige Generaldirektor der ÖBB – vielleicht gibt es ihn deswegen nicht mehr, weil er für Schwarz-Blau unangenehm war – hat folgende Stellungnahme abgegeben. Ich habe ihm ja ein Schreiben geschickt, er hat auch geantwortet. Ich bitte den Verkehrsreferenten, den Herrn Landeshauptmann Schögggl, diese Aussage des Herrn Generaldirektors und die Zusage seiner Fraktion ernst zu nehmen und in die Umsetzung zu schreiben, denn die Landesausstellung „Gesundheit“ in Bruck wird eine sehr schöne und eine sehr würdige werden. Aber wenn man den Bahnhof anschaut, glaubt man, man steigt im Osten aus. Hier ist Bedarf gegeben, meine Damen und Herren, und ich fordere Sie auch auf, hier tätig zu werden.

Rüdiger vorm Walde schrieb damals Folgendes: „Der Bahnhof Bruck an der Mur zählt zu den 20 frequenzstärksten Bahnhöfen der Österreichischen Bundesbahnen.“ – Das muss man sich vorstellen. – „Ein Projekt zum Bahnhofsumbau liegt bereits vor. Leider steht die dafür notwendige Finanzierung seitens des Bundes noch aus.“ – Also wir haben ein fertiges Projekt, wir könnten bauen, aber der Bund sagt, das zahle ich nicht, weil da geht es ja nur um die Obersteiermark. Da haben wir politisch nicht so eine Relevanz, also machen wir das nicht. Steuergelder, meine Damen und Herren, sollten nie nach politischer Relevanz verteilt werden, sondern nach Notwendigkeiten, und das passiert hier in diesem Fall überhaupt nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Es schreibt Rüdiger vorm Walde weiter: „Bisher wurden lediglich die Planungskosten in der Höhe von 1,45 Millionen Euro übertragen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass ich an einer raschen Modernisierung und Neugestaltung des Bahnhofes Bruck an der Mur sehr interessiert bin.“

Im Schriftlichen Bericht vom 1. Juli 2003, also zwei Jahre später – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –, steht, ich zitiere: „Zu diesem Antrag wird berichtet: Das Projekt der Bahnhofsoffensive im Bahnhof Bruck an der Mur wurde bereits mit der fünften Verordnung zur Planung und Durchführung übertragen.“

Das hat man 2001 gesagt. 2003 hat man uns den nächsten Schmääh erzählt.

„Mit der Erstellung des Gesamtverkehrsplanes Österreich beziehungsweise der zweiten ÖBB-Ü-VO-Novelle, BGBl. Nr. 202/2001 wurde die Durchführung in die zweite Phase der Umsetzung (GVP-Ö-Paket 1 a) gereiht. Die Planungen für die BFO in Bruck an der Mur sind bereits abgeschlossen.“ – Also, man hat uns wieder beruhigt, 2003, man ist ganz vorne gereiht. Man hat geglaubt, die Bagger fahren schon. Aber jetzt sind wieder zweieinhalb Jahre vergangen und es hat sich noch nichts getan. – Damit schien die Umsetzung des Projektes für uns als politisch Verantwortliche in der Region rechtzeitig für die Landesausstellung 2006 noch gesichert.

Doch wie bei vielen anderen Projekten hat die Bundesregierung die Unterstützung für die Obersteiermark nicht gewährleistet und sie hat uns auf diesem alten Bahnhof sitzen lassen.

War der Ausbau des Bahnhofes Bruck an der Mur im alten, damals schon die Steiermark benachteiligenden Generalverkehrsplan zumindest enthalten – und ich sage das noch einmal –, fehlt er im neuen Rahmenplan 2005 bis 2010 zur Gänze.

Meine Damen und Herren, wenn man schon in politischen Schwierigkeiten ist und wenn man schon einen Fehler nach dem anderen beim politischen Tun macht und die ÖVP und die FPÖ die Hauptbeschäftigung darin sehen, dieser Bundesregierung die Stange zu halten, sie immer wieder zu verteidigen, wenn auch die Steiermark dabei wesentlich auf der Strecke bleibt, dann würde ich Sie bitten – die Landesausstellung ist ein gemeinsames Projekt aller Fraktion hier im Landtag vertretenen Parteien –, es ist nicht unwesentlich, ob in einer Stadt, wo diese Landesausstellung stattfindet, auch der Bahnhof, wo wir alle uns immer wieder gegenseitig erzählen, wie wichtig der öffentliche Verkehr ist, zeitgemäß, behindertengerecht ausgebaut wird.

Ich bitte also darum. Ich glaube nämlich nicht, dass es hier am Geld fehlt, sondern ich glaube, dass es in dieser Frage speziell am politischen Willen fehlt, das zu tun. Und ich ersuche, die Zusagen einzuhalten.

Zweiter Punkt: Es geht auch beim Bahnhof Bruck um ein Park-and-ride-Projekt und um ein Parkhaus. Auch hier hat man so lange verhandelt, weil man die Stadt nämlich sehr stark mit zur Kasse bitten wollte, die ohnedies bereits Aufgaben in unterschiedlicher Art für das Land übernommen hat. Man ist auch hier nicht weitergekommen.

Ich hoffe, Herr Landeshauptmann – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl: „Das stimmt aber nicht, lieber Siegi!“)

Durch viele Debatten hat man die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die erste Erklärung war, die Gemeinde muss einen wesentlichen Anteil mitfinanzieren. Dann hat die Gemeinde gesagt, finanziell ist das nicht möglich.

Dann hat man durch eine öffentliche Debatte noch einen Brosamen dazugelegt.

Wichtig ist mir jetzt, meine Damen und Herren, dass zumindest, wenn schon der Bahnhof nicht fertig wird, der Park-and-ride-Platz fertig wird. Die Zusage, Herr Landeshauptmann Schöggl, gibt es, aber die hat es beim Bahnhof auch gegeben.

Ich hoffe, dass diese eingehalten wird. Das ist nämlich so, eine Zusage, die man da in einer Region macht, ist ja nicht irgendein Lotteriespiel, sondern wir sollten, wenn wir als Politiker glaubwürdig sein wollen, auch Zusagen einhalten, und nicht nur Märchen erzählen, wenn es gerade zum Thema passt (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl: „Das ist ein Grundprinzip von mir!“) und in der Umsetzung, meine Damen und Herren, was anderes tun als man spricht.

Das Wichtigste in der Politik ist, dass Reden und Handeln übereinstimmt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, darüber nachzudenken. (Beifall bei der SPÖ. – 10.37 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Straßberger. Herr Abgeordneter, bitte.

Was den Lärmpegel betrifft, ersuche ich, diesen abzusenken. Es kann im Moment nichts wichtiger sein als die Diskussion im Plenum.

Abg. Straßberger (10.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich darf mich einmal vorweg bei den Mitgliedern des Verkehrs-Ausschusses herzlich bedanken, die den beiden Anträgen, und zwar die Fertigstellung der Umfahrungsstraße in Mürzzuschlag, die ja schon sehr lange ansteht, und der Sanierung unserer Landes- und Bundesstraßen in der Obersteiermark und darüber hinaus zugestimmt haben.

Verehrte Damen und Herren, die Umfahrungsstraße in Mürzzuschlag ist nur halb fertig. Das ist ein wichtiger Verkehrsweg, gerade was die Sicherheit anbelangt.

Aber auch die Landes- und Bundesstraßen sind wirklich wichtig und müssen saniert werden. Das ist ja hier schon berichtet worden, das heißt, ich habe das in meiner Berichterstattung gesagt. Ich will mich nicht wiederholen.

Mir ist natürlich auch bewusst, dass 10 Millionen Euro ein großer Betrag sind. Ich bin auch felsenfest überzeugt, dass der zuständige Ressortverantwortliche, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl hier einen Weg findet, einen guten Weg findet, um dieses Problem zu lösen.

Herr Abgeordneter Schrittwieser, lieber Siegi, das hat dich natürlich heute wieder ausgezeichnet, hier an diesem Pult, nichts als nur über die Obersteiermark zu schimpfen, die Obersteiermark schlecht machen, die ganze Steiermark schlecht machen. Du gehst her und machst nichts anderes als nur miese Stimmung für eine Region. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe nichts schlecht gemacht!“)

Und wo du Recht hast, ist, dass die Landesausstellung im nächsten Jahr eine wichtige Ausrichtung ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Welche Personen sollen denn in eine Region kommen, wenn du hergehst und die ganze Zeit diese Region schlecht machst?

Das ist ganz klar, tagein, tagaus ist das euer Slogan. Selbst im Boot sitzen, aber die anderen beschmutzen. (Abg. Schrittwieser: „Stimmt ja nicht!“)

Und schau, es war in Mürzzuschlag eine Landesausstellung, es war in Krieglach eine Landesausstellung, es war in Neuberg-Mariazell eine und jetzt kommt Bruck. Ich glaube, dass die Obersteiermark hier hervorragend bedient worden ist und ich glaube, wir müssen zu dieser Sache stehen.

Und zu den Bahnhöfen, natürlich, wer wünscht sich das nicht, dass jeder Bahnhof hervorragend ausgebaut wird. Schau einmal nach Leoben. In Leoben ist das hervorragend passiert. Die Lärmschutzmaßnahmen sind auch passiert. Das weißt du ganz genau – gut, du hast das nicht drinnen in deinem Graben, in Thörl. (Abg. Schrittwieser: „Es geht um den Bahnhof Bruck an der Mur!“) Aber gerade die Gemeinden und auch die Städte, die an der Südbahn liegen, wissen genau, wie schwierig es ist, die finanziellen Mittel aufzubringen, um hier diese Lärmschutzmaßnahmen zu bewältigen. Schau, wie lange ist nichts passiert, da seid ihr zuständig gewesen. Du vergisst immer die Jahre vor 2000. Da sagt ihr immer, hört auf. Alles, was ihr angestellt habt, das spielt keine Rolle und in den letzten fünf Jahren wollt ihr die ganze Welt verändern. So ist die ganze Geschichte. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist ja wirklich schlimm. Man muss sich ja fast genieren, wenn man da dazu gehört, statt dass wir alle gemeinsam hinter dieser Steiermark stehen und jeder sein Bestes tut. Mit solchen Miesmachereien und Schlechtsagereien werdet ihr nichts gewinnen. Das sage ich euch auch. Weil 2000 hast du in der Obersteiermark genauso argumentiert wie heute, da habt ihr die größte Niederlage zusammengebracht, die es in der Geschichte eurer Gruppe gegeben hat. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben gewonnen!“)

In diesem Sinne glaube ich auch, dass Bruck ganz wichtig ist und dass der Ausbau in Bruck am Bahnhof bald kommt für unsere Pendler. Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich hoffe, dass wir hier zu einem guten Erfolg kommen und ich darf Sie wirklich bitten, auch diese Anträge, die bereits im Verkehrs-Ausschuss eine Mehrheit gefunden haben, dass wir hier im Landtag auch zu einer großen Einheit und zu einer Beschlussfähigkeit kommen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.42 Uhr.)

Präsident: Zur Sache hat sich Herr Abgeordneter Schrittwieser gemeldet.

Abg. Schrittwieser (10.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Straßberger, ich mache die Obersteiermark nicht schlecht. Ich schimpfe nicht über die Obersteiermark. Gegen das verwehre ich mich. Ihr kommt nur euren Versprechungen nicht nach. Ihr erzählt immer, wenn eine Wahl vor der Tür steht, irgendwelche Geschichten und wenn die Wahl vorbei ist, macht ihr es nicht. (Abg. Straßberger: „Ihr habt nichts zusammengebracht!“) Das war bei der Aflenzer Bürgeralm das ganz Gleiche. Ihr habt ohnedies damit die Wahl verloren. Ich verwehre mich dagegen und das ist die tatsächliche Berichtigung, dass ich die Obersteiermark schlecht mache. Im Gegensatz zu dir bin ich zu dem, was die Obersteiermark betrifft, noch immer gestanden. Du hast dich gedreht wie ein Windrad, wie eben gerade die Stimmung in der ÖVP im Land war. Das ist die Wahrheit.

Und zweitens verwehre ich mich dagegen, dass du etwas Negatives über den Thörl-Graben sagst (Abg. Straßberger: „Eine konstruktive Kritik!“), weil das ist ein wunderbarer Graben, sage ich euch nur. (Beifall bei der SPÖ. – 10.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (10.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte aus Sicht der Grünen zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung nehmen. Zuerst zu dem Punkt, Sanierung der Landesstraßen. An sich hätten wir uns gedacht, dass die Anzahl der laufenden Kilometer Landesstraßen kein Geheimnis sein kann, das heißt, dass die Landesregierung damit rechnet, dass eine Straße auch einmal einen Schaden erleidet und dass auch die Landesregierung damit rechnet, dass der Winter einmal härter und einmal weniger hart ist. Kurz und gut, wenn die Landesregierung dafür nicht in der Lage

ist Sorge zu tragen, dass, wenn einmal Schäden auftreten bei den Landesstraßen, dann frage ich mich, wozu haben wir diese Landesregierung? Das ist das Erste. Nachdem das aber offensichtlich so ist, ich glaube dem Herrn Kollegen Straßberger, wenn er sagt, dass hier unvertretbare Schäden beziehungsweise Zustände jetzt eingetreten sind und man hier Handlungsbedarf hat, dann werden die Grünen dem zustimmen, weil wenn der Schaden da ist, muss er repariert werden. Das ist ganz klar, die Schäden werden dadurch ja noch größer, nicht nur an der Straße, sondern auch der Schaden, den der Steuerzahler damit zu erleiden hat beziehungsweise der Verkehrsteilnehmer.

Der zweite Punkt, Park-and-ride-Parkplätze. Im konkreten Fall in Liebenau, aber auch in Bruck an der Mur. In Liebenau weise ich noch einmal darauf hin, handelt es sich jetzt konkret um 470 Parkplätze. Sie wissen schon, wie viele Einpendler wir in Graz am Tag zählen und Sie wissen schon, wie viele das sind, alleine aus dem Grazer Osten, nämlich zwischen 15.000 und 20.000, alleine Berufspendler. Aus diesen beiden Zahlen sieht man sehr schön, welcher Fata Morgana wir eigentlich nachlaufen, wenn wir glauben, dass wir mit Park-and-ride-Parkplätzen an sich am Stadtrand oder mehr oder weniger mitten in der Stadt das Problem lösen, nämlich überhaupt nicht. (Abg. Riebenbauer: „Aber es ist eine Lösung!“) Park-and-ride-Parkplätze können, Herr Kollege, ihren Beitrag leisten, aber das ist übrigens auch hinlänglich untersucht, möglichst nahe an der Quelle. Der Weg mit dem Auto muss möglichst kurz sein. Die Leute müssen natürlich auch ein Angebot haben, möglichst früh umzusteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel. Es nutzt uns nichts, wenn er schon mitten nach Graz gefahren ist, nicht nur aus Umweltgründen. Er wird, wenn er einmal in Liebenau ist, dann wird er natürlich aus seinem Auto nicht mehr so leicht aussteigen logischerweise. Er probiert es dann noch einmal, um einen Parkplatz zu finden. Trotzdem, es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Grünen haben nichts gegen solche Park-and-ride-Stationen natürlich, was ich aber sagen will und muss, ist das, man soll sich nicht irgendwelchen Illusionen hier hingeben, wenn man glaubt, dass man damit das Problem auch nur ansatzweise gelöst hätte. Und das ist wieder einmal einer dieser gefürchteten Schritte, der ersten Schritte in die richtige Richtung. Nichts gegen einzelne Schritte, ich muss, wie gesagt, den ersten vor dem zweiten tun, aber ich muss mir bewusst sein, dass angesichts des Ernstes der Probleme in Graz, vor allem der Gesundheitsprobleme, ich mehr als nur so einen Schritt setzen muss. Ich muss viele Schritte setzen. Das hier ist nur ein sehr, sehr kleiner.

Nächster Punkt, Bahnhof Bruck an der Mur. Wir haben es gerade gehört, die Landesausstellung steht unmittelbar bevor. Die Grünen begrüßen sehr und setzen sich uneingeschränkt für den Ausbau der Bahnhöfe, nicht zuletzt des Bahnhofes Bruck an der Mur ein. Die Verknüpfung mit der Landesausstellung halte ich für weniger geglückt, weil erstens kommt sie lange bevor dieser Bahnhof umgebaut werden könnte, zweitens brauchen wir den Bahnhof Bruck an der Mur, den neuen so oder so und drittens soll man auch die Bedeutung von Landesausstellungen nicht überstrapazieren, eine Investition von einer Milliarde Schilling in einen Bahnhof, die muss sich rentieren, die ist vertretbar im Falle Bruck an der Mur, mit der Landesausstellung kann man das nicht begründen.

Und zum Schluss die Umfahrung Mürzzuschlag. Das ist wieder einmal ein Beispiel für eine zweite oder dritte Umfahrung, Herr Kollege Straßberger. Mürzzuschlag bekommt jetzt die zweite Röhre im Ganzsteintunnel. Mürzzuschlag bekommt eine große Investition, ich weiß schon, dass es hier um Verkehrsströme geht, die aus Richtung Neuberg kommen, die damit nicht erfasst werden, das ist schon klar. Trotzdem, die Grünen können diesem Antrag nicht zustimmen. Es handelt sich bei dieser Umfahrung um eine Maßnahme, die sehr wertvolle Wohn- und Naherholungsgebiete betrifft und aus unserer Sicht wäre es klüger und effizienter, hier verkehrsberuhigende Maßnahmen zu setzen in dem Fall, nicht zuletzt was den Schwerverkehr aus dem Neuburger Tal anbelangt, der zunehmend auch Mautflüchtlinge und Transitverkehr umfasst.

Ich erlaube mir auch zum Abschluss anzumerken, dass der Ausbau der Neuburger Bahn beziehungsweise die Einstellung der Neuburger Bahn eine Maßnahme ist, die man in diesem Zusammenhang sehen muss. Kurzum, die Grünen werden für die Wiederinbetriebnahme und Aufwertung der Neuburger Bahn anstelle dieser Investition eines Straßenprojektes, das ungleich teurer kommt, eintreten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Odo Wöhry. Herr Abgeordneter, bitte, Sie sind am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (10.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es sind uns ja die parteipolitisch gefärbten Krokodilstränen des Siegi Schrittwieser schon lange bekannt, wenn es darum geht, unser Land, aber insbesondere die Obersteiermark aus parteipolitischen Gründen schlecht zu machen.

Was den Bahnhof Bruck betrifft, ist es natürlich so, dass es einen breiten Konsens gibt und dass an der Erneuerung beziehungsweise am Umbau dieses Bahnhofes überhaupt kein Weg vorbeiführt, wenn man sich zu einer zeitgemäßen Bahn bekennt.

Was mich beim Siegi natürlich stört, ist, dass er immer mit gespaltener Zunge spricht, und ich kann das begründen.

Es gibt ein Projekt in der Steiermark, ein Bahnprojekt, das die Sozialdemokratie anfasst wie eine heiße Kartoffel, nämlich gar nicht. Ich rede hier von der Schleife Selzthal.

Wenn wir uns zurückerinnern, seit dem Jahr 1950 hat sich die Fahrzeit durch das Ennstal nicht um einen Stundenkilometer im Schnitt erhöht. Insbesondere unter sozialdemokratischer Verantwortung ist absolut nichts passiert. (Abg. Schrittwieser: „Um wieviel wird die Fahrzeit durch die Schleife verkürzt?“)

Die Schleife Selzthal verkürzt die Fahrzeit zwischen 7 und 15 Minuten.

Ich kann es dir auch begründen, warum. Offiziell im Fahrplan stehen 7 Minuten. Aber wenn du ein Bahnbenutzer bist, was ich ja hoffe, dass du es auch bist, weil du so für die Bahn kämpfst, dann weißt du, dass das Umdrehen, die Richtungsänderung mit 7 Minuten meistens nicht abgetan ist, sondern dass man da wesentlich länger braucht. Es gibt Zugsgarnituren, die sind im Winter überhaupt nicht in die andere Richtung fahrbar. Also, diese Dinge müssen die Pendler ertragen, die täglich mit der Bahn fahren, tatsächlich benützen.

Die einzige politische Kraft in diesem Land und in unserem Bezirk, die massiv gegen die Schleife Selzthal vorgeht, ist die Sozialdemokratie, und ihre Verbündeten sind die Gewerkschaftler.

Und dann stellst du dich da her, Siegi, und sagst, du möchtest für eine zeitgemäße Bahn kämpfen. Bitte, du kannst nicht Wasser predigen und Wein trinken. Ich würde sehr bitten, dass die Sozialdemokratie in dem Land, genauso wie im Bezirk, endlich ein klares Bekenntnis zu diesem wirklich wichtigen Projekt ablegt. (Beifall bei der ÖVP.)

Du erweist im Übrigen deinem Sozialdemokratischen Bürgermeister in Liezen einen ganz großen Dienst. Das wirst du nicht wissen, weil du dich mit der Schleife Selzthal ja nicht befassen darfst, aber in dem Projekt Schleife Selzthal ist selbstverständlich die Modernisierung des Bahnhofes der Bezirkshauptstadt drinnen. Das heißt, solange die Sozialdemokraten gegen die Schleife sind, wird auch Liezen nicht saniert. Und das können wir auch nicht zulassen.

Also, wir werden schon schauen, dass wir das Projekt umsetzen, ein Zeichen setzen. Wir werden auch gegen den Widerstand der Sozialdemokratie alles tun, damit die Bahn eine absolut zeitgemäße Verkehrseinrichtung bleibt.

Ich erwarte mir von euch ein Bekenntnis zu diesen Projekten, und nicht ein parteipolitisches Taktieren. (Beifall bei der ÖVP. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Peter Rieser.

Abg. Rieser (10.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Siegi, Frage, wer war eigentlich für den öffentlichen Verkehr bis 1999 in der Steiermark zuständig? Die Sozialdemokraten! (Abg. Schrittwieser: „Ich freue mich, dass ihr euch so viel mit mir beschäftigt!“)

Du kannst nicht einfach hergehen und sagen, nur in den letzten vier Jahren sind Fehler passiert. (Abg. Kröpfel: „Konkret von wann bis wann. Nicht sagen, bis 1999, sondern sagen 1995 bis 1999!“)

Wir können auch von mir aus sagen, bis 23. Jänner 2000, wo der neue Landtag sich konstituiert hat.

Ich sage das deshalb, weil man einfach so leicht drüber hinweggeht und sagt, da ist nichts geschehen und da passiert nichts. So kann es nicht sein.

Natürlich, und das möchte ich schon erwähnen, was den Straßenzustand anbelangt, haben wir teilweise einen Zustand, wo wir sagen, bitte, wie soll es weitergehen? Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, da möchte ich dich konkret ansprechen, wenn ich sehe, dass die meisten Straßen so vor 30 Jahren gebaut worden sind. Durch die zunehmende Verkehrsbelastung und auf Grund des Alters der Substanz des Unterbaues haben natürlich diese Straßen einiges abbekommen. Wenn man dann hernimmt und anzieht, wie viel Geld für die Sanierung zur Verfügung gestellt wird, dann haben wir ein riesiges Problem.

Ich nehme nur den Bereich BBL Judenburg her, Baubezirksleitung Judenburg mit den Bezirken Murau, Knittelfeld und Judenburg. Ich habe mir das näher angesehen.

Wir haben da ein Straßennetz von 630 Kilometer Länge und dafür, für die Instandsetzung, ein Budget von 7 Millionen Euro. Die Experten sagen mir, sie würden mindestens das Doppelte benötigen, damit einigermaßen die Instandsetzungen getätigt werden können. Es sind in diesem Bereich der Baubezirksleitung 30 Landesstraßen, davon zwölf Straßen im Bezirk Murau, 13 im Bezirk Judenburg und fünf im Bezirk Knittelfeld, dringend sanierungsbedürftig. Vor kurzem hat mir einer auch gesagt, wenn man bei diesen Landesstraßen schneller als mit 50 drüberfährt, haust du dir bereits den Kopf an.

Ich glaube, so kann es nicht sein. Daher brauchen wir mittelfristig und langfristig ein Konzept, damit man dieses steirische Landesstraßennetz auch erhält.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (10.57 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren!

Der Kollege Wiedner behauptet, die Traktoren führen die Straße zusammen. Das ist mir neu. Ich weiß nicht, ob du den Traktor kennst, der das macht. Üblicherweise fahren die Traktoren nicht so schnell und passen auf und fahren auf jenen Straßen, die wir, vor allen Dingen die Gemeinden und die Bauern selbst, auch erhalten müssen. Also, die Problematik sehe ich nicht so groß.

Aber der Herr Kollege Hagenauer hat mich eigentlich zu meiner Wortmeldung bewogen. Er sagt, die Park-and-ride-Anlagen müssen möglichst an der Quelle sein. Ja, an der Quelle, wenn es möglich ist. Ich würde sagen, die Park-and-ride-Anlagen müssen den Bedürfnissen jener entsprechen, die sie vor allen Dingen benötigen und denen sie helfen.

Wenn ich jetzt an unsere Oststeiermark denke, wo wir an der A 2, an der Anschlussstelle Pinggau-Friedberg eine Park-and-ride-Anlage haben, die immer wieder zu klein ist, die schon erweitert wurde, so ist das eigentlich diese Geschichte, dass dort die Pendler aus der Oststeiermark, aus unserem gesamten Bereich und vor allen Dingen auch aus dem südlichen Burgenland gemeinsam diese Park-and-ride-Anlage benützen, um dann in den Bus umzusteigen, um nach Wien zu pendeln und nach Wiener Neustadt oder wohin immer. Aus meiner Sicht ist es dringend wichtig, dass wir diese Park-and-ride-Anlagen auch in Zukunft erhalten, ausbauen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, du förderst sie auch immer wieder. Ich bitte dich, das auch in Zukunft zu machen. Wir brauchen einfach diese Anlagen.

Weil an der Quelle, das ist leicht gesagt, aber was soll der zum Beispiel von Sankt Jakob im Walde machen, wenn er keinen Zug und keinen Bus hat, der ihn dann weiterbringt? Der muss einmal mit dem Auto bis zu dieser Park-and-ride-Anlage fahren und dann nützt er die Chance und die Möglichkeit, dass er gemeinsam mit vielen anderen eben dieses öffentliche Verkehrsmittel benützt, um dann rascher und einfacher in die Stadt zu seinem Arbeitsplatz zu kommen.

Das Zweite: Es gibt ja in der Gemeinde Schlag eine Park-and-ride-Anlage. Herr Landeshauptmannstellvertreter, da besteht der Wunsch, dass man die auch erweitert. Ich glaube, du wirst diesem Wunsch nachkommen, ich bitte dich darum, weil wir einfach diese Gelegenheiten nützen müssen, dass wir den öffentlichen Verkehr mehr nutzen müssen, um die Autos, wo es geht, stehen lassen zu können, weil wir eh schon fast im Verkehr ersticken.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (11.00 Uhr): Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Präsident, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Zuerst einmal bedanke ich mich beim Herrn Abgeordneten Hagenauer für seine wie immer sachlichen Vorschläge, darf Ihnen aber versichern, Herr Abgeordneter Hagenauer, dass es natürlich ein kurz-, mittel- und langfristiges Instandhaltungskonzept gibt. Das ist ja gar keine Frage und dass wir alles daransetzen, dass wir das geplante S-Bahn-System auf den bestehenden, leicht zu erweiternden Schienenkörpern umsetzen und die entsprechenden Park-and-ride-Anlagen schaffen. Ich sehe es auch einmal positiv, dass es uns gelungen ist, für Bruck an der Mur die Finanzierung für diese Park-and-ride-Anlage sicherzustellen. Immerhin haben wir eine Million Euro beschlossen. Ich weiß, dass eine Million Euro – das klingt so bescheiden, aber es sind 14 Millionen Schilling zusätzlich und die Gemeinde Bruck ist keine ganz arme Gemeinde, wenn man schaut, was sich dort noch an Bautätigkeit entwickelt. Es ist durchaus so, dass auf diesem Gebiet etwas weitergeht.

Herr Abgeordneter Schrittwieser hat gesagt, Zusagen müssen halten. Herr Kollege Schrittwieser, das ist mein Markenzeichen. Ich bin sogar so weit gegangen, dass ich die Zusagen von Altlandesrat Ressel gehalten habe, weil ich war die ersten beiden Jahre meiner Amtstätigkeit ausschließlich damit beschäftigt, die im Wahlkampf 2000 vom Kollegen Ressel gemachten Zusagen einzuhalten, weil ich der Meinung bin, dass die Bevölkerung natürlich erwartet, dass Zusagen eingehalten werden. Ich sage, das ist ganz ehrlich, dass Zusagen halten und ich glaube, du hast da ja keine schlechten Erfahrungen mit mir gemacht. Das ist der eine Punkt.

Nur eines möchte ich aufklären zu deinen Aussagen immer, was die schwarz-blaue Bundesregierung betrifft, die gibt es in der Form nicht mehr. Es dürfte dir entgangen sein, dass die Freiheitlichen nicht in der Bundesregierung vertreten sind, sondern dass das eine neue Gruppierung ist, mit der wir nichts zu tun haben und auch nichts zu tun haben wollen.

Der nächste Punkt ist die Frage Bahnhof Bruck. Ich bin sehr dankbar, dass es da zu einem Lückenschluss beziehungsweise Schulterschluss zwischen den Fraktionen kommt und wir werden Schulter an Schulter, lieber Herr Abgeordneter Schrittwieser, für diesen Bahnhofausbau kämpfen, gar keine Frage. Ich mache das seit einigen Jahren, du schon ein bisschen länger, du bist schon ein bisschen länger da. Du wirst sehen, wir werden dieses Projekt wirklich zur Umsetzung bringen, wenn wir Schulter an Schulter, wo kein Lösblatt Platz hat, für dieses Projekt auch in Zukunft mit dieser Intensität weiterkämpfen werden.

Zur Sanierung der Frostschäden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eben in einer Vorwahlzeit so, dass aus allem versucht wird, auch ein politisches Thema zu machen. Aber ich darf Ihnen versichern, Frostschäden eignen sich wirklich nicht dazu. Weil für den Frost kann keine Partei etwas, für die Frostschäden kann auch keine Partei etwas. Es gibt keine roten, blauen, grünen Frostschäden, sondern es gibt einfach die physikalische Tatsache, dass schwerer Frost einfach Probleme mit sich bringt. Ich darf Sie informieren, wir haben in der Steiermark bereits jetzt über 150 Baustellen zur Sanierung der Frostschäden. Das heißt, wir tun was wir können, selbstverständlich. Das Problem ist nur, wenn man dann irgendwo eine Baustelle einrichtet, passt es ja natürlich auch nicht. Also 150 Baustellen in der ganzen Steiermark zur Beseitigung der Frostschäden sind bereits im Laufen, wir tun was wir können. Ich weise aber darauf hin, dass es eine sehr schwere Aufgabe ist, wo wir die Abteilungen des Landes, bei denen ich mich an der Stelle ganz herzlich bedanke,

und meine Wenigkeit alles versuchen, was wir können, aber Mitte des Jahres 10 Millionen Euro, wo Ausschreibungen laufen, wo bereits Verträge unterschrieben sind, einfach umzuschichten – und es ist wieder die Frage der Eurowelt, in Schillingen wäre es kein Problem, aber in Euro sind es immerhin 140 Millionen Schilling – ohne bereits ausschreibungsreife Neubauprojekte zu verschieben ist faktisch nicht möglich. Das heißt – ich denke, Sie werden den Antrag beschließen –, wenn ich dem vollinhaltlich nachkomme, werden wir einige von der Bevölkerung und auch den dort ansässigen Bürgermeistern sehr dringend geforderte Neubauten etwas verschieben müssen. Ich werde mir erlauben, die Interventionen diesbezüglich dann an den Landtag weiterzuleiten. Es sind ein paar ganz interessante Projekte dabei. Es würde sich dann nämlich die Umfahrung Preding–Wies etwas verzögern, die Begleitstraße Gleisdorf–Weiz würde sich etwas verzögern, Lärmschutz Trofaiach, Lärmschutzmaßnahmen in Kaindorf, Deutschlandsberg, Liezen, in Graz die Triester Straße und in Hartberg der zweite Teil der Umfahrung Richtung Norden, der Kreisverkehr Fröschlwirt und der Linksabbieger beim Ökopark Hartberg. Das sind nämlich die Projekte, die in etwa 7 Millionen Euro ausmachen, die wir dann etwas zurückstellen müssten. Aber wir werden uns bemühen, alles zum richtigen Zeitpunkt zu machen. Natürlich gibt es ein Konzept zur Instandhaltung und es ist so, dass ich mir fest vorgenommen habe, in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt Sanierung zu setzen und den Neubau etwas zurückzunehmen, damit wir das Straßennetz in der ganzen Steiermark wieder auf einen Standard bringen können, der es dann erlaubt, dass wir die nächsten 25 bis 30 Jahre die Instandhaltungsaufgaben bewältigt haben. Aber es wird natürlich zwei bis drei Jahre dauern, wo wir faktisch das gesamte Straßenbaubudget ausschließlich in die Instandhaltung und in die Erneuerung stecken müssen, aber dieser Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren notwendig sein.

Zu Park-and-ride habe ich schon gesagt, ich freue mich, dass für den Park-and-ride-Platz im August der Spatenstich sein wird. Wir sehen uns dann, weil bei Spatenstichen sieht man ja immer die Politiker aller Parteien und ich denke, im August wird der Spatenstich für das Park-and-ride-Projekt in Bruck an der Mur sein und das Projekt in Graz denke ich ist auch ein Schritt in die richtige Richtung. Mir ist schon klar, dass wir nicht 15.000 Pendler plötzlich mit Parkplätzen versorgen können, aber wenn wir zielgerichtet das komplexe Verkehrssystem bearbeiten, den Verkehr verflüssigen, Park-and-ride-Parkplätze an den Schienensträngen, natürlich an den Zubringerbahnen installieren, dann natürlich schauen, dass der Fuhrpark, der Wagenpark der schienengebundenen Unternehmen einem Standard entspricht, dass er auch angenommen wird, bin ich überzeugt, dass wir mit der steirischen Verkehrspolitik eine mustergültige Verkehrspolitik im Ranking aller Bundesländer faktisch umsetzen. Ich bedanke mich schon jetzt für Ihre Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ. – 11.07 Uhr.)

Präsident: Es liegt mir noch eine weitere Wortmeldung vor, und zwar ist das der Herr Abgeordnete Böhmer.

Abg. Böhmer (11.08 Uhr): Herr Präsident, meine Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Park-and-ride-Platz Schlag bei Thalberg fällt mir, Kollege Riebenbauer, eines ein. Es ist zwar gut, wenn wir den hier im Landtag zu Gespräch bringen, es ist zwar gut, wenn wir beim Herrn Landesrat dafür anklopfen, aber ich glaube, es wäre auch wichtig, dass nicht die Gemeinde – eben wie Schlag bei Thalberg – der alleinige Anteilzahler ist, sondern dass auch alle anderen Gemeinden, es sind dies so grob geschätzt sechs andere Gemeinden, aus denen die Pendlerinnen und Pendler kommen, dass auch diese Gemeinden nicht nur in freundschaftlicher Art, sondern in verbundener Art, weil auch ihnen die Bewohner und die Pendler etwas wert sind, ihren Kostenanteil zahlen. Ich glaube, bei der Finanzierung dieses Modells sollte es auch beispielgebend sein, denn es wird mehrere Park-and-ride-Parkplätze entlang der ganzen A 2 geben, wo nicht allein eine Gemeinde zum Handkuss kommen soll, zumal, und das wirst du selber wissen, weil du ja auch Kommunalpolitiker bist, die Gemeinden ohnedies schon aus dem letzten Loch pfeifen.

In diesem Sinne wäre auch meine kleine Wortmeldung, dass wir uns in Hartberg, dass wir uns in diesem Gebiet finden, dass die anderen Gemeinden zumindest einen Solidaritätsbeitrag leisten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.09 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Damit komme ich zu einer Serie von Abstimmungen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2251/1, das ist der Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2134/1, das ist der Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2243/1, das ist der Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Landesstraßensanierung, zu Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2271/1, das ist der Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2277/1, das ist der Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Womit wir zum Tagesordnungspunkt 9 gelangen.

9. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 2300/1, Beilage Nr. 261, betreffend Landes-Lustbarkeitsgesetz, zum Antrag, Einl.-Zahl 2189/1, der Abgeordneten Kasic, Wiedner und Mag. Koller, betreffend Änderung des Veranstaltungsgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (11.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf zum Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft gemäß Paragraph 22 der Geschäftsordnung des Landtages berichten.

Im Zuge der Änderung des Veranstaltungsgesetzes soll auch das Landes-Lustbarkeitsabgabegesetz novelliert werden.

Hintergrund ist, dass der Zivilinvalidenverband, Landesleitung Steiermark, hauptsächlich ehrenamtlich geführt wird und in der Steiermark etwa 5300 Personen betreut. Die finanzielle Situation des Verbandes ist auf Grund fehlender Mittel jedoch sehr angespannt.

Aus diesem Grund wurde, wie gesagt, im Zuge der Beratungen über das Veranstaltungsgesetz auch ein Vorschlag erarbeitet, das Landes-Lustbarkeitsabgabegesetz zu ändern.

Die vorliegende Novelle geht davon aus, dass dem Kriegsoffer- und Behindertenverband – über Vorschlag der SPÖ – jährlich weiterhin Zuwendungen in derselben Höhe gewährt werden können wie bisher. Durch eine minimale Erhöhung der Abgabe auf Geldspielapparate beziehungsweise Glücksspielautomaten von bisher 163,50 auf 167,50 Euro werden die auf Basis des Landesvoranschlages 2004 errechneten Mehreinnahmen in Höhe von 80.000 Euro dem Zivilinvalidenverband zufließen, ohne dass anderen FörderungsempfängerInnen Mittel entzogen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle die vorgelegte Novelle, mit der das Steiermärkische Landes-Lustbarkeitsabgabegesetz geändert wird, beschließen.

Ich bitte um Zustimmung! (11.13 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldung dazu, meine Damen und Herren? Abgeordneter Kasic, bitte?

Keine Wortmeldung, danke.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 1253/3, zum Beschluss Nr. 997 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003 über den Selbstständigen Antrag der Abgeordneten Beutl, Dr. Reinprecht, Graf, Lechner-Sonnek, Böhmer, Hamedl und Dr. Rauch, betreffend Umsetzung und Strategie des Gender Mainstreaming im Land Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Frau Präsidentin, bitte.

Präsidentin Beutl (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über die Vorlage, Einl.-Zahl 1253/3, der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 997 des Steiermärkischen Landtages vom 25. März 2003.

In dieser Vorlage geht es um den vom Landtag geforderten Bericht, wo alle zwei Jahre über den Stand der Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie zu berichten ist.

Dafür wurde eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe eingerichtet, die ein umfassendes und systematisches Konzept zur Umsetzung der Strategie erarbeitet.

Diese eingerichtete Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming hat sowohl innerhalb des Amtes der Landesregierung als auch in Zusammenarbeit mit externen Partnerorganisationen zahlreiche Initiativen gesetzt, die insbesondere der Information und Bewusstseinsbildung für Gender Mainstreaming dienen.

Es sind hier eine große Anzahl von Beispielen angeführt, die ich in der Berichterstattung nun nicht vortragen muss, sie liegen Ihnen vor. Ob das nun die Entwicklung von Info-Foldern, von Handbüchern oder von Praxisleitfäden ist, eines Newsletters, der an alle steirischen Gemeinden gegangen ist, oder die Initiativen „Girls' Day“ oder „mut! – Mädchen und Technik“ oder aber das Einbringen der Gleichstellungsperspektive in die Programmplanung Steiermark 2007 bis 2013.

Außerdem wurde eine Broschüre mit dem Titel „Frauen und Männer in der Steiermark – Daten, Erläuterungen, Initiativen“ als weiteres Instrument zur Sensibilisierung erarbeitet.

Auch die Abteilung 16 – Landes- und Gemeindeentwicklung hat eine Stellungnahme abgegeben. Hier wird aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass bei regionalen Verwaltungen von „EU-Strukturfonds-Mitteln“ der Nachweis über die Form der Berücksichtigung dieses Politikbereichs zu führen ist.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die vorliegenden Stellungnahmen zum Beschluss Nr. 997 werden zur Kenntnis genommen. (11.16 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Ich habe eine Wortmeldung. Frau Abgeordnete Koller, bitte.

Abg. Mag. Koller (11.16 Uhr): Meine Damen und Herren!

„Männer, lasst endlich die Weiber ran, damit nichts mehr schief gehen kann.“ Keine Wortspende von mir, sondern ein aktueller Artikel aus den „Wirtschaftsnachrichten Süd“.

Was kann uns Besseres passieren, als dass bereits in so einem Medium klar und deutlich steht, dass es gut ist, wenn Frauen in Führungspositionen sind: Dass es sehr gut ist, wenn Frauen selbstständig werden, denn Statistiken beweisen es; die Wahrscheinlichkeit, dass ein von einer Frau geleitetes Unternehmen bankrott macht oder eben in Insolvenz gerät, ist 63-mal geringer als bei Männern. Bitte, das ist nur ein Schlagwort, ich könnte die Liste aus dieser Zeitung fortsetzen. (Abg. List: „Das ist einseitig!“)

Das ist nicht einseitig, Herr Kollege. Endlich einmal steht auch klipp und klar in einer Zeitschrift, dass wir Frauen gut sind und dass wir Frauen sehr vieles zustande bringen.

Gender Mainstreaming ist halt noch immer für manche nur ein Schlagwort, aber Gott sei Dank doch bereits für viele ein eifriges Bemühen um eine Gleichstellung beziehungsweise keine Diskriminierung mehr zuzulassen.

So manches Mal, wie gerade soeben vom Kollegen, hört man halt einen Mann sagen: „Wir Männer brauchen jetzt schon Gender Mainstreaming, ihr Frauen habt das überhaupt nicht mehr nötig.“ Schön wäre es, aber die Praxis zeigt natürlich ganz, ganz was anderes.

Aber dieser Bericht und diese ganzen Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung und zeigen einmal den Weg auf, dass es doch irgendwann zu einer Gleichberechtigung kommen kann. Es wird nicht mehr nur geredet, sondern es werden auch bereits Taten gesetzt.

Sehr vielen ist nicht wirklich klar, was Gender Mainstreaming im Prinzip übersetzt bedeutet. Die beschreibende Übersetzung dieses Begriffes macht nämlich sehr deutlich, welche Grundsätze dieser Strategie zugrunde liegen. Gender wird übersetzt als das soziale Geschlecht. Das Englische unterscheidet in seiner Wortwahl zwischen Sex, also dem biologischen Geschlecht, und Gender, dem sozialen Geschlecht. Mit Gender sind somit die gesellschaftlichen Geschlechterrollen gemeint, also Vorstellungen und Erwartungen, wie Männer und Frauen sein sollen. Mainstreaming übersetzt bedeutet, in den Hauptstrom bringen. Mainstreaming heißt also, dass ein bestimmtes Denken und Handeln in den Mainstream, in Politik und Verwaltung, in Programmen, in Maßnahmen übernommen und eben dann zu einem selbstständigen Handlungsmuster werden. Gender Mainstreaming jetzt zusammengezogen bedeutet die sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen, in allen Planungs- und Entscheidungsschritten immer bewusst wahrzunehmen und auch bewusst zu berücksichtigen, alle Vorhaben somit auf geschlechtsspezifische Auswirkungen hin überprüfen und in die richtige Richtung lenken.

Mit dem Begriff Gender werden beide Geschlechter in den Blickpunkt gerückt, also Gleichstellung nicht als ein individuelles Frauenproblem zu sehen, sondern es betrifft natürlich Frauen und Männer gleichermaßen. Nicht die Frauen müssen sich anpassen, sondern die Strukturen müssen sich anpassen und somit sind auch die Männer Akteure dieses Prozesses. Gender Mainstreaming ist somit nicht ein Ziel per se und dient natürlich auch nicht als Selbstzweck, sondern eine Strategie, mit der das Ziel verfolgt werden muss, die Gleichstellung von Frauen und Männern. In unserer geschlechtsstrukturierten Gesellschaft mit den unterschiedlichen Frauen- und Männerrollen gibt es natürlich keine absolute Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, weil die Wahl der Lebensführung sich innerhalb von bestimmten Rahmenbedingungen abspielt und infolgedessen vom Geschlecht auch beeinflusst wird. Eine echte Chancengleichheit kann sich erst dann ergeben, wenn eine tatsächliche Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen erlangt wird, wenn also tatsächlich Frauen gleich wie Männer in der Politik und in den Führungsetagen vertreten sind, und nicht nur mehr oder weniger theoretische Chancen haben oder aber sehr viel größere Anstrengungen unternehmen müssen, um weiterzukommen.

Ein guter Ansatz, um eben gerade dieses Gender Mainstreaming-Ziel zu erreichen, sind all die Maßnahmen, die seitens unseres Landes Steiermark gesetzt werden. Lassen Sie mich einige Beispiele aufzählen, denn dieses Thema ist für uns alle sehr, sehr wichtig, sehr wichtig für unsere erfolgreiche Zukunft. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam diesbezüglich noch viel unternehmen werden, um Gender Mainstreaming in das Bewusstsein der Menschen hineinzubringen und auch natürlich das Gender Mainstreaming umzusetzen. Es gibt im Land Steiermark eine Steuerungsgruppe und als Einführung hat diese Steuerungsgruppe einmal einen Workshop gemacht. Darauf aufgebaut gab es dann eine Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Wo ein Wille, da ein Weg“, Frauen und Männer werden gleichberechtigt. Es gab eine Fülle von Vorträgen, sowohl für das Bewusstmachen, aber natürlich auch für das individuelle Nachlesen wurden verschiedene Informationsfolder, wie zum Beispiel Gender Mainstreaming, eine Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern, aufgelegt, dann eine inhaltliche Erarbeitung eines Handbuchs, Herausgabe eines Folders, und zwar Information für die Frau in der Steiermark. Etwas Wichtiges ist auch, dass die A 14, Wirtschaft und Arbeit, Lehrlingen und Lehrabsolventinnen einen Absolventenbildungsscheck für die Berufsreifeprüfung anbietet. Diese Maßnahme dient eben als Fortbildung und damit natürlich auch für Arbeitsplätzeicherungen. Was mir auch sehr gut gefällt, sind die „Girls' Days“, das heißt, Mädchen haben die Chance, und ich glaube, diesmal war es der 28. April, zu schnuppern in Betrieben beziehungsweise bei Berufen zu schnuppern, die nicht selbstverständlich Frauen zur Verfügung stehen und dadurch vielleicht so manches Mädchen draufkommt, man kann auch in einen so genannten Männerberuf hinein und hat dort die besten Chancen und die besten Aussichten.

Ich möchte mich bei der Steuerungsgruppe bedanken, ich habe nur einige Beispiele aus dieser Reihe von Maßnahmen herausgegriffen und Ihnen hier dargestellt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, es wird der richtige Weg eingeschlagen. Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam mit mir hier im Landtag, im Land Steiermark, in der Privatwirtschaft und in der Bevölkerung dieses Gender Mainstreaming ins Bewusstsein hineinzubringen und lassen Sie es uns in Zukunft auch leben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.24 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

Abg. Dr. Reinprecht (11.24 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, hier herrscht große Einigkeit, die Vorlage beruht ja auch auf einem Drei-Parteien-Antrag SPÖ, ÖVP und Grüne. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf eines hinweisen, nämlich dass Gender Mainstreaming nicht alles kann. Wir haben hier noch sehr viele Defizite und die sind allgemein bekannt. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, die erzwungene Teilzeitarbeit, nicht die freiwillige, die wäre ja kein Problem, die mangelnden Aufstiegschancen und vieles andere mehr. Was ich damit sagen will, neben Gender Mainstreaming muss es noch konkrete Frauenförderung geben mit den entsprechenden Frauenförderplänen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.25 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 10 liegt nicht vor. Meine Damen und Herren, wir schreiten damit zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2264/1, betreffend den Förderungskatalog 2004.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (11.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag geforderten Vorlage eines jährlichen Förderungskataloges wurden mit Schreiben vom 17. Jänner 2005 alle kreditbewirtschaftenden Abteilungen aufgefordert, der Fachabteilung 4A – Finanzen und Landeshaushalt einen Bericht für die in ihrem Bereich im Jahr 2004 erfolgten Förderungen, soweit nicht bereits gesondert dem Steiermärkischen Landtag durch die zuständige Abteilung darüber berichtet wurde, vorzulegen.

Auf dieser Basis wurde die von der Fachabteilung 4B – Landesbuchhaltung erstellte Übersicht der Förderungsansätze sowie die von den zuständigen kreditbewirtschaftenden Abteilungen vorgelegten detaillierten Darstellungen zum Förderungskatalog 2004 zusammengefasst. Der beiliegende Förderungskatalog 2004 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 25. April 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für 2004 wird zur Kenntnis genommen. (11.27 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter. Wir haben eine Reihe von Wortmeldungen. Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek ist am Wort. Frau Abgeordnete bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (11.27 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Förderbericht grundsätzlich beziehungsweise strukturell etwas sagen. Ich freue mich, dass es ihn gibt, aber er ist nur bedingt hilfreich. Es ist ein Haufen Papier, es ist viel Arbeit dahinter, aber als Abgeordnete kann ich nicht damit arbeiten, so wie ich mir das vorstellen. Wenn das Land oder die Landesregierung mit ihren Abteilungen einen Bericht vorlegt darüber, was in einem Jahr alles gefördert worden ist an Projekten, dann hat das nur einen Sinn, wenn man diese Informationen oder wenn man alle wichtigen Informationen diesem Bericht auch entnehmen kann. Derzeit ist es aber so, dass jede Abteilung nach eigenen Kriterien erstellt, manchmal auch solche Formulierungen wählt, dass sich eine Gesamtsumme ergibt und man nicht genau weiß, was war das jetzt, welches Projekt, welcher Förderwerber, welche Förderwerberin und so weiter. Das heißt, dieser Förderungsbericht des Landes, wie er jetzt vorliegt, ist sozusagen ein Anfang und ich hoffe, dass wir jetzt gemeinsam den nächsten Schritt gehen können, nämlich zu sagen, es gibt für diesen Förderbericht des Landes Kriterien, die es uns Abgeordneten ermöglichen, unsere Kontrolltätigkeit auszuüben. Wir sind als Mitglieder des Landtages verpflichtet, die Arbeit der Landesregierung zu kontrollieren. Das kann ich nur, wenn ich auch die Daten bekomme, die ich dafür brauche. Wir haben gerade bei den Debatten der letzten Zeit, Stichwort Herberstein, gesehen, dass es ein großes Problem ist, wenn nicht eindeutig nachvollzogen werden kann, welche Firma, welche Person, welche Institution, in welchem Zeitraum, für welche Projekte, welche Geldsummen bekommen hat. Es wäre ja eigentlich ganz normal, dass man das rasch abrufen kann auf Knopfdruck, es ist öffentliches Geld. Es ist im öffentlichen Interesse, darüber auch Bescheid zu wissen. So ist es aber leider nicht gewesen. Deswegen haben wir einen Vorschlag vorbereitet, den ich in Form eines Antrages einbringen möchte.

Im Antrag sind nämlich die Details alle enthalten.

Zusammenfassend geht es darum, Standards einzuhalten, und zwar alle Abteilungen müssen diese Standards und Regeln einhalten, wenn sie in Hinkunft den Förderbericht abliefern. Dies soll die Voraussetzung dafür sein, dass wir alle, ohne viel Nachfrage und ohne sozusagen im Regen stehen gelassen zu werden, wenn wir nachfragen, uns selber ein Bild machen können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen – und das zum Thema Kriterien für Förderungen –:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Hinkunft die gemeinsamen Ziele des Landes und der FörderwerberInnen in Bezug auf Zweck, Zeitraum und mittel- beziehungsweise langfristige Entwicklung des Projektes vorab zu klären.

Zweitens: Ich bitte um Aufmerksamkeit. Da weichen wir von unserem schriftlichen Vorschlag ab. Wir wollen das Wort uneingeschränkt herausnehmen, weil es missverständlich war beziehungsweise als missverständlich eingestuft wurde. Es geht um die Prüfkompetenz des Landes. Es soll damit nicht bewirkt werden, dass das Land in einem Verein, dem es eine Förderung gibt, alles prüfen kann, sondern dass das Land das zu prüfen hat, was mit dieser Förderung in Zusammenhang steht.

Deshalb die neue Formulierung: zweitens die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes bei allen Förderungen als Förderungsvoraussetzung festzulegen, drittens den Förderungskatalog in Hinkunft nach einheitlichen Standards zu gestalten, so dass der Name der FördernehmerInnen, der Verwendungszweck sowie die genaue Höhe der Förderung – gegebenenfalls pro konkretem Projekt – daraus abgelesen werden können und viertens bezogen auf alle Förderbereiche Konzepte zu erarbeiten, welche Ziele kurz-, mittel- und langfristig verfolgt werden und welche Mittel dafür nötig sind, um eine Grundlage für die Abwicklung der Förderungen und die öffentliche Nachvollziehbarkeit der Arbeit der Landesregierung zu schaffen.

Hätten wir diese Standards gehabt, hätten wir die Probleme mit Herberstein mit Sicherheit nicht gehabt. Also, ich hoffe auf Zustimmung.

Ich möchte auch noch einen zweiten Antrag einbringen, betreffend mehrjährige Förderverträge.

Wie Sie wissen, haben zahlreiche Vereine in der Steiermark und andere Institutionen gemeinnütziger Natur Aufträge des Landes übernommen beziehungsweise bearbeiten im Auftrag des Landes das, was in Form von Landesgesetzen festgelegt worden ist.

Diese Vereine haben oft große Probleme, weil sie, wenn das Jahr zu Ende geht, nicht wissen, ob sie im nächsten Jahr wieder diese Aufträge übernehmen werden können, weil das Land sich nicht dazu äußert. Das heißt, eigentlich müssten die Zuständigen in diesen Vereinen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jedes Jahr im Herbst kündigen, damit die Kündigungsfrist eingehalten wird und dann irgendwann wieder anstellen. Im Jänner würde es dann gar nicht gehen, weil meistens die Förderzusagen erst irgendwann im Laufe des Jahres kommen.

Wenn man also als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer nach der Sorgfaltspflicht des ordentlichen Kaufmannes – das ist ein Fachterminus – agiert, müsste man permanent kündigen und die Leute ein halbes Jahr ohne Anstellungsverhältnis haben.

Das geht nicht, da gehen einem die Mitarbeiter weg, und mit Recht. Das wäre ein ganz ein schlechter Umgang.

Das Einzige, das da helfen kann, ist, dass das Land hergeht und mehrjährige Förderverträge macht, natürlich ganz klar gekoppelt an die Einhaltung von Regeln. Ich bin sofort dafür, dass man aus so einem Vertrag aussteigen kann, wenn der Verein oder die Institution sich nicht an die Vereinbarungen hält. Aber das ist eh klar, das ist Vertragsbruch, da gibt es keine Probleme.

Es gibt also kein Argument, auf diese Mehrjährigkeit der Verträge zu verzichten. Es gibt nur Argumente dafür, weil es Qualitätssicherung und Stabilität bedeuten würde, nicht nur für diese Vereine und Institutionen, sondern für die Erbringung der Dienstleistungen. Ob das jetzt im Bereich der Betreuung alter Menschen, junger Menschen, der Betreuung behinderter Menschen ist, der Betreuung von Migranten/Migrantinnen oder welche Themenbereiche auch immer von gemeinnützigen Organisationen in der Steiermark betreut werden.

Ich bringe daher den Antrag ein, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mittels mehrjähriger Verträge Rechtssicherheit für alle betroffenen Vereine zu schaffen.

Ich bitte um Annahme und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen. – 11.34 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer.

Abg. Böhmer (11.35 Uhr): Herr Präsident, Frau Landsrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich kann mich vielen Ausführungen von der Kollegin Lechner-Sonnek nur anschließen, wenn man sich dieses 350 Seiten lange, wirklich sehr interessante Werk anschaut.

Auch mir ist bewusst, dass ein Förderkatalog ganz einfach notwendig ist. Er mag zum einen eine Art Unterstützung, er mag Ermutigung sein, eine wesentliche Hilfe für so manches, aber – und das ist für mich das Wichtigste – letztendlich ist es die Sicherung vieler, vieler Arbeitsplätze in unserer Steiermark, und zwar auf verschiedensten Ebenen. Da reicht die Palette vom Vereinsleben, der Kultur über Sport bis zum Sozialen, in die Landwirtschaft und zum Tourismus.

Mir ist aber auch bewusst, dass mit derartigen Geldern, wenn man sich die Aufteilung der einzelnen Ressorts anschaut, natürlich auch hier einige Macht von gewissen Landesrätinnen und Landesräten drinnen ist, eine Macht – Kollege Bacher, du schüttelst so weise dein weißes Haar –, die ja nichts Negatives ist. Man muss nicht immer gleich alles negativ besetzen.

Keine Debatte gibt es natürlich immer bei den Förderausgaben, welche ja soundso durch gesetzliche Pflichtausgaben festgelegt sind. Da sei mir auch eine Zahl gestattet: Das Land Steiermark gibt nahezu 1,2 Milliarden Euro aus.

Des Weiteren möchte ich aber mehr sagen, und das ist, was im Ermessen der Landesregierung liegt. Das sind immerhin 153 Millionen.

Wenn man so einige Posten anschaut, dann fragt man sich, ob nicht doch nicht nur grundsätzlich einiges verbesserungsfähig ist. Ich nehme her aus dem Bereich von Landesrat Seitinger den Tierschutz.

Alljährlich werden wir immer wieder über gewisse Maßnahmen, über gewisse Notwendigkeiten, über gewisse Bauten, die es zu tätigen gilt, informiert, aufgerufen, aufgefordert. Jetzt frage ich mich als Abgeordneter, sind diese über 660.000 Euro zu viel oder zu wenig?

Daher grundlegend die Frage: Ist es nicht notwendig, dass wir uns auch einmal des Tierschutzes in der ganzen Steiermark annehmen und hiezu ein Konzept erarbeiten, einfach die Befindlichkeit, was braucht dieses Land Steiermark an Tierschutz?

Ich habe weiters herausgefunden, weil einige Anträge, betreffend den Feuerbrand, dargelegt worden sind, es sind leider nur drei Anträge, und diese Anträge sind von drei Baumschulbetrieben. Frage: Wer hat da versagt? War es die Landwirtschaftskammer, waren es die Bezirksbauernkammern oder hat es Gott sei Dank eh nur drei Betriebe oder drei Bereiche gegeben, in denen dieser Feuerbrand war? Das sind so Sachen, die mir beim Durchblicken aufgefallen sind.

Oder in dem Bereich Naturpark, Naturschutzaktivitäten, natürlich sehr toll und sehr positiv die Biotoperhaltungsprogramme. Ich denke an unser Ramser Gebiet und alles, das über eine andere Schiene gefördert wird.

Aber da steht dann drinnen, GAK-Marketing 3000 Euro. Da frage ich mich, welches Biotop ist das? Oder wenn dann die Tabakpflanzler auch mit 30.000 Euro drinnen sind und wir immer, wenn ich an unsere Gen-Geschichte denke, um jeden Euro oder um jeden Cent fast betteln müssen. Oder auf der gleichen Schiene – Landesrat Seitinger ist leider nicht zugegen –, wenn für einen Golfplatz in der Obersteiermark, in meiner ehemaligen unmittelbaren Heimat, 800.000 Euro aus diesem Fonds hergegeben werden. Positiv natürlich diese eine Million fürs Gesäuse.

Ebenso zieht es sich durch das Landesjugendreferat. Hier finde ich sehr vielfältige und bunte Tätigkeiten, die zweifelsohne größtenteils für mich einen absolut präventiven Charakter haben, sei das nun jetzt hier eine Theaterwerkstatt über ein Europaquiz, ein Antidrogenprogramm und natürlich auch toll gestaltete Sommer- und Ferienaktivitäten.

Freilich, bei der Höhe – und das habe ich zuerst gemeint – mit Macht, da sind mir beim Durchlesen, Durchschauen schon manches Mal die Zweifel gekommen. Ich denke nur bei uns in der Oststeiermark in Thalburg gibt es eine tolle Gruppe, einen tollen Verein, der sich alljährlich bemüht, nicht nur dort kulturelle Infrastruktur zu manifestieren, sondern die sich auch bemühen, dort die Generationen hinzubringen. Diese Thalburger versuchen, Jugendliche, Kindergartenkinder, Kinder wie auch Pensionisten dorthin zu bringen. Und da steht bei Märchen und Mythen auf der Burg ein bescheidener Beitrag von 700 Euro, während bei

anderen mindestens ein, zwei oder sogar drei Nullen drangehängt sind. Ich habe zum Beispiel nichts gefunden, Frau Landesrätin – und da können Sie mir sicher Auskunft geben –, wenn ich mir Wiki angeschaut habe, ich habe nichts gegen Wiki, um nur das auch wieder einmal zu betonen, der rollende Jugendtreff, die kriegen da gleich 148.000 Euro auf zwei Tranchen oder yougend.st, ich weiß, dass das eine sehr umfassende Gruppe ist, Partizipationsprojekte zum einen 341.000 Euro im Jahr 2004 und für die ersten drei Monate 2005 85.200. Schau ich mir wiederum die Homepage an, so ist diese etwas veraltet und enthält doch nicht wesentlich mehr Information als so manche Jugendgruppe in den Bezirken und in den Städten, egal von welcher Trägerschaft dies nun ist.

Und letztendlich – und da schließt sich der Kreis meiner Berichterstattung, komme ich zu den Sportförderungen. Als nunmehr langjähriger Kommunalpolitiker und das werden die Bürgermeister und alle anderen, die Budgets gelesen haben, wissen, bei uns hat es immer so einen Posten 728 gegeben. Und in diesen so genannten 728er hast du halt alles hineingestopft, zum Beispiel bei der Kultur und der war eben meistens überbläht und man hat nicht gesehen, was wirklich drinnen ist. Beim Sport, obwohl, wie ich meine, die Förderungen in einem guten Verhältnis sind, stehen eben auch hohe Beträge. Ich erwähne nur 876.000 Euro, aber da steht nur Sonstiges, aber immerhin teilen sich diese 876.000 Euro 52 Sportvereine oder Einzelpersonen und da gilt es halt schon, wenn im Landesjugendreferat 100er-Beträge drinnen sind, so könnte man wohl meinen, dass 1000er-Eurobeträge auch verstärkt ausgewiesen werden. Es ist nur eine Frage des Willens.

Letztendlich möchte ich sagen, wird die SPÖ den ersten Antrag der Grünen unterstützen, weil wir ganz einfach meinen, dass Kriterien für Förderungen, wie sie die Grünen hier aufgeschrieben haben, allen voran, was die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes, aber allen voran auch, was Konzepte anlangt, werden wir diesen einen Entschliebungsantrag der Grünen unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Klubobmannstellvertreter Majcen.

Abg. Majcen (11.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident Purr, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörer!

Erstens muss man einmal sagen, dass – ich glaube, das gehört gesagt – es schön ist, wenn ein Förderungskatalog relativ rasch eintrifft. Wir haben jetzt Anfang Juni und wir haben den Förderungskatalog für 2004 schon in Händen, das halte ich für eine sehr gute Leistung, weil es wie gesagt gar nicht so leicht ist wahrscheinlich, das zusammenzukriegen, wenn man sich anschaut, aus wie vielen Bereichen die Berichte dann eintreffen. Also ich freue mich, dass der Bericht sehr rasch da ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens kann man aus diesem Bericht ersehen, wie vielfältig, wie umfangreich letzten Endes doch die Tätigkeiten der einzelnen Regierer sind, was alles ans Land herangetragen wird und man kann natürlich auch nachdenken, ob das immer alles sinnvoll ist, ob das Land für alles und jedes zuständig ist. Ich bekenne mich immer dazu, dass man alle Initiativen unterstützt, aber manchmal entsteht der Eindruck da oder dort, es wird halt so irgendwie auch nebenbei angesucht, schauen wir halt, ob wir etwas kriegen, wenn wir nichts kriegen ist es auch egal. Aber insgesamt stelle ich fest – und ich glaube, das hat keiner der Vorredner in Abrede gestellt, dass dieser Förderungskatalog uns wirklich einen sehr weit reichenden Überblick über viele positive Initiativen, Geschehnisse im Lande Steiermark gibt und dass wir nicht immer dazusagen dürfen, in diesem Land geschieht nichts, in diesem Land geht nichts weiter, in diesem Land ist alles schlecht. (Abg. Prattes: „Sagt auch keiner!“)

Manchmal wird das gesagt. Ich wundere mich, dass es in diesem Zusammenhang noch nicht gesagt wurde, der Katalog spricht nämlich eine andere Sprache. Ich verstehe das, was die Frau Lechner-Sonek sagt. Sie sagt, sie möchte den Bericht noch ein bisschen detailliert haben, transparenter, weil es für sie nicht einfach ist, da etwas zu finden.

Über das Objektive kann man immer streiten, weil wenn man für jede Kleinigkeit, die es gibt, Regeln aufstellen muss, dann wird es schwierig. Das wird nicht möglich sein und ich stelle oft bei Vereinen fest, wenn man am Ende bei der Jahreshauptversammlung, bei der Abrechnung oder beim Voranschlag schaut, dann ist sehr häufig – das wurde schon angesprochen – beim Titel „Sonstiges“ alles drinnen, das sind oft die größten Summen. Das sind aber diese vielen Kleinigkeiten, die man sehr häufig nicht reglementieren kann. Da packt man eben alles hinein, für das es im Verzeichnis nichts gibt. Ich verstehe aber, dass die Transparenz, die gefordert wird, erwünscht ist und ich muss sagen, dazu kann man stehen, weil ein Förderbericht, aus dem ich nicht das herauslesen kann, was ich herauslesen möchte oder in dem ich sehr mühsam die einzelnen Dinge zusammensuchen muss, um sie zu kombinieren, der hat natürlich gewisse Mängel. Also ich stelle noch einmal fest, dass ich mich freue, dass es den Förderabwicklungskatalog oder den Förderungskatalog 2004 so gibt. Und ich freue mich auch, dass er über ganz große und weite Bereiche geht. Von der Kultur über den Sport, über die Jugend, über das Soziale, Tourismus, Ortsbild, Naturschutz, Tierschutz, also alle Bereiche des Lebens sind hier dokumentiert und wir erkennen, dass das Land Steiermark ein sehr förderungsfreudiges Land ist. Und dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken, weil es die Vielfalt und die Buntheit zeigt, von der wir alle immer reden, dass wir sie brauchen. Dass Arbeitsplätze damit verbunden sind, ist selbstverständlich ein besonders erfreulicher Effekt in vielen Bereichen. Und dass Förderungen oft auch Ermutigung und Unterstützung sind, um etwas zu tun, was man alleine nicht zusammenbringt, auch das ist erfreulich. Und so möchte ich mich sehr herzlich bedanken für diesen Förderbericht und bei allen, die daran

gearbeitet haben und die dort mittun und auch – und das sage ich – bei allen Regierern, die, glaube ich, die Förderpolitik im Land Steiermark auch im Bereich des Ermessens sehr ernst nehmen und sich nirgendwo verstecken brauchen, sondern offen vor uns hertreten können und sagen, schaut her, das haben wir gemacht, so haben wir in der Steiermark mitgeholfen, vieles zu unterstützen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.48 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Barbara Gross.

Abg. Gross (11.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ganz kurz. Ich möchte mich zum Entschließungsantrag der Grünen, betreffend die mehrjährigen Förderverträge, nur kurz einbringen und ich möchte festhalten, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. Wir haben im Sozialausschuss bereits festgestellt, dass dieser Antrag klarer definiert werden müsste und haben ihn auch gemeinsam, wenn auch gegen die Stimmen der Grünen, der Landesregierung zwecks Stellungnahme zugewiesen. Wenn dieser Antrag jetzt mit dem gleichen Text wieder eingebracht wird, dann ist der Sachverhalt allerdings der gleiche und auf Grund dessen werden wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Drexler, Herr Klubobmann.

Abg. Mag. Drexler (11.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt ganz kurz zu Wort melden, insbesondere zu den Entschließungsanträgen, die die Grünen eingebracht haben.

Ich darf sagen, wir werden einerseits dem von der Frau Kollegin Gross formulierten Weg beim zweiten Entschließungsantrag folgen und den auch ablehnen. Dazu hat die Frau Kollegin schon gesprochen.

Ich darf sagen, dass wir dem anderen Entschließungsantrag, betreffend Kriterien für Förderungen, unsere Zustimmung geben werden, darf aber bei dieser Gelegenheit ein, zwei Anmerkungen machen.

Frau Kollegin Lechner-Sonnek, ich habe gelesen beziehungsweise dem Vernehmen nach haben Sie als Ziel, der nächsten Landesregierung anzugehören. Ich habe zwar in einem Interview gelesen, es macht auch nichts, wenn es nicht so ist. Das ist ganz interessant. Wie auch immer.

Ich darf, nachdem Sie dieses Ziel haben, vielleicht zwei, drei Anmerkungen machen.

Zum einen: Die Begründung dieses Entschließungsantrages wird von uns natürlich mit Inbrunst zurückgewiesen, weil wenn unterstellt wird, dass die Steiermärkische Landesregierung sozusagen ziel- und planlos quer durch die Gegend fördern würde, dann ist das zurückzuweisen. Ich glaube, dass alle Regierungsmitglieder nach bestem Wissen und Gewissen hier handeln und natürlich wissen, was sie tun. Also, es braucht nicht den Einzug der Grünen in die Landesregierung, um sicherzustellen, dass dortige Regierungsmitglieder wissen, was sie tun. (Abg. Wiedner: „Genau so ist es!“)

Das möchte ich nur der Form halber richtigstellen, weil man könnte ja sonst der Meinung sein, dass wir allenfalls diese Begründung da inhaltlich teilen, und das möchte ich schon in aller Form zurückweisen.

Ich darf auch sagen, dass wir uns das nicht leicht machen, diesem Antrag zuzustimmen, weil eines, es ist natürlich wieder einmal eine Geschichte, wie wir sie ja sehr oft erleben, dass die Fraktion der Grünen der Meinung ist, im Besitz der absoluten Weisheit zu sein und das ist natürlich hier auch wieder durchschimmernd. (Abg. Mag. Zitz: „Das sagt nur die ÖVP in der Steiermark!“)

Das ist hier auch wieder durchschimmernd.

Ich darf Ihnen sagen, dass natürlich mit dem, was hier gefordert wird, sehr viel an zusätzlicher Bürokratie, Arbeit und Verwaltung verbunden ist. Ich hoffe, das ist Ihnen allen klar, auch allen anderen Fraktionen, dass ich mir das schon relativ lustig vorstelle, wenn dann sozusagen bei Förderungen über mehrere 100 Euro, kleine Förderungen, im Detail diese Konzepte und dergleichen mehr alles vorzulegen sind. Also, das heißt, es wird auch darauf ankommen, das, was in diesem Antrag gefordert wird, in einer vernünftigen und vollziehbaren Form dann tatsächlich umzusetzen.

Das wollte ich einfach anmerken, damit nicht der Eindruck entsteht, hier würden wir sozusagen mir nichts, dir nichts zustimmen.

Insgesamt glaube ich, dass man nicht oft genug darauf hinweisen kann, dass wir nicht auf jeden Zuruf der Grünen angewiesen sind und dass sozusagen nicht alles ziel- und planlos in diesem Land läuft, nur weil es keine grüne Regierungsbeteiligung gibt. Wie gesagt, Sie haben es im Interview – ich glaube im „Falter“ war es – ja selbst gesagt, ein besonderes Problem ist es nicht, wenn Sie der künftigen Regierung nicht angehören.

Aber, wie gesagt, Ziele darf man sich setzen. In diesem Sinne, herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 11.53 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Verena Graf. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Graf (11.53 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es kommt mir hier so vor, wir diskutieren über Dinge, die eigentlich schon längst umgesetzt werden hätten sollen, weil an uns hier im Landtag kann es nämlich nicht liegen. Ich erinnere Sie, meine Damen und Herren, dass wir einen Antrag einstimmig hier beschlossen haben im Jahr 2003, der mehrjährige Förderungen von Sozial- und Gesundheitsprojekten betrifft.

Der Antragstext damals lautete: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Förderung für Sozial- und Gesundheitsprojekte auf einen Zeitraum von drei Jahren auszudehnen, um damit eine längerfristige finanzielle Absicherung zu erreichen, nachdem zuvor das Förderungswesen im Sozial- und Gesundheitsbereich von unabhängigen Experten evaluiert und eventuelle Doppelgleisigkeiten abgeschafft wurden.“

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, da frage ich mich wirklich, worum diskutieren wir hier? Es ist wichtig, dass Projekte des Sozial- und Gesundheitswesens mehrjährig gefördert werden. Wenn es das nämlich im Kunst- und Kulturbereich gibt, wo dies möglich ist, müsste das auch im Sozialbereich möglich sein. Punkt eins.

Und Punkt zwei, es ist natürlich wichtig, diese Projekte und alle Vereine vorher zu evaluieren, um zu sehen, ob sie den Sinn und Zweck, den sie angeben, auch erfüllen. Wie gesagt, dieser Antrag wurde hier bereits einstimmig beschlossen. Also diskutieren wir hier um des Kaisers Bart, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ. – 11.55 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Damit schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend mehrjährige Förderverträge, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Kriterien für Förderungen, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13, wobei hier ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Punkte gemeinsam zu behandeln, dann darüber getrennt abzustimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und danke vielmals für die aufmerksame Beteiligung an dieser Abstimmung.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2270/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2005 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2005).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (11.56 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung ist gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 bei der Besorgung des Landeshaushaltes an den Landesvoranschlag gebunden. In dringenden Fällen, wenn es das Interesse des Landes offensichtlich erfordert, kann die Landesregierung mit drei Vierteln der Gesamtzahl der Mitglieder und mit Zustimmung des Finanzreferenten die Überschreitung einer Voranschlagspost oder eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe beschließen. Über alle derartigen Beschlüsse ist dem Steiermärkischen Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt unter gleichzeitiger Antragstellung hinsichtlich der Bedeckung zu berichten. Diese Berichterstattung kann entfallen, wenn die Landesregierung die Mittel für die Überschreitung oder die nicht veranschlagte Ausgabe durch Ersparnisse bei einer anderen Voranschlagspost des gleichen Gebarungszweiges oder durch Mehreinnahmen, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit dieser Ausgabe stehen, hereingebracht hat.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 4. April bis 25. April 2005 dringende und im offensichtlichen Interesse des Landes gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben gegenüber dem ordentlichen Haushalt von 2,061.311,19 Euro beschlossen wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 2,061.311,19 Euro.

Eine dem Antrag beigeschlossene Aufstellung gibt einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und deren Bedeckung. Die betreffenden Regierungssitzungsanträge der zuständigen Abteilungen liegen ebenfalls in Kopie bei.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Mai 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der dritte Bericht für das Rechnungsjahr 2005 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien der zugrunde liegenden Regierungssitzungsanträge der zuständigen Abteilungen angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 2,061.311,19 Euro wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (12.00 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die ausführliche Berichterstattung und komme damit zur Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2275/1, betreffend Bericht zur Neuregelung des Finanzausgleichs, Stabilitätspakts und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Periode 2005 bis 2008.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (12.00 Uhr): Herr Präsident, werde Landesrätin, werde Herren Landesräte, werde Kolleginnen und Kollegen!

In dieser Vorlage wird die Neuregelung des Finanzausgleiches, des Stabilitätspaktes und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Periode 2005 bis 2008 ausführlich behandelt. Im Punkt eins werden vorerst einmal der Finanzausgleich und der Stabilitätspakt 2001 bis 2004 abgehandelt. Im Punkt zwei die Regierungsvereinbarung zum Landesvoranschlag 2004, die einstimmige, im Unterpunkt der Finanzausgleich, der Stabilitätspakt und die Krankenanstaltenfinanzierung, im Punkt drei die Position der Länder und des Bundes, also das Ländermemorandum und das Positionspapier des Bundes, im Punkt vier der Ablauf der Verhandlungen und das Ergebnis des Finanzausgleiches 2005/2008 sowie der innerösterreichische Stabilitätspakt 2005 bis 2008 mit dem Ziel, 2008 ein Nulldefizit zu erreichen und die Sanierung der Krankenanstalten und Sozialversicherung sowie das Resümee mit einem Ergebnis, dass 55 Millionen Euro mehr für die Steiermark für Land und Gemeinden zur Verfügung stehen. Punkt fünf, die Position des Landes Steiermark, Punkt sechs die Maßnahmen mit dem mittelfristigen Finanz- und Budgetplan, also die einzelnen Schritte, wie vorgegangen wird und die rechtliche Überprüfung eines Gesetzesüberprüfungsverfahrens, denn im Finanzausgleich im Paragraf 25 wird ja angedroht, wenn der Finanzausgleich nicht ratifiziert wird, dann werden Ertragsanteile einbehalten, konkret monatlich für die Steiermark 20,140.000 Euro.

Dem Land Steiermark droht somit erstens, wenn es den Stabilitätspakt 2005 ratifiziert gemäß den Artikeln 12 und 13 des Stabilitätspaktes 2005, die Verpflichtung zur Leistung jährlicher Sanktionsbeiträge auf Basis des Maastricht-Ergebnisses im Voranschlag 2005 zirka 80 Millionen Euro oder zweitens, wenn es den Stabilitätspakt 2005 nicht rechtzeitig ratifiziert, gemäß Paragraf 25 Absatz 6 Finanzausgleichsgesetz 2005 die Kürzung und der nachfolgende Verfall von Ertragsanteilen zugunsten des Bundes, monatlich über 20,000.000, das heißt im Jahr 241,680.000 Euro.

Vom Finanzressort wird unabhängig vom Ergebnis des mittelfristigen Finanz- und Budgetplanes 2006 bis 2010 vorgeschlagen, zunächst die Erfolgsaussichten eines Antrages beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 140 B-VG auf Durchführung eines Gesetzesprüfungsverfahrens des Paragrafen 25 Absatz 6 FAG 2005 rechtlich zu prüfen beziehungsweise zu würdigen, denn es scheint verfassungsrechtlich bedenklich, diese Vorgangsweise, dass Ertragsanteile einbehalten werden. Dies hat auch die Finanzabteilung in einer Stellungnahme schon rechtzeitig mitgeteilt. Diese Auffassung wird auch von zwei Universitätsprofessoren bestätigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Mai 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht zur Neuregelung des Finanzausgleiches, Stabilitätspakts und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Periode 2005 bis 2008 wird zur Kenntnis gebracht.

Ich ersuche um Annahme. (12.04 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Reihe von Wortmeldungen. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hammerl bitte, danach Abgeordneter Prattes.

Abg. Hammerl (12.04 Uhr): Namens des ÖVP-Landtagsklubs bringe ich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Hammerl und Tschernko, betreffend Besetzung des Landesgesundheitsfonds, zum Tagesordnungspunkt 13.

Durch die Gesundheitsreform wurden unter anderem die Bundesgesundheitsagentur und die Landesgesundheitsagentur geschaffen. Mittlerweile hat sich die Landesregierung darauf verständigt, dem Landtag einen Entwurf über die Besetzung des Steiermärkischen Landesgesundheitsfonds zuzuleiten, der unter anderem auch die Einrichtung einer Gesundheitskonferenz als beratendes Gremium vorzusehen hat.

Die Mitglieder dieses beratenden Gremiums stehen derzeit noch nicht fest. Trotzdem scheint es angezeigt, bereits im Vorfeld sicherzustellen, dass auch Vertreter der Pflegeberufe bei der Zusammensetzung berücksichtigt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, an den Landtag eine Regierungsvorlage über die Zusammensetzung und Aufgaben der Gesundheitskonferenz zuzuleiten, welche die Berücksichtigung der Vertreter der Pflegeberufe zum Inhalt hat.

Ich bitte um Annahme. (12.05 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hammerl für die Wortspende. Wir kommen damit zu Herrn Abgeordneten Prattes.

Abg. Prattes (12.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Vertreter der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bericht „Neuregelung des Finanzausgleiches, Stabilitätspakt und Krankenanstaltenfinanzierung“ für die Periode 2005/2008 liegt uns nunmehr vor und es ist doch sehr interessant, sich auch damit auseinander zu setzen, was ist von 2001 bis 2004 passiert? Welchen Weg ist die Steiermark gegangen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits im ersten Absatz können wir lesen, dass bei der Sitzung beziehungsweise der Tagung der Landeshauptmänner und Landesfinanzreferentenkonferenz am 16. Oktober 2000 einer Punktation „Paktierung Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004“ mit Ausnahme von Steiermark von allen Ländern zugestimmt wurde. Ich möchte erinnern, dass damals noch der zuständige Landesfinanzreferent Herr Landesrat Hans-Joachim Ressel war. Er hat offensichtlich damals bereits erkannt, dass dieser Finanzausgleich die Steiermark massiv benachteiligt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das in vergangenen Jahren immer wieder diskutiert. Wenn Sie der Sozialdemokratie vorwerfen, ist klar, jetzt, wo Schwarz-Blau am Wort ist, tretet ihr groß auf, gegen Wien. Ich erinnere daran, unser damaliger Landesfinanzreferent ist sogar gegen den eigenen Finanzminister zu Felde gezogen, hat geklagt, weil er gesagt hat, dieser Finanzausgleich ist ungerecht, der belastet das Land Steiermark. Er hat diese Auseinandersetzung auch gewonnen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und wie dramatisch die Entwicklung der Finanzen des Landes Steiermark einen Weg genommen hat, das kann man anhand von Zahlen sehr gut nachweisen. Ich erinnere mich noch, der damalige Herr Landesfinanzreferent Paierl hat sehr lautstark und vollmundig verkündet, die Steiermark ist schuldenfrei, wir haben keine Schulden mehr, es ist alles getilgt. Wie schaut es denn jetzt wirklich aus, meine sehr verehrten Damen und Herren? Aus diesem Bericht können wir entnehmen, dass die Steiermark per 31. Dezember 2004 mit 833 Millionen Euro an Verbindlichkeiten belastet ist, allerdings das ist ja nicht vollständig. Es wird ja auch einige langfristige Belastungen des Haushaltes geben – habe ich hier miterwähnt, hier müssen wir auch noch die Haftungen für die Kreditaufnahmen der LIG in der Höhe von 258,3 Millionen dazuzählen. Jetzt sind wir schon bei 1.091.000.000 Euro und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich jetzt da herstellt und sagt, ja, ist ja noch immer sehr toll und sehr gut, dann gebe ich aber allerdings zu bedenken, dass dieses Ergebnis auch deswegen nur erreicht werden konnte, weil in Summe Landesvermögen in der Höhe von 1.412.000.000 verschербelt wurde. Denn ohne Verzicht auf diese Einmaleinnahmen, die ja alle dann im Budget mit aufgegangen sind, läge der Schuldenstand per 31. Dezember 2004 bei 2.245.000.000. Zählt man jetzt noch die LIG-Schulden – hier heißt es ja Haftungen – dazu, sind es gar 2,5, also 2,5 Milliarden Euro, welche Verbindlichkeiten des Landes wären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere an noch etwas – und das muss man immer wieder sagen –, die ÖVP hat sich, damals noch gemeinsam mit der FPÖ, nicht gescheut, sogar ein Landesgesetz zu ändern, wo man nämlich hergegangen ist, die Erlöse aus dem Verkauf der Wohnungsförderungsdarlehen nicht, wie es im Gesetz drinnen gestanden ist, ausschließlich wieder der Wohnbauförderung zuzuführen, sondern, nein, man hat es auch wieder dem ordentlichen Budget zugeführt. Man hat zwar gesagt, ein bisserl was kommt ja eh wieder zurück an die Wohnbauförderung, aber der Großteil war weg. (Abg. Straßberger: „Um welche Summen geht es?“)

Ich werde es euch noch einmal genau sagen, um welche Summen es dann geht.

Soweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur ehrlichen Schuldenpolitik.

Es ist ja auch eines: Der Bund gibt diese Vorgaben vor. Die Länder müssen nach wie vor Überschüsse erzielen, damit der Finanzminister einen geschönten Erfolg vorweisen kann. Es ist ja sehr gut aufgelistet. Der Bund darf also minus 2,3 Prozent und so weiter vom Bruttoinlandsprodukt Schulden machen. Die Länder müssen schön brav sein und dafür wieder Überschüsse erzielen. Und da steht im Bericht ganz interessant drinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich, dass der Bund alle seine diesbezüglichen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft hat. Das heißt, auch der Bund hat alles verschербelt, was nur möglich war. Alles ist weg. Das Land ist ihm gefolgt.

Jetzt frage ich, zur mittelfristigen Finanz- und Budgetplanung – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Lieber Freund, wenn du mir zuhörst, werde ich dir das genau sagen, was ich meine.

Jetzt frage ich die Frau Landesfinanzreferentin, ja, wie soll denn in Zukunft eine Budgetplanung möglich sein? Wir wissen alle, die Bundesabgabenertragsanteile wachsen in sehr kleinem Ausmaß. Dazu kommen – und das muss man ja bitte auch wieder sagen – langfristige Belastungen für die künftigen Budgets.

Ich darf es vielleicht an ein paar Beispielen heranziehen, weil da liest man immer so schnell drüber. Ich sage noch einmal: Die LIG 258 Millionen, ist zu bezahlen durch Rückmietung. Weil wir haben ja alle Landesobjekte verkauft und mieten sie jetzt sehr teuer zurück. Wir müssen an die Wohnbaurücklage – das ist also meine direkte Antwort – bis zum Jahr 2015, 266 Millionen, zurückführen. Wir müssen die KAGES-Darlehen, 872 Millionen, zurückführen. Das ist ein jährlicher Sondergesellschaftszuschuss von 62 Millionen. Wir haben uns verpflichtet für den Ausbau des Koralmtunnels, 140 Millionen dazuzuzahlen, sind auch 7 Millionen jährlich, die das Budget belasten. Es gibt das Berufsschulsonderinvestitionsprogramm mit 70 Millionen. Dann sind zusätzliche Mieten an die LIG wieder zu entrichten. Es gibt Spielberg mit 45 Millionen. Es gibt verschiedenste Sachen, die kommen. In Summe sind das 1,7 Milliarden Euro.

Jetzt reden wir noch gar nicht von etlichen Gebäudesanierungen. Wir haben zum Beispiel den Umbau des Jugendgästehauses Schladming beschlossen. Das sind ja alles Kosten.

Jetzt frage ich, wie wird es möglich sein, in Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren, überhaupt ein Budget zu erstellen?

Einen Satz möchte ich auch gerne noch erwähnen. Da steht drinnen, beim mittelfristigen Finanz- und Budgetplan, dass der Schwerpunkt bei den Ausgaben beziehungsweise Investitionen auf Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit zu legen ist. Jetzt frage ich einmal, Frau Landesfinanzreferentin, war das nachhaltig, dass wir alles, was nur zu verscherbeln war, verkauft haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage ja nur, wie wird eine Budgeterstellung in Zukunft gehen? Geht man noch an die letzten Reserven, die man noch hat? Sagen wir einmal, bei der ESTAG haben wir noch einen Anteil. Wir haben an der Hypo noch einen Anteil. Wir können noch einmal Wohnbauförderungsdarlehen verkaufen. Hauen wir die auf den Markt, damit wir da uns noch einmal ausgeglichen präsentieren können?

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass sich das Land Steiermark nicht mehr dieses Diktat eines Stabilitätspaketes aus Wien gefallen lässt. Das geht nicht, das geht nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Anhand dieser Aufzählung von nur ein paar Beispielen sehen wir, wir haben damit, oder Sie haben ja die Verantwortung übernommen, Sie haben der Bevölkerung und Sie haben dem Land geschadet. Da geht es jetzt nicht darum, ein Land schlecht zu reden.

Aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich eines auch, die Zeit ist reif für Erneuerung.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer. Herr Abgeordneter Böhmer, Sie meinten bei der Wortmeldung, Sie möchten eine Wortspende abgeben. Spenden Sie bitte.

Abg. Böhmer (12.16 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, werte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit hier über den Förderkatalog 2004 gesprochen. Wenn man sich die letzten Titel zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben anschaut, dann bekommt man schon irgendwo das Gefühl, dass bei uns in der Steiermark Kultur verschiedenartigst bewertet wird. Diesbezüglich auch meine Frage, Frau Landesrätin.

Das letzte Mal hat der Herr Dr. Günther Ziesel für den Verein der Steirischen Gesellschaft der Musikfreunde – wir wissen, dass das das Grazer Symphonische Orchester ist – eine Nachjustierung der Förderung bekommen, und zwar hat der Herr Ziesel in Summe 140.000 Euro bekommen bei einem Projekt von 354.000 Euro. Das heißt, das sind immerhin 40 Prozent seines Projektes für neun Aufführungen.

Dieses Mal ist ein Förderantrag von Herrn Mathis Huber dabei. Wir alle wissen, dass das für das Recreation-Orchester Graz ist. Er sucht an und wird wahrscheinlich nachjustieren, aber das gilt es dann zu fragen. Er sucht an, bekommt 35.800 und kriegt 8 Prozent.

Daher, werden Sie – und das ist meine Frage, Frau Landesrätin –, wir haben ja, wie ich weiß, drei Orchester in Graz, diesen beiden Herren hinkünftig für die Leitung dieser Orchester gleich viel in der Wertigkeit an Fördermittel zukommen lassen oder nicht?

Frage zwei: Ist dieser Stehsatz, der Förderungswerber wäre daher zu verpflichten, den Umfang seiner geplanten Projekte für den Fall, dass nicht weitere Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden, auf jenes Maß einzuschränken, das sich unter Berücksichtigung der gegenständlich zu gewährenden Landesförderung ergibt, ist das nur ein Stehsatz? Wird der auch vollzogen?

Würde ich so als Kulturreferent in der Stadt Hartberg agieren, mein Leben wäre ein sehr kurzes.

Ich bitte um Beantwortung der Fragen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Straßberger.

Abg. Straßberger (12.18 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich glaube, diese Vorlage muss man sehr kritisch, aber vor allem sehr ernst betrachten und auch so behandeln. Das darf ich sagen. Man soll hier mit Ziffern und Zahlen nicht so leichtfertig umgehen, Kollege Erich Prattes.

Und zwar, auf der Seite 2 gibt es einen Einleitungssatz, der eigentlich für die Steiermark letztendlich alles sagt. Das Land Steiermark hat im Vergleich zu allen anderen Bundesländern in seiner Finanzkraft von vornherein, insbesondere durch die alleinige Kostentragung bei den Krankenanstalten und die Verluste aus der Volkszählung 1991 und 2001, eine schlechtere Ausgangslage in einer Größenordnung von rund 200 Millionen Euro jährlich zu verkraften.

Ich sage das deshalb, weil unsere Gemeinden in der Steiermark in der glücklichen Lage sind, nicht mitzahlen zu müssen. Sie brauchen nur über den Semmering zu schauen, Niederösterreich und dergleichen. Das, glaube ich, ist einmal eine Feststellung, dass wir von Haus aus eine schlechtere Ausgangsposition haben.

Ich komme zum Schuldenstand. Man muss das schon sagen, 31. Dezember 2000 1.541,000.000, 31. Dezember 2004 833,000.000. Lieber Kollege Prattes, da kann man dann nicht hergehen und mit der rechten Hand sich das linke Ohr oder umgekehrt kratzen und alles herbeiholen, was nur möglich ist. Das ist unfair. Erich, das ist wirklich unfair. Und jetzt sage ich da auch etwas. Ich unterstelle dir, dass du dich im Budget sehr gut auskennst, denn du bist in deiner Gemeinde ja Finanzreferent, also wundert es mich wirklich, wenn du von Leoben nach Graz fährst, dass du deine Vorzeichen in deinem Wissen um 180 Grad änderst. Das wundert mich, meine verehrten Damen und Herren! (Abg. Prattes: „Jederzeit nachweisbar!“)

Jetzt komme ich zu den Einnahmen. Hier steht auch auf Seite 3. Die für das Land praktisch alles entscheidenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich werden im Jahr 2005 lediglich um rund 1,03 Prozent über den Einnahmen des Jahres 2000 liegen, das muss man sich einmal überlegen, wohingegen die Ausgaben bei großen Ausgabengruppen unter anderem im Sozialbereich im selben Zeitraum bis zu 61 Prozent gestiegen sind. Wenn ich mir den Unselbstständigen Antrag der SPÖ anschau, dann schrecken Sie nicht zurück, dass Sie da sogar falsche Zahlen hineinschreiben. Da steht drinnen, die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, die seit 2001 um zirka 4,4 Prozent gesunken sind. Also bitte schön, lassen wir doch die Kirche schön im Dorf, das ist ja wirklich ungeheuerlich. Du musst natürlich auch das nehmen, was da drinnen steht, und nicht schon wieder alle Spar- und Billa-Rechnungen dazuzählen.

Werte Damen und Herren, ich glaube, dass dieses Papier, diese Vorlage natürlich dem Finanzreferenten der Steiermark, aber auch dem Bundesminister alles abverlangt, überhaupt keine Frage, weil es kann doch nicht so getan werden, als ob das ein Willkürakt wäre. Und die Maastricht-Kriterien, die sind eben einmal einzuhalten, ob wir das jetzt wollen oder nicht. Sie wissen, Finanzausgleich 2005/2008, der Bund stellt den Ländern 100 Millionen zur Verfügung, auch den Gemeinden für die Landeslehrer, ich brauche mich hier nicht länger zu verbreitern. Natürlich ist ein Nulldefizit 2008 ein Ziel und wir wissen genau, wenn wir hier in der Budgetwirtschaft oder Finanzwirtschaft keine Spielräume schaffen, verehrte Damen und Herren, dann wird es sicherlich problematisch.

Zum Schuldenstand. Man braucht sich nur Zeit nehmen und jeden Tag 15 Minuten die einzelnen Illustrierten und Zeitungen lesen. Neue Schulden und hier steht Folgendes drinnen:

Der Budgetvoranschlag für 2005 sieht ein Defizit von 320,000.000 vor. Ein unlängst geschnürtes Wirtschaftspaket in der Größenordnung von 70,000.000 Euro muss größtenteils über Fremdmittel finanziert werden. Und jetzt kommt es – hören Sie bitte bei den Sozialdemokraten schön zu –, was von der steirischen SPÖ heftig kritisiert wird. Parteichef Franz Voves tut diese Pläne kurzerhand als Wahlkampfgegner der ÖVP ab, mit denen die Steirerinnen und Steirer erneut hinters Licht geführt werden sollen.

Und jetzt kommt der zweite Abschnitt: „Dessen Parteifreund Diplomkaufmann Dr. Hannes Androsch“ – dürfte von eurer Seite sein – „will sich der Kritik überraschenderweise nicht anschließen. Er sehe die Entwicklung des Bundeslandes Steiermark durchaus positiv“, so der Ex-Finanzminister. „Wenn ich daran denke,“ – und das schreibst du dir mit oder sonst kopiere ich dir das, lieber Erich Prattes – „wie schlimm es vor 30 Jahren um die Steiermark bestellt war, also die Sorgen von heute hätten wir damals gerne gehabt.“ Das legst du dir unter den Kopfpolster, weil das ist die Geschichte, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn man weiterschaut bei den Einnahmen. Du hast die Bundesabgaben angesprochen, schau, da gibt es eine Statistik, und zwar „Erfolg Jänner 2004 bis Februar 2005“. Die Einkommensteuer ist um 13,9 Prozent gestiegen, die Körperschaftssteuer um 12,6 Prozent und jetzt kommt es, auf Grund der, glaube ich, großartigen Steuerreform, die nicht jede Person in Österreich treffen kann. (Abg. Prattes: „Hör' auf!“)

Das ist nicht von mir, ich bin ja nicht so gescheit wie du. Ich muss das ja vorlesen, du weißt ja alles besser. Weißt du, was da steht? Die Lohnsteuer in diesem gleichen Zeitraum hat ein Minus von 2,9 Prozent. Das heißt, die Steuerreform hat hier gegriffen. Und dann kommen wir gleich weiter, die KÖSt 12,6, die Umsatzsteuer 15,7. Das heißt, wir müssen schauen oder wir können hoffen, dass sich die Ertragsanteile weiterhin so verbessern. (Abg. Prattes: „Warum denn? Weil wir so viele Arbeitslose haben und die Leute nichts verdienen!“)

Und das willst du auch nicht hören und nicht sehen, das weiß ich auch, das war unlängst auch in den Medien. Konjunktur 2004 nach Bundesländern: Steiermark 3,8, Burgenland und Wien, die roten Bundesländer 0,6 und 0,5. Bitte schön, das sind doch Zeichen, die wir für das ganze Jahr 2004 erhalten. Jetzt komme ich

gleich auf den Arbeitsmarkt auch. Ein Schreiben vom AMS werden wahrscheinlich alle Herrschaften – ich weiß nicht, im Wirtschaftsförderungsbeirat oder wo auch immer bekommen haben, und zwar unterschrieben Mag. Karl-Heinz Noppe, Landesgeschäftsführer des AMS. Er schreibt: „Das Jahr 2004 war für die Arbeitsmarktpolitik kein einfaches. In Österreich ist die Arbeitslosigkeit um 1,6 Prozent gestiegen.“ Und jetzt herhören: „Im Vergleich mit dieser Entwicklung sind die steirischen Ergebnisse doch beachtlich. Die Arbeitslosigkeit sank in unserem Bundesland um 4,1 Prozent und nach mehreren Jahren gelang es, im Vorjahr erstmals wieder auch in der Steiermark alle AMS-Geschäftsziele zu erreichen.“ Jetzt weiß ich, jeder einzelne Arbeitslose ist zu viel. Aber bitte, so kann es ja nicht sein. Ihr geht da heraus und macht alles schlecht und da kommen Leute, die letztendlich auch von der Arbeitsmarktpolitik etwas verstehen, die uns das schriftlich mitteilen und das akzeptiert ihr gar nicht.

Jetzt komme ich zum Schluss. Mit der Wirtschaft geht es bergauf in der Steiermark. Ing. Willibald Dörflinger, Vorstandsvorsitzender von AT&S, das ist nicht irgendwer, Dr. Dieter Randa, Geschäftsführer Sappi-Werk Gratkorn, dann haben wir den Herrn Dr. Gottfried Maresch, Vorstandssprecher Leder & Schuh AG., dann Generaldirektor Georg Doppelhofer, RLB-STMK, dann Dr. Gerhard Fabisch, Vorstandsvorsitzender Steiermärkische Bank und Sparkasse, Kommerzialrat Hans Roth, Vorstandsvorsitzender Saubermacher-Dienstleistungs-AG. Die haben Fragen bekommen und sagen Folgendes: „Wie sind Sie mit der derzeitigen Auftragslage zufrieden?“ Sehr zufrieden 17 Prozent, zufrieden 70,3 Prozent, 12 Prozent sind nicht zufrieden. „Wie waren Sie mit der Wirtschaftslage 2004 zufrieden?“ Zufrieden 65,7 Prozent, sehr zufrieden 18,3 Prozent, weniger zufrieden 13 Prozent. „Wie lautet Ihre Prognose für das Jahr 2005?“ 89,9 Prozent durchschnittlich, 24 Prozent sehr gut und 7 Prozent weniger gut. Bitte schön, das kann man nicht wegwischen. Und die letzte Frage „Was erwarten Sie sich von der wirtschaftlichen Entwicklung für das kommende Jahr 2006?“ 70 Prozent gut und durchschnittlich, 21 Prozent sehr gut und nur 6 Prozent weniger gut. Also, verehrte Damen und Herren, wir können stolz sein auf unsere Unternehmungen, auf unsere Finanzwirtschaft in der Steiermark.

Und jetzt komme ich zum Letzten. Herr Dr. Rürup ist ja bekannt. Jetzt muss man aufpassen, der hat den Bundeskanzler Schröder beraten. (Abg. Böhmer: „Schüssel auch!“) Das ist natürlich ein Problem, weil da schauen wir nicht gut aus. Aber das Ländermatch Österreich – (Abg. Böhmer: „Kollege!“) hör' zu, du kennst dich nicht aus, du kennst dich nur in der Schule aus, aber sonst nicht – Österreich gegen Deutschland anhand 15 wichtiger Wirtschaftsindikationen. Hier steht das Endergebnis elf zu vier für Österreich. (Abg. Prattes: „Hervorragend!“) Ich kann es dir dann kopieren, lieber Erich Prattes, damit du weißt, um was es da geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, ich glaube, wir müssen die Finanzwirtschaft in der Steiermark sehr ernst nehmen, keine Frage, bedanke mich bei dir, Frau Landesrätin, für deine Beharrlichkeit und für deine Durchsetzungskraft. Und wenn ich mir die Begründung dieses Entschließungsantrages von der SPÖ anschau, in dem der Frau Landesrätin Unkompetenz und so weiter vorgeworfen wird, wenn das der Ton und die Sprache und die Formulierung im Steiermärkischen Landtag von der zweitgrößten Fraktion ist, dann muss ich sagen, hier muss man sich ja fast schämen, das ist ungeheuerlich. Das ist schäbig, wie ihr mit einem Regierungsmitglied umgeht. So geht die ÖVP mit euch nicht um! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Herr Abgeordnete Gennaro, bitte, hat das Wort.

Abg. Gennaro (12.30 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bitte mir meine Stimme zu entschuldigen, ich habe eine Kehlkopfinfektion. Aber für das reicht es noch immer, dass ich mich ordnungsgemäß ausdrücke.

Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Lieber Kollege Straßberger, wir sind Freunde, zu dem stehe ich, aber in der politischen Sache, da trennen uns jetzt Welten.

Wenn du da hergehst und unseren Entschließungsantrag, den ich dann noch einbringen möchte, gleich zitierst und sagst, das ist ja ungeheuerlich, mit welchem Ton und die Frau Landesrätin wird angepatzt, darf ich dir sagen, den Ton hat sie begonnen. Es hat noch nie – und ich bin jetzt fast 20 Jahre im Landtag –, es war noch nie eine Situation, dass ein Landesrat oder ein Landesrätin über einen Kollegen in der Landesregierung vom Sitz oben heruntergeplärrt und gesagt hat, der Voves, der Landeshauptmannstellvertreter ist faul. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Das habe ich nicht gesagt!“) Ist das nicht unter der Gürtellinie? (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Das habe ich nicht gesagt!“)

Man kann es im Protokoll nachlesen. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Das ist eine Lüge. Das habe ich nicht gesagt. Seien Sie vorsichtig, was Sie sagen!“)

Regt euch nicht auf, man muss nur vorsichtig sein. Ich sage noch einmal, wenn man selber im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Berichtigung über die finanzielle Situation. Lieber Freund Straßberger, du hast gesagt, wir sollen mit Zahlen nicht so leichtfertig umgehen, habe ich mir aufgeschrieben. Wir müssen aber – im gleichen Atemzug hast du es ja selber gesagt – diesen Bericht sehr kritisch und sehr ernst nehmen. Dann, bitte, vergiss das und fang nicht immer die alte Platte an, wir stellen uns nur raus, machen alles schlecht. Nein, im Gegenteil, wir versuchen, die Zahlen kritisch der Öffentlichkeit vorzustellen. Das, was du mit der Schönfärberei immer abdeckst. Das ist der Unterschied zwischen uns. (Beifall bei der SPÖ.)

Freund Sepp, zwei Drittel deiner Redezeit hast du nur über Situationen geredet, die gar nicht unmittelbar mit dem Budget zusammenhängen. Ich freue mich, wenn es der Wirtschaft so gut geht. Nur, ich sage dir aus Erfahrung eines, ich bin jetzt schon weißhaarig und älter an Erfahrung, deine Prognose, die du heute da auf den Tisch gelegt hast, das wirst du lesen können, spätestens im August, Anfang September schaut die Welt ganz anders aus, weil dann kommt die Wirtschaft wieder und weiß, dass die Kollektivvertragsverhandlungen beginnen, und dann geht es der Wirtschaft nur mehr schlecht, wird nur gejamert. Das habe ich 30 Jahre mitgemacht.

Daher, bitte, sei vorsichtig mit deiner Aussage und beschränke dich auf das Wesentliche und unterstelle nicht anderen, dass sie alles schlecht machen. Uns kann man sicherlich nicht nehmen, dass wir Zahlen und Fakten kritisch hinterfragen und auf den Tisch legen. (Abg. Straßberger: „Aber nicht verwechseln!“)

Weil ihr schaut eh nur dort hin, wo die Sonne scheint, der Schatten interessiert euch nicht, nur wenn es euch angeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweiter Punkt: Ihr verkündet immer, wir haben keine Schulden mehr, ist eh alles klass. Wir haben aber auch keinen Besitz mehr. Das heißt, wir sind besitzlos, aber wir haben mehr Schulden – jetzt kritisch beleuchtet durch den Bericht – als vorher. Ja, wie willst du das denn der Öffentlichkeit erklären? Alles verscherbelt und haben tun wir nichts, aber Schulden haben wir mehr – gut haben wir gewirtschaftet, keine Probleme haben wir in der Steiermark. (Abg. Straßberger: „Mach einen Vorschlag!“)

Siehst, das musst du dazusagen, lieber Freund, dann kannst du in der Öffentlichkeit glaubwürdig sein.

Mein Kollege Prattes hat in seinem Bericht schon auf sehr viel hingewiesen. Ich möchte daher in unserem Unselbstständigen Entschließungsantrag noch ein paar Punkte herausstreichen. Dieser Bericht beweist, dass die Finanzsituation des Landes sich so schlimm wie noch nie darstellt. Der Kollege Prattes hat, wie gesagt, auf einige Dinge hingewiesen, Liegenschaft und, und.

Wir müssen aber auch zugeben, dass es nur durch diese Maastricht-Bilanz in der Legislaturperiode, wie in der Regierungsvorlage dargestellt, im Hinblick auf die Kompetenz der ÖVP-Finanzreferenten entlarvend ist. Hätten sie nicht zu „Maastricht-Tricks“ in der Höhe von 1287 Millionen Euro – ich muss die Zahlen noch einmal sagen – gegriffen, ergäbe sich nicht nur kein Überschuss, sondern ein Defizit in der Höhe von 344 Millionen Euro.

Das grundlegende Problem, das die ÖVP-Finanzpolitik dieser Legislaturperiode hat, besteht darin, dass mit „Einmalmaßnahmen“ nur Kosmetik betrieben wurde. Notwendige strukturelle Änderungen des Budgets wurden ja nicht in Angriff genommen, sie wurden vor sich hergeschoben, so nach dem Motto: „Hinter mir die Sintflut, der oder die Finanzreferent/in, die ab 2006 kommt, soll sich darum kümmern.“

Wie groß das Loch in den steirischen Landesfinanzen ist und damit die Probleme zu deren Bewältigung in den zukünftigen Budgets sein werden, und das wisst ihr ganz genau – vielleicht habe ich dann das Glück, einmal von der Bank hinten zuzuhören, wie ihr das meistern werdet –, zeigt eine relativ einfache Rechnung:

Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich – und das ist richtig, die Zahl ist gesagt worden –, die seit 2001 um zirka 4,4 Prozent gesunken sind, betragen 1243 Millionen Euro. (Abg. Straßberger: „Das ist falsch!“)

Kannst ja nachrechnen, bitte schön. Du kannst auch rechnen. Du kannst sagen, das Glas ist fast voll oder sagen, ein bisserl ist schon weniger. Es ist aber immer das Glas mit dem gleichen Inhalt.

Das traditionelle Defizit im Voranschlag 2005 beträgt 319 Millionen Euro, wie du mir bestätigen wirst. Das Maastricht-Defizit im Voranschlag 2005 beträgt 246 Millionen Euro. Das heißt, der Fehlbetrag zum neuen Stabilitätspakt 2005 beträgt rund 430 Millionen Euro. Selbst wenn der Stabilitätspakt 2005, aus welchen Gründen immer, nicht in Kraft tritt und damit wieder der Stabilitätspakt aus 1999 Gültigkeit erlangt, fehlen noch immer rund 290 Millionen Euro jährlich. Das heißt, welche Defizitziffer ich auch immer für die Berechnung heranziehe, dem Landesbudget fehlt bis zu einem Drittel des vorhandenen finanziellen Spielraums.

Zusätzlich wird der zukünftige Handlungsspielraum durch Vorbelastungen, wie bereits der Kollege Prattes aufgezeigt hat, auch massiv eingeschränkt. Das will ich nicht wiederholen.

Aber auch das Verhältnis der Verwaltungsforderungen – das habt ihr ja auch noch nicht gesagt – zu den Verwaltungsschulden, die ein deutliches Indiz für die Entwicklung der zukünftigen Handlungsspielräume der Landesfinanzen sind, zeigen eine eindeutig negative dramatische Entwicklung.

Im Jahr 1999, im letzten Jahr, in dem ein sozialdemokratischer Finanzreferent die politische Verantwortung hatte, betragen die Verwaltungsforderungen 3758 Millionen Euro und die Verwaltungsschulden 1781 Millionen Euro. Es gab also einen Überhang der Forderungen in Höhe von 1977 Millionen Euro.

Im Gegensatz dazu beträgt die Höhe der Verwaltungsforderungen im Rechnungsabschluss 2004 nur mehr 2918 Millionen Euro, die Verwaltungsschulden allerdings bereits 2345 Millionen Euro. Der Überhang der Forderungen reduzierte sich damit auf 573 Millionen Euro. Das ist weniger als ein Drittel noch wie vor fünf Jahren.

In der heute zur Behandlung anstehenden Regierungsvorlage „Bericht zur Neuregelung des Finanzausgleiches, Stabilitätspaktes und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Periode 2005 bis 2008“ wird als eine der Möglichkeiten zur kurzfristigen Erhöhung des Handlungsspielraums der Landesfinanzen die Möglichkeit einer „Überprüfung der Erfolgsaussichten eines Antrages auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Paragraphen 25 Absatz 6 Finanzausgleichsgesetz 2005 durch den Verfassungsgerichtshof“ vorgeschlagen.

Wie in der Vorlage angeführt und von der Landesfinanzreferentin bei den letzten Ausschussberatungen mitgeteilt, liegen zwei unabhängig voneinander erstellte Gutachten vor, welche die Chance einer solchen Überprüfung auf Erfolg als sehr gut beurteilen.

Nicht gefolgt werden kann daher den Ausführungen der Finanzreferentin, die mitteilte, dass die Länder nochmals mit dem Bund über die Regelungen des Stabilitätspaktes verhandeln und mit dieser Maßnahme noch zuwarten wollen.

Die katastrophale Situation, meine Damen und Herren, des Landes erfordert es, sofort zu handeln.

Daher stellen wir den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 140 B-VG die Durchführung eines Gesetzesprüfungsverfahrens, bezogen auf die Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen 25 Absatz 6 Finanzausgleichsgesetz 2005, zu beantragen, zweitens den Landtagsklubs sämtliche dazu vorliegende Gutachten zukommen zu lassen sowie drittens die Regierungsvereinbarung – und das ist das Wichtigste – zum Landesvoranschlag 2004 einzuhalten und dem Österreichischen Stabilitätspakt 2005 die Zustimmung zu verweigern.

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 12.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Bitte!

Abg. Wiedner (12.39 Uhr): Frau Präsident, verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren des Plenums, liebe Zuhörer!

Der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich in der letzten Woche in Neuwahlen geflüchtet. (Abg. Gennaro: „Er hat sich das getraut, was ihr euch nicht traut!“) Nicht deswegen, weil er so gute Umfragewerte hat, sondern deswegen, weil Deutschland, rot-grün regiert, mehr oder minder bankrott ist. (Abg. Prattes: „Das ist euch erspart geblieben!“)

Das ist Österreich Gott sei Dank nicht. Wer die Zahlen kennt, weiß, wir sind im Europa der 25 auf dem dritten Platz beim Bruttoinlandsprodukt. Nach Luxemburg und Irland sind wir die Dritten. Also es gibt in Österreich ein gutes Finanzmanagement, zwar mit vielen Problemen, aber trotzdem. Wenn sich hier die Freunde von der SPÖ – und der Kollege Prattes hat mich wirklich dazu animiert heute noch etwas zu sagen – (Abg. Prattes: „Siehst du?“) Herr Kollege Prattes hat das gemacht, hat es geschafft – wenn ihr Freunde von Geld redet und von Schulden redet und vom Sparen redet, dann rinnt es mir kalt über den Rücken hinunter. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Karl, das heißt, dass du sparen anfangst!“)

Weil die größten Forderungen nach Geld, egal ob wir es jetzt ausgeben sollten oder ob wir weniger einnehmen sollten auf Grund von noch größeren Steuerreformen, kommen immer wieder von den Freunden von der roten Reichshälfte. Es schaut leider so aus. (Beifall bei der FPÖ.)

Und schauen wir im Budget bitte jene Positionen an, wo am meisten Geld hineingeht. Wo geht denn im steirischen Landesbudget das meiste Geld hinein? (Abg. Prattes: „Im Sozialen leider!“)

Im Sozialen, danke. Leider – jetzt werde ich dir etwas sagen, lieber Freund. Im Sozialen geht das meiste Geld hinein und im Spitalswesen ist das meiste Geld drinnen. Da muss ich dir Recht geben, lieber Wolfgang Erlitz. Zwei wichtige Bereiche, keine Diskussion darüber. Aber bitte, Schuster bleibe bei deinem Leisten ist heute einmal gesagt worden. Dann sagen wir auch, wo das meiste Geld hineingeht, nicht nur immer Forderungen aufstellen, mehr haben wollen und im Endeffekt sagt keiner, wo das Geld herkommen soll. Das ist keine ehrliche Politik, lieber Kollege Prattes, du hast gesagt wir sollen ehrlich sein. (Abg. Prattes: „Richtig!“) Das bist du in dem Fall nicht gewesen. Weil Forderungen aufzustellen und nicht zu sagen, wo das Geld herkommt, das ist unehrlich bitte. Und weil du gerade früher gesagt hast „im Sozialen“, da fällt mir etwas ein. Vor etwa drei, vier Wochen, ich habe das Zitat heute nicht hier, hat das sogar euer Freund Androsch gesagt, es muss einmal genug sein mit dem Sozialen. Das hat sogar einer gesagt, der eurer Reichshälfte zugeordnet werden kann. Ich kann das gerne herausuchen, wenn du es sehen willst. (Abg. Detlef Gruber: „Ist ja schön, dass schon jede Fraktion Androsch zitiert!“)

Ja, er wird doch von euch immer als der große Finanzexperte präsentiert. Bitte, dann gehen wir eben her und nehmen wir seine Zitate und schauen, was er gesagt hat zum Bereich des Sozialen und der Krankenanstaltenmittel. Die große Diskussion und die große Wehleidigkeit und das Jammern um den ganzen Verkauf ist sicherlich richtig, Kollege Prattes, gebe ich dir ja Recht. Ich habe das auch hier immer gesagt, dass wir da sehr vorsichtig sein müssen bei den ganzen Verkäufen. Egal ob es die Thermen waren, egal ob das jetzt die ganze Geschichte war – (Abg. Böhmer: „Wasserkraftwerke!“) – mit den ganzen Wasserkraftwerken (Abg. Böhmer: „Die FPÖ hat mit gestimmt!“), ja, der Verkauf der ganzen Wohnbauförderungsmittel. Ich habe nirgends gesehen, liebe Freunde, außer bei der LIG, wenn ich mich richtig erinnere, habe ich nirgends gesehen, dass die SPÖ dagegengestimmt hätte. Ich habe das nie gesehen, dass die SPÖ dagegengestimmt hätte, wenn es darum gegangen ist, die Wohnbauförderungsmittel zu verkaufen, habt ihr nicht dagegengestimmt. Und auch wie es darum gegangen ist, die Thermen zu verkaufen, hat auch keiner von euch die Hand aufgehoben und gesagt „nein, ich bin dagegen“. Also geht jetzt nicht nachher her jammern und sagt, das ganze Familiensilber ist verkauft. Das wissen wir. Dieses Problem haben wir. Aber geht nicht nachher jammern und sagt, alles ist weg. Wie es darum gegangen ist, es zu verhindern, seid ihr bei der ganzen Angelegenheit dabei gewesen.

Dass die Finanzsituation des Landes nicht einfach ist, das wissen wir alle zusammen. Der Bericht gibt uns ja sehr viele Informationen. Aber wenn ich mir die außer- und überplanmäßigen Ausgaben anschau, wenn ich mir den Förderkatalog zum Tagesordnungspunkt vorher anschau, muss ich noch sagen, dem Lande Steiermark geht es sehr gut. Dem geht es sehr gut, was da alles möglich ist zu fördern, speziell in Bereichen der Kultur, da gibt es überhaupt kein Halten mehr. Da ist alles möglich. (Abg. Prattes: „Aber nicht für alle!“) Da gibt es scheinbar auch keine großen Kriterien. Also so schlecht geht es uns scheinbar nicht. Ich glaube und ich sage eines auch für die Zukunft, es wird notwendig sein, wenn wir unsere Finanzsituation halbwegs in den Griff bekommen sollten, müssen wir wirklich Einschnitte machen. (Abg. Stöhrmann: „Jetzt weiß ich, warum dich das BZÖ nicht genommen hat!“)

Nur, man hört ja nie von euch, wo sollen diese Einschnitte stattfinden. Man hört nur, da brauchen wir mehr, dort brauchen wir mehr. 10 Millionen mehr für die Infrastruktur, wir schichten um, woher wir schichten weiß kein Mensch, wo wir das Geld hernehmen. Also bitte, seien wir ein bisschen ehrlich, wenn wir mehr fordern, wo nehmen wir das Geld her, weil das fehlt mir immer bei diesen ganzen Anträgen von euch. (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt über die Steuerreform zu jammern und über die Pensionsreform zu jammern, das ist ein bisschen zu wenig. Weil gerade die Steuerreform war es und ist es, die gute wirtschaftliche Erfolge für Österreich bedeutet. Jetzt siedeln sich die Betriebe an.

Ihr jammert die ganze Zeit nur. Ihr jammert das ganze Jahr. Ihr redet ja den Leuten schon ein, dass es ihnen schlecht geht. Ich verstehe das nicht, dass es den Leuten so schlecht geht. Wenn man schaut, wie es in den Einkaufszentren aussieht, wenn man schaut, wie es in den Urlaubsflugzeugen aussieht, aber den Leuten geht es so schlecht. Ich verstehe das nicht, aber das ist scheinbar eure Diktion, weil ihr nicht mehr herausbringt.

Liebe Freunde, noch eine Sache, weil der Herr Landesrat Schöpfer heute da ist, da hat es im letzten Ausschuss die Falsche betroffen, aber sie war notwendig, die Frage, und inzwischen haben wir gesagt, sind wir wieder gut, Frau Landesrätin, die Sache mit Phelps Dodge und die ganzen über- und außerplanmäßigen. Herr Landesrat, wir haben früher ganz kurz darüber gesprochen. Ich bin wahrscheinlich nicht der Einzige, der sich in der ganzen Förderlage nicht mehr auskennt, was da unten passiert in Mureck, was da jetzt wirklich angekauft wird, welche alten Verträge hier abgelöst werden, was hier an Förderungen hinausgeht und was gebaut werden sollte. Deswegen auch unsere Gegenstimme zu dieser über- und außerplanmäßigen Ausgabe, weil es geht immerhin bei dem Gewerbepark Mureck jetzt um 780.000 Euro. Das sind nach alter Rechnung weit über 10 Millionen Schilling, da können wir wahrscheinlich wieder mehr damit anfangen. Also ich bitte, Herr Landesrat, uns einmal zu sagen, uns einfachen Abgeordneten zu sagen, was da unten passieren sollte, wofür das Geld investiert wird und welche Arbeitsplätze hier entstehen sollten.

Im Übrigen wünsche ich mir, liebe Freunde der SPÖ, die jetzt momentan nicht mehr aufpassen, ein bisschen mehr Ehrlichkeit, dann können wir besser miteinander arbeiten. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Um das Wort ersucht hat Herr Landesrat Schöpfer bitte.

Landesrat DDr. Schöpfer (12.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Regierungskollegen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren!

In aller Kürze zur aufgeworfenen Frage zu Phelps Dodge. Es gibt einen Vertrag, der liegt fast zehn Jahre zurück. Es hat die Steiermärkische Landesregierung bereits im Jahre 1997 beschlossen, sozusagen eine Ausfallhaftung zu übernehmen und für die Verwertung dieser Halle zu sorgen. Ich muss gestehen, die Rechtsverhältnisse bei dieser Halle sind nicht ganz einfach. Juristisch ausgedrückt: Es ist der Superindifikat, auf steirisch eine so genannte „Luftkeuschen“, das heißt der Grund gehört jemand anderem, nämlich der römisch-katholischen Kirche in dem Falle, die Halle ist dann privat errichtet worden. Der Grund wird über das Raiffeisen-Leasing sozusagen abgewickelt und in diesen Vertrag ist das Land Steiermark eingetreten. Das, worum es jetzt geht, ist das Bestreben, aus dieser leerstehenden Halle wieder ein blühendes und lebendes Impulszentrum zu machen. Das ist der Grund, warum dieser Betrag, der schon genannt wurde, vorgesehen ist. Ein Impulszentrum in Mureck. Wir wissen auch, dass Mureck auf Grund der peripheren Lage sicherlich Unterstützung braucht, mit gleichem Recht wie wir eine Obersteiermarkinitiative haben, mit dem gleichen Recht wie heute auch eine Weststeiermarkinitiative gefordert wird.

Es gibt über Betreiben der SFG, der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, verantwortlich ist Herr Mag. Perkonigg, schon sehr konkrete Ausbaupläne für dieses Impulszentrum. Es geht um 6000 Quadratmeter Hallenfläche, die entsprechend modernisiert und adaptiert werden müssen. Es gibt bereits zwei Firmen, die konkrete Absichten haben, sich hier einzumieten. Die Verhandlungen laufen. Das ist einerseits aus dem Bereich des Holzclusters die Firma Zach, auf der anderen Seite die Firma Solid, die mit Solarzellen befasst ist. Ingenieur Holter, eine Firma, die sehr gut aufgestellt ist, stark expandiert und im Bereich des Ökoclusters zu finden ist und die Produktion von Solarzellen eventuell in Mureck eben beginnen wird.

Also, es gibt die Bestrebungen, hier tatsächlich ein lebendiges Impulszentrum zu errichten. Es gibt auch Verhandlungen mit der Gemeinde, die sich sehr positiv einbringt, dass man mit einem Liegenschaftstausch dann auch diese Rechtsverhältnisse einmal klar macht und damit eine klare Situation erreicht.

Ich darf sagen, es wird mit ein Teil des Gesamtsteiermarkpaketes sein, gerade in Mureck auch einen Schwerpunkt zu setzen, um mit dem Impulszentrum wieder für neue Arbeitsplätze zu sorgen.

Also das in aller Kürze zur Beantwortung dieser Frage.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (12.50 Uhr): Ein Kompliment kann ich Ihnen heute schon machen, liebe SPÖ Steiermark, ich glaube, mit diesem Entschließungsantrag und vor allem mit dieser Begründung haben Sie endgültig Ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Budgetpolitik für dieses Land untergraben. Denn wenn es schon darum geht zu zitieren – und ich stehe zu meinen Worten –, es war nicht das Wort „faul“. Aber vielleicht sollten Sie sich, so wie ich das tue, beim Zitieren an Protokolle halten, die im Landtag verfasst werden.

Und da habe ich mir die Protokolle der Budgetredner, Klubobmann Kröpfl, Klubobmannstellvertreter Prattes, herausgesucht, wo die Zustimmung zu den Jahresbudgets 2003, 2004 – (Abg. Wiedner: „Auf Grund der roten Markierungen!“) und die roten Markierungen – der Herr Abgeordnete Wiedner kann sich ohne Protokoll daran erinnern – auch festgelegt sind. Ich erlaube mir daraus zu zitieren. Ich hoffe, dass diese richtig sind. (Abg. Prattes: „Auf Grund der Budgetvereinbarung, Frau Landesrätin!“)

Da wird zum Beispiel von Herrn Klubobmann Kröpfl das Wirtschaftswachstum der Eurozone und der aktuelle OECD-Bericht und die traurige Prognose für Österreich, wenn die EU-15 für 2004 eine Prognose von 2,3 Prozent haben, für Österreich mit dieser schwarz-blauen Regierung natürlich optimistischerweise gerade einmal 1,4 Prozent angenommen werden kann, angeführt. Hier hat der Abgeordnete Straßberger schon vorgezeigt, das ist das Faktum und das Ergebnis. Gott sei Dank ist die Prognose nicht so eingetreten (Abg. Kröpfl: „Sie haben eh Prognose gesagt?“), nicht so eingetreten, wie Sie sie damals, würde ich sagen, kritisch hinterfragt haben. Aber vielleicht ist es manchmal auch gut, mit einem gewissen Idealismus und mit einer gewissen Freude an die Arbeit zu gehen.

Weil wir bei den roten Markierungen sind. Hier wurde davon gesprochen – von Herrn Klubobmannstellvertreter Prattes: „Das Fetisch Nulldefizit ist ganz furchtbar, wichtig sind Impulse für die Beschäftigung und für die Infrastruktur.“ (Abg. Prattes: „Zu dem stehe ich nach wie vor!“)

Darf ich Ihnen jetzt nur die Frage stellen, wie in diesem Entschließungsantrag die Begründung zu verstehen ist, warum es falsch ist, in die Infrastruktur eines Koralmtunnels zu investieren? Warum es falsch ist, ein Beschäftigungs- und Wachstumsprogramm von 70 Millionen Euro zu machen? (Abg. Kröpfl: „Da haben Sie nicht zugehört!“)

Oder warum es falsch ist, die steirischen Berufsschulen zu sanieren, herzurichten und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben?

Wenn wir vom Verscherbeln des Familiensilbers reden, da haben Sie auch zugestimmt. Gut, wir sind dankbar. Es war ja durchaus auch die Idee und die Umsetzung eines ÖVP-Landesfinanzreferenten (Abg. Stöhrmann: „Es sind Vereinbarungen getroffen worden zu diesem Budget!“), dem ich nicht nur danke, sondern die ich auch weiterführen konnte, zum Beispiel mit den landwirtschaftlichen Schulen.

Auf eines darf ich Sie aufmerksam machen: Die Landesimmobiliengesellschaft ist eine 100-prozentige Tochter des Landes Steiermark. (Abg. Schleich: „Noch, Frau Landesrat!“) Das gehört nicht irgendwem. Das ist nicht irgendwem verkauft. (Abg. Prattes: „Die Kredite müssen wir bezahlen!“ – Abg. Schleich: „Deswegen sind wir verschuldet wie noch nie!“)

Sie gehört dem Land Steiermark. Und dabei ist etwas passiert, etwas Grandioses passiert. Wir haben einen jahrelangen Rückstau im Bereich der Investitionen, im Bereich der Infrastruktur beheben können und haben tatsächlich weiter investieren können. (Beifall bei der ÖVP.)

Dass es daneben noch zu einer Strukturreform gemeinsam mit dem Personalreferenten gekommen ist, wo wir eine Personaleinsparung insgesamt von fast zwei Dritteln erreichen konnten (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Glauben Sie, was Sie sagen?“) und die LIG heute eine unheimlich gute Arbeit leistet – ich bin mit sehr vielen Schulen davon betroffen und bin glücklich darüber – ist eine zweite Geschichte, weil auch hier Strukturreformen angesprochen wurden.

Vielleicht auch zum Thema Zukunft. Sie haben zwar gesagt, die Wirtschaft hätte nichts mit der Finanz zu tun, aber ich frage mich dann, das Geld muss nämlich immer herkommen, aber woher? Die Finanzreferentin darf dann immer den Steuerzahlern erklären, warum sie gerne mehr davon hätte.

Aber beim Ausgeben sind die SPÖ-Ressorts dann durchaus sehr gut mit dabei. Und zu Recht, Sie haben es angesprochen, Gesundheit und Soziales sind wichtige Themen, zu denen wir stehen und wo es eben auch im Jahr 2005, wie in den Jahren davor, eine Besserstellung im finanziellen Bereich gegeben hat.

Ich möchte mich aber schon auch melden zu einer mittelfristigen Finanz- und Budgetplanung, weil hier, glaube ich, schon eine gemeinsame Vorgangsweise gewählt worden ist, um zu hinterfragen, wie gehen wir in Zukunft, gerade am Anfang einer neuen Legislaturperiode, die wir das nächste Jahr haben werden, gerade am Beginn einer Finanzausgleichsperiode, die mit heurigem Jahr beginnt, aber die auch bis 2008 wirken wird. Wie gehen wir damit um und wie wollen wir unseren Landeshaushalt fit machen?

Ich denke, wir haben eine sehr gute Lösung gefunden, und ich bedanke mich auch für die Mitarbeit aller Regierungsfraktionen, die dem nicht nur zugestimmt, sondern auch schon in den ersten Schritten ihre Mitarbeit bestätigt haben. Wir haben schon ausgeschickt, und wir haben ja derzeit keine Eile zur Budgeterstellung 2006, das ist auf Grund der Landtagswahl ja ohnehin ein bisschen ins Jahr hinein verschoben, wir haben bereits ausgeschickt an alle Abteilungen, ihre Budgeterfordernisse, ihre Basisdaten und ihre Vorschläge – denn auch die Beamten haben sehr gute Vorschläge – möglicher Einsparungspotenziale aller Ressorts zu melden. Danach wird es unter Einbindung der politischen Büros, aber vor allem auch unter Einbindung einer hochkarätigen Expertenrunde tatsächlich zu einer Budgetprognose kommen, die wir über den Zeitraum bis 2010 ziehen wollen.

Ich konnte schon in der Regierung berichten, dass ich als Leiter dieser Expertengruppe den ehemaligen Leiter des WIFO und jetzigen Rektor der Donau-Universität Krems, Prof. Kramer, gewinnen konnte, dass Prof. Gerhard Lehner als einer, der Landesbudgets besonders gut kennt, sich bereit erklärt hat, uns auch hier zu begleiten, wenn es um finanztechnische Prognosen, Erhebungen und Strukturfragen in den Finanzen geht und dass, in Bälde auch von der Donau-Universität Krems, Herr Dr. Filzmaier uns mit seinem Rat als Politologe zur Verfügung stehen wird. Wenn es darum geht, wichtige Maßnahmen, die wirklich in die Struktur eingreifen, mit der Bevölkerung umzusetzen, ihnen verständlich zu machen, was passieren muss, um unseren Landeshaushalt auf gute Beine zu stellen.

Letzte Woche habe ich die Mitteilung bekommen, und ich freue mich sehr darüber, dass seitens der SPÖ Diplomkaufmann Ferdinand Lacina für diese Expertenrunde genannt wurde und auch hier mitarbeiten wird.

Ich denke, das ist ein gutes Zeichen, dass sich namhafte Wissenschaftler und Experten aus verschiedenen Bereichen einer ganzheitlichen Betrachtung des Landeshaushaltes, wie es ihm gebührt, widmen und uns hier mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Natürlich werden wir – und ich erhoffe mir schon, dass das dann wirklich auch eine große Mehrheit findet – hier mit dem Beschluss eines mittelfristigen Finanz- und Budgetplanes auch die Rahmenbedingungen und die Rahmenlinien für die weiteren Jahresbudgets geben. Ich habe diese Gruppe gebeten, uns auch in Zukunft jährlich quasi zu evaluieren und uns mitzuteilen, wie wir auf dem Weg sind und ob wir das gut über die Runden bringen.

Wenn ich mit Zitaten angefangen habe und vielleicht mit falschen Zitaten angefangen habe, dann möchte ich am Ende meiner Rede ein falsches Motto, das Sie mir auch unterstellen, aufzeigen. „Hinter mir die Sintflut“ war noch nie meine Einstellung, und ich werde das auch in Hinkunft nicht tun.

Vielleicht bedenken Sie manchmal, dass wir schon im 21. Jahrhundert gelandet sind und wir uns nicht nur darauf vorbereiten müssen. Deshalb, aktuell geht es mehr um „die perfekte Welle“, das ist Aktualität.

Und wenn es darum geht, sich 2006 um die Finanzen zu bemühen – im Gegensatz zu meinen Regierungskollegen Voves und Flecker, die es in einem Pressegespräch abgelehnt haben, sich darum zu kümmern –, ich mache es gerne und ich werde es auch weiter gut tun. (Beifall bei der ÖVP. – 13.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Prattes.

Abg. Prattes (13.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich möchte manches nicht im Raum stehen lassen und möchte mich zu einer tatsächlichen Berichtigung melden. Nummer eins, wenn Sie sagen, Budget 03/04 haben wir mit beschlossen. Ja, das stimmt, aber Sie wissen auch warum, weil es darum gegangen ist, Budgetvereinbarungen, die in Verhandlungen vereinbart wurden, auch einzulösen. Das ist bitte nicht erfolgt. Das ist der erste Punkt. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Was ist nicht erfolgt?“)

Zweiter Punkt. Fetisch Nulldefizit, Frau Landesrätin. Ich spreche auch nach wie von diesem Fetisch Nulldefizit, was hat uns denn der beschert? Eine Rekordarbeitslosigkeit, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie gehabt haben.

Warum? Weil gerade dann, wenn antizyklisch zu investieren wäre, diese Regierung das in Wien nicht macht. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Was machen sie nicht?“) Sie können diese Zahlen nicht schönreden.

Das Nächste bitte. Es geht bitte überhaupt nicht darum zu sagen, der ist gegen den Koralmtunnel oder etwas. Ich habe lediglich dargestellt, sehr geehrte Frau Landesrätin, wie wollen Sie eine mittelfristige Budgetplanung machen, wie wollen Sie ein Budget zusammenbringen, wenn man diese Belastungen, die man in die Zukunft verschoben hat, in das Budget mit eingebaut werden müssen? Soll ich es noch einmal wiederholen? Die LIG, die Wohnbaurücklage, die KAGES-Darlehen, für die Koralm müssen wir ja jährlich bitte schön 7 Millionen dazuzahlen. (Präsident Purr: „Gott sei Dank haben wir diesen!“)

Das muss man bitte in das Budget mit einbeziehen. Ich bin ja nicht gegen den Koralmtunnel. Herr Präsident, ich bin nicht gegen den Koralmtunnel. (Präsident Purr: „Gott sei Dank wird dieser gebaut. Es ist eine phantastische Leistung!“)

Ich habe lediglich gesagt, was man das unter anderem bei der Budgeterstellung in Zukunft berücksichtigen muss. Das muss man auch einmal sagen.

Noch etwas zum Kollegen Straßberger, weil er immer wieder beschreibt und das ist ja schon wieder eine Drohung gewesen, die Kosten der Krankenhäuser in der Steiermark müssen nur vom Land finanziert werden. Also, liebe Gemeinden, spielt euch nicht, sonst zahlt ihr dazu. Und du hast Niederösterreich zitiert. Da darf

ich dir aber auch sagen, in Niederösterreich gibt es keine Landesumlage und in Niederösterreich werden die Kindergärten alleine vom Land Niederösterreich bezahlt. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ein Letztes noch und da können Sie sagen, was Sie wollen, Frau Landesrätin. Wir zeigen Zahlen auf, so wie sie im vorliegenden Bericht drinnen stehen. Wir haben auch zitiert aus dem Bericht, den Sie vorgelegt haben. Und eines werden Sie uns nicht verwehren können, dass wir uns Sorgen machen, wie wird in Zukunft eine Budgeterstellung und eine Budgetgestaltung zum Wohle der Menschen und zum Wohle des Landes möglich sein. (Beifall bei der SPÖ. – 13.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2270/1, Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2275/1, Tagesordnungspunkt 13, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Besetzung des Landesgesundheitsfonds, zu Tagesordnungspunkt 13, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Paragraphen 25 Absatz 6 FAG 2005 durch den Verfassungsgerichtshof, zu Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2298/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Weiz.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (13.06 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Kontrolle. Dieser hat in seiner Sitzung am 31. Mai 2005 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 148, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Weiz, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der Gebarung der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Weiz, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (13.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder:

15. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 229/1, betreffend Prüfung des Einkaufes und des Aufwandes für Röntgenkontrastmittel und Röntgenfilme in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (13.07 Uhr): Danke, Frau Präsident.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 31. Mai über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung des Einkaufes und des Aufwandes für Röntgenkontrastmittel und Röntgenfilme in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung des Einkaufes und des Aufwandes für Röntgenkontrastmittel und Röntgenfilme in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH., wird zur Kenntnis genommen. (13.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke. Als Erster am Wort ist der Herr Berichterstatter Abgeordneter Ferstl bitte.

Abg. Ferstl (13.08 Uhr): Meine Herren Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren im Hohen Haus!

In einem Rohbericht deckt der Landesrechnungshof auf, dass etwa Kontrastmittel viel zu teuer eingekauft würden. Um bis zu 70 Prozent könnte das Einsparungspotenzial, verglichen mit den deutschen Kliniken, betragen. Jetzt liegt dem Kontroll-Ausschuss, und das wurde uns vorgelegt, der Endbericht vor und es hat sich nicht viel zum Positiven verändert. Den genauen Betrag von 1,999.000 Euro ermittelten die Prüfer in ihrem Landesrechnungshofbericht allein als Einsparungspotenzial bei den Röntgenkontrastmitteln und das bei einer Einkaufssumme von insgesamt etwa 3 Millionen Euro. Aufgelistet wurden hier die Unterschiede zwischen demselben Kontrastmittel, für das in Deutschland 11 Cent pro Milliliter verrechnet werden und in den steirischen Spitälern aber 39 Cent.

Herr Landesrat Mag. Erlitz hat eine Stellungnahme und Erklärung abgegeben, dass bei den steirischen Spitälern für die 39 Cent Injektoren mitgeliefert werden, die auch zeitlich mitbetreut und serviert werden. Es ist aber trotzdem ein Unterschied von ungefähr 2 Millionen Euro hier aufgewiesen, und es wurde keine Anzahl von Injektoren bekannt gegeben, das heißt um 2 Millionen Euro könnte man wahrscheinlich eine ganz schöne Mengen an solchen Geräten anschaffen.

Kritik setzte es vom Rechnungshof auch dafür, dass kein unternehmensweit gültiger Ausschreibungskatalog für Kontrastmittel vorliegt.

In den vorgelegten Unterlagen konnte kein Hinweis auf eine durchgeführte Ausschreibung für diese Mittel gefunden werden. Es ist daher für den Landesrechnungshof nicht nachvollziehbar, ob nach dem gültigen Vergabegesetz vorgegangen wurde.

170 Millionen Euro werden insgesamt pro Jahr von den steirischen Spitälern für Medikamente ausgegeben. Diese nun behandelten Kontrastmittel und Filme machen nur 2,5 Prozent dieser ganzen Arzneien aus.

Dass vom Rechnungshof die Einkaufspolitik hinterfragt wird und dass Rabattierungen und Verbesserungen von Einkaufskonditionen gefordert werden, versteht sich von selbst. Durch einen zentralen Einkauf der geeigneten Produkte wäre ein nicht unbeträchtliches Einsparungspotenzial erschließbar, eben diese 2 Millionen Euro, die hier vom Rechnungshof aufgedeckt wurden.

Ich danke Ihnen! (Beifall bei der FPÖ. – 13.10 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Herr Abgeordneter Hagenauer. Bitte!

Abg. Hagenauer (13.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

In dem Bericht wird auf eine Fehlentwicklung eingegangen, die uns an sich nicht das erste Mal beschäftigt. Es hat sich der Rechnungshof des Landes schon mehrfach mit dem Problem auseinandergesetzt, nämlich dass beim Einkauf von Medikamenten ein erhebliches Einsparpotenzial besteht. Es war schon bei anderen Spitälern der Fall. Es hat schon einen eigenen Bericht gegeben, der sich nur mit dieser Problematik beschäftigt hat.

Das Ergebnis dieser Tätigkeit des Landesrechnungshofes – dankenswerten Tätigkeit – ist sehr, sehr bescheiden, ist unzureichend.

Um es auf den Punkt zu bringen, wir haben im letzten Ausschuss – der Herr Landesrat und ich – eine ganz kurze Diskussion und einen Wortwechsel gehabt, der für mich sehr bezeichnend war. Der Herr Landesrat hat mir nämlich dann, nachdem ich ihn offenbar provoziert hatte, ausreichend gesagt, ja, wollen Sie den Patienten die Medikamente verschreiben?

Genau das ist das Problem der Politik im Lande, dass sie sich einfach nicht anzulegen traut mit gewissen Missständen beziehungsweise mit den Herrschaften – unter Anführungszeichen –, die man dann und wann leicht ironisch als weiße Götter bezeichnet. Und das geht nicht, Herr Landesrat. Es ist untragbar, dass man auf der einen Seite, wie die Sozialdemokratie das ja zu Recht tut, beklagt jene unsozialen Einsparmaßnahmen dieser Bundesregierung, etwa Selbstbehalte, und dann selbst nicht so viel Mut und Mumm hat, genau auf diesem Feld auch tätig zu werden. Das ist der Punkt. Ich kann nicht hergehen, so wie Sie das machen, und mit homöopathischen Mitteln in dem Fall, um den Vergleich zu gebrauchen, vorgehen und schauen, was geht, was ist gerade noch zumutbar, nämlich für mich zumutbar, für Sie zumutbar meine ich damit, und das war es halt dann. Und dann schauen wir halt nächstes Jahr irgendwann weiter und verweisen darauf, dass man ja ohnehin einen Schritt in die richtige Richtung macht. Es geht um ausreichende Schritte auch in diesem Bereich.

Ich sage das in diesem Tonfall und in dem Zusammenhang auch vor dem Hintergrund von zwei anderen Berichten in Ihrem Ressort, Herr Landesrat, die uns schon beschäftigt haben und noch beschäftigen werden, und das ist das LKH 2000 und das LKH West, wo es auch ganz augenscheinlich um Summen geht, die hier verschlampt wurden beziehungsweise wo Schäden entstanden sind, die gewaltige Ausmaße und sehr ernste Dimensionen haben.

Sie sind verantwortlich für ein Ressort, Sie haben eine Führungsaufgabe – wir haben es gerade vorhin beim richtigen Kapitel gehört, nämlich Budgetentwicklung –, Sie haben eine Verantwortung über große Summen. Hier geht es um wirkliche Dimensionen, um sehr ernsthafte finanzielle Dimensionen. Und Sie werden dieser Anforderung nicht gerecht, in aller Schlichtheit festgestellt, ganz augenscheinlich.

Würden Sie das, hätten Sie bei dieser finanziell ernsten, aber im Verhältnis zum Gesamtproblem kleinen Fehlentwicklung weit energischer hingegriffen.

Konkret geht es darum, und man sieht das sehr deutlich an dem Beispiel, ob etwa eben der Medikamenteneinkauf zentral organisiert wird, das heißt, dass man einzelnen lieb gewordenen Krautgärtlein, die natürlich auch finanziell für die Betroffenen einträglich sind – ganz augenscheinlich –, halt den Garaus bereitet. Das braucht einen gewissen politischen Mut. Hätten Sie den, hätten Sie das Verantwortungsgefühl, hätten Sie das schon gemacht.

Da geht es um die Einrichtung einer Arzneimittelkommission bei der KAGES, wie der Rechnungshof vorschlägt und kritisiert, dass es die leider nicht gibt und dass da hier bis heute keine Schritte unternommen wurden. Da geht es um die Einrichtung einer Arzneimittelkommission, die natürlich die Voraussetzung dafür ist, dass eben nicht der Abgeordnete Hagenauer einem Patient ein Medikament verordnet. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass man eben ein Medikament prüft, sagt, das ist in Ordnung, und dann zentral einkauft.

Der Landesrechnungshof hat sich einer Mühe unterzogen, die sehr nahe liegend ist. Er hat sich angeschaut, was kostet ein entsprechendes Medikament woanders, in dem Fall in Deutschland, und ist draufgekommen, dass man bei uns die drei- bis vierfachen Summen bezahlt. Und das ist untragbar!

Ich möchte daher zum Abschluss meiner Wortmeldung und angesichts der Debatte, die uns heute rund um die Dringliche am Nachmittag noch bevorsteht, darauf hinweisen, bei den Spitälern handelt es sich nicht um irgendein Vorwahlkampfespektakel. Das ist eine sehr ernste Sache. Die Spitalsfinanzierung wird uns nicht noch nur jahre-, sondern jahrzehntelang beschäftigen und das mit zunehmender Intensität. Hier geht es um Summen, die auch in der Summe weit höhere Dimensionen haben als das, was uns heute im Zusammenhang mit dem Alllastensanierungsfonds in Frohnleiten beschäftigen wird.

Was das Gemeinsame allerdings ist, ist das, Herr Landesrat Erlitz, dass hier sichtbar wird – auch an dieser Stelle –, dass man, wenn man wirklich eine, sage ich jetzt auch einmal, sozialdemokratische Ethik hätte und sagt, ich fühle mich voll verantwortlich für die Ärmsten in der Bevölkerung und bin bereit, da mich hinzustellen und mir auch unter Umständen Schrammen und Prügel zu holen, wenn ich eine derartige Ethik hätte und eine Verantwortung für die Gelder, die im Lande ausgegeben werden, dann wäre es nicht zu diesen Missständen gekommen, wie sie hier in diesem Bericht festgehalten sind.

Danke für die Aufmerksamkeit! (13.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Klubobmann Drexler. Bitte!

Abg. Mag. Drexler (13.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann in vielem beim Vorredner und Kollegen Hagenauer anschließen, denn erstens bekenne ich mich auch dazu, dass die Spitäler eine ernste Angelegenheit sind. Da muss ich aber gleich bei einer Geschichte eine kleine Korrektur beim Kollegen Hagenauer anbringen. Auch das, was wir am Nachmittag diskutieren werden, ist selbstverständlich eine ernste Angelegenheit und kein Vorwahlgeplänkel, wie es der Kollege Hagenauer gesagt hat.

Aber zurück zum Thema Spitäler. Es ist jetzt schon eine bemerkenswerte Kette aneinandergereiht von Rechnungshofberichten, die uns zeigt, dass hier in diesem Bereich manches besser funktionieren könnte als es tut.

Und das ist deswegen von besonderer Bedeutsamkeit, weil wir ja bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit von den Sozialdemokraten hören, dass es so furchtbar und grauslich ist, was im Bereich Gesundheitspolitik und was im Bereich Sozialpolitik, was die finanzielle Ausstattung dieser Bereiche betrifft, dass das alles furchtbar sei.

Jetzt hat die Frau Landesrätin Edlinger bereits vorhin bei einem anderen Tagesordnungspunkt gesagt, dass in Wahrheit wir diese Ressorts von Jahr zu Jahr mit erheblich größeren Mitteln ausstatten. Meine Damen und Herren, wenn wir das tun in breiter Einigkeit in diesem Hause, dann dürfen wir uns auch zu Recht erwarten, dass mit diesen umfangreichen Mitteln sorgsam umgegangen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann ist es wenig charmant, wenn uns ein Rechnungshofbericht nach dem anderen schildert, dass dem im Bereich des Gesundheitsreferenten nicht so ist. Meine Damen und Herren, wir müssen einen sorgsameren Mittelumgang, einen effizienteren Mittelumgang, einen sparsameren Mittelumgang gerade im Gesundheitsressort einfordern, bei jeder Gelegenheit einfordern, weil ich bin es eigentlich leid, dass uns der Rechnungshof von Mal zu Mal hier aufzeigt, wie viel an Einsparungspotenzial gegeben wäre.

Ich fordere den zuständigen Landesrat Wolfgang Erlitz mit allem Nachdruck auf, endlich nach dem Rechten zu sehen, endlich die Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen, ja, man könnte sagen, endlich die Funktion des Gesundheitslandesrates zu starten. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Mag. Erlitz: „Das ist kein Vorwahlgeplänkel!“)

Nein, definitiv nicht. Der Kollege Hagenauer hat die Devise ausgegeben, das ist eine ernste Angelegenheit. Es ist auch eine ernste Angelegenheit, wenn der Rechnungshof feststellt, dass allein bei diesen Röntgenkontrastmitteln und bei diesem Einkauf ein Einsparungspotenzial von beinahe 2 Millionen Euro gegeben ist. Das ist ja nicht nix. Das ist vielleicht in sozialdemokratischer Schludrigkeit beim Umgang mit Budgets nichts, aber real sind 2 Millionen Euro Einsparungspotenzial ein nennenswerter Faktor und wir erwarten uns einfach, dass diese Geschichten angepackt werden und dass endlich hier den Empfehlungen des Rechnungshofes nachgekommen wird. Ich habe es noch im Ohr, als bei einer der letzten Kontroll-Ausschuss-Sitzungen im Zusammenhang mit einem anderen Rechnungshofbericht von einer Summe die Rede war, die beim Bau des LKH West möglicherweise nicht auszugeben gewesen wäre, wo dann im Ausschuss gesagt worden ist von KAGES-Seite, das ist eine vernachlässigbare Größe.

Meine Damen und Herren, mit diesem Zugang zum Thema werden wir nicht effiziente und nachhaltig leistbare Spitäler in diesem Land haben. Wenn der Rechnungshof allein in diesem Bericht 2 Millionen Euro an Einsparungspotenzial bei einem einzigen Punkt sieht, dann muss diesen Dingen endlich nachgegangen werden.

Und, meine Damen und Herren, wir stellen daher auch einen Entschließungsantrag zu diesem Thema heute, den ich ganz kurz zur Kenntnis bringen darf. Es ist der Antrag der Abgeordneten Drexler und Bacher, betreffend gemeinsamer Einkauf der KAGES. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens die im Rechnungshofbericht, Einl.-Zahl 2299/1, aufgezeigten Einsparungspotenziale zu realisieren und dem Landtag darüber binnen Jahresfrist Bericht zu erstatten, zweitens die frei gewordenen Mittel einerseits zur Finanzierung der extramuralen Psychiatrie und drittens andererseits zur Finanzierung der geschützten KAGES-Arbeitsplätze heranzuziehen.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben, weil hier drinnen erstens die Einforderung dessen ist, was uns der Rechnungshof empfiehlt, an sich eine Selbstverständlichkeit für alle hier, dem zuzustimmen und zweitens auch die Aufforderung verpackt ist, binnen Jahresfrist darüber Bericht erstattet zu bekommen, weil es muss aufhören, dass diese Dinge im Sand verlaufen irgendwo im Gesundheitsressort. Wir brauchen hier eine Kontrolle als Landtag, ob die Dinge, die hier festgestellt worden sind, endlich auch in die Realität umgesetzt werden. Man könnte also, um das noch einmal zu sagen, abschließend hier die Einladung aussprechen, dass der zuständige Landesrat Erlitz in diesem Fall jetzt einmal einen Anlass hat, vielleicht tatsächlich die Tätigkeit des Gesundheitsreferenten einmal aufzunehmen. Das wäre kein Schaden, das Vertrauen haben wir in dich, dass, wenn du anfangen würdest zu arbeiten, tatsächlich auch etwas Sinnvolles dabei herauskommt. (Landesrat Mag. Erlitz: „Da lacht der Benni!“)

Naja, vielleicht vertraut dir der Benni noch nicht so eindeutig wie ich. Das weiß ich ja nicht. Das wird auch davon abhängen, was du heute am Nachmittag uns noch alles zu erzählen hast. Wie auch immer, Herr Landesrat, los geht's, anfangen mit der Arbeit im Gesundheitsressort! Recht herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Lackner.

Abg. Mag. Lackner (13.26 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

In Abwandlung eines Zitates bin ich jetzt veranlasst zu sagen: Fürchte den Herrn Klubobmann Drexler, wenn er Rosen streut!“, was jetzt gerade der Fall gewesen ist. Wir haben zwei Prüfberichte vorliegen und es haben sich bis auf das BZÖ alle schon zu Wort gemeldet. Ich darf aus diesem Grund deswegen schon sagen, dass die Einäugigkeit mancher Fraktionen in diesem Haus schon gegeben ist, weil ein Rechnungshofbericht, der nämlich sehr positiv ist, überhaupt keine Erwähnung gefunden hat. Im Gegensatz dazu, der, zu dem auch Herr Klubobmann Drexler seinen Entschließungsantrag eingebracht hat. (Abg. Bittmann: „Da meldet sich die Richtige!“)

Ja, da meldet sich die Richtige, da gebe ich Ihnen Recht. Zur Materie, was den einen Rechnungshofbericht zum Einkauf und zum Aufwand für Röntgenkontrastmittel und Röntgenfilme betrifft. Es handelt sich um den Prüfzeitraum 2000 bis 2003 und es geht eigentlich um Arzneimittel, die der Krankheitserkennung dienen und um Verbrauchsgüter, die in der Radiologie oder in der Nuklearmedizin zur Anwendung kommen. Das einmal als Beschreibung voraus.

Der Prüfbericht, und da schließe ich mich vor allem auch dem Herrn Vorsitzenden des Kontroll-Ausschusses an, fokussiert seine Kritik auf die Bereiche Beschaffungswesen, Einkaufskonditionen und den Einkauf der Röntgenfilme. Dass es für den geprüften Zeitraum, eben die Jahre 2000 bis 2003, keinen zentralen Einkauf für Röntgenkontrastmittel gegeben hat, das sage ich hier an dieser Stelle auch sehr deutlich, das ist und bleibt unverständlich. Es ist überhaupt keine Frage, dass aus der Tatsache eines zentralen Vorgehens natürlich große Einsparungspotenziale gegeben sind. Das auch zur Klarheit.

Nunmehr liegt aber eine Richtlinie zur zentralen Beschaffung solcher Arzneimittel oder Verbrauchsgüter vor mit dem Ziel, Preisvorteile vor allem in größerem Umfang auch lukrieren zu können. Es liegt eine Zahl vor, die mir bekannt gegeben worden ist. Es sind, was die Röntgenkontrastmittel betrifft, seit dem Jahr 2003 bereits 590.000 Euro, die eingespart werden konnten. Es ist nichts zu beschönigen daran, dass diese zentrale Vorgangsweise bis zu diesem Zeitpunkt nicht gegriffen hat. Aber ich möchte und muss auch Folgendes dazu sagen, was diese Kontrastmittel betrifft. Ich halte fest, dass operativ für die Anstaltsapotheke Graz, die ja die

zentrale Beschaffungsstelle und damit auch die Drehscheibe ist, der Verwaltungsdirektor der KAGES zuständig ist, der dieses Manko nicht rechtzeitig erkannt hat und deswegen auch nicht gehandelt hat. Diese Zuständigkeit hat sich ja, wie wir wissen, mittlerweile insofern erledigt, als besagter Direktor in Pension ist. Es ist zu hoffen, dass der interimistisch bestellte Verwaltungsdirektor hier höhere Sparsamkeit und auch Wirtschaftlichkeit an den Tag legt, was mittlerweile von der Organisation schon nachweislich erbracht werden konnte. Aber dieser Wunsch gilt natürlich auch besonders für die Zukunft.

Und nun zum viel beschworenen Einsparungspotenzial von 2 Millionen Euro.

Gestatten Sie mir auch hierzu eine konkrete Frage: Wie errechnen sich diese 2 Millionen Euro?

Der Prüfbericht führt – und ich habe ihn sehr genau gelesen – Referenzwerte aus Deutschland an, und zwar aus einem Krankenanstaltenverbund oder Krankenanstaltenverband. Über den ist sonst nichts Genaues herauszulesen. Also, wir wissen nicht, wo der ist und in welchem Ausmaß dieser Krankenanstaltenverband arbeitet. Es werden zwar die Preise – da gebe ich Ihnen allen Recht – genannt, aber nicht die Mengen. Insofern ist ja festzustellen, dass das Einkaufsvolumen nicht klar bezifferbar ist und wir wissen alle, dass die Menge den Preis ausmacht. Ich sage jetzt hier eine Vermutung: Nachdem Deutschland über 80 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen hat und wir gerade ein Zehntel davon, ist auch davon auszugehen, dass diese Mengen um ein Vielfaches größer sind als die der steirischen Krankenanstalten – der Herr Primarius Forenbacher schüttelt oder nickt, schüttelt den Kopf –, aber dass diese Einsparungspotenziale in nicht so großem Ausmaß vorhanden sind und die Einkaufskonditionen nicht wirklich aus dem Rechnungshofbericht hervorgehen, so dass wir auch nicht ganz klar wissen, ob diese Größenordnungen für die steirischen Krankenanstalten zutreffend sind.

Zweitens hat die KAGES – und das steht sehr wohl drinnen – in diesen Kontrastmitteln auch ein Dienstleistungsangebot dabei, das sind diese Injektomaten, die sich im Preis widerspiegeln. Da wissen wir auch nicht, ob die Vergleichsreferenz aus Deutschland diese Dienstleistung inkludiert hat.

Also, wenn ich jetzt kurz zusammenfassen darf: Diese Zahl von errechneten 2 Millionen kommt vielleicht der ÖVP sehr gelegen, um damit ins Land zu ziehen, aber dieses Einsparungspotenzial ist einfach sehr fragwürdig und es bleibt auch sehr fragwürdig. (Abg. Mag. Drexler: „Ist der Rechnungshof fragwürdig?“) Nein, der Rechnungshof nicht. Aber, Herr Kollege Drexler, er führt nicht genau an, was die vergleichsregionalen Daten sind. (Abg. Mag. Drexler: „Ich kann mich erinnern, bei anderen Landesgesellschaften waren die Rechnungshofworte quasi immer Gesetz!“)

Ich habe nicht den Landesrechnungshof angezweifelt, sondern ich sage, dass wir aus dem Rechnungshofbericht nicht herauslesen können, was mit der KAGES verglichen wird. Wenn Sie mir die Seite sagen können, dann bin ich Ihnen dankbar, ich kenne sie nicht.

Ich rate auch der ÖVP, diesen Strohalm des Ablenkens von eigenen Problemen da nicht zu sehr aufzublasen, er wird nämlich untergehen, wenn Sie sich zu sehr daran klammern. Und ich rate uns, dem Landtag, Gleiches mit Gleichem zu vergleichen, um wirklich eine Basis zu haben für Rückschlüsse beziehungsweise für Schlüsse, die in die Zukunft gehen und mit denen Verbesserungen zu erzielen sind.

Es sind auch andere Diskussionen durch diesen Rechnungshof in Gang gekommen, die fachlich weit reichende Folgen haben werden beziehungsweise in der Intensität der Diskussion, welche Art von Kontrastmitteln die besseren sind – ich führe nur dieses Beispiel an –, auch was die Anzahl der verwendeten Kontrastmittel in der Steiermark im Vergleich zum Beispiel zum Wiener Krankenanstaltenverbund betrifft.

Aber das sind, glaube ich, sehr positive Diskussionen, die da ausgelöst worden sind beziehungsweise die vorher schon auch durch Stellungnahmen seitens der KAGES und von Fachärzten und -ärztinnen auf dem Tisch lagen.

Zur Kostenentwicklung, was diese Arzneien beziehungsweise Verbrauchsgüter betrifft, hält der Rechnungshof auch fest, dass in manchen Spitälern der KAGES Steigerungen zu verzeichnen waren, obwohl insgesamt Kostenrückgänge zu verzeichnen sind. Das ist eine positive Anmerkung, die ich hier sehr, sehr gerne einbringe. Dort, wo Steigerungen gegeben sind, wie zum Beispiel im LKH Deutschlandsberg, wo ein Anstieg der ambulanten Computertomographieuntersuchungen vorliegt, in Bruck, wo die MR- und Herzkatheteranlage installiert worden ist oder in Judenburg-Knittelfeld, wo MR in Betrieb genommen worden ist, et cetera, et cetera. Da ist auch nachvollziehbar, wieso diese Kosten ansteigen.

Der Succus aus dieser Diskussion ist, dass die Anwendung dieser neuen Verfahren, MR und CT beispielsweise, zur Steigerung von Verbrauchsgütern und Arzneimitteln führt. Aber das ist letztlich auch der Ausdruck des medizinischen Fortschrittes, der den Patienten und Patientinnen in der Untersuchung und in der Behandlung zugute kommt. Und darüber könnten wir uns auch freuen.

Zum Landesrechnungshofbericht LKH Weiz: Gebarung, Auslastung, Organisation wurden geprüft. Es ist ein sehr positiver Bericht und es ist schade, dass immer nur die negativen Dinge hier herauf kundgetan werden.

Ich bedanke mich bei allen im LKH Weiz und in der Verwaltung

Sie können sich ja noch melden, Herr Kollege Bittmann, Sie können ja auch Positives von sich geben. Das wäre vielleicht auch einmal etwas Nettes für den Landtag und für die Protokollierung der Reden.

Wenn Sie den Bericht gelesen hätten, könnten Sie viel Positives sagen.

Ich bedanke mich bei jenen im LKH Weiz, die diesen Bericht möglich gemacht haben. Es ist ein Krankenhaus, das für 60.000 Menschen in der Region die Basisversorgung im chirurgischen und im internistischen Bereich sicherstellt. Es gibt positive Zahlen, was die Patienten und Patientinnen betrifft, den Anstieg der stationären und der ambulanten Bereiche. Es gibt vermehrt auch hochmoderne Untersuchungen, wie eben schon erwähnt, was CT und MR betrifft.

Das Resümee ist einfach ein positiver Gesamteindruck, den der Rechnungshof diesem Krankenhaus ausspricht. Wie gesagt, die Qualitätssicherung, das Qualitätsmanagement und auch interne Projekte zur Gesundheitsförderung fallen dort nicht unter den Tisch.

Ich bedanke mich noch einmal namens meiner Fraktion für dieses Engagement und für die Leistungen, die diesen Bericht möglich gemacht haben.

Abschließend, zum Entschließungsantrag der ÖVP darf ich feststellen, dass wir dem Punkt eins zustimmen werden. Deswegen ersuche ich auch um eine punktuelle Abstimmung. Die Punkte zwei und drei disqualifizieren sich von selbst. Ich sage jetzt nur dazu, sie sind populistisch, weil Sie genau wissen, dass diese Einsparungspotenziale ja nicht in dem Sinn bar auf der Hand liegen. Und wenn es wo was zum Investieren gibt, dann bleibt dieses Geld ganz sicher in den Krankenhäusern des Landes Steiermark.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Schluss ist der Herr Abgeordnete Hagenauer am Wort. Bitte!

Abg. Hagenauer (13.37 Uhr): Danke!

Ich möchte nur ganz kurz eingehen auf etwas, das ich vorhin nicht erwähnt habe, nämlich den Antrag der ÖVP. Ich hätte auch eine getrennte Abstimmung verlangt.

Wir können dem ersten Punkt zustimmen, natürlich. Den beiden anderen, nichts für ungut, da weht auch schon der Wahlwind über die steirischen Alpen. (Abg. Mag. Drexler: „Deiner ist auch schön stürmisch in letzter Zeit!“)

Das heißt, wir wollen uns in dem Fall nicht dazu aufraffen, da hier mitzusegeln.

In der Sache noch zwei Anmerkungen.

Erstens, Frau Kollegin Lackner, es ist sicherlich die Vermutung richtig, dass man in Deutschland größere Mengen bestellt hat, aber Sie haben vergessen, wenn schon die Größenordnungen, dann auch immerhin die feststehenden, die da drinnen ausdrücklich erwähnt sind, auszusprechen, nämlich der Landesrechnungshof geht davon aus, dass man bei einem vergleichbaren Medikament 11 Cent in Deutschland gezahlt hat, die KAGES hat 39 Cent gezahlt beziehungsweise in Deutschland hatte man vorher 45 Cent gezahlt.

Selbst unter Berücksichtigung eines Großkunden ist nicht anzunehmen, dass man für ein- und dasselbe Medikament von 39 Cent nicht doch, wenn man in Deutschland 11 zahlt, zumindestens das halbieren könnte. Wenn man schon nicht auf 11 herunterkommt, so könnte man doch offenbar ganz deutlich herunterkommen.

Und man muss es noch einmal sagen, es handelt sich hier nur um 2,5 Prozent des gesamten Medikamenteneinkaufs. Wenn ich dieses genannte Einsparpotenzial von 2 Millionen Euro jetzt mit 40 multiplizieren würde, dann käme ich auf 80 Millionen Euro. Ich weiß schon, dass das eine allzu einfache Rechnung ist, aber darf es ein bisserl weniger sein. Wenn ich jetzt sage, statt 80 großzügigerweise 40 Millionen Euro, dann ist das immerhin auch noch eine riesige Summe.

Noch etwas ist festzuhalten, es stimmt, dass Richtlinien jetzt erstellt wurden und werden, aber Richtlinien, sagt der Landesrechnungshof auch ausdrücklich, sind nicht gleichzusetzen mit einem zentralen Einkauf, und das fordert er, und ich denke zu Recht.

Und abschließend noch etwas im Hinblick auf die Spitalsbauten. Es ist richtig, dass im Falle Weiz hier der Bericht positiv ist und offenbar hier die Dinge in Ordnung waren, aber halten wir uns trotzdem vor Augen, dass die KAGES gezwungen war, bei den anderen uns bis jetzt vorliegenden Berichten ausdrücklich zuzugestehen, dass sie die Bauherrenfunktion nicht wahrnehmen konnte. Wenn jemand bei einem Milliardenprojekt eingesteht, dass er die Bauherrenfunktion nicht wahrnehmen kann, dann ist das eine sehr, sehr ernste Sache. Da hilft es auch nichts, wenn man sagt, man hat das ausgelagert und privatisiert. Wir hatten heute die Debatte schon. Es gibt Dinge, Sie wissen, was ich meine, die kann man eben nicht privatisieren. (Beifall bei den Grünen. – 13.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist Herr Abgeordneter Forenbacher.

Abg. Dr. Forenbacher (13.41 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, werter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Der Rechnungshofbericht umfasst mehr als 80 Seiten. Ich habe mir die Mühe genommen, ihn ziemlich genau durchzulesen. Es sind drei Kritikpunkte, die man anführen muss. Einmal wurden von der KAGES angeforderte Unterlagen entweder gar nicht, unvollständig oder verspätet zur Verfügung gestellt. Das Zweite ist, dass in wesentlichen Funktionsabläufen entsprechende Organigramme fehlen und drittens, dass daraus ein finanzieller Mangel resultiert. Ich gebe der Frau Abgeordneten Lackner Recht, dass man die deutschen

Kliniken nicht unbedingt mit österreichischen Verhältnissen vergleichen kann. Ich muss aber auch dem Herrn Abgeordneten Hagenauer Recht geben, der sagt, dass sich die Gesundheitspolitik wenig für Wahlkampfgeplänkel eignet.

Dieses Einsparungsvolumen, und ich kann den Rechnungshof nicht korrigieren, von rund 2 Millionen Euro ist natürlich ein enormer Betrag. Wir diskutieren im nächsten Tagesordnungspunkt um 27.000 Euro. Mit diesen 2 Millionen könnten wir die extramurale Psychiatrie, Behindertenarbeitsplätze in den Krankenanstalten finanzieren. Wenn man, was vielleicht auch nicht ganz statthaft ist, diese 2,2 Prozent, die die Röntgenkontrastmittel am Gesamteinkauf ausmachen, hochrechnet, resultiert doch ein relativ großes Finanzvolumen daraus, das wir für andere Dinge sehr dringend brauchen könnten.

Meine Damen und Herren, arbeiten wir zusammen, schauen wir, dass wir diese finanzielle Dinge in Ordnung bringen, auch wenn es nicht 2 Millionen sind, auch eineinhalb Millionen werden dem Herrn Landesrat sicher weiterhelfen. Arbeiten wir an der Entwicklung unserer Krankenhäuser. Ich muss als einer, der rund 40 Jahre in unseren Krankenhäusern beschäftigt ist, sagen, wir haben eine sehr gute medizinische Versorgung und mir geht es darum, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten diesen Standard aufrechterhalten können. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 13.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Erlitz (13.44 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht nur ein paar kurze Sätze. Es ist nur interessant, wenn man da irgendwo ein Geld ortet, wie vielfältig man das schon verbrätet. Der eine sagt, das verwenden wir für dort, der andere sagt für den extramuralen Bereich. Hochinteressant. Zuerst muss man es einmal finden, das Geld. Eines sage ich auch, wenn dieses Geld, und das ist ganz klar, dass die KAGES den Auftrag hat, hier sparsamst umzugehen. Und das ist ja auch mein Zugang. Wenn wo Effizienzen gefunden werden – ich sage nicht sparen in dem Bereich – und gefunden werden sollen, dann dort in bisschen patientenferneren Bereichen, selbstverständlich. Und wenn man im Medikamenteneinkauf sparen kann, selbstverständlich haben sie den Auftrag, dort entsprechende Sparpotenziale auszuloten und zu finden. Das Geld sollte dann aber wieder im stationären Bereich bleiben.

Nur, Herr Kollege Hagenauer, wo sich das letzte Mal dieser Disput entwickelt hat, das war so, dass ich gesagt habe, nicht jedes Kontrastmittel oder jedes Medikament ist gleich verträglich. Und das sagen Experten hier, es war auch die Verträglichkeitsuntersuchung nicht Gegenstand dieser Expertise. Es gibt genug Expertisen, es gibt hier genug Fachleute, die eben meinen, dass es hier doch wesentliche Unterschiede in der Verträglichkeit gibt. Das muss hier schon festgehalten werden. Das heißt, dass innerhalb der Gruppe, ich lese das da herunter, nicht ionisch monomerer jodhaltiger Kontrastmittel zwar nicht von unterschiedlichen Wirkungsprinzipien auszugehen ist, die unterschiedlichen physikalischen Eigenschaften aber Wasserlöslichkeit, Viskosität, pH-Wert, allerdings aus Sicht der Anwender Einfluss auf das Einsatzgebiet dieser Arzneimittelspezialitäten haben. Nur das habe ich gesagt. Man kann nicht von oben als KAGES verordnen, das ist zu verwenden und das nicht. Da ist auch noch die medizinische beziehungsweise ärztliche Expertise notwendig. Nicht mehr habe ich gemeint, nur das.

Es wird ja auch hier im Bericht festgehalten. Aber dass man natürlich sparsamst umgehen muss, da stimmen wir überein. Abgesehen davon möchte ich nur eines auch sagen, Kollege Klubobmann, so zu tun, als ob die KAGES da jetzt einfach so mit dem Geld um sich haut, die Gesellschafterzuschüsse, die die KAGES bekommt, die sind ohnehin sparsamst bemessen. Da gibt es ohnedies keine großen Spielräume. Wenn ich denke, vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2004 um 1,7 Prozent Steigerung. Allein die Personalkosten sind um 3,5 Prozent gestiegen. Bitte wo ist denn da die KAGES nicht sparsam umgegangen? Und trotzdem haben wir die Patienten in diesem Land optimal und bestens betreut. (Beifall bei der SPÖ.) Also da der KAGES Nichtsparsamkeit vorzuwerfen, geht auch ein bisschen zu weit. Es ist, wie der Kollege Straßberger sagen würde, unerhört. Ich stimme mit dir überein!

Und eines noch, Kollege Hagenauer, was ich auch nicht verstanden habe, mit der Kommission. Bitte, da steht das drinnen Landesrechnungshof Steiermark. „Eine Ausweitung dieser Arzneimittelkommission für die Standorte Leoben, also LKH Leoben, Bruck an der Mur der bereits bestehenden Arzneimittelkommission wurde bereits initiiert.“ Oder da unten: „Die Arzneimittelkommission des LKH – Universtitätsklinikums Graz ist im Budgetplanungsprozess für medizinische Brauchsgüter bereits eingebunden, da die Leitung dem ärztlichen Direktor obliegt.“ Das heißt, die ist ja bereits da und eingebunden. Die gibt es ja bereits. Also das einzufordern, das verstehe ich nicht.

So, wie auch immer. Auch ich bedanke mich jedenfalls für diese intensive Beschäftigung mit diesem Bericht. Noch einmal, selbstverständlich hat die KAGES den Auftrag, dort Potenziale zu finden und auszuloten, wo sie gerechtfertigt sind und wo die Menschen jedenfalls nicht nachteilig betroffen sind. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 2298/1, Tagesordnungspunkt 14, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2299/1, Tagesordnungspunkt 15, ihre Zustimmung geben wollen, ersuche ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend gemeinsamen Einkauf der KAGES zu Tagesordnungspunkt 15, wobei eine punktuelle Abstimmung beantragt ist. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem ersten Punkt dieses Antrages, lautend: Die Landesregierung wird aufgefordert, „erstens die im Rechnungshofbericht, Einl.-Zahl 2299/1, aufgezeigten Einsparungspotenziale zu realisieren und dem Landtag darüber binnen Jahresfrist Bericht zu erstatten“ um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Punkt zwei, „die frei gewordenen Mittel einerseits zur Finanzierung der extramuralen Psychiatrie zu verwenden“. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Punkt drei, „die frei gewordenen Mittel andererseits zur Finanzierung der geschützten KAGES-Arbeitsplätze heranzuziehen“. Wer diesem Punkt 3 zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1913/1, der Abgeordneten Graf, Zierler und Dietrich, betreffend Entfall des Mitversichertenanteiles bei frühgeborenen Zwillings- und Mehrlingsgeburten.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnet Graf. Bitte!

Abg. Graf (13.50 Uhr): Ich darf berichten über den Bericht mit der Einl.-Zahl 1913/4.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 5. April und 14. September 2004 sowie am 31. Mai 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegen zwei Stellungnahmen vor.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 1913/1, der Abgeordneten Graf, Zierler und Dietrich, betreffend Entfall des Mitversicherungsanteiles bei frühgeborenen Zwillings- und Mehrlingsgeburten, wird zur Kenntnis genommen. (13.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Die Frau Abgeordnete ist auch gleich am Wort. Bitte!

Abg. Graf (13.51 Uhr): Frau Präsidentin, die werten Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen.

Der Hintergrund für diesen Antrag oder für den ursprünglichen Antrag waren die besonders hohen finanziellen Belastungen für Eltern bei Zwillings- und Mehrlingsgeburten, weil eben diese Kinder oft wochenlang in stationärer Spitalsbehandlung sein müssen. Durch den 10-prozentigen Mitversicherungsanteil, der vorgeschrieben wird, ergeben sich oft Gebührevorschreibungen in der Höhe bis zu 700 Euro. Das ist natürlich sehr hoch und für junge Eltern oder auch allein erziehende Mütter oft eine sehr hohe Belastung.

In Oberösterreich hat man auf diese Situation reagiert, wobei zu sagen ist, dass das Land Oberösterreich dadurch eine Verminderung der finanziellen Rückvergütungen in Kauf nimmt.

Um das in der Steiermark zu vermeiden – es wäre ein Einnahmenentfall von rund 27.000 Euro – müssten wir an die Bundesregierung herantreten und dann eine Übergangs- oder Ersatzlösung seitens der Landesregierung vereinbaren.

Ich darf daher unseren Antrag einbringen, der besagt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, im Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Änderung des ASVG, Paragraph 447 Absatz 7, einzubringen, wodurch der Entfall des 10-prozentigen Mitversicherungsanteiles bei Zwillings- und Mehrlingsgeburten ermöglicht wird.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne der betroffenen Eltern um ein rasches Handeln und um die Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist Herr Abgeordneter List. Bitte!

Abg. List (13.53 Uhr): Danke! Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat Dr. Kurt Flecker, wertere Damen und Herren in diesem Haus!

Ich darf ebenfalls einen Unselbstständigen Entschließungsantrag des Bündnisses einbringen, der die Unterstützung vom Kollegen Klubobmann Franz Lafer und von mir hat. Geburtshelferin für diesen Antrag war unsere Kollegin, Frau Theresia Zierler, die heute leider erkrankt und deshalb entschuldigt ist. Deshalb darf ich das übernehmen.

Die Begründung ist Ihnen bekannt.

Ich darf den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, den Paragraphen 447f Absatz 7 ASVG um eine Bestimmung zu ergänzen, wonach vom Kostenbeitrag auch im Falle einer Zwillings- und Mehrlingsgeburt abzusehen ist.

Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, ich ersuche Sie um die Annahme dieses Antrages. (13.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Änderung des Paragraphen 447 Absatz 7 ASVG, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des BZÖ, betreffend Entfall des Mitversicherungsanteils bei frühgeborenen Zwillings- und Mehrlingsgeburten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2274/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2005 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Majcen. Du bist am Wort.

Abg. Majcen (13.55 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Frau Präsidentin hat schon alles Wesentliche gesagt und ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke, das war erschöpfend.

Wir kommen zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2248/1, der Abgeordneten Petinger, Dirnberger, Kröpil, Gennaro und Detlef Gruber, betreffend eine Wirtschaftsoffensive für die Weststeiermark.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (13.57 Uhr): Seit vielen Jahren befindet sich die Wirtschaft in der Weststeiermark und im Speziellen in der Region Voitsberg-Köflach in einem für die betroffenen Menschen teilweise sehr schmerzlichen Umstrukturierungsprozess. Aktuell verliert die Region zumindest 75, wahrscheinlich aber mehr Arbeitsplätze bei Stölzle-Oberglas. In den letzten drei Jahrzehnten sind mit der endgültigen Schließung des GKB-Kohlebergbaues im Jahr 2006 rund 5000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Das Ende des modernsten Braunkohlekraftwerkes Europas in Voitsberg im Jahr 2008 ist beschlossene Sache. Die Folgen dieses Strukturwandels sind eine seit Jahrzehnten hohe Arbeitslosigkeit, starke Pendlerquoten, eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und enormer Kaufkraftverlust.

Eine in der Region durch Bürgermeister sowie durch den ÖGB getragene Plattform fordert von Bund und Land eine Weststeiermark-Offensive und im Gleichklang zu anderen steirischen Regionen ein umfangreiches strukturelles Förderungsprogramm, um raschest Ersatz für die verloren gegangenen Arbeitsplätze im Braunkohlebergbau, in der Glasindustrie und den Zulieferbetrieben zu schaffen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Offensive für die Weststeiermark zu starten, die zumindest folgende Vorhaben beinhaltet:

Schaffung eines innovativen Gründer- und Betriebsansiedlungspools.
Stärkung der Infrastruktur.
Errichtung von Forschungs- und Entwicklungszentren.
Weiterentwicklung der weststeirischen Tourismusstrukturen.
Errichtung einer Fachhochschule im Kernraum.
Zusätzliche Förderungen zur Standortsicherung der bestehenden Industrie- und Gewerbebetriebe.
Flächendeckende Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit.
Schaffung von Lehr- und Ausbildungsstellen.
Bereitstellung von ehemaligen Bergbauflächen für Industrieansiedelungen und touristische Entwicklungen.
Ich bitte um Annahme. (13.59 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und darf zu diesem Tagesordnungspunkt dem Herrn Abgeordneten Petinger das Wort erteilen.

Abg. Petinger (13.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Frau Landesrätin!

Der Bezirk Voitsberg – und darauf lege ich Wert – ist absolut keine Krisenregion. Ich möchte nämlich nicht Gefahr laufen, dass ich hier womöglich meinen Bezirk vernadere oder schlecht mache, wie es die ÖVP immer so gerne sagt, wenn man Tatsachen aufzeigen möchte. Aber wir sollten und wir dürfen auch nicht übersehen, dass der Bezirk Voitsberg eine Region ist, die sich seit Jahren in einem durchaus auch schmerzhaften Umstrukturierungsprozess befindet. In den letzten drei Jahrzehnten hat unser Bezirk gut 5000 Arbeitsplätze im Bergbau, in der Glasindustrie, bei der Firma Bauer und bei der Schuhfabrik Atomic verloren. Nur durch die innovative Entwicklung und durch die innovative Kraft von regional stark verankerten Firmenbesitzern ist es gelungen, dass dieser Bezirk Voitsberg nicht zu dieser Krisenregion geworden ist. Die Arbeitslosenzahlen im Bezirk sind sicherlich auch nicht die schlechtesten in der Steiermark, aber trotzdem darf man nicht die bevorstehenden Signale übersehen. Der Strukturwandel in unserem Bezirk ist noch lange nicht abgeschlossen, wie die letzten Kündigungen von 75 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Stölzle-Oberglas beweisen.

Auch das Ende des modernsten Braunkohlekraftwerkes Europas ist anscheinend ebenfalls eine beschlossene Sache. Auch hier werden im nächsten Jahr 100 hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren gehen. Man darf als verantwortungsbewusster Politiker nicht die Augen davor verschließen, dass die Weststeiermark jene Region ist, die die stärkste Pendlerquote in der Steiermark aufweist. Auch das Pro-Kopf-Einkommen in unserem Bezirk ist durch diesen Wandel ebenfalls enorm gesunken. Damit verbunden ist natürlich auch die Kaufkraft gesunken und die damit verbundenen Schwächen der internen Wertschöpfung sind augenscheinlich.

Das sind Tatsachen! Es tut mir Leid, und genau das habe ich in meiner Einleitung gemeint, dass ich es nicht schlecht machen möchte, aber auch die Realität muss man sehen, man darf nicht die Augen davor verschließen. Der Bezirk Voitsberg hat bis heute noch keine adäquate und dem heutigen Level entsprechende Infrastruktur auf der Straße und auch nicht auf der Bahn. Gerade bei diesen wichtigen Kriterien einer funktionierenden Infrastruktur werden wir seit Jahren behandelt, als wäre unsere Region ein Nachzügler in der Steiermark und ich muss davon ausgehen, dass diese Vernachlässigung bewusst vorgenommen wird. 20 Jahre Kampf um die B 70 und keine brauchbare Anbindung für den Nahverkehr auf der Bahn.

Meine Damen und Herren auch der ÖVP natürlich, ich will damit nicht meine Heimatregion schlecht machen, sondern ich sehe es als Verpflichtung an, darauf aufmerksam zu machen, dass der Strukturwandel noch nicht abgeschlossen ist und unsere Region massive Unterstützung und Hilfe in der Zukunft benötigen wird. Wir sind gemeinsam – auch der Kollege Dirnberger – der Meinung, dass die Region Weststeiermark eine Weststeiermarkoffensive im Gleichklang zu den anderen Regionen in der Steiermark dringend braucht. Um raschest einen Ersatz der verloren gegangenen Arbeitsplätze in der Glasindustrie, im Braunkohlebergbau und in der Stromgewinnung zu gewährleisten, ist ein konzentriertes und umfangreiches Förderungsprogramm für den Bezirk Voitsberg erforderlich und enorm wichtig. Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht wollen, dass der Bezirk Voitsberg zu einer Krisenregion wird, dann stimmen Sie diesem Antrag zu und setzen auch die dementsprechenden Maßnahmen zu diesem Antrag. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.04 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich darf nun dem Herrn Landesrat Schöpfer das Wort erteilen. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat DDr. Schöpfer (14.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Regierungskollegen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Ich darf zunächst sagen, europaweit haben alle die Regionen, die Bergbauregionen sind, große Umstellungsprobleme gehabt und zum Teil haben sie es noch heute. Ich war gerade vor 14 Tagen in Katovice, ein Zentrum des schlesischen Bergbaues. Hier gibt es eine Arbeitslosenquote von 27 Prozent nach Eustat. Steiermark hat nach Eustat eine Arbeitslosigkeit von 4,6 Prozent. Bei diesem Besuch in Schlesien hat man uns um

ein Partnerschaftsabkommen gebeten und auch gebeten um einen Transfer des Know-hows. Sie wollen sich an der Steiermark ein Vorbild nehmen, wie es bei uns gelungen ist, die Umstellungsprobleme vom Bergbau auf High-tech, auf andere Bereiche zu schaffen. Sie wollen vom steirischen Know-how profitieren. Ich darf sagen, die Probleme sind im Bezirk Voitsberg relativ gut gelöst worden. Ich sage relativ. Natürlich sind noch immer Fragen offen und natürlich ist die aktuelle Frage, dass bei Stölzle-Oberglas ein Zweigbereich geschlossen wird, etwas, wo man tatsächlich Alternativen finden muss. Zunächst vielleicht ein Hinweis darauf, dass in den vergangenen Jahren der Bezirk Voitsberg und die Weststeiermark insgesamt nicht ein Stiefkind der Landesförderungen war, nicht ein Stiefkind der Investitionen war, wobei ich sagen darf, bei der Wirtschaftsförderung ist es ja für uns eine Möglichkeit zu helfen, wenn es Unternehmer gibt, die bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen und wir unterstützen diese Investitionen.

Ich darf sagen, im Bezirk Voitsberg waren es im Bereich vom Jahr 2000 bis zur Gegenwart 241 Unternehmungen, die Investitionen im Ausmaß von fast 42 Millionen, nämlich 41.600.000 getätigt haben. Insgesamt, wenn man jetzt den gesamten weststeirischen Bereich nimmt, Deutschlandsberg, Leibnitz und Voitsberg sind in den Jahren seit 2000 Investitionen in einer Höhe von fast 300 Millionen Euro getätigt worden. Also es hat ja sehr, sehr starke Impulse gegeben. Es interessiert aber nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft, was haben wir in der nächsten Zeit vor, welche Impulse wollen wir setzen.

Ich darf sagen, es wird ja, und da hoffe ich sehr auf Ihre Zustimmung, die Zustimmung der SPÖ in der Regierung war leider noch nicht da, aber es wird sich auch der Landtag damit zu befassen haben. Wir haben eine große Wirtschaftsoffensive vor. Ich glaube, wir sollen nicht Regionen gegeneinander ausspielen, sondern wir sollen versuchen, in der gesamten Steiermark Akzente zu setzen mit diesem Paket von 70 Millionen Euro. Ich darf sagen, ganz konkret sind im Bezirk Deutschlandsberg und Voitsberg eine Reihe von Großprojekten geplant mit einem sehr ansehnlichen Volumen. Ich darf sagen, dass wir natürlich auch auf Technologie und Entwicklungszentren Wert legen. Georgsberg im Bezirk Deutschlandsberg soll eine zweite Baustufe bekommen. Das ist schon sehr positiv angelaufen. Neu ist das Technologiezentrum Region Eibiswald – Radlje ob Dravi, wo es nun sozusagen zum Beginn einer sehr großen Initiative kommt und ein Technologiezentrum ausgebaut wird. In Voitsberg im engeren Bereich, der angesprochen wurde, gibt es das Projekt regionale Gründerinnen. Management in der Weststeiermark, ein Projekt, das sich schon im Beginn der Umsetzung befindet. Projektbetreiber ist der Regionalentwicklungsverein Voitsberg, der von uns unterstützt wird. Ich darf in Vorgriff auf das steirische Wachstums- und Beschäftigungspaket, wo insgesamt 70 Millionen vom Land ins Spiel kommen, darauf hinweisen, dass es bereits eine Reihe von Ansuchen aus Voitsberg gibt, die sehr konkret sind, wo wir also schon gesicherte Daten haben. Ich darf sagen, dass damit Investitionen im Ausmaß von 23 Millionen Euro in Voitsberg umgesetzt werden. Es werden 731 bereits vorhandene Arbeitsplätze abgesichert, weil die Betriebe bereit sind, neue Technologien einzusetzen und es werden damit 110 neue Arbeitsplätze im Bezirk Voitsberg geschaffen werden. Wir haben darüber hinaus eine Reihe von Projektkontakten, wo also Unternehmer mit uns im Gespräch sind und ich sage auch offen, ich war auch vor nicht allzu langer Zeit in Stuttgart, habe auch mit Cornelius Grupp von der Gruppe Stölzle-Oberglas gesprochen. Auch er überlegt Investitionen, die er sonst in einem anderen Bereich seiner Standorte etwa Slowakei, Deutschland und so weiter hat, diese zusätzlichen Investitionen in Voitsberg zu tätigen. Wir haben ihm die Unterstützung des Landes für diesen Fall zugesagt. Aber ohne diesen Bereich allein haben wir mit weiteren Ansiedelungen im Ausmaß von 25 Millionen Euro zu rechnen und mit mindestens 90 neuen Arbeitsplätzen.

Also ich darf sagen, die Aussichten vom Bezirk Voitsberg sind nicht schlecht und wir sind bereit, alle Initiativen, die aus dem Bezirk kommen, bestmöglich zu unterstützen. Dieses Bekenntnis darf ich hier abgeben und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.09 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1389/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Fußball gegen Rassismus und gegen die Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich darf ihr das Wort erteilen.

Abg. Mag. Zitz (14.10 Uhr): Der Ausschuss für Kultur und Sport hat in seinen Sitzungen am 16. September 2003 und 31. Mai 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es liegt dazu eine ausführliche Stellungnahme von Seiten der Landesregierung vor, wo einerseits auf die vom Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit initiierte Aktion „Football against Racism in Europe – FARE“ und andererseits auch darauf hingewiesen wird, dass im Rahmen der Fußball-EM in Portugal am 19. Mai 2004 eine internationale gemeinsame Konferenz des Ausschusses der Region, der UEFA und der Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stattfand.

Es wird daher der Antrag von Seiten des Ausschusses gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der grünen Abgeordneten, betreffend Fußball gegen Rassismus und gegen die Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung, wird zur Kenntnis genommen. (14.11 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine Wortmeldung vor und so darf ich zur Abstimmung kommen und die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2024/2, zum Beschluss Nr. 1571 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Kaufmann, betreffend Maßnahmen gegen Paratuberkulose.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (14.12 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Beschluss Nr. 1571 aus der 64. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 mit der Einl.-Zahl 2024/1 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge ein nationales Bekämpfungsprogramm gegen Paratuberkulose schaffen und so schnell wie möglich die gesetzliche Verankerung einer Anzeigepflicht für an Paratuberkulose erkrankte Tiere initiieren.

In Entsprechung dieses Beschlusses hat die Fachabteilung 8C des Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 6. Dezember 2004 um eine weitere Veranlassung und Übermittlung einer Stellungnahme ersucht. Mit Schreiben vom 1. März 2005 hat das Bundeskanzleramt zu diesem Ersuchen auf Grundlage einer Stellungnahme des damit befassten Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wie folgt Stellung genommen:

Unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse wird seitens des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen bereits daran gearbeitet, in Österreich die Paratuberkulose in die Liste der anzeigepflichtigen Krankheiten aufzunehmen und entsprechende Bekämpfungsmaßnahmen festzulegen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 25. April 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1571 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Halper und Kaufmann, betreffend Maßnahmen gegen Paratuberkulose, wird zur Kenntnis genommen. (14.14 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, darf ich gleich zur Abstimmung kommen. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2136/1, der Abgeordneten Ing. Ober, Beutl und Gangl, betreffend künstliche Lichtquellen – ein unterschätztes Naturschutzproblem.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Ing. Ober (14.14 Uhr): Ich darf zum Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2136/1, der Abgeordneten Ing. Ober, Beutl und Gangl, betreffend künstliche Lichtquellen – ein unterschätztes Naturschutzproblem, berichten.

Zum Antrag der ÖVP, betreffend künstliche Lichtquellen – ein unterschätztes Naturschutzproblem, berichtet die Landesregierung, dass bereits im Jahr 2000 auf Initiative des Umweltbundesamtes und der Landesumweltanwaltschaften Salzburg, Steiermark, Tirol, Niederösterreich und Wien, den Naturschutzabteilungen der Länder Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland das Projekt „Die helle Not“ gestartet wurde. Primäres Ziel des Projektes war der Artenschutz nachtaktiver Schmetterlinge. Das Ergebnis bildet eine Informationsbroschüre, in der faktenreich belegt wurde, dass alternative Beleuchtungssysteme nicht nur zum Schutz der Nachtfalter Sinn machen, sondern auf Grund des hohen Energiesparpotenziales auch aus Kostengründen erste Wahl sind und mit einer Förderaktion ein aktiver Beitrag zum Artenschutz geleistet werden soll. (Abg. Schleich: „Hoffentlich haben das auch alle gelesen!“) Legistische Maßnahmen werden geprüft. Da es sich hier nicht um ein allein steirisches Problem handelt, wird das Thema als Tagesordnungspunkt bei der Länderexpertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten vorgeschlagen. Die Sitzung findet am 18. und 19. Oktober 2005 statt. Nach Bekanntwerden österreichweiter Tendenzen wird dem Landtag neuerlich berichtet werden.

Ich bitte, den Ausschussantrag anzunehmen. (14.16 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Ich stelle fest, dass es keine Wortmeldung gibt. Auch hier dürfen wir bereits zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1547/1, der Abgeordneten Dietrich, Ferstl, Graf, Lafer, List, Wiedner und Zierler, betreffend Erlassung eines Steiermärkischen Polizeistrafgesetzes, und den Antrag, Einl.-Zahl 2058/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Prattes, betreffend die Aufnahme von Regelungen über das Halten gefährlicher Tiere in das zukünftige Landes-Sicherheitsgesetz.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Lafer (14.16 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich darf den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit einbringen. Es geht hier, wie Frau Präsidentin schon erwähnt hat, um die Einl.-Zahl 1547 und um die Einl.-Zahl 2058. Diese wurden nach sehr vielen Diskussionen zusammengeführt und daraus ist das Landes-Sicherheitsgesetz entstanden.

Das Gesetz liegt Ihnen vor und ich ersuche Sie, diesem Gesetz zuzustimmen. (14.17 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Wir haben eine Wortmeldung dazu, das ist der Herr Klubobmann Lafer.

Abg. Lafer (14.17 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin!

Das Landes-Sicherheitsgesetz für die Steiermark steht heute als Tagesordnungspunkt fest und sollte beschlossen werden. Ich darf vielleicht ein bisschen zurückgehen und daran erinnern, dass diese Forderung schon einige Jahre besteht, und zwar in Form eines Steiermärkischen Polizeistrafgesetzes, in Form einer Sicherheitswacht nach bayrischem Vorbild und auch in Form eines Landes-Sicherheitsgesetzes. Ich bin sehr froh, als Vorsitzender des Unterausschusses und auch des Gemeinde-Ausschusses, dass wir im vorigen Jahr in die Verhandlungen eintreten konnten, wobei der erste Teil mit Jahresende abgeschlossen werden konnte beziehungsweise auch schon in Kraft getreten ist und schlussendlich dann der zweite Teil noch in Verhandlung stand. Die wesentlichsten Inhalte des zweiten Teiles waren und sind, dass es eine Verordnungsermächtigung für Gemeinden gibt, dass zum Ersten auf bestimmten Plätzen ein Alkoholverbot ausgesprochen werden kann, zum Zweiten, dass die Bettelei – auf Grund einer Verordnung der Stadt Graz – zumindest in einem steiermärkischen Gesetz geregelt wird und schlussendlich in der Steiermark Geltung haben soll und zum Dritten auch die Bestimmungen, betreffend das Halten von gefährlichen Tieren, das heißt, dort war eingepackt der Leinen- und Maulkorbzwang und die Verunreinigung von öffentlichen Flächen durch Hunde beziehungsweise auch das Halten von gefährlichen Tieren.

Wieso ist es eigentlich auch zur Aufnahme dieser Bestimmungen gekommen? Es gab von Bundesseite her ein neues Bundestierschutzgesetz, wo fast alle Bestimmungen übernommen worden und nur mehr ein paar Bestimmungen übrig geblieben sind. Dabei muss man aber ausdrücklich erwähnen, dass diese Bestimmungen nicht zum Schutz der Tiere waren, sondern die Sicherheit des Menschen zum Inhalt hatten. Deshalb haben wir darüber diskutiert, diese Bestimmungen in das Landes-Sicherheitsgesetz aufzunehmen.

Was mich persönlich bei den Verhandlungen verwundert hat, war, dass gerade jene Bestimmung, die die Verordnungsermächtigung für Gemeinden zum Inhalt hatte, ausschließlich von SPÖ-Bürgermeistern der Bezirkshauptstädte und auch anderen Gemeinden gekommen ist und schlussendlich dann bei der letzten Beschlussfassung im Ausschuss von der SPÖ-Fraktion abgelehnt wurde.

Ich kann mir das nicht erklären, aber Sie werden das Ihren eigenen Bürgermeistern zu erklären haben. Was aber auch nicht unproblematisch war, ist die Tatsache, dass wir, bevor wir zum Beschluss dieses Gesetzes kommen wollten – eine Übereinstimmung mit dem Bund herstellen mussten, und zwar hatten wir da zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit war, dass wir im Landtag den Beschluss über ein Landes-sicherheitsgesetz fassen, und sofern es nicht mit allen Berührungen der Bundesbestimmungen vereinbar wäre – es dann wieder zurückgekommen wäre oder die zweite Möglichkeit, die Verhandlungen im Vorhinein mit dem Bundesministerium für Inneres zu führen, um hier Klarheit zu haben, dass – wenn schon ein Beschluss eines Landessicherheitsgesetzes gefasst wird – es auch rechtskräftig ist und bleibt. Wir haben uns für die zweite Möglichkeit entschieden, dass wir im Vorfeld in Verhandlungen eingestiegen sind, weil es natürlich im Bereich der Vollziehungen durch die Polizeiorgane Übereinstimmungen mit dem Ministerium geben muss und es ist uns auch schlussendlich gelungen. Es ist nicht immer leicht und auch nicht unproblematisch, aber gerade in Bereichen, wo natürlich auch die Forderung ausgeht, von artfremden Tätigkeiten Abstand zu nehmen – was ja auch im Unterausschuss diskutiert wurde und wo von den Polizeibeamten, die anwesend waren, beziehungsweise Exekutivbeamten hier schon Probleme angekündigt worden sind – die auch schlussendlich vom Ministerium nicht übernommen worden ist. Es sind jene Bereiche und Belange gerade in

der Bestimmung über das Halten von Tieren oder gefährlichen Tieren in den Bereichen verblieben, sprich in den Gemeinden und bei den Bezirksverwaltungsbehörden, wo sie bis jetzt auch schon geregelt waren.

Insgesamt bin ich überzeugt davon, dass diese jahrelange Forderung, die ich immer wieder forciert habe, in diesem Landessicherheitsgesetz seine Erfüllung gefunden hat und dass hier wirklich eine Bestimmung geschaffen worden ist, die den Schutz der Menschen zum Inhalt hat. Das ist ganz etwas Besonderes und ich möchte hier auch nicht verhehlen und vor allem einen Dank aussprechen. Trotz der vielen Diskussionen, die in den einzelnen Unterausschusssitzungen geführt worden sind, möchte ich mich bei all jenen bedanken, die hier positiv zu diesem Werk beigetragen haben, aber auch bei jenen Damen und Herren in der Fachabteilung 7A, die uns hier wesentlich unterstützt haben, dass dieses Werk heute zum Beschluss kommen kann.

Ich bin überzeugt davon, dass hier ein Meilenstein in Bezug auf die steirische Sicherheit gemacht worden ist und ich bin froh, dass es zu einem positiven Abschluss kommt. Ich ersuche auch noch die SPÖ-Fraktion, gerade was die Bestimmungen der Verordnungsermächtigung für Gemeinden betrifft, noch einmal nachzudenken und vielleicht ihre Ambitionen oder die der SPÖ-Bürgermeister mit einzubeziehen. Danke schön! (Beifall beim BZÖ und der ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Dietrich. Ich darf ihr das Wort erteilen.

Abg. Dietrich (14.23 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Auch der Verfassungsdienst irrt. Wir haben in der letzten Legislaturperiode mehrmals den Antrag eingebracht, es soll doch ein Landessicherheitsgesetz geben. Leider Gottes haben wir vom Verfassungsdienst immer eine negative Stellungnahme erhalten: Dies sei nicht möglich, weil der Landesgesetzgeber das nicht regeln kann. Wie man sieht, auch das, was der Verfassungsdienst von sich gibt, ist nicht die reine Lehre, ist nicht die Bibel. Steter Tropfen höhlt den Stein. Steter Tropfen höhlt den Stein, Kollege Drexler. Und da sieht man, wenn man hartnäckig genug auf einem Thema oben bleibt und wenn man dieses Thema auch zielorientiert verfolgt und weiß, was man will, dann kommt doch mit der Zeit etwas Positives zustande. Und so ist es auch diesmal bei dem Landessicherheitsgesetz gelungen. Wir haben bereits im Jänner 2005 die erste Form des Landessicherheitsgesetzes beschlossen und heute beschließen wir eine Erweiterung. Mein Vorredner Kollege Lafer hat schon ausgeführt, in welchen Bereichen diese Erweiterung stattfinden wird.

Aber ich möchte zwei Punkte herausgreifen, die mir besonders wichtig erscheinen. Das eine ist der Konsum von Alkohol auf öffentlichen Plätzen, worüber sich viele Passanten, viele Bewohner in letzter Zeit immer stärker aufgeregt haben. Sie haben sich aufgeregt über Belästigung der Alkoholisierten, sie haben sich aufgeregt über Sachbeschädigungen und auch über öffentlichen Aufruhr. Ich glaube, dieses größer werdende Problem haben wir mit der jetzigen Verordnungsermächtigung sehr gut im Griff. Und ich sehe diese Ermächtigung eher als präventive Maßnahme.

Der zweite Punkt, den ich noch aufgreifen möchte, ist jener der Bettelei. Immer wieder fühlen sich Passanten belästigt durch aggressives Betteln, durch aufdringliches Betteln oder auch durch Betteln, zu dem Kinder missbraucht werden, weil Kinder wahrscheinlich eine höhere Erfolgsquote haben, weil man Kindern leichter oder lieber etwas gibt. Wir sind sehr froh, dass in diesem Landessicherheitsgesetz genau auf diese Punkte Bezug genommen wurde und dass es hier Maßnahmen gibt, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken.

In diesem Sinne „steter Tropfen höhlt den Stein“, wir haben unser Ziel erreicht. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hamedl. Ich darf ihn um seine Ausführungen bitten.

Abg. Hamedl (14.26 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Klubobmann, es ist so, man muss zum richtigen Zeitpunkt den richtigen Antrag stellen und dann funktioniert das auch. (Abg. Wiedner: „Na, geh!“) Anscheinend war damals vor fünf Jahren nicht der richtige Zeitpunkt dazu.

Aber ich bin trotzdem froh, dass dieses Gesetz zustande gekommen ist und meine Vorredner haben eigentlich ohnedies schon die wichtigsten Punkte gesagt. Der erste Teil wurde ja im Jänner beschlossen auf unseren Antrag hin und wir haben damals im Unterausschuss auch zugesagt, dass wir rasch und zügig die Erweiterung vornehmen werden. Wir stehen dazu, heute ist dieser Tag, an dem es beschlossen wird, wo es eben um diese Erweiterung, Bettelei, Alkoholverbot und Halten von gefährlichen Tieren, geht. Andererseits war dies auch notwendig, diese Betteleiverordnung, die in Graz ja schon seit einiger Zeit in Kraft ist, für die ganze Steiermark auszuweiten. Ich glaube, auch das mit dem Alkoholverbot ist ein ausgewogenes Gesetz und ich glaube auch, die SPÖ sollte sich überlegen, weil gerade, was der Kollege Lafer auch gesagt hat, jene SPÖ-Gemeinden bereits auf Grund ihrer eigenen Ermächtigung so ein Alkoholverbot erlassen haben, dass jetzt diese Generalverordnung oder -ermächtigung in der Gesamtheit kommen kann. Also ich verstehe nicht, warum Sie da dagegen sind. Sie waren im Ausschuss dagegen, vielleicht haben Sie sich nicht genau ausgedacht. Sie sollten sich das überlegen, ob Sie da nicht auch mitstimmen.

In der Gesamtheit hat es ja bei den vier Unterausschussverhandlungen große Einstimmigkeit gegeben in allen Bereichen. Die grüne Fraktion hat immer wieder Einwände gehabt, aber ich glaube, auch Sie sehen, dass es ein notwendiges Gesetz ist. Und wenn man diesen ersten Teil anschaut, der schon in Graz in Kraft ist, dass es eigentlich für alle Beteiligten, für die Polizei und auch für jene „bunten Menschen“ eine ausgewogene Materie ist und es sich auch am Hauptplatz in Graz einpendelt. Abgelehnt wurden ja lediglich vom Ministerium gewisse Bereiche, wo es um die Zuständigkeit der Strafbehörde, Polizeidirektion oder Gemeinden geht und da diese Teile vorwiegend im Interesse der Gemeinden liegen, hat das Ministerium diese Teile abgesagt, die Mitwirkungspflicht der Exekutivorgane bleibt ja bestehen. Vor allem bei dem Halten von gefährlichen Tieren, was ein gefährliches Tier ist und auch bei der Verwahrung der Tiere, das kann nicht die Polizei machen, da ist die Gemeinde zuständig und muss dafür Sorge tragen.

Noch einmal, in der Gesamtheit ein ausgewogenes Landessicherheitsgesetz, es wird auch zu mehr Sicherheit in der Steiermark beitragen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich darf ihr das Wort erteilen.

Abg. Mag. Zitz (14.29 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Das ist eine jener Situationen, wo ich in die Runde schauen kann und ins Plenum und mir dann denke, welche liberalen Leute bei den anderen Fraktionen, die ich in demokratiepolitischen Fragen immer wieder als Bündnispartner und -partnerinnen wahrnehme, bei diesem Gesetz leider sich so positionieren, dass sie den seltsamen Sicherheitsbegriff, der da eingeführt wird, mehrheitsfähig machen. Es ist für mich absolut unverständlich, dass man im Jahr 2005 glaubt, in der Steiermark ein „Landes-Sicherheitsgesetz“ zu brauchen, was ja ein unglaublich pathetischer Titel ist. Und dieses Gesetz ist geschrieben worden, um eine Gruppe von Punks, jungen Leuten, die offensichtlich einen anderen Lebensstil pflegen als viele andere Leute in der Steiermark, vom Grazer Hauptplatz zu verdrängen. Dass die Grünen gegen dieses Gesetz stimmen werden, ist seit vielen Jahren absehbar. Wir haben uns unterschiedlich dosiert über die Jahre hinweg mit diesem Vorhaben beschäftigen müssen, weil es immer wieder auf der Landtagstagesordnung gestanden ist, und zwar meistens eingebracht von den Freiheitlichen mit ÖVP-Unterstützung. Und es ist für mich überhaupt kein Meilenstein in der Geschichte des Landes Steiermark oder gar eines umfassenden Sicherheitsverständnisses, dass dieses angebliche Landes-Sicherheitsgesetz heute beschlossen wird.

Es ist ein Gesetz, das sehr leicht zu „heben“ sein wird, und zwar in dem Moment, in dem man anfängt, es konsequent zu vollziehen. Es ist einfach Fakt, dass nicht zufällig der Verfassungsdienst mehrfach sehr eindeutig interveniert hat und uns darauf hingewiesen hat, dass verfassungsrechtlich und grundrechtlich dieses Gesetz einige Elemente beinhaltet, die höchst fragwürdig sind. Ich glaube, dass Leute, die auf Grund dieses Gesetzes beanstandet werden beziehungsweise Strafen ausfassen, kein Problem haben werden, sich entsprechend bei anderen, höheren Instanzen, die diese Norm kontrollieren, zur Wehr zu setzen. (Abg. Wiedner: „Super!“) Summa summarum bin ich auch und leider besonders enttäuscht von der sozialdemokratischen Fraktion, weil ich in den Unterausschussverhandlungen wahrgenommen habe, dass da von Teilen dieser Fraktion dieses Gesetz eher noch beschleunigt wurde mit entsprechenden Argumenten. Ich finde das einfach schade. Ich finde, diese Positionierung hätte man ruhig der ÖVP, den Freiheitlichen und dem BZÖ überlassen können, aber dass die SPÖ da leider ausgesichert ist, ist etwas, was wir von grüner Seite zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bin sehr froh, dass wir als Grüne uns immer wieder gegen dieses Gesetz positioniert haben und dafür – um es auch einmal zu sagen – haben wir etliches an Unterstützung aus breiten Teilen der Bevölkerung bekommen. Ob das Architekten und Architektinnen sind, die finden, dass die Einengung des öffentlichen Raumes etwas ist, was niemand gut tut, ob das Leute sind, die sozialarbeiterisch mit einem Teil dieser Gruppe, der tatsächlich Unterstützung braucht, arbeiten oder ob das Leute sind, die einfach aus einem sehr bürgerlichen Grundrechtsverständnis heraus sagen, dass die Nutzungsrechte im öffentlichen Raum nicht einzuschränken sind. Und dass der öffentliche Raum in großen Teilen unseres Landes ohnehin leider einer ist, wo man zunehmend nur zugelassen wird, wenn man sich dort sozusagen passend verhält vom Outfit und auch vom sozialen Status, teilweise auch von der wirtschaftlichen Kraft. Das ist ein Signal, das ich für absolut fragwürdig halte, und die Grünen werden aus voller Überzeugung deswegen gegen dieses angebliche „Landes-Sicherheitsgesetz“ stimmen. (Beifall bei den Grünen. – 14.33 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Herr Klubobmann Drexler. Ich darf ihn um seine Ausführungen bitten.

Abg. Mag. Drexler (14.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungmitglieder! Meine Damen und Herren!

Das war eine sehr lange Debatte über dieses Gesetz und es hat sehr ausführliche Unterausschussverhandlungen gegeben. Und ein Teil dessen, was jetzt gesagt worden ist, ist ja auch schon bei der Beschlussfassung des Gesetzes, bei der ursprünglichen vor etlichen Monaten, gesagt worden. Insofern kann man es in der Sache kurz halten. Wir bekennen uns zu diesem Landes-Sicherheitsgesetz, mag der Titel dem einen

gefallen, dem anderen weniger. Wir bekennen uns dazu, dass dieses Gesetz geschaffen worden ist und wir bekennen uns auch zur Novelle jetzt, die schlicht und ergreifend das, was im Unterausschuss schon vor der Beschlussfassung angerebet worden ist, zu einem guten Ende bringt. Nebenbei war es halt notwendig, dass wir diese Regelungen über die Tiere noch hineingenommen haben. Das erschien angezeigt und zweckmäßig, dass man die da nicht so als Rumpfbestimmungen des nicht mehr in Geltung befindlichen Landes-Tierschutzgesetzes herumschwirren lässt, sondern dass man die in dieses neue Gesetz mit integriert. Das erscheint mir als eine durchaus sinnvolle Vorgangsweise. Ich darf eines sagen, ich finde es nicht schlecht, dass der Kollege Hagenauer bei der Diskussion um die Gesundheit erstens gesagt hat, dass das eine ernste ist, und zweitens dass ja alle anderen Parteien im Unterschied zu den Grünen schon von Vorwahlkampfstimmung irgendwie zerfressen werden und da keine ernsthaften Debatten mehr führen können.

Meine Damen und Herren! Die Zuspitzung oder die Dramatisierung, die man der Wortmeldung der Frau Kollegin Zitz jetzt entnehmen konnte, zeigt uns, dass auch die Grünen nicht gänzlich immun gegen Vorwahlkampfstimmungen sind. Nicht gänzlich immun ist wahrscheinlich sogar noch eine Untertreibung, wenn man sich etwa ansieht, wie beflissen und hektisch an der Presseaussendungsfront von den Grünen agiert wird. Ich habe in der letzten Woche bemerkt, dass auch die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek durchaus in Presseaus-sendungen zu anderen Themen sich einer Sprache bemächtigen kann, die sie bei anderen als populistisches Vorwahlkampfgeplänkel abtun würde. (Abg. Riebenbauer: „Das gibt es ja nicht!“ – Abg. Mag. Zitz: „Nur keinen Neid!“)

Aber wie auch immer, da scheint offensichtlich eine große Sorge bei den Grünen zu sein über verschiedene Mitbewerber, die da auftauchen, große Sorge, Nervosität, das seinerzeitig angedachte Ziel vielleicht doch wieder in weite Ferne gerückt. Wie auch immer, ich will das nicht über Gebühr kommentieren, aber zurück zum Landes-Sicherheitsgesetz. Also bitte, wenn wir uns hier jetzt anhören mussten, dass hier eine ganz schwer wiegende und dramatische Beschneidung der Grundrechte besteht, ich habe genau zugehört, dass Leute, die die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte sehr ernst nehmen, jetzt hier quasi kurz davor stehen zu kollabieren, weil sie sich so aufregen über dieses Gesetz. Also bitte, auch der Wunsch an die grüne Fraktion, die Kirche im Dorf lassen. Hier wird nicht gerade eine Diktatur errichtet, die Grund- und Freiheitsrechte sind uns heilig und teuer und werden von diesem Gesetz natürlich nicht in der soeben geschilderten Manier eingeschränkt.

Erstens, diese Verordnungen gibt es zum Teil schon, von denen da die Rede ist, insbesondere in sozialdemokratischen Gemeinden, wie wir gehört haben. Das kann ja nicht sein, dass die Sozialdemokraten in ihren wunderschönen Städten, die sie regieren – zu einer kommen wir heute noch später –, die Menschenrechte nicht achten. Also das kann ich mir ja beim besten Willen nicht vorstellen, obwohl die Sozialdemokratie sich den Vorwurf gefallen lassen musste, dass sie sozusagen zur dunklen Seite der Macht übergewechselt ist bei der Beschlussfassung über das Landes-Sicherheitsgesetz. Wir da herüber sind das sowieso gewöhnt, in der Einteilung der Grünen in der Regel auf der dunklen Seite der Macht zu stehen. Aber dass es jetzt auch für die Sozialdemokratie heißt „May the Force be with You“, na ja, werden wir sehen! (Abg. Stöhrmann: „Herr Klubobmann, hast du eine Freikarte gehabt für ‚Star Wars‘?“) Aber gut! Ich glaube jedenfalls, dass mit diesem Gesetz sachgerechte Lösungen gefunden werden konnten, dass die drei Dinge, die wir nun im Grunde hier zusätzlich noch zur ursprünglichen Fassung des Gesetzes in dieser Novelle beschließen, es zu einem rundherum brauchbaren Gesetz machen und ich glaube nicht, dass man verfassungsrechtliche Bedenken je nachdem, wie es einem gerade passt, verniedlicht und auf der anderen Seite zu unüberwindbaren sozusagen Barrieren hochstilisiert. Das war in diesem Fall nicht der Fall, dass hier unüberwindliche Barrieren bestanden haben. Es wird hier mit Sicherheit ein verfassungskonformes Gesetz beschlossen. Zu allem anderen wären wir selbstverständlich auch nicht zu haben gewesen, aber ein verfassungskonformes Gesetz unseres Erachtens, das hier beschlossen wird, findet unsere Zustimmung. Ich freue mich auch, dass wir im Grunde genommen hier einen sehr breiten Konsens gefunden haben. Ich hoffe, dass mit diesem Gesetz insgesamt ein Beitrag geleistet wird, dass berechtigte Befürchtungen, die es in den Gemeinden gegeben hat, hier ausgeräumt werden. In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen, die zustimmen werden. (Beifall bei der ÖVP. – 14.40 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich darf ihn um sein Wort bitten.

Abg. Schrittwieser (14.40 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, warum der Kollege Drexler das Rednerpult so weit oben hat, so groß ist er ja gar nicht. Aber du hast eben die innerliche Größe, du meinst sie zu haben, am Rednerpult hier angewandt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Sicherheitsgesetz, das im Jänner beschlossen wurde, haben wir ja mit getragen. Es war eigentlich ein Antrag der SPÖ-Fraktion, dass wir die Sache „Halten der gefährlichen Tiere“ rasch behandeln, dass wir auch hier zu Lösungen kommen. Wir haben hier verhandelt und sind auch zu Lösungen gekommen. Es ist auch so, dass beim „Halten gefährlicher Tiere“ die Mitwirkung der Exekutive abgesichert ist. Ich bin nicht ganz einverstanden, dass die Gemeinden beziehungsweise die Bürgermeister feststellen sollen, was wirklich ein gefährliches Tier ist. Hier hätte ich mir gewünscht, dass Experten, die Bezirksverwaltungsbehörde oder wer immer diese Aufgabe übernimmt, aber grundsätzlich denke ich mir, haben wir hier Lösungen gefunden, denen wir auch zustimmen. Wir werden auch den weiteren Punkten des Landessicherheitsgesetzes in großen Teilen zustimmen, nur bei der Verordnungsermächtigung

gung an die Gemeinden, was also hier Inhalt dieses Gesetzes ist, haben wir grundsätzlich schon Übereinstimmung gehabt. Wir haben das Ganze aber dann an das Innenministerium verwiesen, um auch hier die Mitwirkung der Exekutive zu erreichen. Ich kann hier nicht eine Verordnungsermächtigung erteilen, wo wir heute wissen, dass das Innenministerium, die Polizei, die Mitwirkung versagt hat, und zwar deshalb, weil sie sagt, das ist nicht ihr Bereich, das ist nicht ihre Verantwortung. Ja, wer soll denn dann, wenn ich jetzt so eine Verordnung erlasse, wer soll denn dann vor Ort die Gemeinden und Bürgermeister bei der Vollziehung dieses Gesetzes unterstützen, wenn die Exekutive das Ganze nicht macht? Wir haben eine weitere Unterausschusssitzung verlangt, um eben auch die Meinung des Städtebundes und des Gemeindebundes zu hören. Und wenn heute hier gesagt wurde, der Gemeindebund hat diesem Gesetz in dieser Form zugestimmt, ist das unrichtig. Es hat vielleicht der Landesgeschäftsführer signalisiert an den VP-Klub oder an das BZÖ oder an die Freiheitlichen, ich weiß nicht, wie momentan die Dinge, die Informationen hier laufen, aber es ist im Präsidium des Gemeindebundes nie darüber gesprochen worden, ob man diesem Gesetz zustimmt oder nicht, und auch beim Städtebund nicht. Ihr beschließt heute mit dieser Verordnungsermächtigung ein Gesetz im Wissen, dass das Bundesministerium für Inneres die Unterstützung der Polizei bei der Vollziehung nicht stattgegeben hat. Trotzdem beschließt ihr das. Ihr beschließt es, trotz dass ihr nicht wisst, wie stehen die Städte und Gemeinden dazu und es wäre bitte schön der ÖVP und den anderen demokratiepolitisch kein Stein aus der Krone gefallen, wenn wir noch eine Unterausschusssitzung eingezogen hätten, wenn wir auf schnellem Wege eine Stellungnahme des Gemeinde- und Städtebundes eingeholt hätten, dann wüssten wir, dass wir heute nicht gegen die Städte und Gemeinden beschließen, weil ich meine, dass die Städte ganz anders darüber denken werden, wenn sie wissen, dass sie bei der Vollziehung dieses Gesetzes nicht mit der Exekutive rechnen können. Also demokratiepolitisch nicht zu verhandeln, nicht zu reden, da dürft ihr noch immer ein so genanntes Machtgefühl haben, das ihr noch in euch trägt. Die SPÖ verlangt das, warum sollen wir das tun? Aber das ist auf vier Monate begrenzt, mit dem können wir leben. Schwierig ist es dann, wenn die Gemeinden bei der Vollziehung dieser Verordnung dann keine Unterstützung der Exekutive haben und darum haben wir uns auch entschlossen beim Paragraphen 1 Absatz 2 beim Landessicherheitsgesetz nicht die Zustimmung zu geben aus den vorhin erwähnten Gründen.

Dazu kommt noch und das wissen die Verhandler auch, auch der Vorsitzende des Verfassungs-Ausschusses, dass auch der Verfassungsdienst dieses Landes verfassungsrechtliche Bedenken zu diesem Sicherheitsgesetz angemeldet hat. Die werden vom Tisch gewischt. (Abg. Lafer: „Das stimmt ja nicht, Siegt!“)

Das ist ja in einer Unterausschusssitzung vom Verfassungsdienst – (Abg. Lafer: „Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat schriftlich mitgeteilt, dass es keine Bedenken gibt.“) Der Verfassungsdienst des Landes hat bei einer Unterausschusssitzung Bedenken gegen dieses Gesetz angemeldet. Ihr habt das vom Tisch gewischt! Ihr habt gesagt, schicken wir es dem Bundesministerium. Das Bundesministerium hat gesagt, interessiert mich nicht, die Mitwirkung hier ist nicht unsere Aufgabe, unsere Kompetenz, Wir haben die Ressourcen nicht, also lassen wir die Gemeinden damit allein. Diese zwei Punkte, dass der Landesverfassungsdienst seine Bedenken hat und dass die Exekutivmitwirkung versagt wurde, sind der einzige Grund, dass wir hier nicht zustimmen können. Paragraph 1 Absatz 2. (Beifall bei der SPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Bitte der Herr Klubobmann zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Lafer (14.46 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin!

Ich möchte eine Berichtigung bringen. Herr Kollege Schrittwieser hat behauptet, dass es hier Bedenken von Seiten des Verfassungsdienstes gibt. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe gesagt ...!“) Da gebe ich ihm in einem Punkt vielleicht Recht. Der Verfassungsdienst des Landes hatte Bedenken angemeldet, worauf eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes beim Bundeskanzleramt eingeholt worden ist und der messe ich insgesamt schon mehr Bedeutung zu, wo ausdrücklich und schriftlich festgehalten worden ist, dass es hier keinerlei Bedenken gibt. Ich unterstreiche das, keinerlei Bedenken! Zum Punkt eins.

Zum Punkt zwei, bei der Durchführungsverordnung für die Gemeinden, dass auf bestimmten Plätzen ein Alkoholverbot ausgesprochen werden kann, handelt es sich um jene Maßnahme, die angewendet werden kann, damit die Gemeinde auf Grund eines Verhandeln mit der zuständigen Behörde diese Flächen festlegt. Dass dabei die Exekutive ausgeschlossen ist, stimmt schlicht und einfach nicht, denn wenn die Exekutive auf den mit behördlicher Genehmigung beschlossenen Plätzen eine Übertretung feststellt, sind sie grundsätzlich ohnehin zur Unterstützung vorgesehen. (Abg. Kröpfl: „Dazu brauche ich keine Verordnung!“)

Bitte, Herr Klubobmann, ich brauche für den Platz die Verordnungsermächtigung, und nicht für die Übertretung, weil die Übertretung setzt ja ein anderer. (Abg. Kröpfl: „Wo es eine Übertretung gibt, muss die Exekutive sowieso aktiv werden!“) Abgesehen davon sollte es wirklich als Präventivmaßnahme verstanden werden. Und, lieber Kollege Schrittwieser, deine Interpretation dieser Tatsache ist absolut falsch. Ich würde dir das sehr wohl nahe legen, denn es hat ganz andere Hintergründe. Danke! (Beifall beim BZÖ. – 14.47 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich ersuche um Wortmeldungen, wenn es zu diesem Thema noch Argumentation gibt, dann bitte ich um Wortmeldungen. Ansonsten, Herr Kollege Schrittwieser, ich darf Sie einladen, wenn Sie eine Wortmeldung haben – (Abg. Schrittwieser: „Nein!“) Gut, nicht mehr.

Dann sehe ich keine weitere Wortmeldungen. Ich darf daher zur Abstimmung kommen und ersuche nun um besondere Aufmerksamkeit, weil wir eben zwei Abstimmungen haben.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ohne Paragraf 1 Absatz 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters hinsichtlich des Paragraphen 1 Absatz 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme dieses Antrages.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2198/1, der Abgeordneten Kasic, Wiedner und Mag. Koller, betreffend Änderung des Veranstaltungsgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (14.48 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf über den zitierten Antrag berichten. Der vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eingesetzte Unterausschuss hat in seiner Sitzung am 12. April 2005 den Antrag ausführlich beraten. In weiteren Gesprächen mit Vertretern der Klubs über einzelne Details wurde eine Lösung gefunden und folgende Änderungen des Veranstaltungsgesetzes beschlossen beziehungsweise liegt nun zur Beschlussfassung vor. Zum einen geht es um eine neue Definition des Öffentlichkeitsbegriffes, zum anderen um veränderte Aufstellmöglichkeiten zu einer noch strengeren Jugendschutzregelung und zum dritten zu einer Verfahrensvereinfachung und damit zu einer Entlastung der Bezirkshauptmannschaften.

Gleichzeitig wurden die Geldstrafen bei Gesetzesübertretungen erhöht und die Anpassung der Mitwirkungsbestimmung entsprechend der Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres berücksichtigt.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen, dass das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz geändert wird, Zustimmung findet. Ich bitte um Annahme. (14.50 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und der Herr Abgeordnete Kasic verzichtet auf eine weitere Wortmeldung. So darf ich auch hier bereits zur Abstimmung kommen und darf alle jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 2242/1, der Abgeordneten Purr, Kröpfl, Mag. Koller und Dirnberger, betreffend Landesausstellung 2008 „Steirische Ölspur – Gesundheit und Genuss“.

Als Berichterstatter darf ich den Herrn Abgeordneten Rauch um seinen Bericht bitten.

Abg. Dr. Rauch (14.50 Uhr): Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport zum Antrag, Einl.-Zahl 2242/1, der Abgeordneten Purr, Kröpfl, Mag. Koller, Dirnberger, betreffend Landesausstellung 2008 „Steirische Ölspur – Gesundheit und Genuss“.

Der Ausschuss für Kultur und Sport hat in seiner Sitzung am 31. Mai 2005 über obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt.

Im Antrag, Einl.-Zahl 2242/1, müsste der Titel der Landesausstellung geändert und auf alle Gemeinden des Bezirkes Bedacht genommen werden.

Der Ausschuss für Kultur und Sport stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Durchführung einer Evaluierung der Landesausstellungen zu prüfen, ob im Bezirk Deutschlandsberg eine Landesausstellung im Jahre 2008 unter dem Titel „Steirische Ölspur – Ernährung und Genuss“ durchgeführt werden kann, welche sämtlichen Gemeinden des Bezirkes die Möglichkeit bietet, sich im Rahmen von „Ausstellungssatelliten“ und „Kulinarischen Landpartien“ in das Ausstellungsprogramm zu integrieren.

Ich bitte um Annahme. (14.52 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und auch hier darf ich – nachdem keine Wortmeldung vorliegt – schon zur Abstimmung kommen. Ich darf alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 und 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2272/1, betreffend den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz.

Als Berichterstatterin darf ich die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Koller bitten, den Bericht zu bringen. Bitte!

Abg. Mag. Koller (14.53 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 2272/1: Der angeschlossene Bericht der Landesgleichbehandlungsbeauftragten über die Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung wurde der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt.

Gemäß Paragraf 47 Absatz 3 L-GBG ist auch dem Landtag in dreijährigen Abständen ein umfassender Bericht über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern und der Frauenförderung sowie der Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung im Landes- und Gemeindedienst vorzulegen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 11. April 2005 den Antrag, der Landtag möge beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (14.54 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke vielmals und ich darf die Berichterstatterin auch bitten, den Tagesordnungspunkt 26 vorzutragen und darf um den Bericht bitten.

26. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2273/1, betreffend den Bericht der Gleichbehandlungskommission gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz.

Abg. Mag. Koller (14.54 Uhr): Ich berichte über die Einl.-Zahl 2273/1:

Der angeschlossene Bericht der Gleichbehandlungskommission über ihre Tätigkeit wurde der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 11. April 2005 den Antrag, der Landtag möge beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Bericht der Gleichbehandlungskommission gemäß Paragraf 47 Absatz 3 Landes-Gleichbehandlungsgesetz wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte auch hier um Annahme. (14.55 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke vielmals für die beiden Berichte. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich darf ihr das Wort erteilen.

Abg. Mag. Zitz (14.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte leere Regierungsbank!

Das ist besonders beeindruckend bei einem Thema, das alle Regierungsmitglieder angehen könnte. Da sieht man einfach, dass Frauenpolitik als Querschnittsmaterie manchmal so verstanden wird, dass sich nicht wirklich mehr irgendjemand zuständig fühlt. (Abg. Wiedner: „Wie der Klubobmann!“) Ich möchte von Seiten der Grünen einen Entschließungsantrag zu besagten Berichten einbringen: Gleichbehandlungsoffensive.

Der Bericht der neuen Gleichbehandlungsbeauftragten für die Jahre 2002 bis 2004, belegt an Hand einiger sehr konkreter Beispiele, dass Führungspositionen oder höher qualifizierte Positionen in der Steiermark nach wie vor sehr stark in männlicher Hand sind. Im Land Steiermark sind die Gruppenabteilungsleiter 15 Männer und sechs Leiterinnen, bei den Fachabteilungsleitern und -leiterinnen sind es 35 Männer und sechs Frauen und bei den Bezirkshauptleuten haben wir eigentlich seit vielen, vielen Jahren einen starken männlichen Überhang, nämlich 17 Männer und eine Frau.

Wenn man sich das anschaut im Bereich der Krankenanstalten, sieht man, dass da die Situation auch nicht sehr viel rosiger ist. Bezogen auf die betrieblichen Leiter und Leiterinnen, die im Bericht unter A eingestuft ausgewiesen sind, haben wir 24 Männer und eine Frau und bei den Hauptschulen 148 Direktoren und 36 Direktorinnen.

Das ist eine Bestandsaufnahme, wo man ganz klar sieht, dass die Realverfassung des Landes Steiermark, und zwar im schwarzen Bereich, aber im Bereich der Krankenanstalten auch im roten Bereich, weit hinter dem nachhinkt, was im Gleichbehandlungsgesetz und auch in diversen novellierten Frauenförderplänen vorgesehen ist.

Auffallend ist – und ich weiß es sehr zu schätzen, dass die Gleichbehandlungsbeauftragte das auch veröffentlicht, verschriftlicht hat –, dass es einen Bereich gibt, der zwar vom neuen Gleichbehandlungsgesetz erfasst ist, wo es aber keine Beschwerdestelle für Personen gibt, die sich in irgendeiner Form auf Grund des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, der sexuellen Orientierung oder auf Grund einer Behinderung diskriminiert fühlen. Das sind die Pflichtschulen und die land- und forstwirtschaftlichen Schulen.

Von Seiten der Grünen stellen wir daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens weitere Maßnahmen zu setzen, um den Frauenanteil in Führungspositionen durch geeignete Aktivitäten zu erhöhen, zweitens eine Gleichbehandlungsbeschwerdestelle für den Pflichtschulbereich und die land- und forstwirtschaftlichen Schulen einzurichten sowie drittens ausreichende Ressourcen für die Gleichbehandlungsbeauftragte sicherzustellen.

Das sind drei konkrete Anliegen der Grünen, die sich alle aus dem Gleichbehandlungsbericht ableiten lassen und ich ersuche Sie um Annahme unseres Antrages. (14.58 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Wortmeldung und darf nun zu meiner großen Freude den Herrn Vizepräsidenten des Deutschen BundESTAGes Dr. Norbert Lammert und Seine Exzellenz Botschafter Hans-Henning Horstmann bei uns hier im steirischen Landtag begrüßen und willkommen heißen. Herzlich grüß Gott! (Allgemeiner Beifall.)

Zu diesen beiden Tagesordnungspunkten gibt es keine weiteren Wortmeldungen, so darf ich zur Abstimmung kommen:

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 2272/1, Tagesordnungspunkt 25, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nun zum Entschließungsantrag der Grünen, auch hier darf ich Sie bitte, wer sich diesem Entschließungsantrag anschließt, ein Zeichen der Zustimmung mit der Hand zu geben.

Das ist die einstimmige Annahme. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Auch zum Tagesordnungspunkt 26, Einl.-Zahl 2273/1, darf ich die Damen und Herren ersuchen, mit einem Zeichen mit der Hand ihre Zustimmung zu geben.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2263/1, betreffend Amtsgebäudekonzept neu – An(Rück)mietung und Generalsanierung Bründlgebäude/Krottendorfer Straße 149 für Zwecke der Landesverwaltungsakademie mit Gesamtkosten laut Önorm B 1801-1 von brutto rund 1,5 Millionen Euro; Fassung des Grundsatzbeschlusses zur An(Rück)mietung des Objektes von der LandesimmobiliengesmbH. (LIG) mit Jahresmietkosten von 92.972,40 Euro inklusive Umsatzsteuer und Auftragsvergabe zur Projektumsetzung an den Gebäudeeigentümer LIG sowie Finanzierung über eine Zuschlagsmiete ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 mit Jahreskosten von 81.052,89 Euro inklusive Umsatzsteuer auf eine Laufzeit von 25 Jahren.

Ich darf als Berichterstatter den Herrn Abgeordneten Kasic um seinen Bericht darüber bitten.

Abg. Kasic (15.01 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf berichten zu Einl.-Zahl 2263/1, betreffend Amtsgebäudekonzept neu. An(Rück)mietung, Generalsanierung Bründlgebäude, Krottendorfer Straße Nr. 149, für Zwecke der Landesverwaltungsakademie mit Gesamtkosten von brutto 1,5 Millionen Euro zur Fassung des Grundsatzbeschlusses zur An(Rück)mietung des Objektes von der Landesimmobiliengesellschaft mit Jahresmietkosten von 92.972,40 Euro inklusive Umsatzsteuer und Auftragsvergabe zur Projektumsetzung an den Gebäudeeigentümer LIG sowie Finanzierung über eine Zuschlagsmiete ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 mit Jahreskosten von 81.052,89 Euro inklusive Umsatzsteuer auf eine Laufzeit von 25 Jahren.

Ich darf den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen, diesem Antrag zuzustimmen. (15.02 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und darf zur Wortmeldung in die Runde schauen. Es gibt keine Wortmeldung und ich darf daher zur Abstimmung kommen. Alle jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

28. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2229/1, über mehrere Gebarungsprüfungen, Kostenfaktor im Schulwesen und Messe Center Graz (Reihe Steiermark 2005/3).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.02 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner letzten Sitzung den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 2229, betreffend Kostenfaktor im Schulwesen und Messe Center Graz behandelt.

Ich stelle den Antrag auf Annahme. (15.03 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlef Gruber. Ich darf ihn um seine Wortmeldung bitten.

Abg. Detlef Gruber (15.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine, glaube ich, kurze Wortmeldung, aber eine wie ich meine doch wichtige. Den Kostenfaktor Schulwesen einer Überprüfung zu unterziehen, das ist schon in Ordnung. Den Bericht des Rechnungshofes als einen Beitrag zur Feststellung, was uns Bildung in unserem Land wert ist, zu verstehen, wäre für mich auch verständlich. Jedoch die Vorschläge, die Klassenschülerzahlen zu erhöhen, die sind mehr als absurd. Sie sind pervers, so hat sie ein Bezirksschulinspektor eines steirischen Bezirkes genannt. Den Kostenfaktor Kleinschulen festzustellen, das ist eine Sache, die Notwendigkeit aber des Bestandes von Kleinschulen für die Regionen ist eine andere Sache und die lässt sich nicht mit der Einsparungswaagschale messen.

Meine Damen und Herren, wenn ich bei einem Rallyefahrzeug im Glauben, es immer schneller zu machen, ständig Gewichtsreduktionen vornehme, dann werde ich irgendwann auch die Stabilität so beeinträchtigen, dass das Vehikel einfach nicht mehr fahrbar ist. (Abg. Majcen: „Das wollen wir nicht!“) Und in der Bildung, lieber Kollege, das weißt du genauso gut wie ich, in der Bildung sind wir längst bei diesem Zustand angelangt. Werden solche Vorschläge, wie sie der Rechnungshof bringt, angenommen, dann wird es bald für unser Bildungssystem „rien ne va plus“, „nichts geht mehr“. (Abg. Majcen: „Aber bei der ESTAG glauben sie das jedesmal!“)

Du sprichst jetzt gegen deinen eigenen Stand, lieber Kollege, weil du genau weißt, dass wir am Ende der Strickleiter angelangt sind. Und das wünschen wir uns für unser Bildungssystem in unserer Steiermark wirklich nicht! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.05 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhmer.

Abg. Böhmer (15.06 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuhörer!

Ich möchte die Aussagen des Kollegen Detlef Gruber nur ein wenig verstärken und vielleicht einige Beispiele anführen. Wenn der Rechnungshof hier schreibt, dass die Schülerzahlen in den Volksschulen wie in den Hauptschulen kontinuierlich zurückgehen, dann ist das schlechthin falsch. Zur Erinnerung und wenn man die Statistik anschaut, die Zahlen in den Hauptschulen – und das sagt der Rechnungshof, und das sagt nicht die SPÖ – sind sogar in den Jahren 2002/2003 gestiegen und trotzdem hat es vom Schuljahr 2001 auf 2002 zum Schuljahr 2002/2003 eine Reduzierung von Klassen gegeben, was letztendlich in diesem Jahr bei einer Mehrzahl von 47 Schülerinnen und Schülern in der ganzen Schullandschaft der Steiermark zu einer Reduzierung von 145 Dienstposten geführt hat. Jetzt wird sich wer fragen, wie kann so etwas passieren? Ganz einfach, indem man sagt, in jeder größeren Stadt, in jedem größeren Ort, wo zwei Schulen gleicher Ausbildungsart sind, zum Beispiel Volksschulen oder Hauptschulen, egal wie weit diese beiden Schulen voneinander entfernt sind, sie sind in der gleichen Gemeinde, so gelten diese beiden Schulen als ein Standort. Überall in der Steiermark, nur nicht in der Landeshauptstadt Graz gilt das. Das heißt für mich, ein einfaches Beispiel: Wenn im nächsten Jahr – weil der Kollege Majcen zuerst so gelacht hat – in Hartberg in einer Volksschule 40 anfangen und in der anderen Volksschule 38 Kinder, Kollege Lafer, so hättest du nach dem alten System bis vor zwei Jahren vier Klassen gehabt, zweimal 20 und zweimal 18. Nun wird das zusammengeworfen, 78 Schüler, der 31. Schüler, die 31. Schülerin teilt. Eine Schule kriegt diesen Anteil, eine den anderen Anteil, du hast im Schnitt anstatt 19 Schülern 26 Schülerinnen und Schüler in einer ersten Klasse Volksschule, aber nur mehr drei Klassen.

Und wenn dann noch einer sagt, da passiert nichts, das ist nichts, dann kommt mir vor, Kollege Majcen, als ob du schon lange nicht mehr in der Schule gewesen wärst, als ob der Blinde von der Farbe spricht. Da kommt in mir die Wut auf. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ein Wahnsinn!“) Wenn man mit Lehrerinnen und Lehrern am Volksschulsektor spricht, Herr Obmann, Herr Klubobmann, es gibt Probleme in der Büchereibetreuung, es gibt Probleme in der Info-Technologie (Abg. Mag. Drexler: „Ihr habt gar nichts dagegen gesagt!“), denn im kommenden Jahr gilt es in der Volksschule sogar auch in der ersten und zweiten Klasse der Volksschule mit Ausnahme Deutsch und Mathematik, das sind elf Blockstunden, und den beiden Stunden in Religion in allen anderen Stunden zusammenzulegen, ob jetzt erste und dritte oder zweite und vierte Schulstufe, das obliegt den Direktoren und Direktorinnen in Absprache.

Und wenn für das kommende Jahr vom Land aus – und die Frau Bildungs-Landesrätin ist nicht da – für eine vierklassige Volksschule 89 Stunden ausgegeben werden, aber für eine pädagogisch sinnvolle Gestaltung des Unterrichtes 94 notwendig sind, dann noch immer von keinem Bildungsabbau zu sprechen, dann muss ich sagen, ist das schlechthin eine Verleugnung der Pädagogik. Und dann gibt es noch genau diese Politiker, die dann in ihren Sonntagsreden von „jungen Menschen die Chance geben“ und dergleichen mehr reden. Ich meine, meine Herrschaften, der Rechnungshofbericht über den Wirkungsbereich des Bundeslandes

Steiermark zeigt einiges auf, aber er zeigt nur auf, würden wir zusätzlich den Maßnahmen des Landesrechnungshofes folgen und die Klassenschülerhöchstzahl in den Volksschulen auf 22 hinaufsetzen, so würde es 300 Klassen weniger in der Volksschule, und wenn wir die Klassenschülerhöchstzahl von 23,8 auf 25 in den Hauptschulen erhöhen, wären das minus 85 Klassen in den Hauptschulen. Ich rede noch gar nicht von Dienstposten, ich rede, wie wird es in den Klassen, wenn 28 bis 30 Schülerinnen und Schüler drinnen sind, dann ausschauen? Wie ist dann Pädagogik möglich, wenn unverbindliche Übungen, wenn Chorgesang und des Weiteren nicht mehr möglich ist?

Und auch zu einer zusätzlichen Erklärung: Warum haben wir weniger Stunden und weniger Lehrer? Da ist nicht nur der Schülerrückgang, der in der Hauptschule sehr marginal ist, 0,7 Prozent, Volksschule 7,8 Prozent, sage ich, kein Problem. Natürlich ist auch eine polemische Unterrichtsministerin, die die Jahresstunden in allen Schulstufen in einer Hauptschule oder in der Unterstufe von 134 Wochenstunden zuerst auf 128 und dann auf 124 Stunden heruntergekürzt hat. Zu glauben, wenn unsere Schüler weniger Unterricht haben, dass dies ein Spaß für Kolleginnen und Kollegen ist, zu glauben, dass dies für die meisten der Kinder ein Spaß ist, das ist ein Irrweg der Pädagogik, gegen den man sich nur wehren kann.

Und das Allerletzte, wenn ich da den Entschließungsantrag der Freiheitlichen lese – und ich sehe es ganz ehrlich, es wird einmal Zeit, Kolleginnen Dietrich und Graf, dass ihr euch in Schulen begeben und nicht nur irgendwo Abschreibübungen aus irgendeinem Rechnungshofbericht nehmt. (Abg. Wiedner: „Mein Gott!“) Du kannst ruhig sudern, lieber Kollege! Das Landeslehrerdienstrechtsgesetz sagt, 66 Stunden für einen Klassenvorstand pro Jahr. (Abg. Wiedner: „Musst einmal in die Privatwirtschaft gehen, damit du weißt, was arbeiten heißt!“)

Wenn du ein Gefühl hättest, würdest du wissen, dass, je besser die Grundausbildung, desto flexibler und besser einsetzbar sind junge Menschen. Aber das gilt für dich nicht. Was glaubst du, was aus dir geworden wäre, wenn du – Punkt, Punkt, Punkt! (Abg. Wiedner: „Komm, hör auf!“) Sie schreiben da, 66 Stunden jährlich werden abgegolten. Bitte, ein Schuljahr hat 34 Wochen und wenn ich das durchdividiere, kommen grob herum, natürlich nicht ganz, aber kommen zwei Wochenstunden heraus. Wenn du Klassenvorstand bist und nur zwei Wochenstunden für deine Klasse verwendest, bist du nicht lange Klassenvorstand, dann bist du gescheitert. Dann geht das schief. Und wenn Sie dann schreiben, Abschlagstunden für die Klassenvorstände. Ein Lehrer, eine Lehrerin, ein Klassenvorstand, Klassenvorständin kriegen eine halbe Stunde pro Woche.

Und du weißt es auch, Franz Majcen, ab nächstem Jahr ist im Gespräch 70 Euro für das Monat, so ein kleines Börserlgeld. Damit speist man Klassenvorstände und Klassenvorständinnen einfach ab. Ich würde ganz einfach sagen, die Lehrer stöhnen nicht nur auf oft manchmal, was ihre Energie anlangt, sondern auch die Pflichtschullehrer, was ihre Energie, nämlich auch die finanzielle anlangt.

Ich bringe daher einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Kostenfaktoren im Schulwesen ein. Es ist vieles da drinnen, was ich gesagt habe und ich meine ganz einfach, es ist Zeit, jungen Leuten die Chancen zu geben, dass sie sich wirklich zu harmonischen Persönlichkeiten entwickeln können und dazu sind auch finanzielle Ressourcen von Seiten der Finanzlandesrätin notwendig.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit folgenden Anliegen heranzutreten: a) sich weiterhin zum öffentlichen Pflichtschulwesen zu bekennen und die notwendigen finanziellen Mittel für eine qualitativ hoch-stehende Grundausbildung unserer Kinder auch in Zukunft sicherzustellen, b) die Klassenschülerhöchstzahl an Pflichtschulen möglichst rasch zu senken, c) das Angebot von Fördermaßnahmen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auszubauen und d) das Angebot an unverbindlichen Übungen und Freigegegenständen nicht weiter zu reduzieren.

Ich hoffe, Gehör gefunden zu haben und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.15 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich darf ihn um seine Ausführungen bitten.

Abg. Majcen (15.15 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kollegen!

Ich muss deswegen den Detlef Gruber und den Kollegen Böhmer bitten zuzuhören. Ich habe nämlich nichts gesagt in der Sache. Ich habe nur gesagt, eigenartig, wie ein Rechnungshof in einem Bericht ernst genommen wird, wenn man dem anderen eines auswischen kann und wie ein Rechnungshof kritisiert wird, wenn er nicht das sagt, was man selber meint. Das war alles. In der Sache stimme ich euch völlig zu. (Abg. Detlef Gruber: „Wenn man Politik betreiben will, brauchen wir das nicht!“)

Ich unterrichte in einer solchen Schule, von der du gesprochen hast. Ich bin mehr Stunden in der Schule als du, weil du das bezweifelst, wie lange ich dort war. Ich habe nach wie vor eine Schule zu leiten und ich möchte nur feststellen, dass wir auf der anderen Seite in der Steiermark nicht vergessen dürfen, dass wir viele, viele kleine Schulen, die vier Stunden brauchen, gut aufrechterhalten. Ich weiß das von mir selber, wir haben eine Reihe von Schulen, wo man sagen müsste, eigentlich sind sie nur zweiklassig, sie sind aber dreiklassig, eigentlich sind sie vierklassig, aber sie könnten dreiklassig sein bei strenger Verfolgung. Da haben wir dieses Problem in der Steiermark im besonderen Maße mit den vielen Kleinschulen. Und die vielen Kleinschulen brauchen zum Teil Stunden, die den größeren Schulen an den Standorten irgendwo fehlen. Ich stimme

überein, dass das ein System ist, das man wahrscheinlich nicht über ganz Österreich in gleichem Maße anwenden kann, wie das vielleicht der Bundesrechnungshof in diesem Bericht tut. Ich bin genauso der Meinung, dass die Klassenvorstandsstunde wie immer eine sein soll, die es dem Klassenvorstand ermöglicht, Klassenvorstand zu sein und es abgegolten zu kriegen in einem Maße, das angebracht ist.

Das kannst du ja auch in der Schule ein bisschen regeln. Du kannst ja schulintern das eine oder andere tun im Rahmen der Autonomie, wobei es dann halt wieder woanders fehlt. Das muss man dazusagen. Aber insgesamt hat sich mein Zwischenruf nur bezogen darauf, dass es ganz eigenartig ist, wie der Rechnungshof, wenn er in der ESTAG gebraucht wird, um zu sagen, „der Rechnungshof hat gesagt“, wie ein Gebetbuch verfolgt wird und wenn er nicht das sagt, was wer meint, dann wird der Rechnungshof sozusagen auf die Seite geschoben. Und das ist meine Wortmeldung gewesen, nicht in der Sache selber. (Beifall bei der ÖVP. – 15.18 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (15.18 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren Landesräte!

Herr Abgeordneter Böhmer! Ich glaube, das Problem hier ist, dass wir über Schulprobleme oder Reformen reden und es melden sich dann hier immer nur Lehrer zu Wort. (Abg. Böhmer: „Ja, richtig!“) Und Sie haben meiner Kollegin, der Frau Abgeordnete Dietrich und mir hier vorgeworfen, wir hätten keine Ahnung. Wir haben vielleicht keine Ahnung von den Problemen, die Lehrer haben, wie beispielsweise, was mache ich mit meiner vielen Freizeit, die ich habe. (Abg. Kröpfl: „Habt ihr keine Lehrer?“ Präsidentin Beutl: „Ich ersuche die Damen und Herren, ihren Geräuschpegel zu senken!“)

Wir wissen um die Probleme nur von der Seite der Schüler. Meine Kollegin hat vier Kinder, ich habe auch ein Kind in der Volksschule. Und ich weiß beispielsweise, was macht einen guten Lehrer aus. (Abg. Kröpfl: „Ehrlich?“)

Und das ist die Berufung! Die Lehrer, die Freude an ihrem Beruf haben und nicht die, die die Stunden zählen, die sie in der Klasse verbringen und die sich dann noch darüber beschweren, dass das Gehalt so klein ist. Ich weiß nicht, ich denke, so klein ist es nicht! (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kröpfl: „Das ist eine brutale Unterstellung eines ganzen Berufsstandes. Wissen Sie, was Sie da sagen?“)

Und die schulautonomen Tage und die Ferien und so weiter und so fort, und Sie stellen hier sämtliche anderen Menschen, die im Berufsleben sind, so hin, als würde nur ein Lehrer etwas arbeiten und jeder, der nicht Lehrer ist, hat keine Ahnung von der Bildungspolitik. Das ist schlicht und einfach nicht wahr. (Abg. Kröpfl: „Das tun nur Sie!“)

Deswegen stellen wir hier den Antrag betreffend den Rechnungshofbericht. Und es ist, wie schon gesagt worden ist. Sie nehmen Rechnungshofberichte dann zur Kenntnis oder machen Ihre Schlussfolgerungen daraus, wenn sie Ihnen genehm sind, ansonsten nicht.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen, indem die Abschlagstunden für Klassenvorstände beziehungsweise Klassen führende Lehrer gestrichen werden.

Und ich denke, das ist ein Beitrag dazu, wie wesentliche Ressourcen für eine Erweiterung des schulischen Angebots bereitgestellt werden könnten, wenn die Lehrer auch einmal dazu da wären, wirklich sich um die Probleme zu kümmern, die die Kinder haben und die die Eltern bedrücken (Abg. Böhmer: „Aber Elternhilfe machen wir nicht!“) und Schulpolitik aus der gesamten Sicht betrachten, und nicht immer nur aus der Sicht eines Lehrers. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.21 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Oliver Kröpfl und ich darf ihm das Wort erteilen.

Abg. Dr. Kröpfl (15.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung!

Erlauben Sie mir einige Ausführungen zum vorliegenden Rechnungshofbericht. Es ist jetzt sehr viel über den Faktor Schulwesen in diesem Bericht besprochen worden. Der Rechnungshofbericht befasst sich allerdings auch mit anderen Materien, insbesondere auch mit der Grazer Messe.

Meine Damen und Herren, der Bericht stammt aus dem Jahr 2003. Ich bin der Meinung, dass sich seither die Grazer Messe auf einem sehr richtigen und notwendigen Weg der Neuorientierung befindet. Eines ist mir als Grazer dabei aber sehr wichtig. Nicht die Leitung der Grazer Messe hat allein das Geschick der Grazer Messe in der Hand und ich glaube, es besteht Einigkeit in diesem Haus, dass die Grazer Messe ein wesentlicher Faktor für die Landeshauptstadt Graz und die Steiermark ist. Es obliegt uns als politische Parteien und als politische Verantwortungsträger auch für die entsprechenden Rahmenbedingungen für einen Messestandort Graz zu sorgen. Eine wesentliche Rahmenbedingung für mich, für einen Messestandort, ist die Erreichbarkeit. Diese Erreichbarkeit ist gerade im Bereich der Messen und Kongresse wesentlich auch durch die Erreichbarkeit mittels Fluglinien, auf dem Luftweg, bestimmt. Denn Messen sind keine Veranstaltungen, die

sich in einem Dreieck von 30 Kilometer Umkreis abspielen, sondern sind immer mehr internationale Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang ist mir eine Entscheidung der Grazer SPÖ, der steirischen SPÖ der letzten Monate, der letzten Wochen muss man sagen, nicht ganz klar. Nämlich die Entscheidung gegen die Stärkung unserer steirischen Regionalfluglinie, der Styrian Spirit.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, es ist in den Zeitungen dementsprechend auch kommentiert worden, dass die Grazer SPÖ, die steirische SPÖ dafür gesorgt hat, dass die Styrian Spirit sich immer mehr in Richtung Kärnten und Slowenien orientiert und immer weniger in Graz ihr Streckennetz ausbauen kann. Diese Entscheidung gegen die Styrian Spirit, unsere steirische Regionalfluglinie, ist auch eine Entscheidung gegen einen Messestandort Graz. Nicht nur gegen einen Messestandort, aber auch gegen einen Messestandort Graz.

Ein weiterer Faktor bei einem Messestandort Graz, auch in seiner derzeitigen und auch längerfristigen geografischen Situation im Grazer Stadtgebiet, ist die Frage der Verkehrsanbindung mittels Auto. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass die Einführung einer Citymaut, wie sie von der SPÖ und anderen Parteien im Grazer Gemeinderat vorangetrieben wird, für den Messestandort Graz einen wesentlichen entscheidenden Fortschritt bedeuten wird. Ich appelliere daher an alle Verantwortungsträger in der SPÖ und in anderen Parteien, diese Linie, die in der Grazer Kommunalpolitik eingeschlagen wurde, zu überdenken und mit der Grazer Citymaut, die von diesen Parteien gefordert wird, nicht ein zusätzlicher Problembereich, ein Problemherd für die Grazer Messe installiert wird.

Die Anbindung mittels Zug, mittels Schiene ist Gott sei Dank auf dem richtigen Weg. Dank der Initiativen der Frau Landeshauptmann Klasnic in den letzten 15 Jahren haben wir den Vorteil, dass Graz immer mehr zu einer Verkehrsdrehscheibe auch im Bereich der Bahn wird, Richtung Koralm, Richtung Semmering, Richtung Oberösterreich.

Zum Thema Schulwesen, meine Damen und Herren, möchte ich auch einige Bemerkungen aus meiner Sicht Ihnen schildern. Zum Ersten, ich bin nicht sehr lange in diesem Hohen Haus, Sie alle wissen es, es ist mittlerweile ein Dreivierteljahr. Ich habe mich mit dem Thema Verfassungsrecht von meiner Ausbildung her beschäftigt. Was mich ein bisschen verwirrt, auch in der heutigen Diskussion, ist die Vermischung irgendwo der Rolle des Rechnungshofs und der Rolle des Gesetzgebers und der politischen Akteure. Meine Damen und Herren, ich schätze sehr den Rechnungshof als Instanz, bin auch Mitglied des Kontroll-Ausschusses und glaube, dass der Rechnungshof ein sehr wichtiges Organ auf Bundesebene und auch auf Landesebene ist und auch auf anderen Ebenen, auf europäischer Ebene. Aber, meine Damen und Herren, das, was der Rechnungshof in seinen Empfehlungen ausdrückt, kann nur eine Leitlinie, kann ein Input für unsere politische Diskussion, unser politisches Handeln sein und kann nicht unser politisches Handeln ersetzen. Also, wenn der Rechnungshof vorschlägt, die Klassenschülerzahlen zu erhöhen, dann glaube ich, dass wir von der ÖVP, als die Garanten einer fortschrittlichen Bildungspolitik in der Steiermark in den letzten Jahren, diesem Vorschlag mit Folge leisten werden. Aber auch in anderen Bereichen glaube ich, und das ist in diesem Hohen Haus immer wieder ein starkes Thema, dass der Rechnungshof die Aufgabe hat Themen aufzuzeigen, Diskussionen anzuregen, aber dass wir nicht die Aufgabe haben, diese Dinge kritiklos zu übernehmen und ohne zu hinterfragen zu sagen, der Rechnungshof hat dies und jenes empfohlen, das ist zu machen. So auch im Bereich der Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl, meine Damen und Herren. Dieses Thema wird von unserer Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder mit Sicherheit, so wie die anderen bildungspolitischen Themen der letzten Jahre, mit der notwendigen Sorgfalt und dem notwendigen Weitblick vorangetrieben werden. Meine Damen und Herren, eines ist auch klipp und klar, zumindest außerhalb der Steiermark und wir täten gut daran, auch in der Steiermark das mit einem wachen und offenen Auge zu sehen. Die Steiermark ist innerhalb von Österreich ein bildungspolitisches Musterland. (Beifall bei der ÖVP.) Unsere Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder hat in den letzten Jahren – und wird es auch weiterhin tun – dafür gesorgt, dass wir einen entscheidenden Vorsprung vor den anderen Bundesländern in Österreich in diesem Bereich haben. Aber eines ist auch beim Thema Bildungspolitik aus meiner Sicht unumgänglich und ich sehe mich, auch wenn ich mittlerweile den Dreißiger vor Augen habe, immer noch als Vertreter der jüngeren Generation in diesem Lande, ebenso wichtig wie eine bestmögliche Ausbildung für unsere Kinder, für unsere Jugend ist, ist es der knappe – und leider ist er knapp – der knappe und sorgfältige Umgang mit Ressourcen. Und dieser Umgang mit den knappen Ressourcen ist auch Fakt im Bildungssystem. Dort wird es notwendig sein, Schwerpunkte zu setzen. Es wird notwendig sein, jeden Euro dort besonders gut anzuschauen, wie man ihn ausgibt. Eines, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist mir auch aufgefallen in den letzten Monaten, seit ich in diesem Hohen Haus bin. Ich kenne viele Lehrer, ich komme auch aus einer Lehrerfamilie und glaube, dass ich nicht der gleiche Experte bin wie wenn ich jeden Tag in der Klasse stehe, das ist mir klar, aber dass ich doch ein bisschen einen Einblick in das Bildungssystem und auch in die Situation der Lehrerschaft habe. Eine Stunde mehr oder weniger, glaube ich, kann nicht den Einsatz unserer Lehrer ersetzen, der vorhanden ist, die Begeisterung unserer Lehrer für die Jugend und für die Kinder. Ich glaube, dass unsere steirischen Lehrer sich dieser Herausforderung, auch in Zeiten knapperer Ressourcen die Qualität aufrechtzuerhalten und auszubauen, dass sich unsere Lehrer dieser Herausforderung stellen, dass sie Freude an ihrer Arbeit haben und dass sie aus der Situation das Beste für unsere Jugend, unsere Kinder machen werden. Auch wir im Hohen Haus sollten das den Lehrern zutrauen, und nicht quasi bevormunden in der Art und Weise, jetzt schon das Bildungssystem kaputtreden und damit unseren Lehrern auch die Motivation und die Begeisterung für ihre tagtägliche Arbeit zu nehmen.

Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 15.28 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Herr Abgeordneter Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (15.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich melde mich zu dem Bereich Grazer Messe. Das nicht zuletzt vor einem aktuellen Hintergrund, weil der Bericht zu einem großen Teil das segensreiche Wirken eines Herrn behandelt, der uns in der letzten Woche, nachdem er schon viele Jahre uns verlassen hatte, wieder – unter Anführungszeichen – beglücken wird. Nämlich des von mir so wenig geschätzten Herrn Gebell. Es ist einer der ganz schlechten Witze, die die Politik erlebt, dass jemand, der eine derartige Spur der Verwüstung hinter sich hergezogen hat durch viele Jahre und Jahrzehnte, jetzt zufällig praktisch punktgenau einen späten, aber doch aufschlussreichen Bilanzbericht vorgelegt bekommt durch den Bundesrechnungshof seiner Unfähigkeit, wenn ich das so deutlich sagen darf. Ich weiß es nicht, was den Herrn Gebell bewogen hat, noch einmal der Meinung zu sein, dass er irgendetwas beitragen kann. Aber jedenfalls, wenn ich mir den Bericht anschau, ist das kein Versprechen, sondern eindeutig eine Drohung, die er da ausgesprochen hat.

Im Konkreten geht es aber hier bei der Messe Graz natürlich nicht nur um eine Person, sondern es geht natürlich auch um ein System. Es war ja nicht nur das persönliche Versagen hier von einzelnen Menschen, sondern es war auch natürlich das Versagen eines Systems. Die Grazer Messe wäre an sich öffentliche Einrichtung. Infrastruktur, wo die Politik sich nicht aus der Verantwortung stehlen darf. Das ist das eine. Man ist hergegangen und hat so getan, als ob die Politik damit nichts zu tun hätte, jedenfalls insofern nichts zu tun hätte, als man die Grazer Messe als eine Lokalität verstanden hat, wie übrigens andere Einrichtungen und Branchen in diesem Lande auch. Wenn ich an den nächsten Bundesrechnungshof denke, der uns ins Haus steht, nämlich jener über die ESTAG. Man hat die Messe genauso wie die ESTAG nicht zuletzt auch als eine Lokalität verstanden, wo man unliebsam gewordene Mitglieder, etwa der Landesregierung, einfach entsorgen kann.

Und die Folgen waren entsprechend hier wie dort. (Abg. Mag. Drexler: „Wovon sprechen Sie, Herr Kollege?“)

Von der Grazer Messe!

Der Herr Klubobmann Drexler fordert mich auf, ein paar Zitate zu bringen. Herr Klubobmann, ich werde Ihrem Wunsch natürlich wie immer gerne Folge leisten. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ein urinterpretierendes Missverständnis!“)

Ja, im April 2001 wurde die bis zum Jahresende benötigte Liquidität auf 4,2 Millionen Euro geschätzt. Und der Messepräsident wurde darauf hingewiesen, dass die Genossenschaft ohne verbindliche Finanzierungszusage der Eigentümer binnen Monatsfrist zahlungsunfähig sein werde. Das nenne ich Management auf steirisch, wahrhaft vorausschauendes Unternehmungsführungskunstwerk war das.

4 Millionen Euro und dann binnen vier Wochen zahlungsunfähig, das musst du einmal zusammenbringen. Es ist sicherlich nicht nur eine Person gewesen, sondern man muss es an der Stelle sagen, das war das System. Hätte sich die Politik dazu bekannt zu dieser ihrer Grazer Messe und es auch in positivem Sinne des Wortes ernst genommen, dann hätte man hier nicht nur riesige Summen an Schäden vermeiden können, sondern man hätte auch Schäden, die uns noch ins Haus stehen – der Rechnungshof deutet das an – vermeiden können. Im Konkreten weist der Rechnungshof nämlich darauf hin, dass man sich leider nicht hat einigen können über die Zukunft der Grazer Messe, was sie nämlich für Funktion hat. Man hat sich nicht einigen können darauf, ist sie eine Publikumsmesse, soll sie diese in der Vergangenheit durchaus erfolgreiche Funktion weiterführen oder soll sie eine Fachmesse, eine reine Fachmesse werden mit dem Ergebnis, dass man mangels einer klaren Zielvorstellung dann baulich natürlich weder das eine noch das andere errichten konnte und man sich zielgerichtet zwischen zwei Stühle gesetzt hat und die Gefahr besteht, dass man in Zukunft weder das eine noch das andere Ziel erreichen wird und daher natürlich auch entsprechende Verluste einfahren wird.

Ich möchte Ihnen, Herr Klubobmann, noch ein Zitat bringen, wenn Sie gestatten. (Abg. Mag. Drexler: „Bitte!“) Die Personalaufwendungen des Jahres 2000, das war noch ein Zeitpunkt, wo der zitierte Herr noch segensreich gewirkt hat in der Hötzendorfstraße. Im Jahr 2000 wurden insbesondere durch außerordentliche Rückstellungen für Pensionsansprüche die Ergebnisse beeinflusst. Der Aufwand für Personalaufwendungen am Umsatz erhöhte sich von 25 Prozent auf sage und schreibe 39 Prozent. Das muss man sich einmal vorstellen! Der Rechnungshof kritisierte, dass die Personalaufwendungen nachhaltig durch Pensionsverpflichtungen geprägt waren und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Genossenschaft nicht in Einklang standen.

Sie wissen, wenn Sie das Wort „Pension“ hören, was jetzt kommt. Von diesen sagenhaften Pensionsansprüchen war ja unter anderem auch der Ehrenobmann einer Partei betroffen, die auch hier im Landtag vertreten ist und anno dazumal auch den Bürgermeister gestellt hat, um den es sich hier ja handelt, wenn Sie wissen, was ich meine. Kurz und gut! Die Grazer Messe, wenn ich noch kurz auf etwas eingehen darf, was der Herr Kollege Kröpfl, damit ich es nicht vergesse, angesprochen hat. Herr Kollege, ich stimme mit Ihnen überein, das mag Sie vielleicht überraschen, dass Flugverbindungen für einen Standort und nicht zuletzt eben für eine Einrichtung wie die Grazer Messe sehr wichtig sind. Ich würde das sogar noch drastischer formulieren und würde sagen, Großkongresse, wie man sie hier auch plant in Graz und wie der Rechnungshof selbst sie in Zweifel zieht, Großkongresse zum Beispiel wird man bei der Erreichbarkeit von Graz mit Flugverbin-

dungen nicht erfolgreich betreiben können – und fertig! – außer natürlich ein paar renommierte Betriebe wie etwa die AVL oder einzelne renommierte Forscher, die so einen Kongress herbringen, weil sie einfach persönlich so etwas tragen, natürlich. Aber im Großen und Ganzen wird man das nicht schaffen, da gebe ich Ihnen Recht. Die Situation ist durchaus ernst zu nehmen.

Bei den Bahnverbindungen könnte ich einiges anmerken, wie Sie sich vorstellen können. Ihre amtierende Bundesregierung hat zum Beispiel die Anbindung an den Flughafen der Koralmbahn erst jüngst zurückgestellt und verschoben nach hinten. Da sehe ich die Situation keineswegs so positiv wie Sie.

Und was die Citymaut anbelangt, na ja! Wenn Sie gestatten, ich schätze das auch als wahlkampfbedingte Pflichtübung ein, nichts für ungut, gebe Ihnen aber auch insofern Recht, als natürlich ein Standort wie Graz, wenn er internationale Berühmtheit erreicht, so weit stimmen wir ja noch überein, wegen seiner Luftbelastung natürlich leidet. Da gebe ich Ihnen Recht. Nur sollte man – und da teilen wir uns dann in der Auffassung offenbar – sollte man das nicht zum Anlass nehmen um zu glauben, man macht es wie ein Vogel Strauß, man steckt den Kopf in den Sand und verschweigt das ganz einfach, das gelingt nämlich nicht. Graz steht im internationalen Blickpunkt nicht zuletzt dank unserer Feinstaubprobleme, sondern man sollte doch hergehen, auch für den Wirtschaftsstandort Graz die Luftbelastungen ganz einfach konsequent anzugehen und abzubauen.

Kurz und gut, zusammenfassend die Grazer Messe ist ein Problem, das nicht gelöst ist. Da braucht es noch politische Entscheidungen für die Ausrichtung in der Zukunft. Da wird es noch Probleme geben, erstens. Zweitens, und das Land wird sich hier aus der Verantwortung nicht drücken können. Das Land Steiermark hat eine Verantwortung für die Messe, die Messe ist Teil unserer Infrastruktur. Wir sollten – und das ist ja zugegebenermaßen geschehen im konkreten Fall – aber wir sollten für künftige Fälle uns durchaus bewusst sein, dass politische Verantwortung darin besteht, dass man dort sich festlegt, wo das notwendig ist, nämlich zu sagen, wollen wir eine Messe, welche Funktion soll sie haben, nämlich die Rahmenbedingungen politisch festlegt und sich dann aber aus der operativen Ebene, aus der Managementebene tunlichst zurückzieht, und nicht irgendwelche zu entsorgenden Expolitiker dorthin abschiebt und das noch dazu mit abenteuerlichen Gehalts- und noch abenteuerlicheren Pensionsansprüchen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 28 liegt nicht vor. Damit schreite ich nunmehr zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Kostenfaktoren im Schulwesen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle auch dazu die einstimmige Annahme, fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Streichung der Abschlagstunden für Klassenvorstände beziehungsweise Klassen führende Lehrer, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ja, dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Dringliche Anfragen:

Meine Damen und Herren, somit kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage erstmals 20 Minuten vor 16.00 Uhr. Kann mich nicht erinnern, dass das je einmal der Fall war im Laufe von Jahrzehnten.

Eingebracht wurde am Montag, den 6. Juni 2005 eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP, betreffend „Mülldeponie Frohnleiten“, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wolfgang Kasic das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter, die Zeit läuft.

Abg. Kasic (15.41 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

In den vergangenen Tagen und Wochen, ja eigentlich schon Jahren, ist Frohnleiten immer wieder in den Mittelpunkt medialer Berichterstattung gerückt. Konkret die Mülldeponie Frohnleiten und in erster Linie deren Geschäftsführer, man muss sagen Ex- oder bald Ex-SPÖ-Bürgermeister Wolfgang Thomann und sein Schwiegervater Ex-SPÖ-Bürgermeister Peter Gottlieb. Sie sind in den Mittelpunkt medialer Berichterstattung gerückt und das, wie ich glaube, nicht zu Unrecht. So auch kürzlich, als Noch- und bald Ex-Bürgermeister Thomann völlig überraschend und plötzlich seinen Rücktritt bekannt gab. Einen Rücktritt, der eigentlich eine logische Folge, eine logische Konsequenz von Vorkommnissen, Geschehnissen in den vergangenen Wochen und Monaten ist und die letztendlich seit November vergangenen Jahres bis heute das Bild geprägt haben. Es geht um die Unvereinbarkeit der Funktion des Bürgermeisters und gleichzeitig eines zigfachen Geschäftsführers von Gemeindebetrieben, Tochtergesellschaften und die damit zusammenhängenden Geldflüsse. Und ich bin sehr froh darüber, dass Mitglieder der SPÖ nun auch erkannt haben, dass das nicht vereinbar sei und

mittlerweile in Tageszeitungen zitiert werden, dass sie sehr froh sind, dass es nun zu einer Auflösung dieser Doppelfunktion kommt. Es geht aber auch, und das ist das Gravierende, um jahrelang verheimlichte Rechtsstreitereien zwischen der Republik Österreich, der Stadtgemeinde Frohnleiten beziehungsweise der Gemeindebetriebe, die letztendlich zu einer Nachzahlung von 5,8 Millionen Euro, das sind 80 Millionen Schilling (Abg. Stöhrmann: „Sie sind Vizebürgermeister und Sie wissen nichts davon!“) – das sind 80 Millionen Schilling, geführt haben. Und, lieber Kollege Stöhrmann, du sagst es richtig, da sitzt einer, der nichts davon gewusst haben will, Wolfgang Erlitz. Fraktionsvorsitzender der SPÖ in Frohnleiten, Parteivorsitzender der SPÖ, hat vor kurzem, vor wenigen Tagen in einem Medium, das vom Pressesprecher der Stadtgemeinde Frohnleiten herausgegeben wird, noch erklärt, er hat tatsächlich bis November 2004 nichts gewusst von all dem, das nun aufgedeckt wurde. Jetzt frage ich Sie, wenn du deinen Zwischenruf schon getätigt hast, wie sollten wir etwas davon wissen, wenn der Fraktionsführer der SPÖ im Gemeinderat und Parteivorsitzender nichts gewusst haben will? (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Du widersprichst dich!“) Und, meine Damen und Herren, wenn er nichts gewusst haben will, dann wir erst recht nicht. Aber, meine Damen und Herren, es geht um einen verheimlichten Rechtsstreit und ich komme später noch darauf zurück, es war ein dritter Punkt, der diesen überhasteten Rücktritt wohl ausgelöst hat. Nämlich die angekündigte Prüfung des Landes der Gemeindefinanzen, wo die Doppelfunktion Bürgermeister und Geschäftsführer wohl hinderlicher als nutzbringend gewesen sein oder gewesen wäre, würde man Geschehnisse, Zahlungsflüsse, Ummengen an Schulden, Liquiditätsprobleme und vor allem Fremdwährungsspekulation und vieles mehr unter den roten Teppich kehren wollen. Und so ist dieser Rücktritt, meine Damen und Herren, umso bemerkenswerter, als er zwei Monate nach einer Gemeinderatswahl passiert ist, wo noch am 9. März, wenige Tage vor der Gemeinderatswahl, dieser Noch-Bürgermeister erklärt hat, er habe überhaupt kein Problem mit Arbeitsüberlastung, er fühle sich fit, er habe ein gutes Team. Er hat Wolfgang Erlitz in diesem Team und ebenfalls zitiert: „Überhaupt keine Frage, ich schaffe das alles locker!“ Ja, wo in einer nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung die SPÖ-Fraktion noch eine Unbedenklichkeitserklärung ausgegeben hat und wo die Wortmeldung des damaligen Fraktionsvorsitzenden und SPÖ-Parteivorsitzenden in Frohnleiten, Wolfgang Erlitz, gelautet hat: „Wir können und wollen auf Wolfgang Thomann weder in seiner Funktion als Geschäftsführer ...“ und du brauchst nicht den Kopf beuteln, lieber, geschätzter Wolfgang Erlitz, ich habe das Protokoll der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung mit, wo du erklärt hast: „Wir wollen auf ihn weder als Bürgermeister noch als Geschäftsführer verzichten!“ (Landesrat Mag. Erlitz: „War kein Geschäftsführer!“)

Und dann kommt, meine Damen und Herren, ein Rücktritt. Da muss man sich fragen, welchen Mann hat die sozialdemokratische Fraktion hier in das Rennen um den Bürgermeister geschickt, der zuerst tönt, dass ihm das alles nichts ausmacht und der dann wegen Arbeitsüberlastung zusammenbricht?

Und das Stichwort „arbeiten“, meine Damen und Herren und Herr Landeshauptmannstellvertreter, das betrifft Sie. Ich weiß schon, dass das Wort Arbeit für Sie möglicherweise ein Fremdwort ist. Wenn man Ihre bisherigen Leistungen in der Landesregierung anschaut (Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Frechheit sondergleichen. Das ist eine Frechheit. So kann man nicht argumentieren. Das ist unerhört. Ein Skandal ist das!“) und wenn man sich anschaut, was Sie bisher in diesem Land geleistet haben, dann weiß ich (Abg. Stöhrmann: „Das ist unerhört. Das ist ein Skandal!“) – ganz ruhig, tu zuhören, Herr Kollege Stöhrmann, hör zu – (Abg. Stöhrmann: „Das ist unerhört. Das ist eine Frechheit sondergleichen!“) dass Sie dort, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves, wo Sie einmal und ich will jetzt gar nicht sagen kompetent, sondern bloß zuständig gewesen wären, nämlich in der Gemeindeaufsicht im November und Dezember des Jahres 2004 untätig waren. Wo alle Zeitungen voll waren von den 5,8 Millionen Euro, die die Stadtgemeinde zu zahlen hat, haben Sie nichts getan von sich aus. Ja, im Gegenteil, Sie haben erst in den vergangenen Tagen reagiert und gesagt: „Ich habe noch kein Blatt Papier auf meinen Schreibtisch bekommen. Ich habe noch keine Aufsichtsbeschwerde.“ Ja, wo bleibt denn Ihre Verantwortung für dieses Land, dass Sie von sich aus tätig werden und nicht wie möglicherweise in Ihrem früheren Beruf als Versicherungsangestellter, wo Sie für Finanzen zuständig waren, gewartet haben, bis Sie irgendwelche Zettel von irgendwelchen Mitarbeitern auf den Tisch bekommen? Wo es notwendig wäre, dass Sie tätig wären, in dieser klitzekleinen Verantwortung, die Sie wahrnehmen hätten können, in dieser klitzekleinen Zuständigkeit, haben Sie versagt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkommen auf diese 5,8 Millionen Euro, 80 Millionen Schilling. Da geht es nicht darum, dass sich jemand bereichert hat. Da geht es nicht darum, dass das Geld irgendwer eingestreift hat. Da geht es darum, dass über Jahre hinweg, und ich zitierte Wolfgang Erlitz, am Gemeinderat und am Aufsichtsrat der Gemeindebetriebe dieser Rechtsstreit vorbeigeschmuggelt und gemogelt wurde, wo der Geschäftsführer entgegen den Bestimmungen des GmbH.-Gesetzes den Aufsichtsrat nicht informiert hat, der Aufsichtsratsvorsitzende war übrigens sein Schwiegervater, Peter Gottlieb, und wo er einfach geschwiegen hat und im November 2004 gesagt hat, es gibt hier 5,8 Millionen Euro und wir müssen es zahlen. Aber es kommt noch schlimmer, meine Damen und Herren, da gibt es die Rede von einem Sperrkonto und hier hätten zumindest bei Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Alarmglocken schrillen müssen. Da soll es ein Konto geben, wo 5,8 Millionen Euro, 80 Millionen Schilling liegen und keiner weiß davon. Die Gemeindebetriebe Frohnleiten haben im Jahr '98 angeblich zugesagt in Gesprächen mit dem Land, dass der Altlastensanierungsbeitrag eingehoben und auf ein Sperrkonto gelegt wird.

Wo ist denn dieses Geld, Herr Landeshauptmannstellvertreter? Schicken Sie Ihre Prüfer aus. Seit November 2004 hätten Sie Zeit gehabt, dieses Sparbuch oder was auch immer zu suchen. Das Geld jedenfalls ist nicht vorhanden und es liegt der Verdacht nahe, meine Damen und Herren, dass dieser Altlastensanierungsbeitrag – und die Geschichte kennen Sie – gar nicht eingehoben wurde. (Abg. Prattes: „Das ist ein Skandal!“)

Dass man hier einfach gelogen hat, denn es gibt Schimmelvereinbarungen, meine Damen und Herren, wo man nur mehr den Namen einer Gemeinde einsetzen muss, unterschrieben vom Noch-SPÖ-Bürgermeister Wolfgang Thomann, Geschäftsführer der Gemeindebetriebe, und wo steht, ich zitiere wörtlich: Der Preis, der als Entgelt verrechnet wird, enthält nicht die Umsatzsteuer – und jetzt kommt es –, „Altlastensanierungsbeiträge gemäß Paragraf 6 ALSAG sind von der Gemeindebetriebe Frohnleiten GesmbH zu tragen“, meine Damen und Herren. Hier hat man anderen Gemeinden und Anlieferern den ALSAG erspart, obwohl man sich verpflichtet hat, ihn einzuheben und die Frohnleitnerinnen und Frohnleitner damit belastet in Millionenhöhe. Das kann nicht sein! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Drexler: „Unfassbar!“)

Aber, meine Damen und Herren, diese Skandalgeschichte in Frohnleiten zu diesem Thema geht ja noch einen Schritt weiter. Es betrifft ja nicht nur die 5,8 Millionen Euro, die fehlen und die nicht vorhanden sind, sondern es geht um 9,5 Millionen Euro, 130 Millionen Schilling für die Errichtung eines Sport- und Freizeitzentrums, wo aus Ihrem Ressort 4,36 Millionen Schilling an Bedarfszuweisungen, von 9,5 Millionen Kosten für dieses Sportzentrum, ursprünglich übrigens mit 5 Millionen vorgesehen, 4,36 Millionen als Bedarfszuweisung kommen. Aber dieses Sportzentrum, diese 9,5 Millionen wurden nicht etwa mit Eigenkapital finanziert, nein, die gesamten 9,5 Millionen wurden als Darlehen aufgenommen. Und damit es im Gemeindehaushalt nicht aufscheint, hat man eine KEG gegründet.

Die KEG nimmt das Darlehen auf, legt einen Teil des Geldes in den Gemeindehaushalt und sagt dann, ich habe ja eh ein Geld als Rücklage. Und dann kommt jemand daher, der Parteivorsitzender in Frohnleiten ist und sagt, da muss es ja ein Geld geben, so wie wenn jemand auf die Bank geht, einen Kredit nimmt, das Geld auf ein Sparbuch gibt und dann mit dem Sparbuch winkt und sagt, ich habe ja eh Geld, schaut her, wie reich ich bin. Meine Damen und Herren, das ist das Schlimme. Und Sie haben untätig zugeschaut. Oder wollen Sie vielleicht allen Ernstes behaupten, dass Sie seit November 2004 mit Ihrem Regierungskollegen – ich weiß schon, da gibt es einen starken Puffer dazwischen – Wolfgang Erlitz nie über diese Sache gesprochen haben? (Landesrat Mag. Erlitz: „Staatsanwalt, ja!“) Wollen Sie behaupten, dass Sie seit November 2004 Tageszeitungen, Fernsehen, Radio ignoriert haben und von all dem nichts gewusst haben wollen? Ich würde Ihnen jedenfalls eine Antwort, die Sie jetzt mit ja beantworten, nicht glauben. Ich glaube nämlich, dass Sie ausführlich über diesen Sachverhalt informiert waren, aber nichts getan haben. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ein Verhör, oder wie heiteres Bezirksgericht!“)

Nichts getan, meine Damen und Herren, das ist so wie jetzt. Sie hätten jetzt die Möglichkeit, Farbe zu bekennen. Sie hätten die Möglichkeit, Antworten auf die Fragen zu geben. Aber was tun Sie? Sie sind ja wieder untätig. Denn mit der Anfrage an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic beweisen Sie einmal mehr, dass Sie überhaupt kein Interesse haben, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie wollen ja jetzt wieder die Verantwortung abschieben! Und Sie wollen wieder nicht zuständig sein in diesem kleinen Bereich und sagen, das muss alles vor meiner Zeit passiert sein.

Und wenn man jetzt böse ist, würde man behaupten, Sie wollen offensichtlich wieder nicht oder noch immer nicht für dieses Land arbeiten.

Meine Damen und Herren, wenn das das Leitmotiv ist, immer alles abschieben und ja nichts tun zu müssen, den Kopf in den Sand stecken, keine Verantwortung übernehmen und dann bei der Landtagswahl mit diesem Motto antreten, dann gebe ich Ihnen einen guten Rat. Ich weiß schon, Sie werden ihn leider nicht ernst nehmen. (Abg. Schleich: „Was hast du als Vizebürgermeister getan? Den Kopf in den Sand gesteckt?“)

Ich würde Ihnen den Rat geben, kehren Sie in die Versicherungswirtschaft zurück, aber ich schätze, und Insider aus der Merkur munkeln, dass man auch dort nicht sehr froh ist, wenn Sie wieder im Vorstandstrio wären, denn zaudern und zögern, nicht entscheidungsfreudig zu sein, schwammige Vorschläge zu unterbreiten und keine eigene Meinung zu haben sind Eigenschaften, die Ihnen vorseilen. Und wenn das Ihre Arbeit für dieses Land ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dann wäre es besser, Sie nehmen lieber heute denn morgen den Hut.

Meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter, aus all diesen Gründen komme ich zu dieser dringlichen Anfrage gemäß Paragraf 68 der Geschäftsordnung an Sie als zuständiger Gemeindereferent, denn ab November 2004 müssen Sie es gewusst haben, und hier waren Sie zuständig, und darf folgende Dringliche Anfrage an Sie richten:

Erstens: Welche Zuständigkeiten kommen Ihnen nach der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung zu?

Zweitens: Welche konkreten Aktivitäten sind Ihrer Meinung nach mit „Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen gegenüber Gemeinden“ verbunden?

Drittens: Wie oft hatten Sie als zuständiger Gemeindereferent mit Wünschen, Anregungen und Sorgen der Gemeinde Frohnleiten zu tun?

Viertens: Sind Sie regelmäßig mit Vertretern der Gemeinde Frohnleiten in Kontakt?

Fünftens: Wenn ja, mit welchen? (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Am Wort ist derzeit der Abgeordnete Kasic. Darf ich die Abgeordneten des Hauses daran erinnern, dass nur derzeit einer am Wort ist!“)

Danke, Herr Präsident!

Sechstens: Haben Sie jemals mit den Vertretern der Gemeinde Frohnleiten – insbesondere mit Ihrem Regierungskollegen und Fraktionsführer der SPÖ Frohnleiten Mag. Erlitz – über die im Zusammenhang mit der Mülldeponie seitens der Opposition erhobenen Vorwürfe (Doppelfunktion des Bürgermeisters, ALSAG-Beitrag und Ähnliches) gesprochen? (Abg. Gennaro: „Kann schon sein!“)

Siebtens: Was war Gegenstand dieser Gespräche?

Achtens: Warum haben Sie nicht gemeinsam mit Landesrat Mag. Erlitz und Bürgermeister Thomann diese wichtige Angelegenheit gelöst, obwohl Ihnen bekannt sein müsste, dass Sie das hierfür zuständige Mitglied der Landesregierung sind?

Neuntens: Warum haben Sie nicht von sich aus und von Amts wegen auf die doch schwer wiegenden Vorwürfe der Opposition im Gemeinderatswahlkampf – nachlesbar auch in der medialen Berichterstattung – mit entsprechenden Aufsichtsmaßnahmen reagiert?

Zehntens: Wann erfuhren Sie das erste Mal vom anhängigen Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof betreffend den Altlastensanierungsbeitrag?

Elftens: Wussten Sie Bescheid über die Aussage der Gemeinde Frohnleiten, wonach die ALSAG-Beiträge eingehoben und bis zur Klärung der rechtlichen Haltbarkeit des Bescheides der BH Graz-Umgebung auf ein Sperrkonto gelegt werden sollten?

Zwölftens: Wenn ja, wann erfuhren Sie davon?

13.: Wissen Sie als zuständiger Gemeindeferent über die Höhe der eingehobenen und auf ein Sperrkonto gelegten ALSAG-Beiträge Bescheid?

14.: Wie viel Euro stehen der Gemeinde Frohnleiten auf diesem Sperrkonto zur Verfügung?

15.: Wie beurteilen Sie das Verhalten der verantwortlichen Gemeindepolitiker, dass sie entgegen dem kaufmännischen Usus keine ausreichende Vorsorge für wirtschaftliche beziehungsweise rechtliche Unwägbarkeiten getroffen haben?

16.: Wie und in welchem Zeitraum wird die Gemeinde Frohnleiten dieser Verpflichtung nach dem VwGH-Erkenntnis nachkommen?

17.: Haben Sie vor, die Gemeinde in dieser Angelegenheit aus Bedarfszuweisungsmitteln zu unterstützen?

18.: Warum ist der Bürgermeister der Gemeinde Frohnleiten zurückgetreten?

19.: Erfolgte dies in Absprache mit Ihnen beziehungsweise wurden Sie darüber vom Bürgermeister informiert?

20.: Vermuten Sie einen Zusammenhang zwischen diesem Rücktritt und der erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Altlastensanierungsbeitrag?

21.: Wie beurteilen Sie das Verhalten der zuständigen sozialdemokratischen Frohnleitener Gemeindepolitiker – insbesondere auch Ihres Regierungskollegen Mag. Wolfgang Erlitz –, wonach die Gemeinde einerseits um Förderung aus dem Altlastensanierungsfonds angesucht hat, andererseits jedoch ihren gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Beiträgen an den Fonds aber nicht nachkommen wollte?

22.: Haben Sie bereits Maßnahmen gesetzt, um diese schwer wiegenden Vorwürfe aufzuklären?

23.: Warum haben Sie nicht schon viel früher reagiert, obwohl die Vorwürfe schon zumindest seit Herbst 2004 öffentlich diskutiert und bereits 1998 in einer Schriftlichen Anfrage thematisiert wurden?

24.: Wie beurteilen Sie die Doppelfunktion des Herrn Thomann, der gleichzeitig Bürgermeister einer großen Stadtgemeinde und Geschäftsführer der gemeindeeigenen Betriebe war und sich somit selbst hätte kontrollieren müssen?

25.: Sind Sie der Meinung, dass Herr Thomann weiterhin Geschäftsführer der Gemeindebetriebe bleiben sollte?

26.: Übernehmen Sie die Verantwortung für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass auf Grund Ihrer fehlenden Aufsichtsmaßnahme der Gemeinde Frohnleiten beziehungsweise den Bürgern Schaden entstanden ist?

27.: Werden Sie in diesem Fall auch Ihrem Regierungskollegen Mag. Erlitz empfehlen, Konsequenzen zu ziehen?

Ich bitte um ausführliche Beantwortung. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.59 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nun Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Herr Landeshauptmannstellvertreter bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (16.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kasic, zunächst möchte ich Ihnen sagen, das kann nur der Stil von jemandem sein, den die eigenen Affären ESTAG, Spielberg, Herberstein an die Wand gedrückt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich muss Ihnen jetzt etwas sagen, da müssen Sie wirklich gut aufpassen, weil ich sehr konsequent bin. Ich bin für jede sachliche Kritik und wenn sie noch so hart vorgetragen wird. Das waren auch meine Worte, als ich hier angelobt wurde, aber für persönlich beleidigende Worte (Abg. Bittmann: „Die Sachlichkeit lässt zu wünschen übrig!“) – für persönlich beleidigende Wort bin ich und meine Fraktion nicht zu haben. (Abg. Bittmann: „Wo bleibt denn die Sachlichkeit, von der Sie immer reden?“)

Und ich sage Ihnen noch etwas. Wir merken uns jeden Einzelnen von Ihnen, der persönlich beleidigend argumentiert. (Unruhe bei der ÖVP. – Präsident: Klingelzeichen.) Mit dem wird die Sozialdemokratie nie mehr zusammenarbeiten. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. (Abg. Hammerl: „Wir sind im Landtag hier, und nicht im Kindergarten!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter. Weitere Wortmeldungen nehme ich entgegen!“) Ich habe nur gesagt, wenn Ihnen die Worte des Vorsitzenden der zweitstärksten demokratischen Partei im Land nichts wert sind und nichts bedeuten, in die Richtung; überlegen Sie sich das gut. Aber Menschen, die persönlich beleidigend sind – (Abg. Straßberger: „So ein Blödsinn!“) das müssen Sie uns zugestehen. Erstens werden wir uns diesem Stil nicht anschließen und zweitens – (Abg. Gangl: „Lesen Sie die Zeitung!“) es geht ums persönlich Beleidigende. Aber jetzt zur Sache. Mein Thema ist immer zur Sache. Also, da gibt es einen Vizebürgermeister von Frohnleiten unter uns, den Herrn Abgeordneten Kasic, der eines scheinbar total übersehen hat. (Abg. Straßberger: „Schauen Sie sich das einmal an!“) Jetzt bitte ich alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Gemeinden quer über alle Fraktionen gut aufzupassen. Also, die Einnahmen netto der Stadtgemeinde Frohnleiten von 1990 weg. Erfolgsgeschichte Müll für Frohnleiten.

1990 Start 53 Millionen Schilling, damals noch. 1991 112 Millionen Schilling. 1992 201 Millionen Schilling, 1993 232 Millionen Schilling. Alles Nettoeinnahmen. Im Rechnungsabschluss der Gemeinde nachzuvollziehen. 1995 183 Millionen und das setzt sich so fort. Und in Summe Einnahmen netto der Gemeinde, Rechnungsabschluss: 150 Millionen Euro, 2 Milliarden Schilling und jahrelang haben, völlig verständlich, wenn man die prekäre Situation vieler Gemeinden kennt, viele auch lautstark sehr neidig auf diese SPÖ-Skandalgemeinde hingeschaut mit diesen Einnahmen.

Und jetzt kommt es, und all dieses Geld, Herr Kollege Drexler, all dieses Geld ist in Topinfrastruktur und lebensqualitätverbessernde Infrastruktur der Bevölkerung von Frohnleiten hineingeflossen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und da stellt sich der Vizebürgermeister von Frohnleiten her und erkennt den Skandal. Die SPÖ-Skandalgemeinde Frohnleiten. Ich glaube, Sie werden mit Sicherheit nie Bürgermeister von Frohnleiten werden. (Beifall bei der SPÖ.) Weil so beleidigt hat sein Frohnleiten niemand bis jetzt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und diese 5,8 Millionen, um die es jetzt geht, sind in etwa 4 Prozent dessen, was aus Einnahmen über das Müllgeschäft hereingeflossen ist. 4 Prozent, das heißt, jetzt bleiben netto der Bevölkerung nur mehr 144,2 Millionen Euro über diesen Zeitraum. (Abg. Bittmann: „Aber wenn etwas rechtswidrig ist?“)

Alles klar, zu dem komme ich ja. Aber jetzt frage ich Sie, kein Steuerschilling, alles Einnahmen aus einer Geschichte, wo es der Vorgängerbürgermeister, der langjährige Bürgermeister, SPÖ-Bürgermeister Gottlieb war der, der auf diese Geschichte Mülldeponie gestoßen ist, der das betrieben hat und dem Frohnleiten, glaube ich, ein Leben lang dankbar sein wird. Sonst hätte es diese blühende Entwicklung für Frohnleiten nie gegeben. Und viele, verständlich, der 542 anderen Gemeinden haben sehr neidvoll und schauen heute noch sehr neidvoll auf die Skandalgemeinde Frohnleiten hin. Kein einziger Steuerschilling. Auch bei den 5,8 Millionen Euro wird es um keinen Steuerschilling gehen, weil Sie wissen, Herr Vizebürgermeister, oder Sie waren wirklich nicht dabei, welche Werte geschaffen wurden in Frohnleiten, wie viele Häuser, Immobilien mit diesem Geld in Eigentum von Frohnleiten stehen, wo man die 5,8 Millionen Euro jederzeit über Darlehen finanzieren müsste, wie Sie es jetzt vorhaben, sondern auch jederzeit über die Realisierung einer Immobilie 100-prozentig finanzieren könnte. (Abg. Kasic: „Welche denn? Ich kenne keine!“)

Am Hauptplatz, Sie kennen ja ein paar Geschäfte, Römerpark und so weiter. Sind Sie dort nicht daheim?

Haben Sie davon auch keine Ahnung, wissen Sie das auch nicht? (Beifall bei der SPÖ.)

Aber jetzt zur Beantwortung. Meine Damen und Herren von der ÖVP, wie Recht muss Ihr Ex-Parteiboss Gerhard Hirschmann mit seiner Aussage haben, dass weit und breit in Ihrer Partei außer Pleiten, Pech und Pannen – das ist es – nichts mehr weitergeht, falsche Berater am Werk sind und die Herzen der Menschen verloren gehen. (Abg. Hamedl: „So kann man auch ablenken!“) Ihre nunmehr seit Monaten andauernden Ablenkungsversuche, weil es bleibt ja nur bei den Versuchen, das müssen Sie auch gleich zur Kenntnis nehmen, es bleibt ja wieder nur beim Versuch, von den eigenen Problemen, wie ich Sie schon angesprochen habe, ESTAG, Spielberg, Herberstein, enden jedesmal im Nichts, auch in diesem Fall. Ich bin überzeugt, hören Sie mir nur weiter gut zu, verlaufen sich also im Sande. Und jetzt muss die Gemeinde Frohnleiten erhalten, deswegen war ich ein bisschen impulsiver. Mit diesen Zahlen, mit dieser Entwicklung, jetzt muss die Gemeinde Frohnleiten erhalten und dramaturgisch betrachtet ist Ihnen wiederum ein klassischer Regiefehler passiert. Und das trifft ein bisschen den Herrn Klubobmann. Ich glaube, es war wirklich der falsche Regisseur wieder einmal am Werk.

Blenden wir nämlich zurück in das Jahr 2000, wo Sie in einem beispiellosen Machtrausch (Abg. Mag. Drexler: „Sonst nirgends?“) den Boden für Ihre heutigen Fehler, für mich jedenfalls, gelegt haben. Indem Sie so viele Ressorts wie möglich – (Abg. Bittmann: „Überheblich wie immer!“) – überheblich war damals wer anderer – indem Sie so viele Ressorts wie möglich an sich gerissen und den Menschen im Land glauben machen wollten, dass ausschließlich eine politische Partei, nämlich die Ihre, für den Segen in diesem Land verantwortlich ist. (Abg. Straßberger: „Die Wähler wollten das!“)

Bedingt durch den Bruderzwist Hirschmann-Paierl und dem altersbedingten Ausscheiden Ihres Agrarlandesrates Pörtl haben Sie drei wichtige Säulen in Ihrer Machtausübung verloren und der Umfang der Macht ist Ihnen über den Kopf gewachsen, würde ich meinen und die Resultate daraus bekommen die Steirerinnen und Steirer beinahe täglich zu spüren. (Abg. Gennaro: „So ist es, so schaut's aus!“)

Ich erinnere Sie nur noch einmal an die 380 Millionen Euro Wertberichtigung in der ESTAG, an den gewaltigen volkswirtschaftlichen Verlust durch den Spielbergflop und insgesamt an den Glauben der Menschen in Bezug auf die Zukunft dieses Landes.

Und daher sage ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, die Zeit ist reif für eine Erneuerung in diesem Land und für einen Wechsel an der verantwortlichen Stelle des Landes. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist Ihnen offensichtlich alles egal, denn wie anders ist es zu erklären, dass Sie bedenkenlos auf dem Heimatgefühl, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister und Abgeordneter, der Frohnleitner und Frohnleitnerinnen herumtrampeln (Abg. Riebenbauer: „Ist das der Stil?“), dass Sie wider besseres Wissen Behauptungen aufstellen, die leicht widerlegbar sind, dass Sie Zuständigkeiten behaupten, die nicht den Tatsachen entsprechen, dass Ihre eigene Parteichefin über einen bestimmten Zeitraum die Aufsicht über die Gemeinde Frohnleiten innehatte und zu guter Letzt, dass Ihr Umweltlandesrat für die Vollziehung des Altlastensanierungsgesetzes verantwortlich ist. (Landesrat Seitinger: „Stimmt nicht!“)

Davon bin ich überzeugt. Wie schaffen Sie es nur, eine Gemeinde schlechtzureden – Sie kennen ja diesen Spruch (Landesrat Erlitz: „Sachlich!“) – eine Gemeinde schlechtzureden, auf die jahrelang neidvoll die Blicke der gesamten Steiermark gerichtet waren. Die das Geschäft mit dem Müll bestens nützte und heute über eine weit über den Durchschnitt hinausreichende Infrastruktur verfügt. Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen, die Bewohner und Bewohnerinnen von Frohnleiten werden immer Nettogewinner, und zwar gewaltige Nettogewinner sein. Und Ihr eigener Vizebürgermeister müsste Ihnen bestätigen, dass es sich in Frohnleiten mit Sicherheit nicht schlecht leben lässt. Und nun zu den Fakten:

Der Bescheid des Hauptzollamtes, zuständig für die ALSAG, vom 7. August 2002, jetzt tun wir uns schön ans Datum halten, der Bescheid des Hauptzollamtes am 7. August 2002 bezüglich der Neufestsetzung des ALSAG brachte erstmals den Gesamtbetrag von 5,8 Millionen zum Ausdruck. Ich frage Sie daher, wer war im Jahr 2002 Ihrer Diktion für die Gemeindeaufsicht folgend jetzt zuständig? Es war Ihre Parteichefin Waltraud Klasnic.

Mit Schriftsatz vom 30. August 2002 begehrte der Rechtsvertreter der Müll GmbH. unter anderem die Aussetzung der Einhebung des Betrages von 5,8 Millionen Euro.

Es kommt noch dicker:

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Februar 2003 wurde das Feststellungsverfahren – man höre und staune – an den Landeshauptmann von Steiermark zurückgewiesen, am 20. Februar 2003! (Abg. Kröpfel: „Jetzt sind Sie ruhig!“)

Mit 10. März 2004 stellt das Hauptzollamt einen Devolutionsantrag an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, das auch für die Umweltfragen zuständig ist, weil der Landeshauptmann der Steiermark nicht fristgerecht einen neuen Feststellungsbescheid erlassen hat.

Wem, frage ich Sie jetzt, Herr Abgeordneter Kasic, wem war auf Grund der aufgezählten Fakten daher der anhängige Rechtsstreit auf jeden Fall bekannt? Ich frage Sie, wer war in den Jahren 2002, 2003, 2004 Landeshauptmann der Steiermark? (Abg. Kasic: „Beantworten Sie einmal die Dringliche!“ – Landesrat Mag. Erlitz: „Das ist ein Skandal!“)

Ich bitte Sie, haben Sie bei allen Ihren Mühen und Plagen, Herr Kollege, für die Herbeiholung dieses so genannten Skandals, wo sich alle Gemeinden über so einen Skandal freuen würden, diese Fragen nicht gestellt? (Landesrat Mag. Erlitz: „Das ist ihm ja peinlich!“) Warum haben Sie die Fragen nicht gestellt in dieser Zeit, den Sachverhalt nicht ausreichend geprüft und hat Ihnen die Regie unter Umständen (Abg. Mag. Drexler: „Schauen Sie, wir stellen ähnliche Fragen!“) – sie meldet sich gerade zu Wort, hat Ihnen die Regie unter Umständen falsche Anweisungen gegeben? (Abg. Kasic: „Schauen Sie einmal in den Spiegel!“) Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen. Die Frau Landeshauptmann wird sich sicher einiges ersparen.

Zur Frage eins darf ich Ihnen sagen:

Nach der Geschäftsverteilung bin ich für folgende Aufgaben zuständig: Aus dem Geschäftsbereich der Abteilung Gemeinden, Katastrophenschutz und Innere Angelegenheiten jeweils für Gemeindeverbände mit überwiegend industrieller Struktur und Gemeinden mit sozialdemokratischen Bürgermeistern, die Angelegenheiten des Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Finanzwesens sowie Voranschläge, Jahresrechnungen und Bedarfszuweisungen der Gemeinden und der Gemeindeverbände, die Schulbaufonds (Paragraf 39 Steiermärkisches Pflichtschülerhaltungsgesetz), Verwaltung des Landes- und Ortsgemeindeanteiles, Feststellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden hinsichtlich des Sachaufwandes für Pflichtschulen und die Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen gegenüber Gemeinden, Gemeindeverbänden und deren Organe, sonstige Aufsichtsmaßnahmen, das heißt, die Erledigungen von Vorstellungen, Beschwerden sowie Verordnungsprüfungen, soweit nicht andere Abteilungen im Rahmen ihres Geschäftsbereiches zuständig sind.

Ich erinnere Sie an dieser Stelle noch einmal, dass nach der letzten Landtagswahl bis zum Sommer 2003 Landeshauptmann Klasnic für die Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen bei sozialdemokratischen Gemeinden ebenfalls zuständig war. Erst ab dem Sommer 2003 bin ich ihr in diesem Aufgabenbereich nachgefolgt.

Zur Frage zwei:

Zur Aufsicht beziehungsweise zu den Aufsichtsmaßnahmen gehören laut Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung in der Fassung vom 1. März 2004 die Erledigung von Vorstellungen und Beschwerden sowie Verordnungsprüfungen. Weiters sind im Sinne des sechsten Hauptstückes der Steiermärkischen Gemeindeordnung (Paragraf 96 ff.) sämtliche Prüfungen der Gemeinden und insbesondere die Genehmigungsvorbehalte umfasst. Hinzu zählen beispielsweise die Genehmigung der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, Darlehensgenehmigungen und die Genehmigung von Haftungsübernahmen. Überdies ist die Aufsichtsbehörde gemäß Paragraf 98 Gemeindeordnung berechtigt, sich über jedwede Angelegenheit der Gemeinde zu unterrichten.

Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung der zuständigen Beamten der Fachabteilung 7A unter der Leitung von Hofrat Schille.

Zur Frage drei:

Diese Frage zeigt nur, wie praxisfremd Sie offenbar vieles sehen. Zeigen Sie mir einen Politiker, eine Politikerin, die in Wahrheit nicht beinahe rund um die Uhr mit Wünschen, Anregungen und Sorgen von Gemeindeverantwortlichen konfrontiert sind.

Mit anderen Worten, ich bin mit vielen meiner Gemeindeverantwortlichen ständig in Kontakt. (Abg. Bittmann: „Das ist keine Antwort. Das war Wischiwaschi. Wie Sie es gerne machen. Das ist keine konkrete Antwort!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Man kann nicht auf jeden Rücksicht nehmen, der es nicht versteht!“)

Zum Punkt vier:

Selbstverständlich bin ich auch mit Vertretern der Gemeinde Frohnleiten in Kontakt.

Frage fünf:

Da verzeihen Sie mir wirklich ein leises Lächeln meinerseits. Wenn es sich um eine Veranstaltung handelt, dann bin ich mit sehr, sehr vielen hunderten von Menschen – und ich hoffe, dass es immer mehr werden – in Kontakt und ich glaube, dass letzten Endes, dass sämtliche Bewohner und Bewohnerinnen der Gemeinde diese auch vertreten letztlich. Es wäre daher dementsprechend schwierig, jetzt eine gesamte Liste von Personen aufzuzählen, aber ich werde mich künftig bei meinen Kontakten bemühen, auch eine Anwesenheitsliste aufzulegen.

Punkt sechs:

Selbstverständlich habe ich auch mit meinem Regierungskollegen über die Situation der Gemeinde Frohnleiten gesprochen.

Punkt sieben:

Ich verweise auf die soeben gemachte Antwort in Punkt sechs.

Punkt acht:

Ich erinnere Sie an dieser Stelle noch einmal an Ihren klassischen Regiefehler beziehungsweise an den falschen Regisseur und an Ihre nicht abreißenwollende Pleiten-, Pech- und Pannenserie. Angelegenheiten des Altlastensanierungsgesetzes werden nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung von der Fachabteilung 13A bearbeitet. (Abg. Kasic: „Na Gott sei Dank!“) Jetzt kommt es aber, weil der Kollege schon mir etwas anderes zugerufen hat, da müssen wir mit dem Herrn Hofrat Schille uns unterhalten. Das ist auch die Meinung des – so nehme ich an – wohl auch von Ihnen geschätzten Hofrates Schille, der im Übrigen Sie, Herr Abgeordneter Kasic – jetzt wird es auch wieder spannend –, der Sie, Herr Abgeordneter Kasic, im Zuge einer Landtagssitzung im Jänner des heurigen Jahres ausführlich darüber informiert hat, dass die Zuständigkeit der Fachabteilung 7A und damit auch meine Zuständigkeit im Sinne der Gemeindeaufsicht für die Angelegenheiten des Altlastensanierungsgesetzes nicht gegeben ist (Abg. Kasic: „Was interessiert mich das Altlastensanierungsgesetz?“), Altlastensanierungsgesetzes nicht gegeben ist! So, diese Zuständigkeit liegt vielmehr bei Ihrem Regierungsverantwortlichen und meinem Kollegen auf der Regierungsbank Landesrat Seitinger.

Zur Frage neun:

Ich verweise dazu auf meine soeben gemachte Antwort zur Frage acht. Der guten Ordnung halber lege ich aber Wert auf die Feststellung, dass von Ihren Oppositionskollegen – schön, wenn die ÖVP in Opposition ist – in Frohnleiten keine wie immer geartete Beschwerde eingereicht wurde.

Zur Frage zehn:

Ich lege wiederum auf die Feststellung Wert, dass der gesamten Gemeindeabteilung, die für die Aufsicht zuständig ist, keine Aufsichtsbeschwerde gemacht wurde beziehungsweise die Vertreter der Fachabteilung 7A niemals mit Vorwürfen aus der Stadtgemeinde Frohnleiten konfrontiert wurden. Richtig ist jedoch, dass es bei einem der Gespräche mit dem mittlerweile zurückgetretenen Bürgermeister Thomann dieser die anhängige Rechtssache bei mir erwähnt hat und das war im heurigen Jahr.

Zu Punkt elf.

Ich bin schon sehr gespannt, wie von Ihrem Regierungsverantwortlichen, Herrn Landesrat Seitinger, diese Frage beantwortet wird, weil nach Auskunft der Verantwortlichen der Gemeinde Frohnleiten und des zuständigen, mittlerweile zurückgetretenen Bürgermeisters nichts von einem Sperrkonto bekannt ist.

Sollte damit jedoch ein Konto des Gemeindehaushaltes gemeint sein, auf dem Rücklagen im Zusammenhang mit der anhängigen Rechtssache getätigt wurden, so ist es richtig, dass ein solches Konto vorhanden ist. (Abg. Kasic: „Das ist eine glatte Lüge!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Ist das kein Ordnungsruf?“)

Frage zwölf: Ich verweise – (Abg. Dr. Flecker: „Die Lüge ist ein Ordnungsruf!“)

Frage zwölf: Ich verweise auf meine zuletzt gemachte Antwort zu Frage elf. (Abg. Kröpfl: „Herr Präsident, ein Ordnungsruf!“)

Frage 13: Ich verweise nochmals auf meine soeben gemachten Aussagen zum Sperrkonto. Darüber hinaus sind auf dem Rücklagenkonto der Gemeinde mit Stand Mai 2005 rund 2,176 Millionen Euro aufscheinend. Also, welche Gemeinde verfügt über so eine Rücklage?

Frage 14: Ich verweise auf die Antwort zu Frage 13.

Frage 15: Zunächst sollte das Ergebnis von der von mir eingeleiteten Prüfung durch die Gemeindeaufsicht abgewartet werden. Ich wehre mich gegen mediale Vorverurteilungen. Im Übrigen wurde von den Verantwortlichen der Gemeinde mitgeteilt, dass die Gemeinde von sich aus durchaus in der Lage ist, den aushaftenden ALSAG-Betrag zu begleichen. Ich habe schon eingangs von den „Nettogewinnen“ gesprochen. Es dürfte Ihnen scheinbar entgangen sein, dass die Zahlungen der Müll GmbH. an den Gemeindehaushalt wohl um ein Vielfaches die jetzt zur Diskussion befindlichen Nachzahlungen übersteigen.

Zur Frage 16: Wie schon erwähnt, wird nach Auskunft der Gemeindeverantwortlichen der Rückstand mittelfristig durch die Gemeinde Frohnleiten selbst beglichen werden. Die Gemeinde verfügt über ausreichend veräußerbare Immobilien. Im Detail wird die Gemeinde über ein Darlehen den aushaftenden ALSAG-Betrag bis Ende des Jahres 2005 begleichen.

Zur Frage 17: Ich verweise auf die Antwort zur Frage 16. Die Verantwortlichen der Gemeinde sind der Auffassung, dass es sich um ein finanziell lösbares Thema der Gemeinde handelt und der Rückstand durch die Gemeinde selbst beglichen wird. Es werden daher keine Bedarfszuweisungsmittel zur Unterstützung notwendig sein.

Zur Frage 18: Bei allem Respekt, diese Frage stellen Sie am besten dem Bürgermeister selbst bitte. Es sollten private, persönliche Gründe von uns allen eigentlich respektiert werden.

Zur Frage 19: Ich verweise dazu auf die Antwort zu Frage 18.

Zur Frage 20: Ich würde Sie bitten, die Kirche im Dorf zu lassen. Wer mich kennt, weiß jedoch, dass ich mich auf Vermutungen nicht einlasse, sondern gewohnt bin, mit Fakten zu arbeiten.

Frage 21: Es sollte wohl das Ergebnis der Prüfung durch die Gemeindeaufsicht abgewartet werden, bevor hier weitere Vermutungen angestellt werden.

Zur Frage 22: Ich betone, dass ich es war, der die Prüfung durch die Gemeindeaufsicht veranlasst hat. Die Gemeinde selbst legt Wert auf die Feststellung, dass sie in der Vergangenheit den ALSAG-Beitrag pünktlich abgeführt hat. Auch der aushaftende Betrag wird beglichen werden.

Zur Frage 23: Die Frage nach den „Reaktionszeiten“ müssten Sie sich wohl viel, viel eher wirklich selber stellen, angesichts Ihrer Pleiten-, Pech- und Pannenserie bis hin zum nunmehrigen Antreten Ihres Ex-Parteibos bei der kommenden Landtagswahl. (Abg. Straßberger: „Das ist ein Stil!“) Ihre Reaktion läuft mit Sicherheit nur im Zeitlupentempo ab. Ich habe in meiner bisherigen sportlichen und beruflichen Laufbahn immer sehr rasch reagiert, das beweist auch die Einschaltung der Gemeindeaufsicht. Wenn Sie auf das Jahr 1998 Bezug nehmen, dann müssen Sie diese Frage wohl auch Ihrer Parteichefin stellen. Sie war nämlich vor mir für die Gemeindeaufsicht zuständig.

Zur Frage 24: (Landeshauptmann Klasnic: Unverständlicher Zwischenruf.) – nein, es wird Bezug genommen auf das Jahr 1998 und vor mir waren Sie zuständig. (Abg. Hammer: „Schachner, Schachner!“)

Ich gebe ohne Weiteres zu, dass ich mit der Doppelfunktion keine große Freude gehabt habe. Ich mache Sie allerdings darauf aufmerksam, dass wir in beinahe jeder oder in sehr vielen unserer Gemeinden, über alle Parteigrenzen hinweg, Doppelfunktionen von Bürgermeistern zumindest mit gemeindeeigenen KEGs oder anderen Gesellschaften haben. Wenn es Ihnen tatsächlich auf die Seriosität und auf die Lösung von Problemen ankommt, dann müssten wir dieses Thema ernsthaft miteinander diskutieren. Ich jedenfalls bin dazu bereit.

Zur Frage 25: Wie schon erwähnt, lassen wir die Kirche im Dorf und warten wir erst einmal das Ergebnis der Prüfung durch die Gemeindeaufsicht ab. Vorverurteilungen sind ganz sicherlich nicht meine Sache.

Frage 26 und die Frage 27 erlaube ich mir gemeinsam zu beantworten: Erklären Sie mir zuerst einmal, wo ein tatsächlicher Netto-Schaden, noch einmal, für die Einwohner und Einwohnerinnen für die Gemeinde Frohnleiten eingetreten ist. Bei all den über Jahrzehnte abgeführten Zahlungen der Müllgesellschaft an den Gemeindehaushalt und dem daraus entstehenden blühenden Gemeindeleben. Erklären Sie mir das? Ich verstehe schon, dass Sie es kaum erwarten können, dass Konsequenzen gezogen werden, aber um wie viel eher müssten Sie eigentlich Konsequenzen aus den Ihnen unterlaufenen Pleiten-, Pech- und Pannenserien der letzten Jahre ziehen und welche Konsequenz ziehen Sie aus dem Antreten Ihres Ex-Parteibos bei der kommenden Landtagswahl?

So weit so gut. (Abg. Mag Drexler: „Der beschäftigt sich sicher!“)

Ich hoffe den Ritualen und Reflexen der Politik Genüge getan zu haben, gestatten Sie mir einige persönliche Anmerkungen über die Parteigrenzen hinweg zum Schluss.

Es ist schon richtig, wir haben Wahlkampf und es geht um viel. Immerhin droht im Speziellen einer Partei ein Machtverlust. Es ist daher klar, dass mit allen Mitteln versucht wird, dies zu verhindern. Dennoch sollte über all diesen haarsträubenden Geschichten (Abg. Mag. Drexler: „Die sind wirklich haarsträubend!“), wie ich meine, Herr Vizebürgermeister und Herr Landtagsabgeordneter Kasic, die Verantwortung für unser Land und für unser gesellschaftliches Zusammenleben wirklich absolut stehen. Stil und Art der Auseinandersetzung sollten daher so sein, dass wir es den Menschen in unserem Land erklären können und diese es auch verstehen, um die Politikverdrossenheit nicht weiter zu schüren. Lebenslanges Lernen zählt zu den Inhalten unseres Daseins. Ich bin daher für Sie alle voller Hoffnung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.27 Uhr.)

Präsident: Am Montag, den 6. Juni 2005 wurde eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ, betreffend „Gemeindeaufsicht und die Abfalldeponie Frohnleiten“ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic eingebracht.

Zur Begründung erteile ich dem Klubobmann, Herrn Abgeordneten Kröpfl, das Wort für die Dringliche Anfrage. Die Redezeitbegrenzung beträgt 20 Minuten. Die Zeit läuft.

Abg. Kröpfl (16.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, bevor ich zur Einbringung der Dringlichen Anfrage komme, beantrage ich eine Sitzungsunterbrechung und Einberufung einer Präsidiale. Wir lassen uns das nicht gefallen, dass ein Abgeordneter der ÖVP in einem Zwischenruf hier behauptet, unser Landeshauptmann lügt. (Beifall bei der SPÖ. – 16.28 Uhr.)

Präsident: Herr Klubobmann, wenn Sie diese Unterbrechung beantragen, erlaube ich mir festzustellen. Ich habe genau aufgepasst. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat festgestellt, was in der Gemeinde dort berichtet wurde. Es war dieser Ausspruch, nämlich zu sagen, das ist eine Lüge, nicht an die Person gerichtet gewesen. Ich stelle das fest und habe sehr wohl exakt aufgepasst. Es ist nicht zu einer persönlichen Beleidigung des einen oder anderen gekommen. Aber ich unterbreche die Sitzung nun auf zehn Minuten. (Unterbrechung der Sitzung: 16.30 Uhr. – Fortsetzung der Sitzung: 16.49 Uhr.)

Präsident: Ich bitte Platz zu nehmen. Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich ziehe derzeit eine Wortmeldung vor, nämlich die des Abgeordneten Kasic, Kasic in aller Kürze dazu.

Abg. Kasic (16.49 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Meine Damen und Herren!

Ich darf meinen Zwischenruf „Das ist eine Lüge!“ hier zurückziehen. Ich darf jedoch festhalten und wenn Sie so wollen, diesen Zwischenruf ersetzen durch „das, das aus meiner objektiven Sicht und belegbar unwahr ist“. Danke! (16.50 Uhr.)

Präsident: Danach, meine Damen und Herren, darf ich in Erinnerung bringen, eine sprachliche Umgangskultur ist gefordert. Ich passe genau auf, ich bin überzeugt davon, dass sich alles so deutlich formulieren lässt, dass es keinerlei Zweifel an der ausgedrückten Meinung gibt.

Werter Herr Klubobmann, Herr Abgeordneter Kröpfl, bitte ans Rednerpult. 20 Minuten, bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Kröpfl (16.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ich glaube, diese Dringliche Anfrage der ÖVP – und das hat man aus der Anfragebeantwortung von unserem Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves entnehmen können – ist wirklich ein Schuss ins eigene Knie gewesen, denn wenn man hier gehört hat, welche Leistungen für die Bevölkerung von Frohnleiten durch diese Mülldeponie gemacht werden konnten, dann sieht man, dass es nur Vorteile gegeben hat. Und dass man heute hier Vorverurteilungen macht, ohne dass man wartet, bis die Erhebungen durchgeführt werden. Das ist nicht unser Stil, dazu werden wir uns nicht hergeben. (Abg. Hammerl: „Nein, nein, nein!“)

Ich darf aber auch noch eines dazusagen, die Nerven bei der ÖVP müssen wirklich ziemlich blank liegen, wenn ich nur allein diese Zwischenrufe Revue passieren lasse, die während der Beantwortung durch unseren Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves gefallen sind, dann merkt man, wie blank ihr seid. Wahrscheinlich verunsichern euch wirklich die Umfragen so sehr oder die Kandidatur eures Ex-Landesrates und immer noch Parteimitglied Gerhard Hirschmann, anders kann ich mir diese Vorgangsweise nicht erklären. Ich kann es mir auch nicht erklären, wie es einem Landtagsklub passieren kann, eine Dringliche Anfrage an den Landeshauptmannstellvertreter zu stellen, im Wissen, dass ja die Zeit von 2000 bis zum Sommer 2003 die Gemeindeaufsicht auch für die SPÖ-Gemeinden bei Landeshauptmann Klasnic war – ihr könnt euch alle

zurückerrinnern, wie das entstanden ist, nämlich durch diesen großen Machtrausch nach der letzten Landtagswahl (Abg. Bittmann: „Wahlniederlage!“), dass ihr diesen Machtrausch total ausgeübt hat, aber teilweise, und das haben wir schon ein paar Mal in diesem Haus diskutiert, teilweise aber vergessen habt, auch diese Verantwortung wahrzunehmen. Wir sind bereit dazu, für mehr Verantwortung in diesem Land. Und aus all diesen ganzen Äußerungen, die man heute gehört hat und aus all dem, was in den letzten zwei Jahren in diesem Land passiert ist, verehrte Damen und Herren, es ist wirklich Zeit, die Zeit ist reif für eine Erneuerung in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich werde meine Begründung, warum wir die Dringliche Anfrage an die Frau Landeshauptmann gestellt haben, sehr, sehr kurz halten. Sie ist ganz einfach, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves hat schon die Punkte festgemacht. Die Frau Landeshauptmann war zuständig am 7. August 2002, als die Neufestsetzung der ALSAG, der Beträge, der 5,8 Millionen gekommen ist. Sie war damals zuständig, sie hat damals die Gemeindeaufsicht gehabt für diese Gemeinde. Und auch der Schriftsatz vom 30. August 2002 begehrte der Rechtsvertretung der Müll GmbH. unter anderem die Aussetzung der Einhebung des Betrages von 5,8 Millionen. Auch da hat die Frau Landeshauptmann eigentlich Bescheid wissen müssen darüber. Und natürlich hat sie müssen Bescheid wissen über den Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Februar 2003, es wurde das Feststellungsverfahren an die Frau Landeshauptmann zurückverwiesen. Da hat man nichts gehört von der Frau Landeshauptmann. Jetzt, weil es Vorwahlkampf ist, weil Vorwahlzeit ist, jetzt bricht das Ganze auf. Da frage ich mich, warum haben Sie, Frau Landeshauptmann, nicht schon damals reagiert, als Sie dafür zuständig waren? Und deswegen richten wir an Sie diese Anfragen.

Lieber Kollege Kasic, eines muss ich dir schon sagen, du sitzt seit vielen, vielen Jahren in diesem Gemeinderat und bist Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Frohnleiten. Warum hast du dort nie Anfragen gestellt? Warum hast du dich dort nicht zu Wort gemeldet? Warum bist du dort nicht so aufgetreten mit dieser Rhetorik, wie du sie heute hier bringst? (Abg. Stöhrmann: „Bekommt sein Gehalt umsonst!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Diese Fragen, lieber Kollege Kasic, musst du dir einfach gefallen lassen. Jetzt draufzukommen, jetzt Opposition zu spielen und jetzt zu sagen, da haben wir jetzt etwas, wo man den Landeshauptmannstellvertreter Voves eines ans Zeug flicken kann, jetzt fahren wir damit raus. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich habe nie anderes gehört!“) Aber wie ich schon gesagt habe, es ist wirklich dieser Schuss ins eigene Knie passiert. Ihr habt das zu wenig gut überlegt, denn sonst hättet ihr so eine Dringliche Anfrage nicht stellen können. Denn viele dieser Fragen, die in der Dringlichen Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves gestellt wurden, werden wir jetzt auch an die Frau Landeshauptmann stellen und wir werden schauen, wie ihre Beantwortung aussieht. Daher komme ich auch gleich – (Abg. Bittmann: Unverständener Zwischenruf.) Tu nicht immer qualifizieren! Schau, wenn wir deine Reden jedes Mal qualifizieren würden, dann müsstest du wirklich dich ganz hinten anstellen, aber das tun wir so nicht, wir sind ja großzügig, lieber Benni! Ich stelle also, Frau Landeshauptmann, an Sie die Dringlichen Anfragen:

Erstens: Ist es richtig, dass Sie im Zeitraum Dezember 2000 bis April 2003 auch die Aufsicht über alle steirischen Gemeinden, also auch über die sozialdemokratischen Gemeinden, ausgeübt haben?

Zweitens: Wenn ja, sind Sie in diesem Zeitraum jemals über Unklarheiten beziehungsweise Unregelmäßigkeiten bezüglich des Gemeindehaushaltes Frohnleiten informiert worden?

Drittens: Wurden Sie in diesem Zeitraum jemals von Ihren Regierungs- und Parteikollegen Landesrat Pörtl oder später Landesrat Seitinger auf Unsicherheiten in Bezug auf die Vollziehung des Altlastensanierungsgesetzes der Müll GmbH. Frohnleiten aufmerksam gemacht?

Viertens: Wenn ja, was haben Sie damals unternommen?

Fünftens: Wurden Sie im Zeitraum Dezember 2000 bis April 2003 jemals vom ÖVP-Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneten Wolfgang Kasic auf Probleme in der Gebarung der Stadtgemeinde Frohnleiten hingewiesen?

Sechstens: Wenn ja, welche Veranlassung haben Sie damals getroffen?

Siebtens: Wenn nein, wie erklären Sie sich den plötzlichen Meinungswandel Ihres ÖVP-Vizebürgermeisters in Frohnleiten?

Achtens: Haben Sie im Zuge des Wechsels der Zuständigkeit der Gemeindeaufsicht von Ihnen zu Ihrem Nachfolger Mag. Franz Voves im April 2003 in einem persönlichen Gespräch oder in schriftlicher Form auf mögliche Probleme der Stadtgemeinde Frohnleiten hingewiesen?

Neuntens: Welche konkreten Aktivitäten sind Ihrer Meinung nach mit Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen gegenüber Gemeinden verbunden?

Zehntens: Wie oft hatten Sie im angesprochenen Zeitraum als für die Aufsicht zuständige Gemeindeferentin mit Problemen der Stadtgemeinde Frohnleiten zu tun?

Elftens: Waren Sie mit VertreterInnen der Stadtgemeinde Frohnleiten in Kontakt? Gab es mit jemandem davon auch regelmäßige Kontakte?

Zwölftens: Wenn ja, mit welchen GemeindevertreterInnen gab es Kontakt beziehungsweise regelmäßigen Kontakt?

13.: Was war Gegenstand dieser Gespräche?

14.: Wann und wodurch erfuhren Sie das erste Mal vom anhängigen Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof betreffend den Altlastensanierungsbeitrag?

15.: Wussten Sie im Zeitraum Ihrer Gesamtzuständigkeit für die Gemeindeaufsicht Bescheid über die Aussage der Stadtgemeinde Frohnleiten, wonach die ALSAG-Beiträge eingehoben und bis zur Klärung der rechtlichen Haltbarkeit des Bescheides der BH Graz-Umgebung auf ein Sperrkonto gelegt werden sollten?

16.: Wenn ja, wann und wodurch erfuhren Sie das?

17.: War Ihnen im angesprochenen Zeitraum bekannt, dass die Stadtgemeinde einerseits um Förderung aus dem Altlastensanierungsfonds angesucht hat, andererseits jedoch ihren gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Beiträgen an den Fonds nicht nachkommen wollte?

18.: Haben Sie im angesprochenen Zeitraum Maßnahmen gesetzt, um diese schwer wiegenden Vorwürfe aufzuklären?

19.: Warum haben Sie nicht reagiert, obwohl die Vorwürfe in einer Schriftlichen Anfrage an Ihren Regierungskollegen Landesrat Pörtl bereits 1998 thematisiert worden sind?

20.: Sind Sie der Meinung, dass Herr Thomann weiterhin Geschäftsführer der Gemeindebetriebe bleiben sollte?

21.: Übernehmen Sie die Verantwortung für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass auf Grund Ihrer fehlenden Aufsichtsmaßnahmen im Zeitraum Ihrer Zuständigkeit der Stadtgemeinde Frohnleiten beziehungsweise ihren Bürgerinnen und Bürgern Schaden entstanden ist? (Abg. Bittmann: „Schön abgestimmt!“)

Gleichzeitig stellen die unterfertigten Abgeordneten nach Paragraph 68 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen.

Sehr verehrte Damen und Herren, mit diesen Fragen wollen wir auch natürlich hinterfragen, wie weit die Frau Landeshauptmann ihre Aufsichtspflichten wahrnimmt. Ich könnte hier jetzt, aber das möchte ich heute nicht machen, eine ganze Reihe von ÖVP-Gemeinden aufzählen, wo meiner Ansicht nach die Aufsichtspflicht von der Frau Landeshauptmann nicht oder viel zu spät wahrgenommen wurde. Aber das möchte ich heute hier überhaupt nicht zur Debatte stellen. (Abg. Straßberger: „Das ist ein Vorurteil, Vorverurteilung bitte!“)

Aber an die ÖVP noch einen Hinweis. Tun Sie nicht irgendwo skandalisieren, wo nichts zum Skandalisieren ist. Schauen Sie lieber, dass Sie mit Ihren eigenen Affären, mit Ihren eigenen echten Skandalen fertig werden, im Sinne dieses Landes. (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

Präsident: Ich ersuche Frau Landeshauptmann Klasnic um die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Klasnic (17.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich die Fragen beantworte, möchte ich aus eigener Verantwortlichkeit und aus eigener Erfahrung einen Satz sagen zu den Damen und Herren auf der Regierungsbank, aber auch zu vielen Situationen, die wir draußen im Land erleben. Was persönliche Angriffe aussagen, wie immer man es nennen möchte, bedeuten, darüber könnte ich in den letzten Jahren ein Buch schreiben. Ich glaube, dass wir alle miteinander auch gefordert sind, nicht nur untereinander vorsichtig zu sein, sondern wenn man merkt, und das sage ich sehr bewusst, dass jemand tief betroffen ist, dann vielleicht nachdenken, ob er manchmal ein Stück Recht gehabt hat. Zum Zweiten sage ich aber, keine Empfindlichkeiten. Weil man darf nicht nur austeilen, man muss auch einstecken. Eingesteckt habe ich in den letzten zwei Jahren genug. Ich sage das nur einmal dazu. Die Empfindlichkeit einer Frau ist gleich stark wie von einem Mann, vielleicht manchmal sogar größer, aber die Einsteckkraft auch größer. Nur dass man weiß, wie das geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin momentan natürlich gebrieft. Ich habe so etwas wie eine Rangerausbildung, das ist ganz gut, die ist ja über Jahre gewachsen und so komme ich zur Beantwortung der Fragen betreffend Gemeindeaufsicht und so weiter.

Zur Frage eins: Ja.

Zur Frage zwei: Nein. Auch die Fachabteilung 7A, Gemeindeabteilung, wurde in diesem Zeitraum nicht über Unregelmäßigkeiten oder Ähnliches informiert.

Zu den Fragen drei und vier: Der damalige Landesrat Erich Pörtl hat in seiner schriftlichen Anfragebeantwortung vom 11. Februar 1998 die Problematik der Befreiung von der Leistung des Altlastensanierungsbeitrages nach dem Altlastensanierungsgesetz für die Deponie in Frohnleiten dargelegt.

Für bedeutsam halte ich die Ausführungen in seiner Beantwortung, wonach von der Deponie Frohnleiten weiterhin ALSAG-Beiträge eingehoben werden, diese aber nicht dem Hauptzollamt weitergeleitet, sondern auf ein Sperrkonto gelegt werden.

Auf Grund dieser Ausführungen konnte auch Landeshauptmannstellvertreter außer Dienst DDr. Schachner-Blazizek, der bis November 2000 die Aufsicht über die sozialdemokratischen Gemeinden und damit auch für Frohnleiten innehatte, von einer ordnungsgemäßen Rücklagenbildung durch die Gemeinde beziehungsweise der Gemeindebetriebe Frohnleiten GesmbH. ausgehen.

Darauf dürfte auch Landesrat Seitinger vertraut haben, der erst ab 30. September 2003 Regierungsverantwortung trägt. Landesrat Seitinger wird sich dazu sicherlich in der Beantwortung seiner Dringlichen Anfrage äußern.

Erst mit dem Bekanntwerden der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes im November des Vorjahres wurde öffentlich darüber diskutiert, dass keine entsprechende Rücklagenbildung durch die Gemeinde Frohnleiten vorgenommen worden sei und Nachzahlungen in beträchtlicher Höhe drohen würden.

Zur Frage fünf: Nein.

Zur Frage sechs: Es waren daher auch keine weiteren Veranlassungen zu treffen.

Zur Frage sieben: Es liegt meiner Meinung nach kein Meinungswandel von Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneten Kasic vor. Während meiner Zuständigkeit für SPÖ-Gemeinden bis April 2003 gab es offenbar keine Hinweise auf fehlende Rückstellungen durch die Gemeinde beziehungsweise durch die Gemeindebetriebe Frohnleiten. Diese tauchten erst Ende des Vorjahres auf, als die Entscheidung des VwGH über die Einhebungspflicht des Altlastensanierungsbeitrages öffentlich wurde.

Zu den Fragen acht und 18: Da die hier angesprochene Problematik der Stadtgemeinde Frohnleiten erst durch das Erkenntnis des VwGH vom Oktober 2004 virulent wurde, konnte ich am 8. April 2003 bei der Übertragung der Zuständigkeit auf Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter diesen auch nicht darauf aufmerksam machen oder etwaige Maßnahmen einleiten.

Zur Frage neun: Dieselbe Frage wurde bereits von meinem Vorredner Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves entsprechend beantwortet.

Zur Frage zehn: Im gegenständlichen Zeitraum langten bei der Fachabteilung 7A zwei Aufsichtsbeschwerden der Grünen aus Frohnleiten ein, nämlich im Juni und im November 2001, die mit der Vollziehung der Gemeindeordnung zu tun hatten und umgehend behandelt wurden. Eine Beschwerde von Bürgern im September 2001 betraf Geruchsbelästigungen. Auch diese Beschwerde wurde sofort erledigt.

Zur Frage elf, zwölf und 13: Öfters und regelmäßig Kontakt gab es und gibt es mit Vizebürgermeister Landtagsabgeordneten Kasic und selbstverständlich auch immer wieder Treffen, aber in anderem Sinne und in anderen Begegnungen, mit Landesrat Erlitz.

Mit Abgeordneten Kasic wurde immer wieder über Förderungen für die Stadtgemeinde, die in meinen Zuständigkeitsbereich fallen, gesprochen, wie zum Beispiel Kultur und anderes mehr. Zuletzt hat er mich über den Erfolg der VP-Fraktion bei der Gemeinderatswahl in Frohnleiten in Kenntnis gesetzt.

Mit Landesrat Mag. Erlitz wurde erst vor kurzem über den Ausbau der Krankenanstalt Theresienhof in Frohnleiten verhandelt.

Zur Frage 14: Über das Verfahren beim VwGH erfuhr ich durch die öffentliche Diskussion.

Zu den Fragen 15, 16 und 17: Bekannt war mir die Anfragebeantwortung von Landesrat a. D. Erich Pörtl, wonach von der Deponie Frohnleiten weiterhin ALSAG-Beiträge eingehoben, diese aber nicht dem Hauptzollamt weitergeleitet, sondern auf ein Sperrkonto gelegt werden sollen.

Es gab bis zur öffentlichen Diskussion gegen Ende des Vorjahres keinen Grund, an der Einhaltung dieser Vorgangsweise zu zweifeln.

Ich gebe Ihnen aber Recht, dass ab diesem Zeitpunkt im Rahmen der Gemeindeaufsicht Maßnahmen denkbar gewesen wären, wie zum Beispiel im Sinne von Paragraph 98 Gemeindeordnung, wonach der zuständige Gemeindeferent die Möglichkeit gehabt hätte, sich über diese Angelegenheit durch die Gemeinde unterrichten zu lassen.

Zur Frage 19: Während meiner Zuständigkeit bestand in dieser Angelegenheit kein Anlass für ein Einschreiten der Gemeindeaufsicht. In der Anfragebeantwortung von Landesrat Pörtl wurde für die Stadtgemeinde Frohnleiten der richtige Weg mit der Anlegung eines Sperrkontos vorgegeben. Dies hat offenbar der damalige Gemeindeferent ebenso gesehen, der nach der Anfragebeantwortung im Jahre 1998 keine mir bekannten Aktivitäten in dieser Hinsicht gesetzt hat.

Zur Frage 20: Da ich die Gründe für den Rücktritt des Herrn Thomann als Bürgermeister von Frohnleiten nicht kenne, kann ich auch nicht beurteilen, ob er Geschäftsführer der Gemeindebetriebe bleiben soll. Diese Entscheidung obliegt den zuständigen Gemeindeorganen.

Zur Frage 21: Wer mich kennt, weiß, dass ich auch dann zu meiner Verantwortung für dieses Land stehe, wenn es keinen Erfolg zu verkünden gibt. Dies gilt selbstverständlich auch für die Verantwortung im Rahmen der Gemeindeaufsicht für unsere steirischen Gemeinden, so dass ich diese Frage ohne Zögern mit Ja beantworte.

Denn Verantwortung bedeutet für mich, sich für die übertragenen Aufgaben zuständig fühlen und danach handeln. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Bittmann: „Kann der Voves noch etwas hören, wie man eine Anfrage beantwortet?“ – 17.08 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Dringliche Anfrage wurde am Montag, den 6. Juni von den Abgeordneten der SPÖ betreffend Altlastensanierungsbeitrag und Abfalldeponie Frohnleiten an Herrn Landesrat Johann Seitinger eingebracht.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Breithuber das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Redezeit 20 Minuten, Zeit läuft.

Abg. Breithuber (17.09 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus!

Jede Gemeinde versucht wirtschaftlich gut zu arbeiten, ansonsten würde es nicht mehr weitergehen. Auch wir haben finanztechnisch Probleme gehabt und andere Gemeinden in der Nachbarschaft auch, weil wir versucht haben, Sportplätze den Vereinen zu verpachten beziehungsweise Mietverträge zu machen, um vorsteuerabzugsberechtigt zu sein. Uns hat auch die Finanzlandesdirektion auf die Finger gehaut und wir haben zurückzahlen müssen, also sehe ich es im Bereich von Frohnleiten auch. Außerdem haben wir bei dieser Geschichte gemeinsam mit den Vizebürgermeistern ordentlich gearbeitet. Und, Herr Kollege Kasic, wenn du bei mir Vizebürgermeister wärest, nicht weißt, wo die Investitionen getätigt werden, was in der Gemeinde läuft und nur Aufträge für die Homepage entgegennimmst, dann hätte ich mit dir eine große Gaudi. Und wenn du noch dazu mit vertraulichen (Beifall bei der SPÖ.) Angelegenheiten hier in die Öffentlichkeit gehst, dann hätte ich in der Gemeinde mit dir so eine Gaudi, dass der Landtag wahrscheinlich ein Lärcherl ist.

Aber ich glaube vielmehr, in deiner Aufgabe als Vizebürgermeister und als Abgeordneter mit dem guten Draht zum Landesrat, der dafür zuständig ist, hättest du eigentlich vieles regeln können für die Gemeinde, damit deine Bürgerinnen und Bürger wieder einen Vorteil von dir haben. Ich glaube nämlich, dass die Fachabteilung hier etwas versagt hat. Wenn ich hier die Dringliche Anfrage an den zuständigen Referenten, Landesrat Seitinger, stelle, dann möchte ich hier gleich damit beginnen.

Dringliche Anfrage:

Erstens: Herr Landesrat, ist es richtig, dass die in Ihren Zuständigkeitsbereich fallende Fachabteilung 13A, ehemals Rechtsabteilung 3, mit Bescheid vom 19. November 1998 den ursprünglichen Bescheid der BH Graz-Umgebung abänderte und damit entschied, dass ein Altlastenbeitrag nach Maßgabe des Paragraphen 6 Absatz 4 ALSAG zu bezahlen ist?

Zweitens: Wurden Sie von Ihrem Vorgänger, Landesrat Erich Pörtl, bei Amtsantritt über das laufende Verfahren betreffend den Altlastensanierungsbeitrag informiert?

Drittens: Wussten Sie daher von der höchst ungewissen rechtlichen Situation im Zusammenhang mit den zu zahlenden Abgaben gemäß ALSAG und den daraus resultierenden möglichen Folgen für die Stadtgemeinde Frohnleiten?

Viertens: Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt war Ihnen diese Problematik bewusst?

Fünftens: Haben Sie jemals Landeshauptmann Waltraud Klasnic oder Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves über das Ihnen im Rahmen Ihrer Zuständigkeit für die Fachabteilung 13A zur Verfügung stehende Detailwissen im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren und über die daraus resultierenden möglichen Folgen informiert?

Sechstens: Ist es richtig, dass Ihr Bürochef Dr. Gödl seinerzeit der für die Erstellung des ersten Bescheides in dieser Angelegenheit verantwortliche Sachbearbeiter in der Rechtsabteilung 3 gewesen ist?

Siebtens: Ist es richtig, dass die Ihrem Verantwortungsbereich unterstehende FA13A nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Februar 2003 mit dem dem Wiedereinsetzungsantrag des Hauptzollamtes Graz Folge gegeben wurde, innerhalb der sechsmonatigen Entscheidungsfrist nicht entschieden hat, also säumig geworden ist, so dass das Hauptzollamt Graz in die Lage versetzt wurde, einen Devolutionsantrag an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu stellen?

Achtens: War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass angesichts der äußerst unklaren Rechtslage die Gefahr bestand, dass im Falle einer negativen Entscheidung des Bundesministeriums finanzielle Folgen für die Stadtgemeinde Frohnleiten eintreten könnten?

Neuntens: Wenn ja, warum haben Sie nicht dafür gesorgt, dass fristgerecht ein Bescheid durch die zuständige Abteilung erging?

Zehntens: Haben Sie zu diesem Zeitpunkt Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves über die diesbezügliche Entwicklung informiert?

Elfens: Haben Sie zu diesem Zeitpunkt mit der Gemeindevertretung Kontakt gehabt und sie über die diesbezügliche Entwicklung informiert?

Zwölftens: Haben Sie jemals mit Vizebürgermeister Landtagsabgeordneten Kasic über die gegenständliche Problematik gesprochen und ihn über das laufende Verfahren informiert?

13.: Wenn ja, wann haben Sie Vizebürgermeister Landtagsabgeordneten Kasic diese Informationen zukommen lassen?

14.: Warum haben Sie nicht gemeinsam mit den Gemeindeverantwortlichen diese wichtige Angelegenheit gelöst, obwohl Ihnen bekannt sein müsste, dass Sie das dafür zuständige Mitglied der Landesregierung sind?

15.: Wie stehen Sie zu der kolportierten Aussage Ihres Parteikollegen, wonach die ALSAG-Beiträge von der Gemeinde eingehoben und bis zur Klärung der rechtlichen Haltbarkeit des Bescheides der BH Graz-Umgebung auf ein Sperrkonto gelegt werden sollten?

16.: Wussten Sie auf Grund der genauen Kenntnis des laufenden Verfahrens, das von der in Ihren Zuständigkeitsbereich fallenden FA13A geführt wurde, über die Höhe der im Fall einer negativen Verwaltungsgerichtshofentscheidung zu erwartenden Nachzahlung Bescheid?

17.: Wenn ja, seit wann wussten Sie davon und mit wem haben Sie darüber gesprochen?

18.: Sind Sie bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wenn sich herausstellen sollte, dass auf Grund Ihrer politischen Versäumnisse der Stadtgemeinde beziehungsweise ihren Bürgerinnen und Bürgern Schaden entstanden ist?

Ich bitte um Antwort und bitte gleichzeitig um die Wechselrede. Danke! (17.15 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nun Herrn Landesrat Seitinger das Wort zur Beantwortung. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Seitinger (17.16 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke für diese Dringliche Anfrage. Die gibt mir die Gelegenheit, hier doch einiges klarzustellen, besonders, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete der SPÖ, ich habe Verständnis, dass ihr in dieser Angelegenheit sehr nervös seid. Ich weiß, wie es ist, wenn man in einem Glashaus sitzt und mit Steinen wirft. Das ist immer eine außerordentlich gefährliche Sache. (Abg. Stöhrmann: „Ach so, Beantwortung!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Aus eigenen Erfahrungen, bestätigt sich ja!“)

Aber es ist Landtagswahl und Skandale riechen nicht gut. Das ist klar, Skandale riechen nicht gut und ein SPÖ-Müllskandal würde schon gar nicht gut riechen. Deshalb versucht ihr natürlich jetzt auch mit allen Mitteln, ein wenig davon abzulenken und diesen anrollenden Skandal, der ganz klar aus Ihrer Richtung kommt, ein wenig zu verteilen, möglichst auf alle zu verteilen. Das gelingt Ihnen aber in dieser Angelegenheit sicher nicht. Dieser anrollende Skandal, meine Damen und Herren, hat einen Ursprung und der kommt eben aus dem Lager der SPÖ. Das muss man einmal ganz klar hier sagen.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie versuchen, mit anderen Namen die Frau Landeshauptmann oder meine Person hier ins Spiel zu bringen, diese Angelegenheit Frohnleiten klebt an den Fingern der SPÖ. Die klebt nicht an den Fingern eines Umweltlandesrates oder einer Frau Landeshauptmann, die klebt an den Fingern der SPÖ. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Gennaro: „Den Blödsinn glaubt euch keiner, kein Mensch glaubt den Blödsinn mehr!“)

Kommen wir aber weg vom drohenden Skandal zur Dringlichen Anfrage. Schon im zweiten Absatz, meine Damen und Herren, Ihrer Anfragebegründung schreiben Sie selbst, wo das Geld liegen sollte, und zwar der gesamte Betrag, und nicht ein Teilbetrag, der gesamte Betrag. Der Betreiber der Anlage, nämlich die verlängerte Hand der Gemeinde Frohnleiten, die gemeindeeigene GmbH, eben, hat ja im Jahr 1998 selbst den Vorschlag gemacht, hier richtigerweise selbst den Vorschlag gemacht, das Geld bis zur Klarheit dieses Verfahrens auf ein Sperrkonto zu legen. Dieser Vorschlag kam von niemand in diesen Reihen und schon auch nicht vom Landesrat Erich Pörtl damals, sondern der Vorschlag kam von der gemeindeeigenen GmbH. Die Frage ist jetzt natürlich die, wo liegt das Geld? Aber da werden wir schon noch dahinterkommen. Geld ist ja nicht so wie Müll, Geld stinkt nicht, leider nicht, sonst würden wir ja wissen, wo das Geld liegt. Faktum ist, meine Damen und Herren, dass es hier um 5,8 Millionen Euro geht, um 80 Millionen Schilling noch damals in alter Währung. Und wenn hier so leichtfertig gesprochen wird über die Millionen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, über 140 Millionen und was sind dann schon die 8 Millionen oder die 5,8 Millionen, dann muss ich sagen, mir würden viele gute Sozialprojekte einfallen und viele kleine Gemeinden würden einen Knicks machen vor uns allen, wenn wir Ihnen einen Teil dieser 5,8 Millionen zukommen lassen könnten für Wegebaumaßnahmen, für Sozialmaßnahmen, für vieles, vieles mehr. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Aber das wäre zu zahlen gewesen!“ – Landesrat Mag. Erlitz: „Er versteht es nicht!“)

Aber wegen so einer kleinen Summe machen wir in der SPÖ natürlich keinen Wind. Womöglich verteilt sich dieser so genannte Geruch hier noch auf das ganze Land und das wäre sicher nicht gut für die SPÖ.

Das ist keine Frage. Aber nun zur Verantwortung. Eines gleich vorweg. (Abg. Gross: „Herr Landesrat, da ist irgendwas an Ihnen vorbeigegangen!“) Es ist ja sehr klar und deutlich wieder herausgekommen, dass wieder einmal der Umweltlandesrat hier zuständig ist für die Einhebung ALSAG-Beiträge. Ganz klar und deutlich, meine Damen und Herren, die Zuständigkeit der Abteilung 13 und 13A, genauer gesagt, betrifft nicht die Einhebung. Und bitte, das müsst ihr euch aufschreiben. Es betrifft nicht die Einhebung oder die Abwicklung von ALSAG-Beiträgen, sondern lediglich unsere Aufgabe ist es, Deponien auszuweisen oder die Ausstellung von Feststellungsbescheiden für die Behörde, die dann letztlich diese Beträge einhebt beziehungsweise einkassiert, und das ist die Finanzbehörde oder die Zollbehörde, und nicht die Umweltbehörde 13A. Damit das einmal klargestellt ist. So ist es.

Das Zweite und das heißt, meine Damen und Herren, genau auf dieser Grundlage, die wir sozusagen hier im Rahmen eines Bescheides ausstellen, schreibt dann die Finanzbehörde eben diese jetzt genannten 5,8 Millionen vor. In diesem Fall hat der Verwaltungsgerichtshof sehr, sehr klar festgestellt, dass zu zahlen ist. Das wissen wir mittlerweile alle, das Verfahren ist abgeschlossen. Die Verantwortung liegt daher ganz klar und unwidersprochen, meine Damen und Herren, beim Betreiber der Deponie, bei jenen, die von diesen Geldbewegungen auch gewusst haben. Ich hoffe nicht Geldverschwendungen, wie es auch schon genannt wurde heute, aber das werden wir ja noch prüfen und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat Recht, wenn er sagt, warten wir ab die Prüfung, dann werden wir mehr wissen. Aber genau dort liegt die Verantwortung, meine Damen und Herren, und nicht bei einem Umweltlandesrat und schon gar nicht bei einer Frau Landeshauptmann. Wer nicht glauben will, muss in dem Fall zahlen. Meine Damen und Herren, alles nachzulesen im VwGH-Urteil. Aber jetzt zu den Fragen.

Zur Frage eins: Es stimmt, dass der Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung in der zweiten Instanz von der damaligen Rechtsabteilung 3A am 19. November 1998 abgeändert wurde. Jedoch muss festgehalten werden, dass dieser Bescheid von derselben Behörde, also ebenfalls von der 3A, am 27. Jänner 1998 von einem Berichtigungsbescheid ersetzt wurde.

Zur Frage zwei: Nein.

Zur Frage drei: Zum Zeitpunkt meines Amtsantrittes, Nein.

Zur Frage vier: Konkret wurde ich bei der Landtagssitzung am 24. Mai 2005 von Herrn Landtagsabgeordneten Kasic informiert, dass es in Zusammenhang mit der Rückstellung der vereinbarten Abgaben gemäß ALSAG auf einem Sperrkonto Unregelmäßigkeiten gibt.

Zur Frage fünf: Ich verweise auf die Antwort zur Frage vier.

Zur Frage sechs: Nein, nur für den Berufungsbescheid in zweiter Instanz.

Zur Frage sieben: Ja. Es wurde damals von der Landesbehörde für richtig befunden, die endgültige Entscheidung durch die Bundesbehörde herbeiführen zu lassen.

Zur Frage acht bis elf: Nein. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch nicht in der Landesregierung.

Zur Frage zwölf: Ich verweise auf die Antwort zur Frage vier.

Zur Frage 13: Auf Grund der Beantwortung der Frage zwölf erübrigt sich diese Frage.

Zur Frage 14: Bei dieser Angelegenheit handelt es sich um eine Rechtsentscheidung, auf welche ich keinen Einfluss habe, Verwaltungsgerichtshof.

Zur Frage 15: Diese habe ich zur Kenntnis genommen. Zur Rückstellung der ALSAG-Beträge auf einem Sperrkonto bis zur rechtlichen Klärung der Sachlage wurde bereits im Zuge der Schriftlichen Anfrage vom Februar 1998 an meinen Vorgänger Landesrat Erich Pörtl durch den Betreiber der Deponie verwiesen.

Festzuhalten ist, dass die abgabenrechtliche Kontrolle eines Geschäftsbetriebes der Gemeinde weder im Zuständigkeitsbereich meines Vorgängers, noch in meinem Verantwortungsbereich gelegen ist.

Zur Frage 16: Nein.

Zur Frage 17: Auf Grund der Beantwortung der Frage 16 erübrigt sich auch diese Frage.

Zur Frage 18: In dieser Angelegenheit hat es meinerseits keine politischen Versäumnisse gegeben.

Ich bedanke mich. (Beifall bei der ÖVP. – 17.24 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu den Dringlichen Anfragen und ich verweise darauf, dass kein Redner länger als 20 Minuten Sprechmöglichkeit hat.

Wortmeldungen nehme ich entgegen. Jetzt Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben sich gemeldet, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (17.25 Uhr): Nur eine kleine Anmerkung zu Kollegen Seitinger. Also, Herr Kollege, Sie zeigen, dass Sie das Ganze nicht richtig zuordnen, wenn Sie meinen, dann müssten es Steuergelder sein. Und das ist der große Unterschied, dass Sie dafür für die 5,8 Millionen soziale Projekte, ist ja lieb, wenn Sie das so sehen, sollten wir auch wirklich tun da oder dort mehr, aber (Abg. Bittmann: „So überheblich, wie Sie sind, Herr Voves. Das steht Ihnen nicht gut!“) hören Sie zu einmal, ich stelle ja dann noch eine Frage. (Abg. Bittmann: „Diese Überheblichkeit!“)

Das heißt, dort geht es um privatwirtschaftlich erwirtschaftete Gelder, von keinem Steuerzahler bezahlt, gar nichts, sondern Einnahmen aus der Deponie. Hat mit Steuergeldern überhaupt nichts zu tun. Und jetzt frage ich Sie dann, Herr Abgeordneter Kasic – (Abg. Mag. Drexler: „Warum müssen dann die Leute die Häuser verkaufen?“)

Ich werde jetzt eines prüfen lassen auch für die, die wirtschaftlich das mitverfolgen können (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Sind das keine Gebühren?“), wenn Frohnleiten 2 Milliarden, hören Sie einmal zu, die Gebühren werden ja gezahlt, wenn Frohnleiten von den 2 Milliarden Schilling jetzt 70 Millionen abzuführen hat, berechtigt, wie der Verwaltungsgerichtshof das anführt, dann führt der das von den 2 Milliarden Einnahmen aus der Deponie ab, aber (Abg. Straßberger: „Abgaben sind das!“) bitte, das ist jetzt ein anderes Fach, aber nicht von Steuergeldern oder sonst was. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Ihr haushaltet nicht. Das ist ein völlig falsches Bild!“)

Von Einnahmen, und jetzt weiter. Jetzt kommt der zweite Schritt. Und vieles dieser wirklich gewaltigen Gelder, habe ich dargelegt – (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Die gehören nicht der Gemeinde. Sie verstehen das nicht!“) na bitte, ganz kurz, ist ja auch in Immobilien zum Beispiel der Stadtgemeinde, am Hauptplatz. Kennen Sie die zwei, drei Häuser nicht, die euch gehören? (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Und die gehören nicht der Gemeinde!“)

Römerpark, das sagt Ihnen gar nichts, wo Ärzte, wo Geschäfte drinnen sind und so weiter. Jetzt frage ich Sie eines, was ist aus Sicht der Bevölkerung dann passiert, Herr Landtagsabgeordneter Kasic? Wenn herauskäme, dass das Geld jetzt über den Verkehrswert der Immobilien, die man veräußert, Geld aus der Deponie wesentlich mehr Rendite gebracht hätte, nur zum Fakt, als die verzinlich angesammelten Beträge für diese Abgabe, die jetzt zu bezahlen ist. Was sagen Sie dann? (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Darf eine Gemeinde spekulieren?“) Ich will nur eines sagen, die Gemeinde hat 2 Milliarden und jetzt von mir aus 1,9 Milliarden aus

einem privatwirtschaftlichen Deponiegeschäft eingenommen und da reden wir davon, als wenn ich die alternativ für Projekte auf Landesebene einsetzen hätte können. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Fragen Sie einen Bürgermeister!“) Schön wäre es gewesen. Das war ja das neidvolle Hinschauen auf diese Gemeinde, auf die SPÖ-Gemeinde, die das möglich gemacht hat. (Beifall bei der SPÖ. – 17.28 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek, bitte. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (17.28 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Erstens einmal nehme ich zur Kenntnis, dass es im Steiermärkischen Landtag nur Redner und Steuerzahler gibt, keine Rednerinnen und Steuerzahlerinnen. Wir hatten heute das Thema Gender Mainstreaming auf der Agenda. Ersuche das auch in das Sprachverhalten aufzunehmen.

Zweitens, wir haben in unserem Archiv gegraben und die Zeitung der Frohnleitner Grünen gefunden aus dem Jahr 2001, wo Barbara Harold, unsere Gemeinderätin, schildert, wie es ihr im Prüfungs-Ausschuss gegangen ist. Im Prüfungsausschuss der Gemeinde Frohnleiten. Wo sie gesagt hat, sie würde gerne die finanzielle Gebarung und die organisatorische Abwicklung prüfen. Herr Kollege Kasic, Sie kommen jetzt gleich dran, vielleicht hören Sie gut zu, damit Sie gut replizieren können, vorsichtig. Es wurde ihr die Antwortung auf viele Fragen vom Bürgermeister und Geschäftsführer der Gemeindebetriebe verweigert, oder die Beantwortung der Fragen verzögert. Sie hat eine Beschwerde erhoben und es ist in eine Anfrage an die Gemeindeaufsichtsbehörde gemündet.

Im Übrigen, die Frau Landeshauptfrau hat gesagt, da ist es um die – wie hat sie gesagt? – um die Vollziehung gegangen. Es ist sozusagen eh nur um die Vollziehung gegangen. Ich glaube, allein was Sie, Frau Landeshauptfrau, artikuliert haben oder aufgeführt haben an Impulsen, die es an die Gemeindeaufsichtsbehörde gegeben hat, hätte gerechtfertigt, dass man da genauer hinschaut und sich nicht auf das einzelne Aktenstück in minimalistischer Tendenz reduziert und fokussiert. Wo die Frau Kollegin Harold sich auch gewundert hat im Frohnleitner Gemeinderat ist, dass der Herr Vizebürgermeister Landtagsabgeordneter Kasic von der ÖVP sich so verwundert über die aktuellen Ereignisse. Das war im Dezember 2001, und sie sagt, er hätte genug Auskunftspersonen auch in seiner eigenen Partei, die er nur fragen hätte müssen. So viel zur Sache, so viel wenn man schon länger eine Funktion hat und die Möglichkeiten dieser Funktion, aber auch die Verpflichtungen dieser Funktion nicht so ernst nimmt. (Beifall bei den Grünen.)

Was ich aber wirklich spannend finde, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist die kleine Vorlesung in Betriebswirtschaft, die wir heute von Ihrem Chef bekommen haben. Heute haben wir wieder viel gelernt. Gemeindeverantwortliche haben heute viel gelernt. Habe ich eine Deponie, verdiene ich was. (Abg. Gennaro: „Die kennt sich aus!“) Habe ich eine große Deponie, verdiene ich viel Geld, ja! Wir haben heute eigentlich das Hohelied der Profiteure gehört. Wir haben das gehört von einem Menschen, der bei jeder Gelegenheit gegen Privatisierung in jeder Form auftritt. Und wir haben gehört, wie ihm das Herz aufgeht, wenn es in der Kasse so richtig klingelt, meine Damen und Herren! (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn Sie sagen, Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves, das ist ja kein Steuergeld, dann muss ich Sie korrigieren insoweit, dass ich sage, das ist das Geld von Steuerzahlern gewesen und Steuerzahlerinnen im Übrigen. Das ist nicht das, was sie über ihre Steuern bezahlt haben. Aber Sie wissen es, jeder Mensch in Frohnleiten hat für die Entsorgung des Mülls zahlen müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Halbenrain nicht!“) Und ich stelle die These auf, und mein Kollege Hagenauer, der sich im Müllbereich besonders gut auskennt, auch bei den Gebühren, hat mir das bestätigt, dass vermutlich die Bürgerinnen und Bürger von Frohnleiten mehr für ihre Müllentsorgung bezahlt haben als die Großkunden in Neapel und andere Großkunden, die gut davon gelebt haben, dass sie den Müll in Frohnleiten deponieren konnten. (Abg. Gennaro: „Grasser hat gezahlt!“) Wenn Sie das als öffentliche Aufgabe ansehen, in dieser Art und Weise Geschäfte zu machen auf Kosten der Kleinen in Ihrer Gemeinde und in anderen Gemeinden und – der Einwurf sei mir erlaubt als Grüne – auf Kosten der Umwelt, dann ist es für mich ein sehr eigenartiges Bild von gutem Wirtschaften in der Gemeinde, Herr Landeshauptfraustellvertreter.

Was ich auch noch sehr interessant gefunden habe, dass Sie von den Rücklagen sprechen und sagen, ja, die sind ja ohnehin gebildet worden. Mich berührt es ja ehrlich gestanden sowieso ein bisschen eigenartig, dass die öffentliche Hand schlechthin – es ist eine Gemeinde, es ist die öffentliche Hand – hergeht und pokert in dieser Art und Weise und sagt, probieren wir es einmal aus, ob es nicht geht, dass dieser Müll Baumaterial ist, weil dann müssen wir diese Abgaben nicht bezahlen. In diesem Bereich der Abgaben, und zwar den Altlastensanierungsbeitrag betreffend, ist damit auch ein gewisser und nicht so kleiner Beitrag diesem Fonds entgangen, aus dem heraus saniert werden soll. Auch ein Problem für andere Gemeinden zum Beispiel. Das ist einmal das Erste. Und das Zweite, zu pokern mit etwas, wo man schon Rücklagen bildet für den Fall, dass man „Strafe“ zahlen muss, das ist ein Zugang, der Profiteuren in der Privatwirtschaft oft unterstellt wird, oft nicht mit Recht, oft schon mit Recht, aber es ist ein sehr eigenartiger Zugang, als Gemeinde zu wirtschaften und sich dann aufs Revers zu heften, wir wirtschaften eben gut. Das ist nicht mein Verständnis von der öffentlichen Hand, wie sie sein sollte, Herr Landeshauptfraustellvertreter. Aber es ist Usus in der Steiermark, da bin ich mir sicher.

Der Herr Klubobmann Kröpfl hat vorher gesagt, da würden ihm auch noch einige Gemeinden einfallen, bei denen ähnliche Dinge vorgekommen sind und das ist, das was mich wirklich fertig macht. Das ist das, was mich wirklich fertig macht. Wir haben in Wahrheit zwei Parteien, die unglaublich ähnlich agieren. Wir haben die Roten und die Schwarzen und üblicherweise läuft das ganz gut, läuft das Werkl ganz geschmiert, weil sie eigentlich gleich ticken und gleich denken. Was wir hier erleben, meine Damen und Herren, ist eine Brauchtumsveranstaltung. Der steirische Brauch – ja, der Herr Kollege Schögggl (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Da muss ich protestieren!“) protestiert, ich nehme es zur Kenntnis – ich sage, es ist eine Brauchtumsveranstaltung, der steirische Brauch wird sichtbar. Rot und Schwarz entscheiden, wie in diesem Land gearbeitet wird. Eine Gemeindeaufsichtsbehörde macht vieles, aber nicht das, was ich unter Gemeindeaufsicht verstehe. Denn wenn die Schwarzen die Schwarzen kontrollieren und die Roten die Roten und ich spreche als ehemalige langjährige Gemeinderätin und weiß, wovon ich rede, dann kann von einer unabhängigen Kontrolle nicht die Rede sein. Wir haben in hohem Ausmaß Intransparenz möglich innerhalb unserer Strukturen, denn sonst gäbe es jetzt nicht die Diskussion, gibt es da jetzt ein Konto, ja oder nein? Ist das Geld drauf, ist es nicht drauf? Und dann gäbe es nicht so eine Aussage wie vom Herrn Landeshauptfraustellvertreter Voves, der sagt, ja, wir werden das mit einem Kredit bedecken. Ja, was stimmt jetzt? Gibt es jetzt eine Rücklage oder gibt es sie nicht? Wenn es sie gibt, braucht man keinen Kredit aufzunehmen, um das zu bedecken. Ganz einfach! (Abg. Kasic: „Nur von den Roten!“ – Beifall bei den Grünen.)

Wir haben eine Gemeindeordnung, meine Damen und Herren, die es nicht ermöglicht, dass eine kleine Fraktion in einem Gemeinderat etwas wirklich überprüfen kann, denn sie wird von Rot und Schwarz niedergestimmt, wie das in Frohnleiten passiert ist. Dann wird eben nicht geprüft, weil die Mehrheit das nicht haben möchte. Das ist meiner Meinung nach eine Voraussetzung, die der Opposition ihre Arbeit unmöglich macht. Das ist die Situation. Wir haben eine unglaublich große Freude bei Schwarz und bei Rot, KEGs zu gründen, seit Jahren ein Modetrend. Tun wir KEGs gründen, klass. Das, was auf jedem Fall sofort passiert, ist, dass diese KEG der unmittelbaren Kontrolle durch die jeweiligen Parlamente, ob es auf Gemeindeebene, auf Landesebene, auf Bundesebene stattfindet, entzogen ist. Und dann haben wir solche Situationen, dass wir hier diskutieren, gibt es ein Konto, ja oder nein und wie viel liegt da drauf? Wenn Sie finden, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ, dass das ein guter, seriöser Umgang mit Steuermitteln ist und dass das ein guter, seriöser Umgang mit Ihren nicht nur Rechten, sondern Verpflichtungen ist den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, kann ich Ihnen nur sagen, da sind wir ganz und gar verschiedener Meinung. Es gehören die Beziehungen zwischen dem Land mit seinen Behörden und den Gemeinden objektiviert und versachlicht. Wir führen diese Debatte immer wieder auf der Ebene der Bedarfszuweisungen, auf der Ebene der Förderungen. Im Moment ist sichtbar, dass sie auch auf der Ebene der Gemeindeaufsicht, der Beratung im Sinne der KEGs, im Sinne anderer Privatisierungsformen notwendig ist.

Ich möchte noch ein paar grüne Forderungen anschließen: Es muss ganz klar sein, gerade nach dieser Causa Frohnleiten, und es ist nicht die erste Causa, die wir in den letzten zwei Jahren hier diskutiert haben, wo sichtbar geworden ist, dass Kontrolle eine wichtige Sache ist, es muss klar sein, dass die Kontrollmöglichkeiten der kleinen Parteien gestärkt gehören, denn sie leisten die Kontrolltätigkeit. Es ist so, Sie wissen es, ich weiß es. Man kann es getrost öffentlich sagen, denn es entspricht der Wahrheit.

Und, Herr Kollege Kasic, das muss ich auch noch sagen, ich habe schon ab und zu die Bekanntschaft gemacht mit Menschen, die von sich behaupten, dass sie objektiv sind. Das berührt mich immer sehr eigenartig, nicht positiv. Wenn jemand sagt „meine Meinung“, das ist der Inbegriff von Subjektivität und das trägt sich nicht mit dem Terminus „objektiv“. Es steht Ihnen eine subjektive Meinung zu, die ist auch was wert, genauso wie meine. Es ist klass, über diese Meinungen zu diskutieren, aber Objektivität ist was anderes. Und ich erwähne das deswegen, weil das eines der Grundübel in diesem Haus ist. Ich habe das Gefühl, dass große Parteien, die lang an der Macht sind, sich selbst mit anderen Elementen und Institutionen verwechseln, manches Mal gleich mit dem ganzen Land. Wenn man jemanden kritisiert, der auf der Regierungsbank sitzt, der der ÖVP oder der SPÖ angehört, bei der ÖVP kommt das noch häufiger vor (Abg. Straßberger: „Ist ja so!“), wird immer gleich gesagt, dass man das Land schlecht macht. Aber es gibt auch eine Verwechslung mit der Wahrheit, weil man sich wahrscheinlich gegenseitig so oft erzählt, dass man Recht hat, dann glaubt man es zum Schluss selber. Es ist sehr wichtig, sich bewusst zu machen, dass Meinung eine subjektive Sache ist.

Zurück zu unseren Forderungen. Es muss auf Gemeinde- und Landtagsebene möglich sein, dass kleine Fraktionen stärkere Kontrollrechte bekommen als bisher, dass sie Prüfungen in die Wege leiten können in einer gewissen Anzahl pro Jahr und dass sie ihre Kontrollmöglichkeiten und ihre Kontrollverpflichtung wahrnehmen können und der Landesrechnungshof muss eingeschaltet werden können bei allen Gemeindeförderungen.

Das ist eigentlich eine Sache, die auf der Hand liegt und völlig klar ist und ich sage Ihnen was: Jeder und jede, die sich gegen diese Forderung stellt, muss sich die Frage gefallen lassen, warum eigentlich? Was gibt es zu verbergen? Und zu verbergen gibt es genug, meine Damen und Herren, das haben wir heute wieder gesehen. Veränderung steht an, aber, Herr Landeshauptfraustellvertreter, es sei mir gestattet, das Abschlusswort an Sie zu richten, bei Ihnen kann ich sie nicht erblicken.

Danke! (Beifall bei den Grünen. – 17.40 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Breithuber. Herr Abgeordneter, in aller Kürze.

Abg. Breithuber (17.40 Uhr): Hohes Haus!

Ich habe früher behauptet, dass der Herr Kasic mit seiner Homepage in der Frohnleitner Gemeinde mitverdient. Das stimmt nicht, das ist eine andere Firma. Ich entschuldige mich dafür und ziehe das zurück. (Abg. Kasic: „Danke!“ – Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Drexler, Klubobmann.

Abg. Mag. Drexler (17.40 Uhr – Abg. Bittmann: „Ihr Kübel, Herr Voves!“): Der Abgeordnete Bittmann heute mit Zwischenschritt statt Zwischenruf. Ich bedanke mich sehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Die ist ja nicht einmal offen!“) – nein, nein, die machen wir schon auf. Keine Sorge, wir machen diese Mülltonne noch auf dann später. Wer weiß, was da noch alles drinnen ist.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren! Wir haben – (Abg. Böhmer: „Das ist aber keine Theaterförderung, oder?“ – Abg. Gennaro: „Kulturförderung!“) – sehr schönes Stichwort, Theater. Wir haben heute nämlich wirklich schon ein ganz ein interessantes Unzuständigkeitstheater des zuständigen Landeshauptmannstellvertreters Franz Voves hier erlebt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Satz vorweg. (Abg. Gross: „Wenn wir da draußen eine Tafel haben, regt sich der Präsident auf!“) Ich lese auf Plakaten und Inseraten „Bereit für mehr Verantwortung“. Meine Damen und Herren, der heutige Tag hat uns klipp und klar gezeigt, bereit für mehr Verantwortung aus dem Mund von Franz Voves ist eine gefährliche Drohung gegenüber den Steirerinnen und Steirern. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil wenn Landeshauptmannstellvertreter Voves eine einzige Zuständigkeit in der Landesregierung hat und sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, diese einzige Zuständigkeit wahrzunehmen (Abg. Gennaro: „Herr Präsident, werde einmal aktiv, sonst werde ich aktiv. Merke dir das. Eine Frechheit, so etwas. Das nächste Mal kommen wir im Traktor!“ –Präsident: „Herr Klubobmann, entschuldige!“), dann ist das der Beweis dafür, dass er schon mit einer Zuständigkeit überfordert ist. Herr Präsident. (Präsident: „Es wurde beanstandet die Mülltonne. Aber bitte, wir haben auch Plakate nicht einziehen lassen!“) Wir haben viele Plakate hier im Hause gehabt. Wir haben schwarze Teppiche hier im Hause gehabt.

Also, wenn jetzt die SPÖ wegen der kleinen Mülltonne, wahrscheinlich weil die Spannung da ist, was drinnen ist. Das ist der SPÖ-Müllskandal und die dazugehörigen Porträts haben wir auch gleich mitgebracht, damit Sie wissen, von wem die Rede ist. (Beifall bei der ÖVP.)

So gesehen ist das nichts anderes als eine Schautafel mit ungewöhnlichem Ständer. Eine Schautafel mit ungewöhnlichem Ständer. (Abg. Stöhrmann: „Du hättest das Porträt der Frau Landeshauptmann auch mitbringen sollen, denn sie ist nicht mehr da!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück, wenn die Erregung der SPÖ dann im Wesentlichen – (Abg. Stöhrmann: „Ich bin nur der Abgeordnete Stöhrmann, und nicht die SPÖ. Wo ist die Frau Landeshauptmann, Herr Klubobmann?“) wenn die Erregung der SPÖ sich dann ein wenig gelegt hat, werden wir zur Debatte kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf – (Abg. Stöhrmann: „Ich bin Ihr Ansprechpartner!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird seit Wochen und Monaten versucht, in diesem Land eine Wendestimmung herbeizureden. Es wird seit Wochen und Monaten versucht, in diesem Land eine Wendestimmung herbeizureden und, meine Damen und Herren, hier war immer wieder die Diskussion, heute, auch am heutigen Tage, dass in wenigen Monaten hier im Land andere Verhältnisse herrschen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen Folgendes sagen. (Abg. Bittmann: „Wo ist der Herr Voves?“) Ich darf Ihnen Folgendes sagen. Ich bin auch schon relativ lange in der Politik tätig und ich darf Ihnen eine ganz lange Kette aufzählen. Es gibt nämlich in diesem Land keine Wendestimmung und das hat einen guten Grund. Das sind alles Dinge, an die ich mich persönlich erinnern kann. Rechberger, Zacharias, Konsum, BFI, Gebietskrankenkasse, Betriebsterror mit der ersten Wahlwiederholung bei einer Betriebsratswahl bei der VOEST Alpine Stahl Donawitz, Wahlmanipulationen. Es lässt sich zusammenfassen in einem Satz. Wo die SPÖ Alleinherrschaft ausübt, wo die SPÖ Alleinherrschaft ausübt, finden sich regelmäßig Skandale im Skandalradar. Und, meine Damen und Herren, allein schon das beweist, dass es Gott sei Dank so sein wird, dass die Steirerinnen und Steirer im Herbst eine Entscheidung finden werden und diese Entscheidung nicht so aussehen wird, wie es sich manche in diesem Land vorstellen. Und wenn heute hier dieses Schauspiel geliefert wurde der Unzuständigkeit und gleichzeitig auch der Wehleidigkeit, dann muss man sagen, und das ist gut so. Wenn hier auf die, vielleicht emotionale, aber im Grunde genommen trotz allem sachlich vorgetragene Anfragebegründung des Abgeordneten Kasic damit geantwortet wird, dass Landeshauptmannstellvertreter Voves sagt, wir werden uns genau merken, wer persönlich beleidigt, und mit dem werden wir in Hinkunft keine politischen Vereinbarungen mehr treffen, dann darf ich Ihnen eines sagen, würden wir die gleichen Kriterien ansetzen wie Franz Voves, dann gäbe es in der SPÖ sehr wenige, mit denen wir noch politische Vereinbarungen treffen könnten. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn die einzige politische Partei im Lande, die regelmäßig das Wort „Lüge“ in Presseaussendungen verwendet in Zusammenhang mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic, dann hier auf Regiehinweis von Kurt Flecker eine Erregung inszeniert, dann ist das auch eine ziemlich klare Positionierung, die man einfach nur wissen muss. Und wenn Landeshauptmannstellvertreter Voves, wo ist der überhaupt? Wo ist die ganze SPÖ? Wenn die SPÖ glaubt, dass sie sich des Müllskandals in Frohnleiten durch Auszug aus dem Landtag entledigen kann, dann wird sie sich getäuscht haben. Sie wird noch von uns hören. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn Landeshauptmannstellvertreter Voves, wir könnten eigentlich beantragen, dass er herkommt. (Abg. Bittmann: „Jawohl!“ – Abg. Kasic: „Das ist eine Missachtung des Landtages!“) Und wenn es am Plakatständer liegt, Benni, tun wir den Plakatständer weg, vielleicht kommt er dann wieder. Ich glaube, es gibt ein Situationsrecht oder wie das heißt, kann ich das mündlich beantragen?

Dann beantrage ich hiermit, dass der Landeshauptmannstellvertreter Voves über die Anfrage, über die wir eigentlich diskutieren, sich bitte wieder im Landtagssitzungssaal einfinden möge. Wie läuft das, Herr Landtagspräsident? (Präsident: „Ich nehme an, es gibt einen Grund, dass er im Moment nicht da ist, aber ...!“) Es gibt einen Grund vielleicht, aber es gibt ein Recht und ich verlange, beantrage, dass Landeshauptmannstellvertreter Voves an der Debatte über die von ihm zu verantwortenden Unregelmäßigkeiten teilnimmt.

Das ist ja eigentlich ganz normal, ich habe nur hinten keine Augen. (Präsident Purr: „Herr Klubobmann, ich habe da ‚Teilnahme der Mitglieder, Paragraph 12 der Geschäftsordnung, der Landtag kann die Anwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung verlangen.‘ Bitte, wurde verlangt! Wir werden den Herrn Landeshauptmannstellvertreter in Kenntnis setzen!“) Ja, dann beantrage ich gleichzeitig die Unterbrechung der Sitzung bis zum Erscheinen des Landeshauptmannstellvertreters Voves. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Wenn die Damen und Herren damit Ihre Zustimmung geben, dass wir unterbrechen, bis der Herr Landeshauptmannstellvertreter kommt, dann ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke, unterbrochen für die Zeit bis zum Eintreffen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters.

Mag. Drexler: Ich lasse mir diese Minuten natürlich dann nicht auf die spätere Redezeit anrechnen, aber das ist so klar. (17.50 Uhr.)

(Unterbrechung der Sitzung: 17.50 Uhr. Fortsetzung der Sitzung: 18.01 Uhr.)

Präsident: Wir setzen fort. Ich nehme Wortmeldungen gerne entgegen. Meine Damen und Herren, ich habe keine Zeitangabe für die Unterbrechung machen können. Wir setzen fort.

Wortmeldungen: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Drexler, ich bitte fortzusetzen. Herr Abgeordneter, bitte! (Abg. Detlef Gruber: „War es so wichtig?“)

Abg. Mag. Drexler (18.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf also meine Wortmeldung fortsetzen und darf vielleicht ganz kurz zusammenfassen. Nachdem das ja einem wesentlichen Teil des Auditoriums verborgen geblieben ist, was sich in den letzten 20 Minuten hier im Landtag abgespielt hat, wollen wir eine kleine Kurzzusammenfassung noch einmal machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute ein bemerkenswertes Unzuständigkeits-theater erlebt. (Abg. Kaufmann: „Vorsichtig sein!“) Wenn es so ist, und es ist so, dass die einzige Zuständigkeit von Landeshauptmannstellvertreter Voves die sozialdemokratischen Gemeinden sind, dann ist es eigentlich bemerkenswert, dass auch diese Zuständigkeit nicht wahrgenommen wird. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern ist auch klar, dass durch dieses Sich-selbst-unzuständig-Erklären klargelegt ist, dass weitere Verantwortung und weitere Zuständigkeit glaube ich nicht im Interesse und im Sinne des Landes ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie hier oben auf der Regierungsbank dem Abgeordneten Kasic sagen, „Sie werden nie Bürgermeister von Frohnleiten sein“ (Abg. Gennaro: „Hat er Recht!“), dann darf ich Ihnen zum Ersten sagen, die von Wolfgang Kasic angeführte Liste der ÖVP in Frohnleiten hat bei der letzten Gemeinderatswahl nicht nur zwei Mandate zugelegt, sondern das beste Ergebnis seit 30 Jahren in Frohnleiten für die ÖVP eingefahren.

Ganz so kann es also nicht sein, dass die Frohnleitner Bevölkerung die Dinge ganz anders sieht als es Wolfgang Kasic gesehen hat.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir eine zweite Bemerkung: Ich glaube, dass Wolfgang Kasic eher mit absoluter Mehrheit Frohnleiten als Bürgermeister regieren wird als dass Franz Voves Landeshauptmann der Steiermark wird. (Abg. Gennaro: „Da lacht aber der Seitinger auch!“)

Und jetzt – ohne dass das jetzt ein Angriff auf den Kollegen Kasic sein soll –, aber dass er mit absoluter Mehrheit Bürgermeister von Frohnleiten wird, ist ziemlich unwahrscheinlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch auf zwei, drei weitere Bemerkungen bei der Anfragebeantwortung zurückkommen. Dem Kollegen Kasic wurde vorgeworfen – (Abg. Stöhrmann: „Es ist schon Kasic!“ – Abg. Gennaro: „Kasic, gesprochen: Kasik heißt er!“)

Er heißt Kasic! (gesprochen: Kasitsch) (Abg. Gennaro: „Aber die Frau Landeshauptmann heißt auch Klasnic! [gesprochen: Klasnik]! und nicht Klasnic, gesprochen Klasnitsch!“)

Ja, ein bemerkenswerter Hinweis, Herr Gennaro, ein wirklich bemerkenswerter Hinweis. Wie auch immer! (Abg. Bittmann: „Sehr fein!“)

Es ist gesagt worden, wir würden auf dem Heimatgefühl der Frohnleitnerinnen und Frohnleitner herumtrampeln, auf dem Heimatgefühl der Frohnleitnerinnen und Frohnleitner herumtrampeln! Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren in diesem Hause sehr viele Diskussionen erlebt, wo ich dann sagen müsste, wenn ich mir Rhetorik, Diktion und Strategie der SPÖ anschau, die Sozialdemokraten trampeln am Heimatgefühl der Steirerinnen und Steirer umher.

Und wenn hier heute erklärt wird, man will nicht vorverurteilen, man warnt vor der Politikverdrossenheit, man erklärt, dass eigentlich alles in Ordnung ist, dann war die Anfragebeantwortung von Landeshauptmannstellvertreter Voves wohl so etwas wie eine Märchenstunde hier in diesem Haus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür treten wir in der Regel nicht zusammen, um uns hier gemeinsam Märchenstunden anzuhören. (Abg. Gennaro: „Da gehört etwas dazu, Märchen zu erzählen. Hast wieder nicht zugehört!“)

Das, Kurt, ist natürlich richtig, dass zum Erzählen von Märchen etwas dazugehört, aber das ist beim Folke Tegethoff und Kollegen in guten Händen, das brauchen wir hier nicht auf der Regierungsbank hier im Steiermärkischen Landtag. Da haben Märchen nichts verloren und daher war diese Anfragebeantwortung eine Enttäuschung und Themaverfehlung. (Beifall bei der ÖVP.)

Und die versammelte Gruppe der SPÖ war nicht mehr da. Wissen Sie, Sie versuchen über Monate eine Wendestimmung in diesem Land herbeizureden. Ich kann Ihnen sagen, das trifft nicht die Befindlichkeit in diesem Land. Ich bin auch schon relativ lange jetzt hier in der Politik tätig und ich kann mich an eine sehr lange Liste erinnern, praktisch alle paar Jahre ist irgendetwas aufgetaucht: Rechberger, Zacharias, BFI, Konsum, Gebietskrankenkassa. Wo immer die SPÖ alleine Macht hat, schlägt das Skandalradar häufig aus, auch in alleinverantwortlich regierten SPÖ-Gemeinden. Das ist die Erkenntnis, die wir aus Frohnleiten ziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und sich heute hier herzustellen und so zu tun, als wäre eigentlich nichts passiert, halte ich schon für ein starkes Stück. Und insbesondere dann diese zweite kleine Vorlesung vom Landeshauptmannstellvertreter Voves, wo er erklärt hat, dass eigentlich ja nichts passiert ist, weil die Gemeinde kann ein paar Häuser verkaufen und dann kann sie diese Forderungen zahlen, also das ist schon ein sehr interessanter Zugang. Das ist schon ein sehr interessanter Zugang, wenn gleichzeitig wir aus der Anfragebeantwortung von 1998 wissen, dass von den Betreibern der Frohnleitner Deponie zugesagt war, für den Fall, dass der Rechtsstreit nicht im Interesse der Frohnleitner Deponie entschieden wird, man eben diese Gelder zurückstellen will. Und das ist ja der eigentliche Skandal. Man hat sich möglicherweise Wettbewerbsvorteile verschafft, man hat – wie es der Kollege Kasic gezeigt hat – anderen Gemeinden vertraglich zugesichert, die Beiträge werden nicht eingehoben und jetzt, wo sie plötzlich fällig werden, müssen offensichtlich Häuser verkauft werden, wie der Kollege Voves sagt. Also ich sage Ihnen eines, wenn das in einem Verantwortungsbereich der steirischen Volkspartei vorkommen würde, dann hätten wir erstens einmal ein schönes Theater von der SPÖ da hier, zu Recht. Aber ich halte es für schlichtweg skandalös, dass man sich hier herstellt und so tut, als wäre das das Normalste auf der Welt, dass man sozusagen im Nachhinein jetzt irgendwie die Dinge saniert. Und wenn Sie uns weismachen wollen, dass das die Leute nicht betrifft, dann darf ich Sie freundlich einladen, schlicht und einfach all jene Damen und Herren – sprich alle Steirerinnen und Steirer – zu fragen, die Müllgebühren zahlen, ob das so super ist, wenn man auf diese Art und Weise unsachgemäß und eigentlich beinahe an der Grenze zur Fahrlässigkeit, damit wir – wir haben heute ja schon juristische Begriffe diskutiert – da nichts Schlimmeres verwenden müssen, hier agiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist insgesamt ein sozialdemokratisches Sittenbild, das wir in Frohnleiten sehen. Überall dort, wo sich Sozialdemokratie der Kontrolle entzieht – und da können Sie mit vielen in diesem Land sprechen, die in sozialdemokratisch absolut regierten Institutionen oder Gemeinden sich beschäftigen –, dort hat man es eben nicht leicht, sogar die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat das festgestellt, wenn man Kontrolle einfordert (Abg. Detlef Gruber: „Dort brauchst du sie auf einmal wieder?“) und da hier werden wir das mit Sicherheit nicht zur Kenntnis nehmen.

Und, meine Damen und Herren! Dass die SPÖ heute, angeführt von ihrem Regisseur, von Regisseuren war auch die Rede, ist Ihnen hoffentlich aufgefallen, dass der Regisseur der SPÖ Kurt Flecker heißt, das war heute während der gesamten Debatte durchaus sichtbar, was ich für besonders bemerkenswert auch halte, zumal Sie wären ja fast rausgehaut worden, wenn es nach dem Landeshauptmannstellvertreter Voves geht, aber es ist nicht schlecht. (Landesrat Mag. Erlitz: „Heute habe ich noch kein Lob bekommen. Nur ein bisschen Lob. Ich brauche das. Ich habe heute noch kein Lob bekommen!“)

Schon wieder loben? Nein!

Schon wieder loben, nein. Herr Landesrat, ich kann Sie nicht jedes Mal loben. Obwohl ich Ihnen auf Wunsch von Landesrat Flecker bestätige, er wäre gar kein schlechter Regisseur der SPÖ in diesem Land. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Wie auch immer, nachdem heute von Regisseuren die Rede war. Zumindest wird das immer augenscheinlicher.

Der langen Rede kurzer Sinn. Wir sind bei diesem Frohnleitner Müllskandal (Abg. Gennaro: „Wenn du nicht bald aufhörst, können 20 Minuten so lang sein!“), wir sind bei diesem Frohnleitner Müllskandal, der einzig und allein in Verantwortung sozialdemokratischer Verantwortungsträger sich befindet, ein weiteres Mal darauf gestoßen, dass zu viel rot nicht gut ist. Zu viel rot ist eigentlich eine gefährliche Drohung für dieses Land und daher hoffe ich, dass wir auch eine klare Antwort bei den Landtagswahlen im Herbst darauf finden werden. Ich hoffe aber auch, dass sich diese Geschichte in Frohnleiten aufklären lässt und ich darf daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch einen Entschließungsantrag einbringen. Einen Entschlie-

zuweisungen durch zwei politische Vertreter vergeben werden. Im Nachhinein betrachtet, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass das der falsche Weg ist. Es gehört in eine Hand und sollte nach objektiven Kriterien vergeben werden, und zwar genau an jene, die auch den rechtlichen Anspruch begründen können. Wir brauchen keinen politischen Schlagabtausch, sondern, meine Damen und Herren, wir sollten uns den wirklichen Problemen dieses Landes zuwenden. Und zwar mit Problemen, die unsere Steirerinnen und Steirer betreffen und mit denen wir uns beschäftigen müssen. Ganz egal, welche Bereiche wir anführen. Ob es nun der Sozialbereich, der Pflegebereich oder der Gesundheitsbereich ist, oder es auch andere Bereiche in der Wirtschaft sind. Hier haben wir Handlungsbedarf, Handlungsbedarf zu schauen, dass es den Menschen gut geht, dass die Menschen Arbeit haben und dass sie auch in eine gute Zukunft in der Steiermark sehen können. Eines wurde heute aber klar: mich wundert es nicht mehr, dass die Politikerverdrossenheit oder Politikverdrossenheit so groß geworden ist. Genau mit solchen Szenarien, meine geschätzten Damen und Herren, werden wir nichts erreichen.

Danke schön! (Beifall beim BZÖ. – 18.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Peter Rieser. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Rieser (18.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Werte Damen und Herren der Regierung! Hohes Haus!

Wenn man diese letzten 140 Minuten verfolgt hat, so war es eigentlich spannend. Aber darüber hinaus noch etwas: Denken wir bitte nach, 2 Milliarden Gewinn auf einer Mülldeponie, das in einer sozialdemokratischen Gemeinde, das sind Gelder, bitte, die der Bürger bezahlt hat, die der Bürger bezahlt hat, der ausgenutzt worden ist, der Länge mal Breite Geld hat müssen hinlegen. Das gehört auch einmal gesagt, bitte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte, ich war selbst 14 Jahre Bürgermeister und wir haben selbst auch das Thema Müll stundenlang – (Abg. Stöhrmann: „Hast du auch gezahlt!“)

Lieber Kollege Stöhrmann, du brauchst jetzt überhaupt nicht herausschreien. Gehe heraus und sage es. Aber bitte, das ist auf Kosten des Bürgers gegangen, damit das klar ist. Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eines muss ich schon sagen, wenn man sagt, wir lenken oder wir würden ablenken mit der heutigen Dringlichen vom Flop Spielberg, so tut uns das eigentlich weh. Mateschitz hat vor kurzem auch in der Presse kundgetan, dass die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic unter keinen Umständen eine Schuld trifft. Wer hat denn bitte den Abbruchbescheid unterschrieben in Spielberg? Wer denn? (Abg. Wiedner: „Ja, wer denn?“)

War das nicht ein sozialdemokratischer Bürgermeister als Baubehörde? Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine Frage zum Thema „Spielberg“. Ich vermisse die Leistungen und die Aktivitäten der sozialdemokratischen Fraktion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in seiner Anfragebeantwortung auch gesagt, dass er als Gemeindeaufsicht rasch reagiert und reagieren würde. Es gibt auch neben dem Thema „Frohnleiten“, und das ist kein Einzelfall, auch das Thema „Fohnsdorf“. Und in diesem Thema „Fohnsdorf“, Herr Landeshauptmannstellvertreter, gibt es sehr wohl eine Aufsichtsbeschwerde, die im Jänner dieses Jahres eingegangen ist und die nach meiner Meinung schon ziemlich auf die lange Bank geschoben wird. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „War das vor der Gemeinderatswahl?“) Das war vor der Gemeinderatswahl, jawohl, im Jänner 2005, genau am 21. Februar, diese Aufsichtsbeschwerde. Ich würde dich schon ersuchen, dass das auch erledigt wird, weil – meine sehr verehrten Damen und Herren und lieber Kurt Gennaro, pass auf – wenn zwei Anwälte, die diese Aufsichtsbeschwerde betreiben, nämlich dann die Antwort bekommen. Und ich zitiere aus dem AV vom 31. Mai, also vor wenigen Tagen: „Der Bürgermeister wurde nach der Gemeinderatswahl zu einer Stellungnahme aufgefordert“, es ist jedoch noch keine eingegangen. Auf die Frage, ob dem Bürgermeister denn eine Frist für die Stellungnahme gesetzt worden sei, erklärte dieser, dass es keine Frist gebe, „wenn es mir jedoch zu lange dauert, könnte man ja urgieren“. Das ist die Situation und ich glaube, so kann man wirklich nicht umgehen. (Abg. Wiedner: „Das ist richtig!“) Ich möchte zum Thema „Fohnsdorf“ nicht ins Detail gehen, ich kann nur so viel sagen, dass es zum Himmel schreit. Wenn man zuerst um 33 Millionen Euro elf Wohnhäuser, wo die Knappen gewohnt haben, käuflich erwerben will und dann sagt, nein, weil da ist Grunderwerbsteuer fällig, dann machen wir nur einen Abbruch und die Wohnbaugenossenschaft soll den Abbruch tätigen. (Abg. Böhmer: „Peter, du wiederholst dich!“)

33 Millionen Schilling – Gemeinderatsbeschluss 2002, elf Häuser! (Abg. Bacher: „Elf Häuser!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass die Dinge aufgeklärt werden. Und was ich heute auch sehr vermisst habe, dass du – Herr Landesrat Erlitz – eigentlich als Ortskundiger, der die ganze Materie in- und auswendig kennt, heute überhaupt keine Stellungnahme bezogen hast. Und noch eines abschließend, weil wir über die Prüfungen und über die Prüfung sprechen: Mir ist eines aufgefallen, dort, wo die SPÖ die Alleinherrschaft hat, passiert das, was die Herrschaften wollen. (Abg. Prattes: „Weißt du was, das darf ja wohl nicht wahr sein!“) Und ich denke nur in diesem Zusammenhang an die Prüfungs-Ausschüsse, wo es zwar in der Gemeindeordnung – bitte – drinnen steht, dass es unter keinen Umständen die Fraktion des Bürgermeisters sein soll, kann ich jetzt hier namentlich sozialdemokratische Gemeinden aufzählen, wo sehr wohl wieder ein sozialdemokratischer Vorsitzender des Prüfungs-Ausschusses gewählt worden ist, weil man es einfach justament verhindert, wie Sankt Johann in der Haide, wie Sankt Stefan ob Leoben,

justament sagt, nein, das kann – bitte – keiner von einer anderen Fraktion sein. Und so, um den Klubobmann noch einmal zu zitieren, kann es wirklich nicht weitergehen, daher ist es höchst an der Zeit, dass die Karten neu gemischt werden. (Beifall bei der ÖVP. – 18.28 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (18.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Diese Dringliche zeigt wohl am besten, wie das politische Klima in diesem Land Steiermark ist. Da wird im Müll herumgewälzt, um sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben und man bedenkt überhaupt nicht, welches Außenbild dieser Steiermärkische Landtag nach außen hin zu den potenziellen Wählerinnen und Wählern abgibt. (Beifall bei der FPÖ.)

Und, meine geschätzten Damen und Herren! Ich bin ehrlich gesagt sehr froh, dass die Fernsehkamera nicht mehr aufgestellt war, denn die Politverdrossenheit in dem Land wäre gerade durch diese Aktion noch einmal gestärkt worden. (Beifall bei der FPÖ.)

Und noch eine kleine Anmerkung: Und gerade mit dieser Vorgangsweise, Kollege Majcen, gerade mit dieser Vorgangsweise werden die Wählerinnen und Wähler in Richtung jenes Mannes gedrängt, der den Landtag verändern will, der Strukturen verändern will und der ja aus euern Reihen kommt. (Abg. Majcen: „Leopold Schögg!“) In diesem Sinne, glaube ich, muss es fast im Interesse der ÖVP sein, Hirschmann Wähler zuzutreiben, weil anders kann ich es mir nicht vorstellen, dass man so vorgeht. Dass man eine Mülltonne in den Steiermärkischen Landtag stellt, dass man den Landtag in dieser Form missachtet. Meine geschätzten Damen und Herren! Die Gemeinde Frohnleiten ist ein Schlaraffenland aller steirischen Gemeinden. Da hat es Geld in Hülle und Fülle gegeben. Und wahrscheinlich können sich einige hier noch erinnern an die Schlagzeilen, in Frohnleiten soll der Hauptplatz beheizt werden. Da soll es Heizschnecken geben, damit im Winter keine Eisbildung mehr ist und vieles andere mehr. Ich als Leser habe den Eindruck gehabt, dass Geld keine Rolle spielt, dass man darüber hinaus nur die Sorge gehabt hat, wohin soll man das Geld investieren, was soll man noch kaufen und was soll man mit dem vielen Geld machen. Und da gebe ich dem Kollegen Peter Rieser sehr wohl Recht, der Ansatz, dass nämlich das Geld von den vielen Konsumentinnen und Konsumenten bezahlt wurde und dass wahrscheinlich rückblickend viel zu viel bezahlt wurde, damit man sich diesen Luxus leisten konnte.

Und Frohnleiten ist aber nicht nur für Einwohner ein Schlaraffenland, sondern ist auch ein Schlaraffenland für SPÖ-Funktionäre. Weil wo ist es bitte möglich, dass es einen Bürgermeister gibt, der zigfacher Geschäftsführer ist von Gemeindebetrieben und der, und das ist aus meiner Sicht der wahre Skandal, nicht von irgendeinem Aufsichtsratsvorsitzenden kontrolliert wird, sondern von seinem eigenen Schwiegervater und niemand sagt etwas und für jeden ist das in Ordnung, dass die Familie untereinander kontrolliert, ob alles seine Rechtmäßigkeit hat. Meine geschätzten Damen und Herren, wir haben in der Causa ESTAG – (Abg. Kasic: „Weil ihr ein anderes Denken habt!“ – Klingelzeichen des Präsidenten. – Präsident: „Am Wort ist die Frau Klubobfrau Dietrich, meine Damen und Herren. Ich ersuche um Aufmerksamkeit. Ich weiß, dass die Landtagssitzungen etwas länger dauern als anzunehmen. Danke!“) Meine geschätzten Damen und Herren, wir haben in der Causa ESTAG schon gesehen, wie wertvoll Freundschaften sein können. Wertvoll, wenn es darum geht, gewisse Entscheidungen zu treffen. Dass man sich halt leichter tut und die Kontrolle mitunter nicht ganz so streng ausfällt. Und hier in Frohnleiten haben wir das gleiche Spiegelbild, da ist es halt nicht die Freundschaft, da ist es halt der Schwiegervater, der kontrolliert. Und ich glaube genau dort müssten wir nachschauen, ob alles seine Rechtmäßigkeit hat und das wäre im Interesse der Frohnleitnerinnen und Frohnleitner, diese Familienbande auf geschäftlicher Ebene auf dem Rücken der Gemeindebürger zu beenden. (Beifall bei der FPÖ.)

Was für mich auch ein Skandal ist, Kollege Kasic, da gibt es einen Vizebürgermeister, der für seine Funktion ein Salär bekommt und der sich da herstellt und sagt, meine Name ist Hase, ich weiß von nichts. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Böhmer: „Aufwandsentschädigung hat er zurückgezahlt!“) Das darf es nicht geben, meine geschätzten Damen und Herren. Und da kann schon sein, diese Information kann schon eine Bringschuld sein, das wird deine Auffassung sein, aber sie ist aus meiner Sicht auch eine Holschuld. Ich glaube, als Vizebürgermeister hat man die Verantwortung nachzufragen, den Dingen nachzugehen und zu schauen, was ist Sache in der Gemeinde. Und wenn man dazu nicht in der Lage ist, dann ist man fehl am Platz. (Beifall bei der FPÖ.) Was die Rechnungshofkontrolle betrifft, selbstverständlich werden wir den Antrag der ÖVP unterstützen. Aber wir glauben, dass der Rechnungshof nur Subventionen prüfen kann und wir gehen davon aus, dass er nicht Gebarungen überprüfen kann. Also, ich bin neugierig, wie sich dieser Antrag letztendlich dann auswirken wird.

Was bleibt von der ganzen Affäre, was bleibt von dem ganzen Skandal? Aus meiner Sicht viel Lärm um nichts. (Beifall bei der FPÖ. – 18.34 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (18.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich melde mich nur kurz zu dem Entschließungsantrag. Als Vorsitzender des Kontroll-Ausschusses muss ich noch einmal ausdrücklich auf dieses Thema eingehen, weil es sich um einen nicht alltäglichen Fall handelt. Es wird hier die Prüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Frohnleiten und der Gemeindebetriebe Frohnleiten verlangt beziehungsweise die Verwendung von Landesfördermitteln. (Abg. Gennaro: „Ich bedaure, dass die Heizung am Hauptplatz nicht gekommen ist! Ich habe das am eigenen Leib gespürt!“) Wir werden diesem Antrag zustimmen, aber wir machen aufmerksam, dass natürlich die Verwendung der Landesfördermittel vom Landesrechnungshof geprüft werden kann, selbstverständlich, die Gebarung der Stadtgemeinde Frohnleiten und der Gemeindebetriebe Frohnleiten nur dann, wenn es einen Prüfvorbehalt gibt. Mich persönlich, das will ich nicht verhehlen, mich würde das sehr überraschen, wenn die Gemeinde beziehungsweise die Gemeindebetriebe einen derartigen Prüfvorbehalt bei welcher Gelegenheit auch immer, das heißt dem Land gegenüber, zugestimmt hätten. Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle festhalten, gleich nicht zuletzt in Richtung der Antragsteller, dass es die Grünen mit großer Freude zur Kenntnis nehmen, dass man auch Gemeinden prüft in diesem schönen Lande. Weil in Wirklichkeit, Sie wissen ja, dass das eine Forderung der Rechnungshöfe und der Grünen ist, dass man auch natürlich in begründeten Fällen die Gemeinden anschaut, und zwar nicht immer nur ein paar Wochen vor der Wahl, wenn es gerade passt, sondern grundsätzlich der Rechnungshof her tätig werden kann. Ich darf Ihnen also ankündigen und nehme heute freudig Ihre Zustimmung zur Kenntnis, dass Sie unserem Antrag in der nächsten Sitzung zustimmen werden, der dahin gehend lauten wird, dass der Rechnungshof natürlich auch in Zukunft die Gemeinden prüfen kann.

Danke vielmals für die Aufmerksamkeit und für die Zustimmung! (Beifall bei den Grünen. – 18.37 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Kröpfl.

Abg. Kröpfl (18.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Ja, über das Niveau der Debatte neuerlich anzufangen ist, glaube ich, sinnlos, dass man darüber redet, aber es muss jedem auch zustehen, dass er einmal bei einer Wortmeldung, wenn jemand eine Wortmeldung hier vorne abgibt und wenn er merkt, in welche Richtung diese Wortmeldung geht, dass das ein dauerndes Wiederholen ist von Phrasen, die eh schon abgedroschen sind, die eh schon überall überstrapaziert sind, dass man dann einmal kurzfristig auch den Saal verlässt. Das kann man machen. (Abg. Straßberger: „Das musst genau du sagen!“)

Zu dem muss ich dir jetzt schon sagen, ihr lebt in der ÖVP wirklich in der Vergangenheit. Aber in der Vergangenheit weiß Gott wie viel Jahre zurück. Ihr könnt immer nur den Konsum herausziehen, ihr kommt immer wieder auf die Arbeiterkammer. Freunde, bleibt in der Gegenwart, bleibt in dem, was tatsächlich Schaden für dieses Land bedeutet hat. Denkt an die ganze ESTAG-Geschichte, an die Abwertungen. Wem ist denn das zuzuschreiben gewesen, lieber Freund Straßberger? Nur der ÖVP. (Abg. Straßberger: „Frohnleiten, hör zu, Frohnleiten!“) Du bist dort selber im Untersuchungsausschuss gesessen und hast dort leider erkennen müssen, dass es so ist. (Beifall bei der SPÖ.) Also, tut nicht immer so weiß Gott wie empfindlich sein. Und jetzt versucht ihr eine rote Gemeinde herauszuholen und sagt, dort ist dieser Riesenskandal. Es wird kein Skandal zu entdecken sein. Ihr werdet draufkommen, dass dort bei der Überprüfung nichts herauskommen wird. Ich sage euch eines, wir werden eurem Antrag von der ÖVP auch zustimmen. Wir sagen, natürlich soll der Landesrechnungshof prüfen. Wir haben nur eine Bitte an die ÖVP, damit das auch richtig geht, ist es okay mit dem Punkt? Gut, dann brauche ich das hier nicht erwähnen, damit wir das auch tatsächlich haben. Und, liebe Frau Kollegin Dietrich, ein Aufsichtsrat einer Gesellschaft besteht nicht aus einem, da sitzen mehrere Leute drinnen im Aufsichtsrat und da sind auch ÖVP-Leute drinnen gesessen, die hätten ihre Verantwortung auch wahrnehmen müssen und nicht so tun, wie der Herr Abgeordnete Kasic das da macht, mein Name ist Hase, ich habe von nichts gewusst, aber jetzt sind wir drauf, weil jetzt ist es aufgetaucht. Und das ist natürlich eine Vorgangsweise, die wir nicht gutheißen können. Und wenn sich der Klubobmann Drexler da herstellt und sagt, er geht eine Wette ein bezüglich der nächsten Landeshauptmannfestsetzung oder der nächsten Landeshauptmannwahl und vergleicht mit Frohnleiten und Herrn Kasic, dann muss ich sagen, die Wetten, wer nächster Landeshauptmann werden wird, die nehmen wir an. Das ist kein Problem, da haben wir keine Schwierigkeit. (Beifall bei der SPÖ.) Da haben wir auch keine Angst davor. Wir brauchen auch auf Grund der Politik, die die SPÖ in diesem Land macht, keine Angst haben, dass die Wählerinnen und Wähler uns nicht das Vertrauen schenken werden und verstärkt schenken werden, denn die Leute erkennen, dass es höchste Zeit ist, dass man diesen schwarzen Filz durchlüftet und dass man endlich einmal einen frischen Wind in dieses Land bringt und dass auch eine Erneuerung in diesem Land stattfindet. (Beifall bei der SPÖ.) Und die Wählerinnen und Wähler wissen auch, wer in diesem Land die Märchenstunden sehr ausreichend genutzt hat.

Ich denke nur heute an die Anfragebeantwortung von der Frau Klasnic. Wenn das nicht eine Märchenstunde war, was war dann eine Märchenstunde? Das war wirklich Märchenstunde par excellence! Und wenn wir zurückgehen auf andere Anfragebeantwortungen, da hätte man das auch noch alles aufzählen können.

Und dann muss ich dir sagen, Benni, schau, mit dir wetten wir gerne, das ist gar keine Frage, jederzeit! (Abg. Bittmann: „Hohe Wetten nimmst du sowieso nicht an!“)

Und wenn es hier heißt, ich glaube, in diesem Land ist es wirklich höchste Zeit, dass einmal diese Mehrheit der ÖVP beendet wird. Denn was in diesen fünf Jahren passiert ist und was hier an den Tag gelegt wurde, von der Finanzpolitik angefangen bis hinauf zu dem, was hier heute stattgefunden hat, das ist eine traurige Geschichte, liebe Freunde. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe, dass die ÖVP vielleicht bei den nächsten Landtagssitzungen ihren Populismus ein bisschen zurückhält, weil wenn man hier einen Mistkübel hereinträgt in die Landtagsstube, ich glaube, da hätte der Herr Präsident reagieren müssen. (Abg. Straßberger: „Und nichts anders als der Teppich!“) Das letzte Mal hat er Orangen wegräumen lassen, er hat gesagt, die Orangen dürfen nicht auf den Sitzen sein, weil das ist nicht zulässig. Heute ein Müllkübel, der darf ohne Weiteres da stehen. Das ist das, was uns wirklich aufregt in diesem Land, dass man mit zweierlei Maß misst. Bei Kritik seid ihr die- jenigen, die empfindlich sind. Wenn man bei der Frau Landeshauptmann eine Kritik anbringt, da sind wir ganz empfindlich. Da springen alle gleich auf in der ÖVP. Aber wenn man den Landeshauptmannstellvertreter angeht, das ist selbstverständlich. Wir wollen eine Gleichbehandlung in diesem Land. Ich glaube, dass die zweitstärkste Fraktion in diesem Land auch einen Respekt verdient. (Beifall bei der SPÖ. – 18.43 Uhr.)

Präsident: Herr Klubobmann, ich habe nicht die Möglichkeit, von da aus Erklärungen abzugeben über die Vorgangsweise. Wir unterhalten uns sehr gerne darüber in der Präsidiale. Es sei nicht zu verwechseln zwischen Pantoffeln und Kartoffeln in diesem Zusammenhang. Ich werde gerne dazu Stellung nehmen.

Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir heute nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren nunmehr, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Kontrolle der Gebarung der Stadt- gemeinde Frohnleiten und der Gemeindebetriebe Frohnleiten durch den Landesrechnungshof ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen und stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Dringliche Anfrage beendet.

Es findet nunmehr ein Kontroll-Ausschuss statt, in welchem folgende Einlaufstücke behandelt werden:

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Steiermarkverwaltungs- jahr 2004 und Regierungsvorlage, betreffend Landesrechnungshof 2004 und Abschlussbericht über Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben.

Ich ersuche die Mitglieder des Kontroll-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben.

Die heutige Tagesordnung ist erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist beendet (18.44 Uhr).